Autonomie und Kooperation

Herrschaft erkennen
Herrschaftsfrei wirtschaften
Horizontalität
Alternativen zur Strafe
Umweltschutz
Lernen von unten

Hrsg.: Gruppe Gegenbilder

Umschlag 2

2. Titel

2. Titel Rückseite

Inhalt

Vorweg

Eine andere Welt ist möglich.

Die Entwicklungshilfe soll auf 0,7 % des Bruttosozialproduktes steigen. Endlich: Eine neue linke Partei. Härtere Strafen für Nazis und Vergewaltiger. Mehr LehrerInnen.

Eine andere Welt ist möglich.

Die UNO soll gestärkt werden. Gute Nachrichten für Reiche: Hohe Renditen bei Geldanlage in Windkraftanlagen. Die Tobin-Steuer könnte schon vieles verbessern. Unterstützung nationale Bewegungen.

Eine andere Welt ist möglich. Wäre möglich.

Luftverschmutzungsrechte zum Kaufen und Verkaufen. Starke Männer als neue Hoffnungsträger. Rettet die Bildung, so wie sie ist. Erstmal einen Vorstand wählen.

Eine andere Welt ist möglich? Will die überhaupt jemand?

Jaaaa ...

Gespräche

Erfunden von jaybee.

Gespräche ... Gera, 1. Akt:

Dienstagabend in einer WG in Gera, draußen wird es kühl. Die von FrauenLesben bewohnten Räume sind etwas chaotisch, aber die WG gilt in der Stadt als Aktivposten. Wenn die Nazis marschieren, sind immer ein paar von ihnen ganz vorne dabei. Auf den oft schier endlosen Plena der verschiedenen Bündnisse haben sie schon so manchen Vielredner gestoppt. Bei ihnen zu Hause ist von dem Willen zu einer besseren Welt dagegen meist wenig zu spüren ...

Anne: Mich kotzt das an. Wir reden und reden und reden. Tolle Ideen und Pläne. Und im Kleinen bleibt immer alles wie zuvor.

Claire: Das geht auch gar nicht anders. Die ganzen Träume sind doch Phantasmen. Alles Fata Morgana. Gehirnwichsen. Macht ja manchmal auch Spaß. Aber wir sind nun mal alle so zugerichtet, dass wir unsere Rollen spielen. Da kommt keiner von uns raus.

★★ ★★★ ★

Die „Gespräche" werfen Fragen zu den späteren Kapiteln auf. Sie werden dort jeweils zu Beginn fortgesetzt.

Anne: Ja ja, wenn's drauf ankommt, kommen immer so Scheißsprüche. Fuck, ich hab darauf keine Lust mehr.

Steffi: Ach je, kannste mal aufhören mit dem Gepöbel. Du hast ja recht, dass wir viel nicht auf die Reihe kriegen. Will mich gar nicht ausnehmen davon. Wir sind nun mal alle scheiße sozialisiert, das geht nicht von heute auf morgen. Wenn Du aber zuviel forderst, geht am Ende eher weniger. Ich mach dann jedenfalls zu.

Claire: Außerdem liegt das nicht alles an uns. Der Scheißvermieterarsch hat zum Beispiel immer noch nicht das Schloß ausgewechselt. Wenn der Schlüssel geklaut wurde, können wir ganz schön doof aussehen.

Anne: Na komm, jetzt lenk nicht schon wieder ab. Über den Vermieter kann ich auch abkotzen, aber deshalb ist doch der Abwasch nicht schon wieder so ein Berg, ey. Das ist doch unser Ding.

Steffi: Wenn's Dir besser geht dabei, können wir auch gern einen Plan machen, wer wann abwäscht ...

Anne: Und mal den Boden fegen, einkaufen – sollen wir für alles eine Regel schaffen, bloß weil wir es sonst nicht gebacken kriegen?

Claire: Was ist denn schlimm daran? Der Mensch ist nun mal faul. In der Gesellschaft geht auch nichts ohne Regeln. Da würden doch keiner

mehr was machen, wenn es nicht auch mal einen Zwang dazu gibt. Oder es bleibt immer an den Dummen hängen. Gerade wir Frauen sollten auf Regeln drängen, sonst machen die Typen nix im Haus oder mit Kindern. Gleichberechtigung kriegste auch nicht mit schönen Worten.

Anne: Aber eigentlich wollten wir hier unter uns doch wohl was anderes. Wir sind schließlich keine Typen, die keinen Bock haben auf Haushalt.

Steffi: Aber das ist doch blöd. Das klingt ja fast wie: Weil wir Frauen sind, können wir den Haushalt besser. Das ist ja dasselbe patriarchale Gelaber wie draußen. Nee ... ich find's richtig, wenn wir uns Regeln geben. Wir sind nicht die besseren Menschen und deshalb müssen wir uns auch was ausdenken, damit es klappt.

★★★ ★★
Sollen wir für alles eine Regel schaffen, bloß weil wir es sonst nicht gebacken kriegen?

Gespräche ... Emden, 1. Akt:

Zur gleichen Zeit in einem Dorf bei Emden, an der Kreuzung, wo es zum Sportplatz geht. Vor einiger Zeit hat sich eine kleine Gruppe von TierrechtlerInnen gebildet, die auch schon einige Aktionen gemacht haben. Zwei von ihnen begegnen sich in der Dämmerung ...

Timo: Was, Du hast einen Hund? Das ist doch totaler Mist, pure Herrschaft.

Jens: Häh? Biste blöd? Den hab ich aus dem Tierheim, also befreit. Bei mir geht es ihm allemal viel besser als da.

Timo: Das kann ja sein, aber damit bist Du wieder nur in der Endlosschleife. Etwas ist o.k., weil es noch was Schlimmeres gibt. Aber jetzt wirst Du wieder Monate oder Jahre mit einem Tier unterwegs sein. Das bedeutet eine ständige angezogene Bremse und offensive Werbung für Tierhaltung.

Jens: Quatsch, der Hund ist o.k. Und wenn ich ihn nicht unterdrücke, wird das auch gut werden.

Timo: Was ist denn für Dich Unterdrückung, hä? Wenn Du Prügeln, Treten und Anschreien als Unterdrückung wertest und sonst nix, ist es mit Deiner Analyse von Herrschaftsverhältnissen aber nicht weit her.

Jens: Wieso denn? Was soll denn da sein mit Herrschaft? Ich leine Ricki nicht an und sonst kriegt er alles, was er braucht.

Timo: Ja, aber das entscheidest alles immer Du. Auch wenn Du ihn nicht anleinst, passiert das, weil Du es entschieden hast. Vergiss doch den Scheiß mit Gleichberechtigung. Die gibt's zwischen Mensch und Tier

nie – und zwar beidseitig. Wie Du Dein Leben gestaltest und was der Hund daher mitmachen muss, entscheidest Du allein. Höchstens noch zusammen mit anderen Menschen. Aber nie mit Ameisen, Kaulquappen oder Deinem Hund. Übrigens ist der Hund da nicht anders drauf. Wenn der einen anderen Hund sieht und mit dem kämpfen, toben oder ficken will, dann fragt der Dich kein Stück. Jede Art organisiert sich untereinander und alle anderen Arten sind dabei nicht gefragt. Daher gibt's keine Gleichberechtigung zwischen Arten. Da Du der Stärkere bist, setzt sich hier meist Dein Willen durch. Dann geht Ihr eben nicht in den Wald, Kaninchen jagen, sondern in die Kneipe, Bier saufen. Und der Hund muss mit.

Jens: Boah, wat'n Vortrag. Du denkst einfach zu viel. Ich glaube aber immer noch, dass das für den Ricki gut ist, aus dem Tierheim raus zu sein.

Timo: Bezweifel ich ja gar nicht. Können wir zwar nicht wirklich wissen, aber könnte gut sein. Das ändert nur nix daran, dass zwischen Euch nur eine Form der Beziehung ist: Herrschaft. Weil's nicht anders geht.

Jens: Meinetwegen.

Pause … die beiden sind Richtung Ortskern gegangen. Da kommt ihnen Niki entgegen.

Begrüßung und Handschlag: Hey. Ja, hey, Ihr beiden. Hey auch.

Niki: Na, führt Ihr Euren tollen Hund spazieren.

Timo: Meiner ist's nicht.

Jens: Ja, ist doch gut für den Ricki. Der braucht Auslauf.

Niki: Man, was Du für Zeit aufwendest für den Hund. Treff Dich ja kaum noch. Wann kommste denn mal wieder zur Gruppe, hä? Immer nur mit dem Hund rummachen, ist doch doof. Der beherrscht Dich ja völlig.

Jens (grinsend) zu Timo: Siehste! Die sieht's umgekehrt. Die Wahrheit liegt dann wohl in der Mitte.

Timo: Quatsch. Was Du gesagt hast, Niki, ist Blödsinn. Jens beherrscht den Hund – und zwar vollständig. Es hat doch nicht der Hund entschieden, dass sie soviel Zeit zusammen verbringen, sondern Jens. Der hat sich den Hund zugelegt, ihn in sein Zimmer geholt und schleppt ihn durch die Landschaft. Der Hund wird dabei nie gefragt.

Jens: Aber es geht im gut dabei. Guck doch … (Jens kickt einen Stein weg, der Hund schießt hinterher und bringt den Stein zurück. Jetzt steht er wedelnd und aufgeregt vor den dreien).

Timo: Es kann ja sein, dass ihm das gefällt. Dann bist Du halt ein guter Herrscher. Aber beherrschen tust Du trotzdem alles zwischen Euch. Du hast schließlich eben den Stein weggekickt und Du hast das auch so entschieden, dass Du das tust. Mit dem Hund hast Du kein Stück drüber gelabert. Ist doch so!

Niki: Na, Ihr geht ja ab. Habt Ihr schon den ganzen Abend so diskutiert?

Jens: Der quatscht doch immer so gestelzt. Aber vielleicht hat er ja auch ein bisschen recht.

Niki: Klingt ja auch interessant. Da könnten wir ja auch in der Gruppe mal drüber sprechen. Schließlich haben andere ja auch Tiere. Würdest Du eigentlich jede Tierhaltung als Herrschaft sehen, Timo? Hey Timo, hast Du zugehört? ... Na, gefällt Dir wohl auch der Hund, wa?

Timo: Äh, na ja. Ich kann ihn ja mal streicheln. Ich find's ja vor allem scheiße, wenn Leute, die Tiere halten, sich selbst bescheißen hinsichtlich der Herrschaftsfrage. Was hattest Du gesagt?

Niki: Ob Du jede Tierhaltung für Herrschaft hälst ...

Timo: Na klar. Es ist völlig egal, ob die Beherrschten die Herrschaft selbst als toll empfinden. Wenn sie nicht die gleichen Einflussmöglichkeiten auf das Geschehen haben, dann ist das Herrschaft. Wo Menschen und Tiere zusammenleben, können ja beide glücklich wirken und es in der Situation vielleicht auch sein – ist ja eh unklar, wie man das messen sollte. Aber selbst wenn sie glücklich wären, wäre es ein Herrschaftsgefälle zwischen ihnen. Ist doch bei Menschen nicht anders. Da kann in irgendeiner doofen Familie oder Ehe doch alles glücklich sein – und dennoch herrschen die ständig übereinander.

★★ ★★★★ ★

Es ist völlig egal, ob die Beherrschten die Herrschaft selbst als toll empfinden. Wenn sie nicht die gleichen Einflussmöglichkeiten auf das Geschehen haben, dann ist das Herrschaft.

Jens: Wie soll ich mir das denn vorstellen? Wer beherrscht wird, merkt das ja wohl und ist zumindest darüber nicht glücklich.

Timo: Vergiss es! Wenn Du wieder nur die Herrschaft mit Prügeln oder Anbrüllen meinst, hättest Du vielleicht noch Recht. Würde ich aber sogar da bezweifeln. Weiß ich aber nicht. Ich meine was Anderes: Die meisten Menschen unterwerfen sich doch gar nicht, weil sie sonst direkt verprügelt oder sonst wie bestraft werden, sondern weil sie auf diese unterwürfige Rolle genau zugerichtet werden. Die meisten Ehemänner müssen ihre Frauen für die Rollenaufteilung Arbeit und Haushalt gar nicht prügeln. Die Frauen haben das viele, viele Jahre reingetrichtert bekommen und sehen es deshalb als ihre Rolle an. Bei den Männern ist das sogar nicht viel anders. Die sind auf Arbeit getrimmt und versuchen sich da, ohne dass sie jemand dahinprügelt.

Herrschaft ist halt was richtig fieses, die siehst Du oft gar nicht. Die Menschen machen das, worauf sie zugerichtet sind – und wenn sie das hinkriegen, sind sie glücklich. Wie der Hamster im Laufrad.

Niki: Ey krass. Da erinnere ich mich ... ich hab, man weiß gar nicht, wo das war, hmmm ... na ja, ist ja auch egal ...

Jens: Nun sag schon ...

Niki: Irgendwas mit einer Umfrage hab ich mal gelesen. Dass die glücklichsten hier im Lande die Hausfrauen in so scheißpatriarchalen Familien sind, weil sie das hinkriegen, wofür sie glauben da zu sein: Putzen, Abwaschen, Kinder füttern, Putzen und wieder Abwaschen. Und dann stand da noch, dass ihre Typen weniger glücklich sind, weil sie das mit dem Arbeiten gehen und Geldverdienen gar nicht mehr so korrekt hinkriegen. Die, die ihre Rolle gebacken kriegen, sind glücklich. Das hat mich damals umgehauen, als ich's gelesen hatte. Fällt mir jetzt mal wieder ein und passt doch ganz gut.

Timo: Allerdings. Das ist wie mit dem Hund. Jens kickt den Stein weg, der Hund findet ihn und schafft ihn wieder ran. Die Rolle, die für ihn gedacht ist, hat er gut hingekriegt. Und freut sich bis zum Abwinken ...

Niki: Brrr, eklig. Dann ist der Mensch ja wie ein Tier.

Timo: Naja, irgendwie schon. Jedenfalls wenn er nur seine Rolle spielt. Die Zurichtung ist halt beim Menschen stärker durch die ganze Erziehung und den ganzen anderen Müll wie Job, Werbung und den Scheiß gekommen. Bei Tieren sind es mehr die Gene und die Dressur – aber Herrschaft ist das so oder so. Nur: Wenn Tiere und Menschen zusammen auskommen wollen, geht es nicht anders, als dass die Tiere auf die Lebensweise der Menschen dressiert werden. Bei Menschen ginge es anders. Passiert aber nicht oder nur wenig.

Jens: Na, also sind wir ja doch wie Tiere und dann bin ich auch wieder gleichberechtigt mit Ricki. Gell, Ricki? (kickt wieder einen Stein, alle lachen).

Gespräche ... Berlin, 1. Akt:

Schwenk in einen Berliner Stadtteil. Antifa-Treffen ist angesagt. Alle gucken wichtig, Kalle und Kischi haben schon von ihren gestrigen Begegnungen mit Nazis erzählt. Bei jedem Satz wuchsen die ein bisschen.

Gero: Scheiß Nasen. Rausschmeißen müsste man die.

Tini: Mich regt viel mehr auf, dass die Bullenschweine die schon wieder haben demonstrieren lassen. Wir kriegen die Knüppel ab und die Faschos dürfen marschieren.

Kalle: Gestern hab ich Tilo getroffen. Wisst Ihr? Der als Zeuge aussagen muss. Der hat erzählt, dass der Scheißrichter dem Nazi seine politische Motivation sogar mildernd zugute gehalten hat. Ich glaubś echt nicht. Dieser Scheißstaat schützt die braune Sosse, wo er nur kann.

Gero: Wenigstens haben einige richtig Lärm gemacht vor der Gerichtstür.

Kischi: Sind die auch reingegangen?

Gero: Nö, die wollten nicht, dass dieses angeklagte Nazischwein sie sieht und vielleicht wiedererkennt.

Kischi: Wie – und der Tilo war dann ganz allein im Gerichtssaal als Zeuge?

Gero: Naja, nicht ganz allein. Hmmm, na ja, die meisten sind schon draußen geblieben. Eigentlich fast alle. Ich weiß es nicht. Ich war ja auch nicht drin.

Tini: Warum nicht?

Gero: Ach, die ganzen Bullen da, die fotografieren mich wieder nur. Ich hab schon soviel Stress.

Kischi: Was habt Ihr denn vor der Tür gemacht?

Gero: Naja, so Slogans gerufen und so.

Kischi: Erzähl doch mal mehr, man. Interessiert mich echt. Was habt Ihr gerufen? Hattet Ihr auch Schilder oder ein Transpi?

Gero: Als die Nazisau kam, haben wir richtig fett „Nazis raus!“ gegröhlt. Da war nicht mehr viel anderes zu hören. Die Bullen haben uns vom Eingang dann zurückgeprügelt, so richtig krass.

Kalle: Was haben die gemacht?

Gero: Naja, halt so gedrängelt, dass wir zurückgehen mussten.

Kalle: Freiwillig dann oder wie?

Gero: Was heißt freiwillig? Auf die Fresse will ich auch nicht kriegen. Die wollten auch unser Transpi wegreissen, ha’m se aber nicht geschafft.

Kischi. Was stand den da drauf.

Gero: Na, irgendso ein Spruch, ich glaub: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Passt ja auch an so einem Ort ganz gut, wo die grade mal wieder einen Nazi nicht richtig wegknasten.

Tini: Sag mal, findest Du das eigentlich richtig, Nazis wegzuknasten? Ich meine, ich hab mal gelesen, im Knast da werden ganz viele erst zu Nazis. Aber es gibt wohl kaum welche, die im Knast aufhören, Nazis zu sein.

Sven: Ich fang gleich an zu heulen. Nazis haben kein Recht auf menschliche Behandlung. Wer Menschen eliminieren will, darf nicht nur zart angefasst werden.

Tini: Na toll. Und wenn so ein Naziarsch dann seine widerliche männlichkeitsorientierte Kraftmeierei als persönlichen Stil findet, soll er auch so behandelt werden? Hat er dann nicht ein bisschen gewonnen, weil die Situation so wird, wie er selbst auch sich verhalten will?

Gero: Was willste denn sonst machen? Wenn Du die Nazis nicht hart bestrafst, werden die doch immer dreister und am Ende kann sich niemand mehr auf die Straße wagen.

Anka: Jetzt muss ich auch mal was sagen. Naja, also ich weiß nicht. Kann das grad nicht so ausdrücken. Also ... ich meine, wenn man die Nazis so attackiert, wie sie selbst sich organisieren, ...

Kalle: Das ist doch was ganz anderes. Was wir machen ist soziale Notwehr, wir kämpfen die Straßen frei von diesem ...

Tini: Ey, lass die Anka doch mal ausreden, mann.

Kalle: Ja, o.k. Aber ist doch wahr ...

Tini: Fresse, ey.

★★ ★★ ★

Wenn wir wollen, dass die Bullen ordentlich zuschlagen, dann fordern wir doch eine Welt, in der sich die Scheißnazis wohlfühlen. Was ist dann gewonnen?

Anka: Danke. Ich wollte nur sagen, wenn wir auch so handeln wie die Nazis und wenn wir wollen, dass die Bullen ordentlich zuschlagen, dann fordern wir doch eine Welt, in der sich die Scheißnazis wohlfühlen. Was ist dann gewonnen? Ich meine, wir wollen doch nicht nur eine Gesellschaft, in der niemand Angst vor Nazis haben muß, sondern auch eine Welt, in der Menschen insgesamt nicht immer so mackerig miteinander umgehen. Da finde ich es falsch, einzufordern, dass Menschen krass angegangen oder bestraft werden sollen. Auch wenn es Nazis sind ... oder? Findet Ihr nicht?

Kischi: Ich weiß, was Du meinst. Aber ich weiß nicht, ob ich das auch so sehen will. Du könntest das ja auch dann für Vergewaltiger oder Mörder fordern, dass die nicht derbe bestraft werden sollen. Das fände ich aber gar nicht gut, mich kotzt das eh schon an, dass ständig die Täter mit ein paar Jahren Knast wegkommen, während die Opfer das ganze Leben gezeichnet sind.

Anka: Hmmm ... ich kenne mich da jetzt nicht so aus. Also, hab keine Ahnung, wie das in Knästen so ist, war ja auch noch nicht da. Naja,

ich weiß also nicht, wie das ist mit Sexisten und anderen, wenn die bestraft werden. Ob sich bei denen dann was ändert.

Gero: Nee, da wird wohl auch nix besser. Hab ich mal gelesen auf so ńer Antiknastseite im Internet, dass eigentlich Knast bei allen Straftaten alles nur schlimmer macht. Aber was soll man denn machen, die frei rumlaufen lassen? Es ist doch erst mal wichtig, die Gesellschaft vor Mördern, Vergewaltigern, Nazis und all diesem Scheiß zu schützen, oder?

Kalle: Selbst wenn das bei denen nichts Positives bewirkt, aber ich möchte nicht in einer Welt leben, wo Nazis und Sexisten einfach so frei rumlaufen. Da kann sich zumindest keine Frau, kein Ausländer und kein Punk mehr auf die Straße trauen.

Tini: Findest Du aber nicht, dass Du Gesellschaft hier ein bisschen komisch definierst? Ich meine, der Knast ist doch nicht außerhalb der Gesellschaft. Und gerade wenn Du Menschen vor Vergewaltigern schützen willst, kannst Du sie doch nicht auf wenigen Quadratmetern zusammensperren?

Kalle: Also erschießen, dann ist das gelöst ... nee, Quatsch, war 'n Scherz.

Gero: Naja, ist aber schlüssig.

Kalle: Nein, das Erschießen von Menschen ist ja auch nicht gerade eine gesellschaftliche Performance, die das Nettsein fördert.

Anka: Ich finde, dass da einfach alle Vorschläge, die etwas mit Zwang abschaffen wollen, immer das Problem nur neu schaffen. Faschismus, Rassismus, Sexismus ... das gedeiht alles in autoritären Verhältnissen besser. Abbauen geht nur, wenn Autorität rausgenommen wird aus der Gesellschaft.

Kischi: Und dann laufen die Nazis wieder frei rum, oder was? Wenn bei mir im Kiez ein Vergewaltiger rumläuft, dann will ich den aber weghaben. Alles andere ist mir erst mal egal oder kann hinterher geklärt werden. Opferschutz vor Täterschutz.

Anka: Darum geht es doch gar nicht. Wer weniger Opfer will ... oder, das ist irgendwie doof ausgedrückt, wer will, dass es gewaltförmiges Verhalten zwischen Menschen seltener gibt, darf nicht selbst autoritäres Handeln einfordern. Du fühlst Dich vielleicht sicherer, aber die Leute hinter den Mauern vom Knast sind Dir wohl egal, oder? Oder die Menschen, die dem Vergewaltiger nach dessen Knastzeit begegnen ... denn das Einknasten macht eher wahrscheinlicher, dass er die Scheiße wiederholt.

Gespräche ... Allgäu, 1. Akt:

Und wieder einige 100km entfernt, diesmal im Allgäu. Eine kleine Gruppe ist unterwegs in der Dämmerung, um Vogelstimmen zu lauschen. Ein lautes Knarren zeugt vom Balzen des Grauspechtes, der zwecks Paarbildung einen Trommelwirbel an einen Buchenstamm donnert. Als die Gruppe sich nähert, fliegt er davon – laut lachend, denn so hört sich der Ruf des Spechtes an.

Alfred: Ach, schön. Ein Genuß, wenn auch nicht mehr lange.

Gesine: Kannste nicht einmal aufhören, immer gleich das Negative zu erwähnen? Freu Dich doch einfach mal jetzt. Für den Augenblick.

Alfred: Grrrumpfff. Warum denn, das ist doch Augenwischerei. Ich find unsere Wanderung ja schön, aber ich kann auch nicht wegsehen, wie die Bäume hier sterben. Und die Autobahn hörst Du doch wohl genauso wie den Kleiber dahinten. Oder?

Gesine: Hach, mit Dir kann man einfach nicht richtig Spaß haben. Aber ist mir auch egal.

Sie gehen weiter, ein paar Äste knacken und es wird ein Stück dunkler. Direkt vor ihnen kreuzt in wildem Flug die erste Fledermaus des Abend. Aber noch dominieren die Abendgesänge von Amseln, Singdrosseln und dem Rotkehlchen das Geschehen. An der Wegkreuzung prägt das monotone „Zilp-zalp" aus einem Baumwipfel.

Thomas: Naja, wo wir schon mit der Politik angefangen haben ... ich habe gestern gelesen, dass endlich die Verfahren für regenerative Energieanlagen beschleunigt werden sollen. Das könnte ja vielleicht noch was retten, wenn das mal schneller vorangehen würde.

Andy: Was soll denn da beschleunigt werden? Wenn ich das Wort schon höre ...

Thomas: So genau stand das da nicht. Auf jeden Fall soll wohl die Bürgerbeteiligung gestrichen werden. Dass haben so BUND und andere Umweltverbände auch gefordert.

Andy: War ja klar. Jetzt setzen sich diese Scheiß-Ökofunktionäre schon gegen die Mitbestimmung ein. Toll das ...

Thomas: Man, jetzt nöhl nicht schon wieder rum. Hauptsache erst mal werden mehr Windanlagen und anderes gebaut.

Gesine: Find ich gar nicht toll. Die sollte man eher verbieten. Für die Vögel sind so Dinger gar nicht so toll. Ich find Stromsparen sinnvoller als überall solche Windräder.

Alfred: Sehe ich auch so. Wenigstens alle Schutzgebiete sollten für die Anlagen tabu sein. Da muss der Staat mal klare Vorgaben machen.

Die Natur kann sich halt nicht wehren, darum braucht es eindeutige Gesetze.

Thomas: Ich hab ja gar nichts gegen Stromsparen. Und auch nichts gegen klare Vorgaben, wo Windräder hindürfen und wo nicht. Dazu sind Naturschutzbehörden ja da. Aber diese Verhinderungstaktik von irgendwelchen Tourismusfanatikern finde ich oft übertrieben.

★★ ★★

Jeder von Euch will den starken Staat, aber eben für seine Zwecke.

Andy: Tolle Kraftprotzerei. Jeder von Euch will den starken Staat, aber eben für seine Zwecke.

Gesine: Ja, willste etwa die Gesetze abschaffen? Dann machen die Konzerne ja nur noch, was sie wollen. Oder es werden überall Windräder gebaut, am besten direkt über dem Horst vom Wanderfalken.

Thomas: Man, Du mit Deiner Scheißpolemik. Findst'e Strommasten etwa besser? Ich finds cool, dass jetzt mit diesem Erneuerbare-Energien-Gesetz endlich die Energiewende durchgesetzt wird. Das bringt halt viel mehr, wenn es von oben kommt als wenn nur immer so'n paar kleine Projekte in Eigeninitiative passieren.

Andy: Wenn ich das schon höre. Von oben ist toll. Am Ende wollt Ihr doch eine Ökodiktatur. Aber da seid Ihr kein Stück besser als all die anderen, die den Staat für sich einsetzen wollen – und nur schlauer sind als Ihr, das auch wirklich hinzukriegen.

Gesine: Ja, aber deshalb machen wir doch das, was wir machen, damit die ganzen Konzerne und Parteiheinis nicht mehr alles allein entscheiden. Wenn die Umweltverbände und so mehr Macht und die Grünen mal mehr Stimmen kriegen, dann kann auch im Umweltschutz mehr durchgesetzt werden.

Andy: Du machst doch den Bock zum Gärtner. Der Staat ist der größte Umweltzerstörer mit all seinen Autobahnen, Planungsverfahren, Kanälen, Truppenübungsplätzen. Der interessiert sich einen Dreck für die Umwelt.

Alfred: Na, das finde ich jetzt aber auch unsachlich. Ich hoffe zwar auch nicht mehr auf die Grünen, die haben uns längst verraten. Aber wenn die Naturschutzbehörden mal mehr Einfluss haben und die Demokratie auch mal funktioniert, kann doch auch für die Umwelt was rauskommen. Der Staat ist doch nicht immer schlecht.

Thomas: Ganz im Gegenteil. Der Staat kann viel mehr machen, hat viel Geld und so. Vor allem kann er Gesetze machen. Alles andere würde viel zu lange dauern. Wir müssen nur dafür sorgen, dass der Staat auf seine Bürger hört und nicht einfach immer so'n Scheiß baut. Das könnte ja auch anders sein.

Andy: Eben nicht. Dass der Staat die Umwelt zerstört, ist kein Zufall und wird immer so sein.

Gesine: Was für ein Schwachsinn. Warum soll das denn so sein?

Andy: Weil Umweltzerstörung eine Folge der Existenz von Herrschaft ist, z.B. des Staates.

Gesine: Tolle Phrase. Kannste das vielleicht mal begründen?

Andy: Kannste mich vielleicht mal ausreden lassen? Also: Niemand wird die Umwelt zerstören – oder nur irgendwelche armen Irren -, wenn die Folgen einen selbst treffen. Das ist aber bei Menschen, die über keine Machtmittel verfügen, immer so. Wenn die ihre Umwelt kaputt machen, können sie da nicht mehr leben. Wenn sie die Umwelt anderswo kaputt machen, würde sie Stress mit den Menschen dort bekommen. Wenn Menschen aber Herrschaft ausüben könnten, bedeutet das, dass sie die Möglichkeit haben, was zu tun, aber die Folgen auf andere abzuwälzen. Weil sie die nicht mehr fragen, sondern zum Ertragen zwingen können. Sie können also irgendwo Rohstoffe für sich abbauen – und die dort Wohnenden verrecken oder ihnen geht's schlecht.

Thomas: Und was hat das mit dem Staat zu tun? Das machen doch die Konzerne, aber der Staat könnte sie hindern.

Andy: Quatsch. Der Staat ist ja wohl der größte Akteur beim Zerwühlen der Landschaft. Grundwasserabsenkungen, Straßen und Schienenstrecken, Flughäfen oder Stromtrassen, Rohstoffgewinnung, Energiepolitik – das alles plant, beschließt oder genehmigt Papi Staat. Der braucht auch auf die betroffenen Menschen am wenigstens Rücksicht zu nehmen. Die meisten sind eh weit weg irgendwo in Asien oder Afrika, wo sie vom Land einfach vertrieben oder gar erschossen werden, wenn sie stören. Oder auch hier in diesem tollen Land, wer sich da wehren will, hat schnell mal ein Verfahren oder einen Bullenknüppel am Hals.

★★ ★★ ★

Der Staat hat die Möglichkeit, etwas zu tun und anderen die Folgen aufzuerlegen. Das ist die Voraussetzung für die großflächige Umweltzerstörung.

Thomas: Übertreib nicht so ...

Andy: Tu ich gar nicht. Außerdem geht's mir ums Prinzip. Der Staat hat die Möglichkeit, etwas zu tun und anderen die Folgen aufzuerlegen. Das ist die Voraussetzung für die großflächige Umweltzerstörung. Für die Natur wäre es am besten, wenn der Staat einfach weg wäre.

Alfred: Jaja, dann würden die Jäger aber alles Wild wegschießen und die Konzerne alles kaputt machen.

Gesine: Ohne den Staat wäre doch Chaos und alle würden sich richtig rücksichtslos verhalten.

Andy: Aber wenn Du meinst, dass Menschen von sich aus Natur kaputt machen würden, warum glaubst Du denn, dass sie es nicht machen, wenn sie es durch eine Machtposition noch besser könnten?

Gespräche ... Kiel, 1. Akt:

Gerold und Mechthild verlassen das Kino. „Matrix reloaded“ wurde gegeben. Beide sind auf dem Weg nach Hause.

Mechthild: Naja, ich fand den nicht so toll. Mehr Effekte. Die eigentlich coole Story ist dadurch völlig in den Hintergrund geraten. Wenn ich den Film gemacht hätte ...

Gerold: Das sagst Du jedes Mal.

Mechthild: Na und? Ist ja auch meine Meinung. Ich erinnere mich, als ich vor langer Zeit mal „Welt am Draht“ geguckt habe, von Rainer Werner Fassbinder. Kennst Du den? Der ist ja ganz ähnlich, nur dass die Menschen da selbst auch nur eine Computersimulation sind. Der Film ist eigentlich recht witzig, aber endet dann in einem total blöden Effektszenario mit Toten, Verbindungspersonen und wirrem Zeug. Das macht alles kaputt.

Gerold: Ist halt Film.

Mechthild: Aber das muss doch nicht sein. Schließlich ist die Idee hinter diesen Filmen irgendwie schon spannend. Matrix ist zwar platt, aber ich finde, man kann die Grundidee auch mit der realen Welt um uns verbinden. Schließlich ist das, was wir wahrnehmen, auch immer nur unsere Projektion. Wir sehen, was wir gelernt haben zu sehen.

Gerold: Aber es gibt immerhin die reale Welt und man kann sich anstrengen, die zu erkennen.

Mechthild: Das ist ja in Matrix gar nicht anders, nur dass Du da völlig raus bist und nur noch die Simulation wahrnimmst. Hier nimmst Du vom Realen das wahr, was Du entsprechend deiner Zurichtung trainiert bist zu sehen, hören oder zu fühlen.

Gerold: Und wer soll die Zurichtung da machen?

Mechthild: Alles.

Gerold: Hä? Tolle Antwort ...

Mechthild: Nee, das stimmt. Alles wirkt auf Dich und Du wirkst auf Dein Umfeld zurück. Alles prägt Dich. Steuern kannst Du nur, wie bewußt Du die Dinge auf Dich wirken lässt. Das Fatale ist, dass die härteste Zurichtung erfolgt, wenn Du Dich noch nicht recht wehren kannst.

Eltern, Schule, Verwandtschaft, aber auch Werbung, Medien, FreundInnen – alles das haut Dir voll ins Hirn. Wenn Du später beschließt, dass alles rückzuentwickeln, zu durchschauen, hast Du ein gutes Stück Arbeit vor Dir.

Gerold: Kannste mal Beispiele nennen?

Mechthild: Kein Problem. Wenn Du geboren wirst, also gleich nachdem Du aus dem Bauch gezogen wurdest, geht der Blick der Umstehenden zwischen Deine Beine und jemand brüllt: „Ein Mädchen!" oder eben „Ein Junge!". Wenn's nicht eindeutig geht, wird meist schnell rumgeschnippelt, bis es wieder passt. Und dann bekommst Du Kleidung, Spielzeug und vieles mehr je nach Geschlecht. Das ist so prägnant, dass Du später glaubst, dass sei alles von Natur aus so – einschließlich der Rollen, die dann den Geschlechtern zusortiert werden.

Gerold: Das denke ich manchmal von der Scheißpolitik auch. Die erzählen uns ständig nur, dass alles demokratisch ist und dass wir toll mitbestimmen können. Aber in Wirklichkeit ist es gar nicht so.

Mechthild: Akrobatischer Themenwechsel. Aber Du hast Recht. Alles ist Zurichtung, Manipulation. Wer nur auf das Materielle guckt, hat kaum eine Chance, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu durchschauen.

Gerold: Eigentlich müsste man mal eine Brille erfinden, die hinter dem ganzen Zurichtungsscheiß das erkennbar macht, was an Interessen drinsteckt.

Gespräche ... Dresden, 1. Akt[0]

Eine Theatergruppe, verkleidet als Filmteam vom Mars, betritt ein Kaufhaus. Menschen wühlen dort in Kleiderbergen und an Ständern mit Hemden.

Mars-TV zu KundInnen: Guten Tag, wir kommen vom Mars. Sie sind gerade live bei uns im Fernsehen zu sehen. Wir sind in der beliebten Sendung „Unterwegs in der Galaxis", wo wir verschiedene Planeten besuchen. Besonders interessiert uns das Leben auf der Erde, weil es dort eine Spezies gibt, die Dinge hat und tut, die es sonst nirgends gibt, z.B. dass die Menschen nicht einfach so miteinander leben, son-

0 Die hier beschriebenen Szenen sind so ähnlich im Sommer 2004 im Rahmen der Attac-Sommerakademie aus den Direct-Action-Workshops heraus gelaufen. „Mars-TV" ist ein prägnantes Beispiel kommunikativen Straßentheaters, in dem Vermittlung, konkrete Kritiken und Diskussion um Utopien verbunden werden. Weitere solcher und anderer Ideen sind vorgestellt auf www.direct-action.de.vu.

dern Herrschaft, Geld, eine Marktwirtschaft und vieles mehr brauchen. Jetzt sind wir hier mitten in einem sogenannten Kaufhaus gelandet. Wenn ich mich umschaue, gibt es hier Kleidung in Massen. Sieht so aus als würde das locker für alle reichen. Stimmt das?

Kundin (sieht um sich um, viele andere KundInnen gucken der Szene zu): Ähhh ja... ja, könnte schon sein.

Mars-TV: Das ist ja super. Und Sie nehmen sich jetzt das was Sie brauchen, hier einfach weg, oder?

Kundin: Naja, schon. Ich bezahle das dann und nehme es weg.

Mars-TV: Moment, das verstehe ich nicht. Was heißt, Sie bezahlen das?

Kundin (lacht): Ja, ich kann das doch nicht einfach mitnehmen. Da hätten wohl welche was dagegen. Das muss ich schon bezahlen.

Mars-TV: Also, dass müssen Sie schon genauer erklären. Bei uns auf dem Mars versteht das sonst niemand. Es gibt hier genügend Klamotten für alle Menschen, aber man darf die sich trotzdem nicht einfach nehmen?

Kundin: Ja.

Mars-TV: Komisch. Und was passiert, wenn Sie sich trotzdem einfach was nehmen würden? Es ist ja genug da, Sie schaden also niemandem.

Kundin (lacht wieder): Dann kommt wohl die Polizei und nimmt mir das Hemd wieder weg. Außerdem kriege ich dann viel Ärger.

Mars-TV: Was? Sie bekommen Ärger, obwohl Sie etwas machen, was für sie gut und für niemanden schlecht ist?

Kundin: Naja. Stellen Sie sich vor, wenn das sonst alle machen würden. Das wäre dann schlecht für das Kaufhaus.

★ ★★★ ★

Finden Sie es richtig, dass Sie hier für etwas bezahlen müssen, was doch genug da ist?

Mars-TV: Wäre es auch schlecht für Menschen? Darauf kommt es doch eigentlich an, oder?

Kundin: Weiß nicht.

Mars-TV: Wir können ja auch noch mal andere fragen. Hallo Sie: Finden Sie es richtig, dass Sie hier für etwas bezahlen müssen, was doch genug da ist?

Kunde: Na klar, ist doch überall so.

Mars-TV: Aber das ist doch kein Grund, oder?

Kunde: Aber wenn wir nicht bezahlen, wird auch nichts mehr produziert.

Mars-TV: Das verstehe ich nicht. Es ist doch eher im Gegenteil so, dass damit hohe Preise erzielt werden, ganz viel auch wieder vernichtet wird. Das finde ich eher absurd ...

Weiterer Kunde mischt sich ein: Ey, wie soll denn das sonst gehen? Ist es bei Ihnen auf der Venus denn anders?

Mars-TV: Moment, wir kommen vom Mars, nicht von der Venus. Auf der Venus gibt es leider noch kein Leben, aber auf vielen anderen Planeten der Galaxis. Und dort ist es überall anders. Ist ja auch sinnvoll, denn dieser ganze Kram von Kontrolle, Sicherung, Erwerbsarbeit, Kapitalbildung, Geldtransfers, ständigen Wert- und Profitdenkens beschäftigt ja richtig viele Menschen, die folglich den ganzen Tag zwar schwer schaffen, aber nichts produzieren oder tun, was für das Leben oder für sie selbst gut ist. Wenn die alle für ein besseres Leben nachdenken und produzieren würden, wäre doch viel mehr da und alle hätten aber weniger zu arbeiten. Viel weniger. So kennen wir es vom Mars und von anderen Planeten. Nur auf der Erde ist das anders, eben sehr seltsam, wie wir sehen.

Kaufhausdetektiv kommt heran: Was ist hier los? Hallo Sie, verschwinden Sie hier mal. Unsere KundInnen wollen nicht belästigt werden.

Mars-TV: Oh, woher wissen Sie das? Sie haben die doch gar nicht befragt. Und hier hat sich bislang niemand beschwert?

Detektiv: Das ist egal. Wir haben das Hausrecht und deshalb gehen sie jetzt.

Mars-TV: Können Sie unseren ZuschauerInnen erklären, was Hausrecht ist und wem das was nützt?

Detektiv schiebt die Theatergruppe mit Hilfe von zwei Kollegen nach draußen: So, da draußen können Sie machen, was Sie wollen. Hier drinnen sagen wir, was erlaubt ist.

Fragend voran ...

- ★ Wie kann Gleichberechtigung erreicht werden?
- ★ Helfen Regeln und Festsetzungen oder zerstören sie alles?
- ★ Was ersetzt Polizei, Justiz, Klassenbücher, Aufpasser und alle Formen der Strafe in einer horizontalen Welt?
- ★ Ist der totale Verzicht auf Kontrolle nicht gefährlich? Oder wäre jede Notbremse der Anfang der Reorganisierung von Herrschaft?
- ★ Welche Rahmenbedingungen vermindern herrschafts-/gewaltförmige Beziehungen zwischen Menschen und welche fördern sie?
- ★ Welche Aspekte müssten also für eine herrschaftsfreie Welt gelten?

Herzlich willkommen im Buch „Autonomie und Kooperation“ ...

Autonomie und Kooperation

Am Anfang dieses Buches steht der Versuch, die Idee herrschaftsfreier Organisierung in wenigen Begriffen zu fassen, um ein erstes Bild zu erzeugen, auf welchen Grundlagen die später ins Detail gehenden Überlegungen fußen. Notgedrungen geht damit eine Vereinfachung einher. Sie mitzudenken und dennoch gewagt die Verkürzung als Klärung und Ausgangspunkt zu nehmen, ist Ziel dieser Einführung.

Zweifeln, verzweifeln, hoffen und scheitern

Wenn der Wecker morgens klingelt und zur Arbeit ruft, kann so ein Moment sein. Wenn der Sinn des Lernstoffs in der Schule oder Uni so gar nicht mehr erkennbar ist, passiert das ebenso. Und wenn sich in der politischen Gruppe die Brutalität üblicher Gesellschaftsorganisierung mit Hierarchien, Bevormundung und kollektiver Identität gegen die hehren Ansprüche wieder und wieder durchsetzt, können die Gedanken auch kommen – die nach einer Welt jenseits der geltenden Regeln. Meist ebben die schnell ab, wenn das Gefangensein in den Zurichtungen der Normalität unseren Kopf und das Denken im Griff hat. Vorgegebene, in vielen Jahren festzementierte Denkgrenzen blockieren die Phantasie. Die Liste dessen, was endlich aus der Realität verschwinden soll, schrumpft unter den entstehenden Ängsten, wie denn die Welt funktionieren soll ohne Erwerbsarbeit, Schule, formalisierte Zweierbeziehungen, Strafe und Knast, Regierungen und Kontrolle, deren Abschaffung wir uns eben noch wünschten. Dringen wir doch, vielleicht angetrieben von der immer stärker empfundenen Zwanghaftigkeit unserer Lebensumstände und -verläufe, tiefer in die Utopie vor, so mehren sich vor allem die Fragen. Bislang als Antworten akzeptierte Erwartungen an eine bessere Zukunft zeigen sich als unsichere Kandidaten, an denen bei näherer Betrachtung viele Schwierigkeiten zu entdecken sind. Schließlich erscheint eine Utopie jenseits der bestehenden Welt eher wie ein gefährliches Roulettespiel der Unwägbarkeiten und ungeklärten Risiken. Die Begriffe von Chaos und Anarchie, bislang noch hochgehalten als bloßes Gegenbild zur verregelten Jetztzeit, füllen sich langsam mit den Inhalten, die ihnen auch von den AnhängerInnen autoritärer Staatsformen, von Demokratie-Fans und Rechtsstaats-FetischistInnen immer beigegeben werden: Faustrecht, Unsicherheit, Sozialdarwinismus. Schließlich endet das Träumen und Erleichterung tritt ein bei der Akzeptanz des Bestehenden. Die ist zwar nicht besser geworden, aber wir kennen sie schon, haben uns ein wenig eingerichtet in

den Zwängen und das Wissen um die mörderischen Folgen für so viele Menschen zur bloßen Informationen rationalisiert. Der Wecker kann weiter klingeln, Zeugnisse und Normierungen unser Leben prägen – jedenfalls wieder für einige Zeit, bis die Zweifel wieder so zugenommen haben, dass der Zyklus von vorn beginnt.

Viele Menschen denken utopisch, zumindest zeitweise. Zwar erreicht auch sie die Propaganda des „There is no alternative", aber immer wieder verlässt sie die Überzeugung, dass die heutige Situation schon die bestmöglichste Form des Lebens sei. Doch die Gedanken an Verbesserung scheitern, neben anderen Gründen, daran, dass es nicht so recht gelingen will, sich ein Bild von dem zu machen, wie eine Gesellschaft aussehen kann, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen, um in der von ihnen ausgehenden Kommunikation und Vereinbarung die Rahmenbedingungen und konkreten Details des gesellschaftlichen Lebens selbst zu gestalten. Bislang sind die Menschen immer einer höheren Doktrin unterworfen gewesen – und mit ihr konkrete gesellschaftliche Bedingungen, die das Leben der Menschen beeinflussten. Religionen, Moral, Gesetze, das Wohl des Volkes oder der Nation, Führer oder Erleuchtete, Norm oder einfach das, was sich gehört, stehen über den Individuen und ihren eigenen Überlegungen. Sie alle enthalten Zwänge und Verhaltensregulierungen gegenüber den Menschen. In ihnen steckt immer etwas, was als Ideologie die Akzeptanz beschafft. Götter wurden erfunden, um bestimmte Lehren als absolute Norm verkaufen zu können. Völker und Nationen wurden geboren, d.h. durch ihre Benennung und Formalisierung erschaffen, um erwünschte Verregelungen zu legitimieren und zu verschleiern, dass hinter dem „Im Namen des Volkes", der „Volksvertretung" oder besonders deutlich bei einer „Volkspolizei" das Interesse der Herrschenden steht. Wer den Menschen zu einem Glauben verhilft, verhindert vor allem das Zweifeln an der Richtigkeit gesellschaftlicher Zustände. Diese wirken wie gottgegeben oder eben menschengewollt, obwohl bei näherem Hinsehen nichts dafür spricht, dass irgendein Gott oder die Menschen in gemeinsam bschlossener Tätigkeit die Zustände geschaffen haben. Doch der Verweis auf Gott, Volk oder die Geschichte macht es einfach, eine bestimmte Gesellschaftsformation aufrechtzuerhalten. Denn sie alle erzeugen Legitimität. Dabei geht es nicht nur um den ideellen Bereichen, sondern die Realität der Herrschaft ist auch materiell verankert durch die Existenz von Strukturen. Der heutige kapitalistische Rahmen z.B. zwingt die Menschen bei Strafe ihres leiblichen Untergangs, ihre Reproduktion innerhalb der vorhandenen Strukturen zu vollziehen. Das Bestehende erscheint folglich wie ein Naturgesetz, wie eine Selbstverständlichkeit. Dem „Warum?" und der Frage „Wem dient oder nützt das Ganze eigentlich?" wird gar kein Platz mehr gelassen.

Gegenüber solch ideologischer Absicherung der bestehenden Situation hat jede herrschaftsfreie Utopie zunächst einen Erklärungsnotstand: Sie kann sich nicht aus einer einfachen Lehre, einem Dogma oder einer als höher suggerierten Moral ableiten. Sie muss sich aus sich selbst heraus begründen und jeden Einzelfall wieder neu durchdenken. Sie muss im Konkreten überzeugen und nicht „das Gute" selbst sein oder „vom Guten oder Höheren" kommen. Das ist bedeutend schwieriger. So ist nicht überraschend, dass viele Diskussionen um Utopien am Ende frustrierte Gesichter derer hervorrufen, die eine schlüssige Erklärung wollten, um an ihre Utopie zu glauben wie an die Diskurse und Dogmen der Jetztzeit. Sie wollten letztere mit leichtem Sprung verlassen – und nun zeigt sich die herrschaftsfreie Utopie als unsicheres Bild und ewiger Prozess. Das ist keine Fehlwahrnehmung. Herrschaftsfreiheit gibt es nur dort, wo keine Kontrolle besteht und damit auch keine verlässliche Sicherheit. Das ist zwar kein Unterschied zur Jetztzeit oder zu anderen vorstellbaren Gesellschaftsformationen mit Kontrollstrukturen, denn diese sind auch nicht wirklich stabil oder „sicher". Aber die Propaganda ist eine andere. Gebetsmühlenhaft wird in der heutigen Gesellschaft die Sicherheit beschworen, die durch mehr Kontrolle entstehen soll. Zwar zeigen bereits die vorliegenden Zahlen, dass das Gegenteil der Fall ist, aber darauf kommt es nicht an. Es zählt allein, was der Diskurs im Denken bewirkt. Der Extremismus einer Suche nach der totalen Kontrolle erfasst die AnhängerInnen einer pluralen Demokratie ebenso wie die meisten AnarchistInnen oder BasisdemokratInnen. In ihren Theorien und Forderungen wimmelt es nur so von „Räten" als Machtorganen[0] und „Gremien" mit imperativen Mandat (Kontrolle der Kontrollierten), basisdemokratischen Versammlungen mit komplizierten Abstimmungsregeln, deren Einhaltung natürlich kontrolliert werden muss, sogar bewaffneten Milizen, Polizeitrupps oder internationaler Weltinnenpolitik, deren BefehlshaberInnen aber demokratisch gewählt werden und das auch wieder kontrolliert wird usw. Der Kontrollwahn treibt faszinierende Blüten – und jedes Experiment macht deutlicher, dass es vom Prinzip her scheitern muss. Denn jede Kontrolle ist ein weiteres Element des Ungleichen zwischen Menschen – eben der Kontrollierten und der Kontrollierenden. Eine Kontrolle ist nur sinnvoll, wenn sie mit Sanktionsmöglichkeiten behaftet ist. Die aber genau verschaffen den einen mehr Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber anderen – und fördern damit nicht gleichberechtigtes Verhalten. Das ist aber nicht gewünscht, also muss kontrolliert werden, dass die Macht nicht missbraucht wird. Usw. Der endlose Teufelskreis der Selbstreproduktion von Kontrolle sichert Aufbau und Bestehen institutioneller Macht.

0 So z.B. formuliert von Matthias Fritz in der linken Gewerkschaftszeitung express 6-7/2005 (S. 14).

Herrschaftsfrei wird eine Utopie durch Kontrolle nicht, im Gegenteil. Wer aber im Denken über Utopien auf Kontrolle ganz verzichtet, muss neue Wege beschreiten, um das beschreiben und erklären zu können, was dann geschieht. Überall entstehen Zweifel – und das ist gut so. Denn als erste Erkenntnis über herrschaftsfreie Utopien wird nötig sein: Sie kann nicht beschrieben werden. Weil das Herrschaftsfreie eben kein Zustand, sondern ein Prozess ist. In diesem Prozess lassen sich Rahmenbedingungen und interne Logiken beschreiben, aber niemals ein endgültiger Zustand. Wenn nämlich die Kontrolle als das einen Zustand konservierendes Element wegfällt, gibt es keine Grenzen der ständigen Weiterentwicklung mehr. Wer immer in dieser Welt der Befreiung von Zwängen etwas verbessern will, kann darin nicht aufgehalten werden. Die Menschen selbst entscheiden später durch ihr Handeln, ob eine neue Idee sich verbreitet oder nicht. Sie tun das schlicht dadurch, dass sie die Idee übernehmen, weiterentwickeln, abwandeln oder eben nicht beachten.

1 Die spannenden Fragen stellen!

Eine herrschaftsfreie Utopie kann nicht beschrieben und schon gar nicht vorhergesehen werden. Herrschaftsfreiheit oder auch nur die Annäherung daran als endloser Prozess des Überwindens von ungleichen Handlungsmöglichkeiten zwischen Menschen und des Entwickelns neuer Handlungsmöglichkeiten insgesamt wird Rahmenbedingungen schaffen, die sehr fern sind den heutigen Verhältnissen. Die moderne Demokratie ist nur eine erfolgreiche Propagandaveranstaltung, in der sich Menschen besonders stark einbilden, frei leben zu können, während sie vorgegebenen Lebensläufen folgen und fast ihre gesamte Arbeits- und Denkkraft nicht eigenen, sondern verordneten Zielen widmen. Das Nachdenken über das konkrete Aussehen einer Utopie jenseits von Zwängen aller Art ist der Versuch, eine Vorstellung für eine mögliche Zukunft zu bekommen, um sich selbst Beispiele zu schaffen, an denen die Mechanismen einer solchen Welt diskutiert werden können. Diese Mechanismen selbst sind die spannendere Frage: Wie funktioniert eine Welt ohne Herrschaft? In welchen Formen tritt überhaupt Herrschaft heute auf? Schon diese Frage kann tausendfache Antworten erzeugen und in einem Kapitel dieses Buches soll das in einer zusammenfassenden Betrachtung geschehen. Die Erwartung sehr vieler Antworten aber sollte nicht davon abschrecken, die Frage konsequent zu stellen, sondern klar machen, welch gewaltiger Weg vor uns liegt. Allein das Nachdenken über diese Mannigfaltigkeit konkreter Formen der Herrschaft zeigt deutlich, dass ihre Überwindung ein unendlicher Prozess wird. Gleichzeitig aber kann jeder Fortschritt in diesem Pro-

zess bereits erhebliche neue Handlungsmöglichkeiten freisetzen und das gesellschaftliche Leben verändern.

Welche neuen Formen des Miteinanders ersetzen die bisherigen herrschaftsförmigen Regeln? Nichts spricht schließlich dafür, dass im Verhalten zwischen Menschen alle Formen von Macht und Gewalt einfach so verschwinden werden. Wie aber wird in einer herrschaftsfreien Utopie damit umgegangen? Was ersetzt Strafe? Allein das ist eine hochkomplexe Frage, an der viele Debatten über Utopien gescheitert sind. Ihr ist daher ein Kapitel in diesem Buch gewidmet.

Andere Menschen stellen andere Fragen, weil ihre Ängste bleiben oder abweichende sind. Die weit fortgeschrittene Zerstörung der Umwelt – kann sie gestoppt werden, wenn die Hoffnungsträger des heutigen Umweltschutzes in Form autoritär agierender Behörden, Umweltpolizeitruppen, Gesetzeswerke oder die Geldanlagen einfach verschwinden? Sinkt nicht der Bildungsstandard ins Bodenlose, wenn sich Schulen und Universitäten zumindest in der jetzigen Form auflösen? Woher kommen die Brötchen, wenn weder sozialistische Regierungen noch Nachfragemechanismen im Markt ihre Produktion erzwingen? Wer solche Fragen stellt (und auch dazu gibt es jeweils ein Kapitel in diesem Buch), nähert sich den Vorstellungen von Herrschaftsfreiheit an. Das Ergebnis sind meist nicht klare Bilder, sondern Möglichkeiten und offene Fragen, die eine weitere Debatte hervorrufen können. Das geschieht ohne ein Ende, denn der Prozess der Emanzipation wirft in jeder Veränderung neue Dinge auf, die zu lösen sind. Jede Befreiung aus einem Zwangsverhältnis eröffnet nicht nur neue Handlungsmöglichkeiten und ein entfalteteres Leben, sondern zeigt gleichzeitig neue Grenzen und Zwänge, die in nächsten Schritten überwunden werden können. Die Fragen danach zu stellen und den Prozess damit am Köcheln zu halten, ist die ungeheure Kraft, die Emanzipation braucht – der Wille zum besseren Leben als Befreiung aus den bestehenden Schranken, die es zunächst zu erkennen und dann zu überwinden gilt. Gesetze, Regierungen, Normen, Regeln und Kontrolle sind in diesem Prozess immer störend, denn sie gelten immer nur für das Alte, weil für das Neue dieselben noch nicht erfunden sein können, bevor überhaupt klar ist, wie das Neue sich organisiert und dann wieder neue Grenzen zeigt und Fragen aufwirft. Es spart Zeit und Kraft für die Überwindung der weiteren Grenzen, wenn der Erhalt des Bestehenden nicht auch noch künstlich abgesichert wird gegen Veränderung.

2 Grundprinzipien herrschaftsfreier Organisierung

Auch wenn es in der Diskussion um die möglichen Zukünfte nicht um konkrete Gesellschaftsformen geht, die so und nicht anders erreicht werden sollen, würde es doch einen Vorteil bilden, ein paar Grundprinzipien von Befreiung festmachen zu können. Dabei liegt der Vorteil nicht darin, dann doch ein festes Bild zu haben, sondern genau im Gegenteil wiederum eine Beschreibung, die selbst hinterfragt werden kann, aber gleichzeitig als Ausgangspunkt dafür dient, die möglichen Zukünfte zu beschreiben und daraufhin zu durchleuchten, ob sie den Menschen und seine Selbstentfaltung fördern oder doch wieder nur ein übergeordnetes Prinzip absichern. Die folgenden Abschnitte sollen einige Grundprinzipien benennen, die die Charakteristika von Befreiung und Selbstbestimmung darstellen.

Machen, was mensch will ... Autonomie

Grundvoraussetzung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ist die Autonomie aller Menschen. Jeder Mensch soll ohne künstlich auferlegte Schranken alle Möglichkeiten und Handlungsalternativen nutzen können, die innerhalb der Gesellschaft bestehen. Es gibt keine Privilegien mehr und keine Diskriminierungen. Alles Wissen, alle Erfindungen und alle materiellen Ressourcen sind grundsätzlich jedem Menschen ohne Bedingungen zugänglich. Niemand muss einer Gruppe angehören, bestimmtes Wissen nachweisen oder überhaupt innerhalb sozialer Gemeinschaft leben müssen, um alles nutzen zu können. Wo praktische Grenzen dieses einschränken, steht jedem Menschen die Möglichkeit offen, die Kommunikation für entsprechende Veränderungen aufzunehmen oder die Veränderungen selbst vorzunehmen.

Grenzen gibt es einerseits durch die allgemein zu einem Zeitpunkt gültigen Grenzen des Handelns – was kein Mensch kann, geht nicht oder muss erst erfunden werden. Andererseits könnte das Handeln des einen die Autonomie des anderen einschränken. Dann entsteht die Notwendigkeit von Kommunikation und Vereinbarung, aus der Streit und/oder Kooperation folgen können. Das wiederum führt dazu, dass Autonomie des einen eben nicht an der Grenze des anderen endet, sondern stattdessen spätestens an dieser Stelle ein gemeinsamer Prozess möglich ist und nötig würde, der die Handlungsoptionen erweitert und Lösungen entwickelt, die Grenzen überwinden, ohne Dominanzen zu schaffen. Konflikt und das kooperative Ringen um Ideen ist ein zentraler Antrieb der immer weiter

fortschreitenden Selbstentfaltung, die auf der Autonomie der Einzelnen, aber eben auch auf deren Kontakt, Kommunikation und Konflikt basiert.

Die heute bestehenden, künstlichen Beschränkungen wie Eigentumsrecht, Geldzwang bei der materiellen Reproduktion, Abschottung von Wissen, Patente oder Kapitalbesitz z.B. an Maschinen sind herrschaftsförmig durchgesetzt und erhalten. Sie werden auf dem Weg in die herrschaftsfreie Gesellschaft auf dem Müllhaufen der Geschichte landen. In der heutigen Zeit steht das Profit- und Machtinteresse diesem Prozess entgegen, jedoch kein an einem besseren menschlichen Leben orientiertes Interesse von Menschen.

Doch auch nach einer Befreiung von den künstlichen Beschränkungen der Handlungsautonomie von Menschen bleiben Barrieren wie z.B. die Verfügbarkeit von Ressourcen, fehlende oder sehr aufwändige Transportmöglichkeiten, nicht überall gleichzeitig verfügbares Wissen oder entwickelte Technik. Darin zeigt sich die Prozesshaftigkeit der Idee von Herrschaftsfreiheit. Es geht um den ständigen Willen, die Handlungsmöglichkeiten auszudehnen, einerseits dank neuer Erfindungen, Erkenntnisse und Experimente, andererseits durch deren ständige Ausweitung hinsichtlich der Zugänglichkeit ohne Zwang. Die Praxis zur Idee der Herrschaftsfreiheit ist die Emanzipation, d.h. das Bestreben, Beschränkungen immer weiter abzubauen, damit – so das Ziel – alle Menschen gleichermaßen auf die gesellschaftlichen Möglichkeiten und den gesellschaftlichen Reichtum zugreifen können. Das gilt sogar für die Grenzen, die die natürlichen Gegebenheiten auf der Erde vorgeben, denn neue Techniken oder Erfindungen können diese Grenzen verschieben, ohne dass dadurch die Lebensbedingungen durch Umweltzerstörung wieder verschlechtert würden,[1] Das würde sonst der Idee von Emanzipation als Ausdehnung von Handlungsmöglichkeiten widersprechen.

Alles für alle ... Kooperation

Die Handlungsmöglichkeiten von Menschen würden stark eingeschränkt, wenn sie nur einzeln agieren würden. Viele Dinge sind allein gar nicht zu bewerkstelligen, weil ein Mensch allein zu wenig Kraft, Wissen oder Zeit hat, um eine komplexere Tätigkeit zu erledigen. Außerdem kann sich kein Mensch das gesamte Wissen und die Handlungsmöglichkeiten, die in der Menschheit vorhanden sind, selbst aneignen, sondern nur im Rahmen von Kooperation darauf zurückgreifen.

1 Siehe zur Allianztechnologie mit der Natur: „(Groß-)Technik und Umweltschutz".

Kooperation bedeutet dabei jede gemeinschaftliche Aktivität, die nicht nur nebeneinander steht, sondern etwas miteinander zu tun hat, sich gegenseitig fördert oder aufeinander aufbaut. Diese kann frei vereinbart sein, d.h. die AkteurInnen haben die Kooperation bewusst angefangen und gewollt. Sie kann aber auch ein Zwangsverhältnis sein, denn auch wenn ein Mensch unfreiwillig einem anderen zuarbeitet, kooperieren sie in diesem Prozess. Als dritte Möglichkeit kommt die eigene Aktivität in einem komplexen System hinzu, d.h. die Akzeptanz der Integration eigener Tätigkeit in umfassendere Vorgänge. Dabei kann es die Option der Verweigerung geben oder nicht. Diese dritte Form ist weit verbreitet, d.h. sehr viel menschliche Aktivität nutzt nicht nur in der konkreten Situation der handelnden Person oder den unmittelbar Beteiligten, sondern trägt einen Teil zu der gesamtgesellschaftlichen Aktivität bei, z.B. der Produktion, dem wissenschaftlichen Fortschritt oder in der Jetztzeit den Interessen bestimmter gesellschaftlicher Schichten, der Kontrolle von Aktivität usw.

Die Kombination: Autonomie und Kooperation

Autonomie ohne Kooperation allein ist genauso wenig emanzipatorisch wie Kooperation ohne Autonomie. Ohne Kooperation wäre der autonome Mensch isoliert und würde nur aus seinen eigenen Erfahrungen schöpfen, nur das von sich aus Leistbare erreichen und immer davon abhängig sein, selbst ausreichend aktiv und erfolgreich zu sein, um überleben oder gut leben zu können. Insofern ist Kooperation gegenüber der Isolation von Menschen ein emanzipatorischer Prozess, weil er Handlungsmöglichkeiten erweitert. Die starren Konzepte von Selbstversorgung und Autarkie sind in ihren dogmatischen Fassungen daher antiemanzipatorisch.

Ohne Autonomie wäre allerdings auch der in Kooperation agierende Mensch wenig frei. Denn dann hätte er keine Alternative zur Kooperation, kann sich also nicht oder nur unter erheblichen Verlusten aus ihr zurückziehen. Ein Zwang zur Kooperation besteht heute fast überall, d.h. es gibt kaum Alternativen zur Aneignung von Wissen, zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse und zur Beteiligung an Entscheidungsfindungen als die vorgegebenen, machtförmig durchgesetzten und kontrollierten Formen wie Schule, Lohnarbeit oder Selbständigkeit, Wahlen und Abstimmungen usw. Wer an solchen teilnimmt, kooperiert zwar, aber tut das erzwungenermaßen, weil eine Alternative und damit die Autonomie des Handelns nicht besteht. Diese Unterschei-

★★ ★★★ ★

Die Kooperation ist erzwungen, weil die eine Seite sich nicht aus ihr lösen kann, weil sie nicht darüber bestimmen kann, was sie einbringt und unter welchen Bedingungen, weil sie keinen oder nur geringen Einfluss auf die Regeln der Kooperation hat.
Christoph Spehr*

* Christoph Spehr, 2000, „Gleicher als andere". Download unter www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preise/rlspreis.pdf.

dung in freie und erzwungene Kooperation ist wesentlich, um ein Verständnis von Herrschaftsfreiheit zu schaffen. Freie Kooperation ist dann gegeben, wenn Kooperation mit Autonomie verbunden ist. Die Idee von Autonomie und Kooperation ist daher eine Präzisierung der Idee freier Kooperation, in dem die Bedingung für die Freiheit der Kooperation mitbenannt ist.

★ ★ ★★★ ★★

Freie Kooperation besteht darin, dass alle Beteiligten dieser Kooperation sie aufgeben, ihre Kooperationsleistung einschränken oder unter Bedingungen stellen können, um auf die Regeln der Kooperation in ihrem Sinne einzuwirken, und zwar zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis, und dass sie dies individuell und kollektiv auch wirklich tun.
Christoph Spehr

Freie Kooperation entsteht auf zwei Wegen. Zum einen können Menschen oder Gruppen sie bewusst miteinander eingehen, jederzeit gestalten und dabei auf die Freiwilligkeit der Kooperation achten. Voraussetzung ist, dass die Menschen auf die Kooperation auch verzichten können, also autonom sind in der der Entscheidung, die Kooperation einzugehen. Sie vereinbaren die freie Kooperation aus freier Entscheidung und sie können, weil sie zur Kooperation nicht gezwungen sind, die konkreten Formen der Kooperation auch immer angstfrei in Frage stellen.

Ebenso gibt es freie und erzwungene Kooperation auch dort, wo die Tätigkeit von Menschen ohne ihr Zutun an anderer Stelle und von anderen Menschen oder Gruppen für deren Zwecke genutzt oder weiterentwickelt wird. Umgekehrt kann die Person, die in einem materiellen oder informellen Austausch mit anderen steht, auch selbst wieder neues Wissen erfahren oder die Veränderung von Rahmenbedingungen nutzen. Dieses geschieht schon im Kleinen so. Wenn dort, wo Menschen zusammenwohnen, verschiedene Handlungen vom Abwaschen bis zur Nahrungsmittelbeschaffung, Streichen der Wände und Tausende von Handlungen mehr das Überleben und das Wohlbefinden fördern, so ist das eine Kooperation, auch wenn vieles niemals als solche explizit abgesprochen wird. Die einzelne Handlung, oft motiviert durch eigenes Interesse, wirkt sich auf alle Beteiligten aus, weil das Zusammenwohnen einen komplexen Rahmen abgibt mit komplizierten Wechselwirkungen. Ein freie Kooperation setzt auch hier die Autonomie voraus, d.h. die Beteiligten halten sich nicht gezwungenerweise, d.h. durch direkten Zwang oder mangels Alternativen in der Kooperation auf. Sollte ihnen die Kooperation nicht mehr gefallen oder nützen, so ist ein Ausstieg ohne Sanktionen möglich. Diese Situation zu erreichen bzw. sich ihr anzunähern, wäre wiederum das Ziel des praktischen Handelns zur Herrschaftsfreiheit, also der Emanzipation.

★ ★★ ★★

In einer freien Kooperation kann über alles verhandelt werden; es dürfen alle verhandeln; und es können auch alle verhandeln, weil sie es sich in ähnlicher Weise leisten können, ihren Einsatz in Frage zu stellen.
Christoph Spehr

Diese Überlegungen lassen sich auch auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene übertragen – allerdings mit der Einschränkung, dass hier nur die konkrete Kooperation gesteuert werden kann. Der abstrakte Gesamtraum,

aus dem niemand gänzlich aussteigen kann, bleibt unabhängig davon immer erhalten. Das bewirkt gegenüber der konkreten Kooperation mit konkret ansprechbaren Menschen oder Gruppen Unterschiede, die Handlungsmöglichkeiten einschränken, aber auch verbessern. So bleibt der Zugriff auf gesellschaftliche Ressourcen in einer herrschaftsfreien Welt immer erhalten, auch wenn konkrete Kooperationen scheitern. Vieles ist aber vergleichbar: Auch im gesellschaftlichen Rahmen haben die Handlungen der Einzelnen bzw. der Gruppen vielfältige Wirkungen. Der Rahmen ist aber größer und vor allem noch unüberschaubarer, was dazu führt, dass gar nicht mehr alle Wirkungen erkennbar werden. Ebenso ist nicht mehr direkt nachvollziehbar, woher welche Ressourcen und welches Wissen stammen, das jemand für sich selbst nutzt. Besonders schwierig ist die Frage der Autonomie. Ein Ausstieg aus der Gesellschaft ist nicht möglich, wenn Gesellschaft immer als die Gesamtheit von allem definiert wird. Dann würde die Person, die sind in ein Einsiedlertum zurückzieht und selbst versorgt, weiter zur Gesellschaft gehören. Autonomie braucht aber den Ausstieg aus der Gesellschaft nicht, sondern sie ist dann gewährleistet, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen keine bestimmte Form des Lebens erzwingen. Dann ist innerhalb dessen, was definitorisch die Gesellschaft ist, Autonomie lebbar, auch z.B. ein Einsiedlertum, bei dem keine bewusste Kooperation mehr stattfindet. Bestehen bleibt aber die gesamtgesellschaftliche Wechselwirkung hinsichtlich der Möglichkeit, Wissen anderer zu nutzen, eigenes Wissen abzugeben oder jederzeit eine bewusste Kooperation wieder eingehen zu können. Insbesondere Letzteres sollte nicht unterschätzt werden. Das Wissen darum, allein handeln zu können, aber das auch jederzeit anders entscheiden zu können und KooperationspartnerInnen zu suchen, ist eine wichtige Grundlage von Autonomie und Kooperation. Es gibt keine formalen Schranken, keine Regeln und keine KontrolleurInnen hinsichtlich der Kooperationen, die ein Mensch aufnimmt oder sein lässt. Es braucht dieser Metaebene gar nicht mehr, d.h. die Idee von Autonomie und Kooperation ist die praktische Form, in der Staaten, Religionen und alle Formen der über dem Menschen stehenden Steuerung wegfallen können.

★★ ★★ ★

Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziationen der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum.
F. Engels*

Gleiche Möglichkeiten und offene Räume: Horizontalität

Das Herstellen gleicher Handlungsmöglichkeiten ist selbst eine praktische Form des Herrschaftsabbaus, gleichzeitig aber ein weiterführender emanzipatorischer Akt, weil dadurch, dass Menschen gleiche Handlungsmöglichkeiten haben, nicht Gleichheit, sondern Ausdifferenzierung nach Lust

* Engels, F.: "Der Ursprung der Familie" (S. 146)

und Bedürfnissen entsteht, aus der heraus der weiter vorwärtsbringende Prozess selbst wiederum gefördert wird. Die Idee gleicher Möglichkeiten unterscheidet sich daher von Gleichheit und von Gleichberechtigung. Gleichheit als Begriff hat mit Emanzipation wenig zu tun. Wer Menschen gleich machen will, muss sie einem Maßstab unterwerfen, der überhaupt definiert, auf welchem Level die Gleichheit entstehen soll. Das bereits wäre Normierung. Zudem lässt jeder Blick auf das Leben der Menschen den Eindruck aufkommen, dass die Menschen in einem herrschaftsfreien Raum alles andere als gleich wären und dass darauf auch die ungeheure Vielfalt, Produktivität und der gesellschaftliche Reichtum entsteht. Gleichheit würde daher immer Freiheit, Lebensqualität und Reichtum in der Gesamtmenge einschränken, auch wenn für einzelne Menschen Teile zunehmen könnten. Zudem sind Bedürfnisse nicht gleich und gleiche Anforderungen an Menschen können für diese sehr unterschiedliche Härten bedeuten.

Gleichberechtigung nähert sich einem emanzipatorischen Ziel an, neigt aber schon vom Begriff her zu formalisierten Rahmensetzungen statt zu tatsächlichen. Das ist gut sichtbar bei der Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Gesetze finden sich vielerorts, die Gleichberechtigung sichern sollen. Praktisch wird das aber nicht erreicht. Gleichzeitig werden jedoch dadurch neue Normen geschaffen, um für diese Normierungen Gleichberechtigung zu schaffen – z.B. in der konkreten Geschichte der formalen Gleichstellung von Mann und Frau die Stärkung heterosexuell orientierter Zweierbeziehungen unter Diskriminierung aller anderen. Gleichberechtigung organisiert die Praxis zudem nicht aus den Wünschen und Bedürfnissen der Einzelnen, sondern normiert und vereinheitlicht. Dazu bedarf es heute in der Regel handelnder Institutionen und diskursiver Durchsetzung. Das Konzept gleicher Möglichkeiten würde dagegen andersherum ansetzen. Als konkreter Hebel bietet sich an, alle gesellschaftlichen Ressourcen frei zu geben. Damit werden sie nicht institutionell „beschlagnahmt", um sie z.B. gleichberechtigt zu verteilen. Sondern sie werden jeglicher „Beschlagnahme" durch Einzelne, Gruppen oder einer Vertretung der ganzen Gesellschaft entzogen. Das allein reicht allerdings nicht, um bereits den gleichen Zugang herzustellen. Je nach Fähigkeiten, Wohnort, Alter, Sprache oder Kraft von Menschen können diese nicht an alles Wissen, alle Produkte usw. herankommen. Daher muss in das Konzept gleicher Möglichkeiten auch der tatsächliche Zugang integriert werden, was eines aktiven Pro-

★ ★★ ★★

Es geht immer um den Mechanismus, nicht für andere definieren zu wollen und zu können, wie ihre Kooperationen auszusehen haben, wie sie ‚richtig' sind, aber die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie dies frei aushandeln können.
Christoph Spehr*

* Christoph Spehr, 2000, „Gleicher als andere", Manuskript der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Download unter www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preise/rlspreis.pdf (S. 27). Veröffentlicht auch im Buch „Gleicher als andere", 2003 im Karl-Dietz-Verlag, Berlin.

zesses bedarf. Gesamtgesellschaftlich ist das mit etlichen Schwierigkeiten verbunden, im organisierten Raum können Gruppen, Organisationen, Netzwerke oder andere Kooperationen diese aber als eigenes Ziel setzen und entsprechend verwirklichen. Praktisch wird das bedeuten, dass neben der Schrankenlosigkeit des Zugang zu allen Möglichkeiten viele Orte und Wege aufgebaut werden, in denen dieser auch aktiv gefördert wird, also z.B. Wissen angeboten, Infrastruktur bereitgestellt wird usw. Zu solchen praktischen Formen der Horizontalität findet sich mehr im Kapitel „Vom Zauberwort zum konkreten Experiment: Horizontalität".

3 Ankunft in der Utopie?

Die Idee von Autonomie und Kooperation lässt kein Ende des Prozesses zu. Die Aneignung von Handlungsmöglichkeiten sowohl individuell als Stärkung der Autonomie als auch in gegenseitiger Unterstützung mittels Kooperation ist ein immerwährender Prozess. Jede neue Handlungsmöglichkeit ist wiederum der Ausgangspunkt weiterer Entwicklung. Fortschritt wird neu definiert als Entfaltung der Menschen in ihren Handlungsmöglichkeiten, allein und zusammen, je nach ihrem Willen.

Dass es kein Ende gibt, sondern nur den Prozess, schafft auch Hoffnung für die heutige Zeit. Denn es kann sofort losgehen, schließlich gibt es viele Wege, Autonomie und Kooperation sofort zu stärken. Das beginnt im Alltag der Einzelnen, die sich stärker selbst organisieren und so von den ständigen Zwängen lösen. Es endet in komplexen gesellschaftlichen Kooperationen oder der Organisierung in großen Einheiten, z.B. Netzwerken, die dennoch ein horizontales Nebeneinander vieler autonomer Teile bleiben.



Emanzipation (lat., eigtl. „Freilassung"), die Befreiung von Individuen oder sozialen Gruppen aus rechtl., polit.-sozialer, geistiger oder psych. Abhängigkeit bei ihrer gleichzeitigen Erlangung von Mündigkeit und Selbstbestimmung.*

Never ending story ... Emanzipation ist ein Prozess

In der Definition umschreibt der Begriff „Emanzipation" genau das, was als Prozess der Stärkung von Autonomie und Kooperation nötig und sinnvoll ist. „Emanzipation bedeutet, sich aus erzwungenen Kooperationen zu befreien und freie Kooperationen aufzubauen", schreibt Spehr.[2] Dabei warnt er davor, aus taktischen Gründen und kurzfristiger Erfolgserwartung antiemanzipatorische Strategien zu nutzen: „Wenn erzwungene Koopera-

* Meyers Taschenlexikon.

2 Christoph Spehr, 2000: „Gleicher als andere", Rosa-Luxemburg-Stiftung (S. 27f).

tion durch eine Fülle von Herrschaftsinstrumenten aufrechterhalten wird, dann ist es für eine Politik der freien Kooperation notwendig, diese Instrumente abzuwickeln. ‚Abwicklung' bedeutet, dass diese Instrumente nicht für ‚etwas Besseres' eingesetzt werden können, sondern heruntergefahren". Alles andere wäre zum Scheitern verurteilt, denn Herrschaft ist ein sich selbst stabilisierendes Merkmal von Gesellschaft, d.h. es ist selbst der Grund für seine Anwendung und seine Ausdehnung. Herrschaft schafft Bedingungen, innerhalb derer die Anwendung von Herrschaft für den handelnden Menschen Vorteile bringt. Reichtum, Wissen usw. sind auf dem herrschaftsdurchzogenen Markt oder durch Absicherung über Institutionen zu erwerben und nutzbar zu machen. Wer seine Privilegien nicht absichert, verliert. Um diesen Teufelskreis der Selbstreproduktion von Herrschaft zu durchbrechen, bedarf es eines offensiven Umgangs mit Herrschaftsverhältnissen. Autonomie und Kooperation brauchen den aktiven Widerstand gegen Herrschaft. Sonst wirkt sie fort wie in jedem gesellschaftlichem Subraum der Gesellschaft. Wenn aber die ersten Schritte der Befreiung, der Loslösung aus Fremdbestimmung und die Aneignung von immer mehr Handlungsmöglichkeiten erfolgt sind, kann das selbst Motivation zu mehr sein. Emanzipation macht „süchtig. Sie vermittelt uns einen Eindruck davon, was alles möglich wäre. Sie vermittelt uns diesen Eindruck nicht nur über den Kopf, sondern auch über die Haltung, die wir dabei einnehmen; es ist eine schier körperliche Erfahrung. Wir brechen die Regel, und es geht. Wir können es tatsächlich tun. Wir können dadurch sogar Einfluß auf die Regel nehmen, sie verändern. Wir spüren die Macht und die Freiheit, die freie Kooperation uns geben kann".[3]

Losing control ... Kommunikation statt Sicherheit

Ein Hemmnis ist die Angst – gleichzeitig auch die wichtigste Konstante in der Propaganda für herrschaftsförmige Gesellschaftssysteme. Autonomie und Kooperation schaffen keine Garantien für Gewalt- und Herrschaftslosigkeit, keine Garantie für das blanke Überleben in Form genügender Lebensmittel, Wohnung, Energie und mehr – einfach nichts ist sicher. Bei näherer Betrachtung gilt das zwar für alle denkbaren Gesellschaftsformen, aber die herrschaftsförmigen Formen suggerieren etwas anderes. Höhere Moral und autoritäre Durchsetzungsorgane, Marktwirtschaft und Rentenversicherung werden uns wie vieles andere als Sicherheit angeboten. Der gute Staat, Gott oder wer auch immer Herrschaft ausübt oder dazu benutzt wird, inszeniert sich selbst als Garant des Guten und nutzt so geschickt die Ängste der Menschen, die Sicherheit suchen. Doch Christoph Spehr kriti-

3 Christoph Spehr, 1999: „Die Aliens sind unter uns", Siedler Verlag München (S. 241)

siert „jede Politik, die die Selbstinterpretation der Subjekte mißachtet und von oben erkennen und durchsetzen will, was für sie gut und richtig ist".[4] Denn sie ist immer nur Propaganda. Erstens kann auch sie keine Sicherheit garantieren, sondern behauptet es nur. Ganz im Gegenteil sind autoritäre, religiöse und andere Gesellschaftsformen in der Geschichte derart voller Krisen, Gewalt und Verknappung von lebenswichtigen Ressourcen gewesen, dass es eigentlich reichen müsste für die Erkenntnis, dass Propaganda und Wirklichkeit wenig miteinander zu tun haben. Zum anderen ist der Verweis darauf, das Beste für die Menschen zu wollen, immer eine Verschleierung von Machtinteressen gewesen. Staaten, Religionsapparate und andere Herrschaftsstrukturen haben immer vor allem sich selbst in den Mittelpunkt gestellt, die gesellschaftlichen Ressourcen zu sich umgeleitet und Privilegien aufwändig abgesichert auf Kosten vieler Menschen. Dieser Prozess ist selbstverstärkend, wie schon gezeigt.

Es ist daher von großer Bedeutung, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen keine Möglichkeit mehr besteht, herrschaftsförmig zu handeln. Denn nur dann wird gleichberechtigte Kooperation auch sichtbar als für den Einzelnen sinnvollste Ebene gesellschaftlicher Interaktion. Solange noch eine noch so versteckte Chance auf das Erzwingen bestimmter Verhaltensweisen besteht, wird der Kontakt zwischen Menschen belastet. Nur die totale Abwesenheit von Macht- und Kontrollmöglichkeiten ebnet den Weg zur freien Kooperation. Wann immer etwas anderes machbar ist und vorteilhaft erscheint – sei es im Einsatz körperlicher Überlegenheit, im Rückgriff auf eine im Konfliktfall entscheidende Metastruktur (Regierung, Polizei, Rat, Plenum o.ä.), in der Drohung auf materiellen Entzug usw. –, wird der Kontakt zwischen Menschen und ihren Zusammenhängen nicht mehr vom Denken daran zu befreien sein. Zur Kooperation besteht dann immer die Alternative in Form herrschaftsförmiger Durchsetzung – die Angst davor oder die Hoffnung darauf werden den Verlauf der Kommunikation prägen. Nur die totale Nicht-Möglichkeit von Kontrolle und Zwang ist als Grundlage für herrschaftsfreie Selbstorganisierung geeignet. Und das gilt auch bereits heute, wenn Emanzipation zur Praxis in den Subräumen von Gesellschaft werden soll, z.B. in politischen Gruppen, alternativen Projekten oder anderen Orten des Experimentierens mit Autonomie und Kooperation. Sie sind zur Zeit meist meilenweit davon entfernt.

4 dito, (S. 216).

Nobody is perfect ...
Fehlerhaftigkeit akzeptieren und nutzen

Der Hinweis darauf, dass auch unter den Bedingungen von Autonomie und Kooperation nicht alles paradiesisch sein wird, ist bei näher Betrachtung banal. Kein Gesellschaftssystem kann Perfektion garantieren, wenn auch die Propaganda oft anderes vorgaukelt. Entscheidender ist, wie mit Fehlern, d.h. herrschaftsförmigen Verhaltensweisen, Erzwingung von Kooperation ohne Autonomie oder Sabotage an Selbstentfaltung, Autonomie und Kooperation umgegangen wird. In einer autoritären Gesellschaft wird das nicht normgerechte Verhalten sanktioniert. Das führt in der Regel nicht zu einer Verbesserung – genau das wäre aber das Ziel. In einer horizontalen Gesellschaft oder Organisierung führen „Fehler" zu zwei Reaktionen – einerseits zur direkten Intervention, d.h. Menschen treten in gleichberechtigte Kommunikation miteinander. Die bietet auch die höchste Chance, dass Menschen sich ändern, was bei der direkten Intervention in Fällen gewalt- und herrschaftsförmigen Verhaltens das Ziel ist. Zum anderen entsteht die Chance, aus Fehlern zu lernen, d.h. die Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, in dem neue soziale Fähigkeiten entwikkelt und erprobt werden. „Eine Politik der freien Kooperation kommt nicht umhin, eine *Entfaltung sozialer Fähigkeiten* zu betreiben, mit der sich die Individuen (und Gruppen) dabei unterstützen, die Entscheidung über sich tatsächlich in die eigene Hand zu nehmen".[5] Auch das wird durch das System von Strafe eher verhindert, denn es setzt mit autoritären Mitteln den Erhalt des Status Quo durch.

★ ★★★ ★★

„Aufgrund des Kahlschlags, den Herrschaft im demokratischen Zeitalter in diesem Bereich betrieben hat, sind wir ganz oft nicht fähig, unsere Kooperation selbst zu regeln auch dies gilt wieder für alle Orte der Gesellschaft und alle ihre Kooperationen". Christoph Spehr**

Die Frage nach Strafe und den Alternativen in einer herrschaftsfreien Welt gehört zu den aufregendsten Debatten um Autonomie und Kooperation. In diesem Buch ist dieser Frage daher ein besonderes Kapitel gewidmet.

5 Christoph Spehr, 2000: „Gleicher als andere" (S. 28).

Christoph Spehr, 2003: „Gleicher als andere" (S. 52).

Ohne Herrschaft ginge vieles nicht – und das wäre gut so!

Definition und Wirkungsweise von Herrschaft sowie Grundanforderungen emanzipatorischer Politik

Von Jörg Bergstedt, Gruppe Gegenbilder

★★★ ★★ ★

Der folgende Text war der Versuch, den Begriff der Herrschaft zu fassen und einen Rahmen zu stecken für die Debatte um herrschaftsfreie Gesellschaft. Zudem sollte er die Rahmenbedingungen und Strategien emanzipatorischer Politik ausleuchten und ansatzweise abstecken. Der Text stand 2001 und 2002 neben anderen, die das Phänomen „Herrschaft" zu beschreiben versucht haben[1]. Er unterschied sich aber vor allem dadurch, dass er sehr stark auf eine Praxis gesellschaftlicher Veränderung und gesellschaftlichen Handelns ausgerichtet war und die theoretischen Überlegungen mit praktischen Ansätzen zu verbinden versuchte. Inzwischen ist der Text mehrfach überarbeitet worden, u.a. für dieses Buch.

Utopieentwürfe als Widerspruch in sich

Eine Gesellschaft „Freier Menschen in Freien Vereinbarungen" ist eine konkrete Utopie, deren genaue Form aber nicht abgeschätzt werden kann. Zu groß ist der Unterschied zu den herrschaftsförmigen Gesellschaften der Gegenwart und Vergangenheit – und damit zu schwierig die Vorhersagbarkeit des individuellen und sozialen Verhaltens von Menschen außerhalb von Zwangsverhältnissen. Anzunehmen ist, dass nach einem Prozess des Abbaus bekannter Herrschaftsverhältnisse noch weitere zum Vorschein kommen – die Emanzipation, d.h. die Loslösung und Überwindung von Zwängen, von Herrschaft und Beherrschung aller Art, wird ein langer, wahrscheinlich immerwährender Prozess. Der Entwurf einer einheitlichen Utopie als zukünftiger Gesellschaftsform aus dem herrschaftsförmigen Hier und Jetzt würde eine Vorgabe sein, die eher einer Beschränkung als einer Befreiung gleich käme. Daher sind Zukunftsentwürfe nur Möglichkeiten, jedoch ihre Beschreibung wichtig, da sie andeuten – wenn auch aus der aktuellen Perspektive –, dass schon jetzt herrschaftsärmere Entwicklungen denkbar und erstrebenswert sind. Eine abschließende Diskussion über die Details, über Machbarkeit und notwendige Vereinbarungen in der Zukunft wird angesichts des durch Herrschaftsverhältnisse beschränkten Horizontes, der eigenen Zurichtung auf herrschaftsförmige Wahrnehmung von Menschen und Gesellschaft sowie der nicht vorhandenen Erfahrungen heute kaum zu führen sein. Viele spätere Möglichkeiten sind aus der heutigen

1 Beispiele aus neuerer Zeit sind die Bücher von Annette Schlemm, „Daß nichts bleibt, wie es ist" (LIT-Verlag, 1996), „Die Aliens sind unter uns" (Goldmann Verlag, 1999) und „Gleicher als andere" (Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2000, und Karl-Dietz-Verlag, Berlin, 2003) von Christoph Spehr und „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen" (Projektwerkstatt, 2000) der Gruppe Gegenbilder. Eine Reihe von Texten ist unter www.herrschaftsfrei.de.vu zusammengestellt.

Sicht noch gar nicht vorstellbar, so dass eine Festlegung zu einer Selbstbeschränkung führen würde.

Die permanente Entstehung neuer Ideen und weitere Entwicklung von menschlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten schafft sich selbst auch ständig neue verbesserte Rahmenbedingungen für eine erneute Weiterentwicklung. Dieser inneren Logik folgend kann eine Utopie immer nur mit den bekannten Möglichkeiten der aktuellen Zeit entworfen werden. Der Weg hin zur Utopie oder andere gesellschaftliche Entwicklungen verändern aber gerade diese Möglichkeiten und schaffen neue, so dass der Entwurf einer Utopie in zukünftigen Zeiten zu anderen Ergebnissen kommen würde.

★★★ ★★

Jeder Existenzprozeß verändert durch Wechselwirkungen seine eigene Umwelt, die Bedingung seiner Existenz ist. Zyklische Austauschprozesse, wie sie überall stattfinden, erreichen schließlich Situationen, in denen eine Grenzüberschreitung notwendig ist.[1]

Eine bessere Welt – das reicht!

Zudem muss noch ein weiteres Hindernis in der Diskussion ausgeräumt werden. Eine Analyse von Herrschaft und der Entwurf von Ideen und Konzepten einer herrschaftsfreien Gesellschaft muss keine perfekte Welt erdenken. Es reicht als Argument für den Beginn der Veränderung, gegenüber dem heutigen Zustand erstens eine spürbare Abnahme von gewaltförmigen Beziehungen zwischen Menschen zu erlangen und zweitens die Situation so zu gestalten, dass ein immerwährender Prozess der Emanzipation, d.h. der Befreiung aus weiteren Zwangsverhältnissen und der Ausdehnung von Handlungsmöglichkeiten möglich ist. Zu diesem Prozess gehört aber sehr früh das definitive Ende von Gewalt in etlichen Bereichen gehören, weil ihre Ursachen dort entzogen sind, wo Zwangsverhältnisse aufgehoben werden. Das bietet dann sofort eine bessere Ausgangsbasis für weitere Schritte.

Worum geht es?

Die Fragestellung nach einer herrschaftsfreien Gesellschaft ist also nicht die nach dessen exakter Form. „Wie sieht eine utopische Gesellschaft aus?“ ist zwar eine interessante Frage und bietet viel Raum für anregende Diskussionen. Wichtiger aber ist die Formulierung der Verhältnisse, unter denen sich Gesellschaft entwickelt: Was stärkt heute und in herrschaftsförmigen Gesellschaften die Konkurrenz und untergräbt Kooperation? Was fördert gewaltförmiges Verhalten und Herrschaft zwischen Menschen?

1 Schlemm, Annette (1999): Daß nichts bleibt, wie es ist ..., Band 2: Möglichkeiten menschlicher Zukünfte. LiT-Verlag Münster



Umgekehrt, d.h. positiv formuliert für eine emanzipatorische Utopie, lautet die Frage: Welche Rahmenbedingungen fördern kooperatives und behindern konkurrierendes Verhalten? Unter welchen Bedingungen gehen Menschen gleichberechtigt miteinander um, entwickeln ihre eigenen Potentiale und organisieren die eigene Selbstentfaltung so, dass sich die anderen Menschen auch selbst entfalten können? In welchem gesellschaftlichen Rahmen wird die Autonomie von Menschen gestärkt und gleichzeitig Kooperation gefördert?

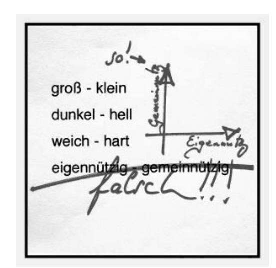
In diesen Formulierungen wird der herrschaftskritische Blickwinkel sichtbar. Emanzipation will die Handlungsmöglichkeiten von Menschen ausdehnen bei möglichst freier Wahl des konkreten Handelns. Es geht um den einzelnen Menschen, dessen Selbstentfaltung, aber immer um alle Menschen, nicht um Privilegien nur eines Teils. Wo die Handlungsmöglichkeiten des einen auf Kosten des anderen ausgeweitet werden, wirkt Konkurrenz, nicht Emanzipation. Insofern unterscheidet sich der Blickwinkel grundlegend von den Theorien des Liberalismus, der das 'Glück' des Einzelnen auch dann fördert, wenn andere dadurch eingeschränkt werden. Ebenso unterscheidet sich der emanzipatorische Ansatz von Ideologien der verordneten Gleichheit. Wer Menschen gleich machen will, wird einen steuernden Überbau anstreben (linke Ideologie) oder eine kollektive Identität erzwingen, z.B. den Volksstaat (rechte Ideologie, mitunter auch von linken PopulistInnen übernommen). Insofern ist Emanzipation auch von den oft in sozialistischen Ansätzen formulierten Theorien zu unterscheiden. Statt solcher Gleichheit werden für emanzipatorischer Ziele gleiche Möglichkeiten angestrebt, bei denen die Menschen nach freiem Willen und nicht mehr länger durch äußere Zwänge die eine wählen, die andere auslassen oder neue schaffen.

Im Jahr 2000 startete die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Wettbewerb mit der Frage, wie Gleichheit und Freiheit miteinander verknüpft werden können. Wer die Frage so stellt, schaut mit der Brille des gesellschaftlichen Überbaus und denkt nicht von den Menschen her, die in einer horizontalen Begegnung Gesellschaft formen und entwickeln.[0] Autonomie und Kooperation sind das Begriffspaar, dass dem Freiheit und Gleichheit aus dem herrschaftskritischen Blickwinkel gegenübergestellt werden kann.

0 Den Preis gewann Christoph Spehr mit seiner Arbeit „Gleicher als andere", in der er die Fragestellung selbst auch aus ähnlichen Gründen kritisierte und eine mehr aus der Sicht des Menschen entwickelte Antwort gab.

Der Mensch ist ein Wolf – wir brauchen den Staat?

Bei der Suche nach dem guten Menschsein kommen viele zu der Auffassung, dass nur eine starke Moral den Menschen bändigen kann. Der Egoismus des Menschen stehe der Neigung zur Kooperation entgegen – Altruismus und Egoismus seien gegensätze. Zu Gegenmitteln werden der Staat als aufklärerisch-kontrollierender Überbau, eine Religion oder der moralische Appell an die Selbstzügelung. Doch hinter diesen Auffassungen verbergen sich zwei entscheidende Irrtümer:



★★ ★★★ ★★

Im Frühjahr 2005 startete der „Erfinder" des Essener Unperfekthauses, Reinhard Wiesemann, eine Aktion zur Änderung des Dudes. Dort werden Egoismus und Altruismus als Gegensätze dargestellt. Das Bild stammt von der Protestpostkarte im Rahmen der Aktion.

- ★ Alle Versuche, aus dem vom Egoismus angetriebenen Menschen ein selbstloses und am Interesse anderer orientiertes Wesen zu schaffen, sind Formen der Fremdbestimmung – selbst wenn nur appellativ an das Gute im Innern angeknüpft werden sollte. Denn auch schlechtes Gewissen ist Fremdbestimmung, es orientiert sich an Erwartungshaltungen anderer, an Angst und normativen Setzungen. Gesetze, Moral, Esoterik und Religion sind ohnehin Wertesysteme, die von außen kommen und den Menschen steuern – auch wenn sie sich des öfteren als „innere Werte" tarnen und verkaufen.
- ★ Den Egoismus überwinden zu wollen, bedeutet den Verzicht auf den impulsivsten, energiegeladensten Antrieb des Menschen. Der Versuch wird meistens scheitern, weil der Egoismus zu stark ist. Wo er gebrochen wird, bleibt oft ein kraftloses, persönlichkeitsschwaches Wesen zurück.

Der Egoismus als Triebfeder

Tatsächlich wäre wichtig, genau das stark zu machen und kooperativ zu nutzen, was den Menschen im Kern antreibt: Sein Egoismus, der Wille nach einem besseren Leben, das Bedürfnis nach Sicherheit oder Geborgenheit, Lust und Befriedigung, Selbstentfaltung und Innovation – alles Ziele, die vom Egoismus gespeist werden. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass diese Motivationen die freie Kooperation fördern. Wenn es besser für ein schönes Leben ist, kooperativ zu handeln, dann wird das auch geschehen. Gesucht sind also von jeglichem Zwang befreite Rahmenbedingungen, unter denen der Antrieb zu einem besseren Leben, der Egoismus der Menschen, weitmöglichst das kooperative Verhalten fördert und konkurrierende Beziehungen verdrängt.

Mit dieser Sichtweise erledigt sich auch die Frage nach dem Menschenbild. Was ist der Mensch? Ist er gut oder schlecht, wenn er von Zwängen befreit ist? Mit der Idee der „Freien Menschen in Freien Vereinbarungen" werden nicht die Menschen beschrieben, sondern die Rahmenbedingungen. Es geht um die Frage, welche Rahmenbedingungen maximal kooperatives Verhalten fördern und welche eher konkurrierendes, Dominanz ausübendes Verhalten hervorbringen. Für dieses Ziel ist die Frage unerheblich, wie der Mensch an sich ist. So oder so ist das Ziel, kooperatives gegenüber konkurrierendem Verhalten attraktiv zu machen. Das Ergebnis wird der Prozess zu immer mehr kooperativ-gleichberechtigten Beziehungen zwischen Menschen und der Abbau von Konkurrenz und gewaltförmigen Verhältnissen sein – von welchem Menschenbild und welcher Anfangssituation auch immer ausgegangen wird. Die erhoffte Verbesserung, das Mehr an Kooperation und das Weniger an Konkurrenz, das Mehr an Horizontalität bei abnehmender Neigung zu macht- und gewaltförmigem Verhalten ist ausreichende Motivation zum Handeln.

Was fördert Konkurrenz?

Konkurrenz und Kooperation sind keine neuen Formen menschlichen Miteinanders. Sie finden im Hier und Jetzt bereits statt. Sichtbar ist auch heute bereits, was Konkurrenz und was Kooperation fördert. Das kann erste Anhaltspunkte geben, welche Rahmenbedingungen ein herrschaftsfreies Zusammenleben stützen – und welche sie verhindern. Das gibt nicht nur Grundlagen für die utopischen Entwürfe, sondern auch Ansatzpunkte für Veränderungen im Alltag und in der politischen Praxis. Zudem bietet dies einen grundlegenden Maßstab zur Beurteilung politischer Forderungen und konkreter Projekte. Daher sollen im folgenden die bereits heute spürbaren Aspekte aufgezählt werden.

★ Jede Form institutioneller Herrschaft[1] fördert Konkurrenz, weil in der Position des/r Herrschenden die Ausübung von Konkurrenz einfacher möglich ist. Zudem lassen sich die Folgen besser abwälzen. Wer z.B. ein Interesse an einem Stück Land, einem Produkt, einem Rohstoff u.ä. hat, kann leichter konkurrierend agieren (statt sich mit anderen Menschen gleichberechtigt zu einigen), wenn eine durchsetzungsstarke Herrschaftsstruktur das konkurrierende, d.h. andere ungefragt benachteiligende Verhalten absichert. Entweder die Person oder Gruppe ist selbst in einer herrschenden Position oder kann per

1 Herrschaft ist immer institutionalisiert, d.h. dauerhaft verankert. Mit dem Begriff institutioneller Herrschaft soll die mit konkreten Ausführenden oder sichtbaren Quellen verbundene Machtausübung von der diskursiven Herrschaft unterschieden werden, die über Zurichtung, normierte Wahrnehmung usw. auch ohne solche „materiellen" Grundlagen andauert und wirkt.

behördlichem Verfahren einen Rechtsanspruch absichern (Kauf, Genehmigung ...) und dann KonkurrentInnen mit den Apparaten der Herrschaft drohen. In allen diesen Fällen ist konkurrierendes Verhalten einfach möglich, zudem können Folgen wie Proteste durch die Repressionsorgane der benutzten Herrschaftsstruktur zurückgewiesen oder per Einschüchterung vorab verhindert werden.

★ Ökonomische Herrschaftsverhältnisse wie materielle Abhängigkeiten oder der Profit- und Verwertungszwang im kapitalistischen Markt fördern ebenfalls die Konkurrenz. Wer keine Chance hat, außerhalb der herrschaftsförmigen Beziehung (z.B. zu ArbeitgeberIn, LandbesitzerIn u.ä.) zu überleben, ist auf Kooperation und materiellen Zufluss angewiesen. Er/sie kann also nicht ohne erhebliche Gefahren oder Nachtteile daraus aussteigen. Eine solche Kooperation ist folglich erzwungen, d.h. sie basiert nicht auf Autonomie. Die Marktwirtschaft ist so organisiert, dass durch finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen die Teilnahme am Marktgeschehen erzwungen wird. So ist z.B. in Deutschland vieles an Selbstversorgung verboten – eigenes Saatgut darf nur selten gewonnen, Wissen und Technik aufgrund von Patenten nicht genutzt werden. Im Trikont[2] ist die Zerschlagung der regionalen Märkte und die Wegnahme von Land auch heute noch ein wichtiger Prozess, Menschen zur Marktteilnahme zu zwingen. Marktinstitutionen und Staat agieren dabei Hand in Hand: Alternativen werden per institutioneller Herrschaft genommen und dadurch alle in den Markt gezwungen. Verstärkt wird der Konkurrenzdruck durch den prägenden Diskurs, alles in Wert setzen und Profit erwirtschaften zu müssen. Das im wirtschaftlichen Bereich dominante Eigentumsrecht sichert wiederum die Personen ab, die über den bevorzugten Zugang zu Ressourcen verfügen. Sie können sich meist beliebig konkurrierend verhalten, weil sie in der überlegenen Position stehen – und genau das fördert ihre Neigung dazu. Herrschaft ist auch im Markt ein sich selbst verstärkender Prozess.

★ Unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten fördern Konkurrenz. Wer über mehr Zeit, Wissen, Kraft, Geld, andere Ressourcen, Beziehungen usw. verfügt, kann im Kontakt mit anderen Menschen seine Kooperation unter Bedingungen stellen und somit oftmals die Regeln diktieren, unter denen Hilfe, Wissen oder Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der „Tauschwert" der Person, seiner Fähigkeiten und seines Besitzes sind größer.

★ Fremdbestimmte sowie nicht oder nur schwer trennbare Beziehungen zwischen Menschen brechen Selbstbestimmung und

2 Trikont meint die drei Erdteile, die sonst oft abwertend als „Dritte Welt" bezeichnet werden.

schaffen Zwang statt freier Kooperation. Beispiele sind verfestigte Kleinfamilien, Zwangsverwandtschaft, Ehe[3], aber auch ArbeitnehmerInnenschaft, Schulklassen, tradierte Vereinsstrukturen usw.

Alle genannten Beispiele dafür, wie Herrschaft Konkurrenz steigert und antiemanzipatorisch wirkt, unterscheiden sich darin, dass einige auf sozialisierten, aber willensmäßig veränderbaren Haltungen beruhen, während andere eine über das Individuelle hinausgehende Systemhaftigkeit aufweisen. Hinter ihnen stehen u.a. der Staat mit dem Hang von Herrschaft zur eigenen Ausdehnung zwecks Selbstabsicherung und der Markt mit dem Zwang zur ständigen Selbstverwertung des Wertes.

Herrschaft verringert zudem immer die Kommunikation zwischen Menschen, weil diese unnötig wird. Handlungen, die durch Herrschaft abgesichert sind, bedürfen weder der Zustimmung noch überhaupt der zweiseitigen Kommunikation mit betroffenen oder aus anderen Gründen interessierten Menschen. Die Folgen eines durch Herrschaft abgestützten Verhaltens können ohne Absprache oder Zustimmung der Betroffenen auf andere Menschen abgewälzt werden. Auf diesem Prinzip basiert im Kern die Zerstörung der Umwelt, denn diese bedeutet immer die Zerstörung oder Einschränkung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Qualität des Lebensumfeldes konkreter Menschen, deren Akzeptanz erkauft oder erzwungen wird.

Was fördert Kooperation?

Kooperation hat überall dort eine bessere Chance, wo genannten oder vergleichbare Formen von Herrschaft und Zwang fehlen. Konkurrenz und Kooperation bilden dabei eine Spanne – mit den beiden (utopischen) Polen der totalen Fremdbestimmung und der freien Gesellschaft. Je nach Bedingungen können sich individuelle und gesellschaftliche Verhältnisse dem einen oder anderen Pol annähern. Das Bild der Spanne zwischen Kooperation und Konkurrenz ist beliebig oft wiederholbar – in den Beziehungen des Alltags, in der materiellen Reproduktion (Arbeit, Haushalt, Konsum), in politischen oder anderen Gruppen, in Projekten oder im gesellschaftlichen Umfeld (informelle Kontakte, gesellschaftliche Arbeitsteilung, Verwaltungen, Staat). Jegliches Herrschaftsverhältnis stärkt die Neigung zu Konkurrenz. Verschärfung von Herrschaftsverhältnissen, Ausbau von Herrschaftsstrukturen oder Erwartungsdruck verändern die Situation

3 Mit Ehe ist die Formalisierung der Zweierbeziehung gemeint, nicht die Zweierbeziehung als solches – die Ehe wird zwar auch „freiwillig" eingegangen, aber durch Erwartungshaltung, finanzielle Besserstellung usw. gefördert. Und wenn sie denn mal geschlossen ist, gibt es keine rein freiwillige Möglichkeit mehr, sie wieder zu beenden.

immer stärker zu konkurrierenden Logiken, während der Abbau von all diesem Autonomie und Kooperation stärkt. Wo Herrschaft in all ihren Facetten fehlt, existiert nur noch die Gesellschaft der „Freien Menschen in Freien Vereinbarungen".

Antrieb ist der Egoismus als Drang zum besseren Leben. Innerhalb von Herrschaft ist ein besseres Leben meist einfacher und effizienter über Konkurrenz organisierbar. Was ich habe, hat aber unter Konkurrenz jemand anders nicht – egal ob das Eis, den Arbeitsplatz, die/den PartnerIn oder ein Buch. Christoph Spehr nennt dass einen „sozialen Antagonismus, wo die eine Seite gewinnt, was die andere verliert".[4] Die Verrechtlichung mit den dahinterstehenden Herrschaftsstrukturen schafft und sichert diese Situation. In einer herrschafts- und (damit einhergehend) verwertungsfreien Gesellschaft sieht das anders aus. Weiterhin bleibt der Egoismus, der Wille zum besseren Leben der Hauptantrieb des Menschen. Nun ist aber alles, was ein Mensch für sich verbessert, auch eine Chance für alle anderen. Sie können das Neugeschaffene auch nutzen oder zumindest reproduzieren. Was die/der Einzelne schafft, ist selbst dann ein Vorteil für alle, wenn er/sie es nur zum eigenen Vorteil gemacht hat. Denn keine Erfindung, kein Reichtum, keine neue handlungsmöglkichkeit ist mehr abschottbar gegen andere. Ganz im Gegenteil gibt es ein Interesse, dass andere alles auch nutzen und weiterentwickeln, weil auch diese ihre Ergebnisse wiederum nicht abschotten können. Weil das so ist, ist in einer herrschaftsfreien Welt die Chance am größten, die freie Entfaltung aller anderen zu wollen – denn deren Ideen und Produktivität, deren Musik, Kunst oder was auch immer kann mir ebenfalls zum besseren Leben dienen, denn es ist nicht mehr exklusiv.

★★ ★★★ ★

Keine Erfindung, kein Reichtum, keine neue handlungsmöglkichkeit ist mehr abschottbar gegen andere. Ganz im Gegenteil gibt es ein Interesse, dass andere alles auch nutzen und weiterentwickeln, weil auch diese ihre Ergebnisse wiederum nicht abschotten können.

Beispiele für Rahmenbedingungen, unter denen Egoismus und Kooperation zusammenfallen:

★ Wenn alles Wissen frei wäre von Eigentumsrecht in Form von Patenten, Lizenzen, Copyright usw., würde alles, was einmal erfunden oder erdacht ist, sofort allen helfen. Neue Techniken wären theoretisch überall nachbaubar und sogar weiterentwickelbar – so profitiert auch die Person oder Gruppe, die den ersten Schritt gemacht hat, von der Kooperation, weil andere dann ihr Werk verbessern. Und da Technik dem besseren Leben und nicht mehr dem Profit dient, ist die Chance am größten, dass sich alle freuen, wenn andere die eigene Idee übernehmen und weiterentwickeln. Auf der Spanne von Konkurrenz und Kooperation ist das komplett freie Wissen ein starker Antrieb Richtung Kooperation.

4 Christoph Spehr, 1999: "Die Aliens sind unter uns", Siedler Verlag München (S. 201).

- ★ Wenn Land und Boden nicht mehr Einzelnen gehören würde, sondern die jeweils in einer Gegend Wohnenden gleichberechtigt darüber entscheiden, würden die Bedürfnisse und Träume der Menschen in den Vordergrund treten. Profitinteressen wären schwerer durchsetzungsfähig.
- ★ Wenn Produkte frei wären, müsste nicht mehr jede Person Waren oder Geld (als Gegenwert von Ware) horten, sondern das eigene Leben wäre am besten und auch am sichersten, wenn es einen gemeinsamen Reichtum gäbe, auf den jedeR Einzelne zurückgreifen könnte. Wenn mehr als genug zu essen da ist, ist auch für jeden Menschen genug da, da es keine erzwungene Aufteilung gäbe. Wo dagegen Eigentumsrechte mit Herrschaftsausübung zwischen den Menschen stehen, müssten alle für sich horten und für sich Sicherheit schaffen. Das würde Konkurrenz bedeuten und die Wahrscheinlichkeit steigern, dass tatsächlich einige zu wenig haben.
- ★ Offensichtlich ist, dass gesellschaftlicher Reichtum schneller zu erreichen und größer ist als individueller Reichtum. Wenn alles allen gehört, haben auch alle alles. Unter den Verhältnissen von Privatbesitz muss jede Person selbst alles beschaffen – Essen, Bohrmaschinen (auch wenn nur einmal im Jahr benötigt), Zweitwagen, Abflussreinigungsdraht, Laptop, Eismaschine, Entsafter, Deutsch-Spanisch-Lexikon usw. Alle müssen zudem Zeit investieren in die Sicherung ihres individuellen Reichtums. Sofort könnte schon heute überall ein deutlich größerer Reichtum entstehen, wenn nur wenige Menschen jeweils als soziale Basisgruppe ihren materiellen Besitz teilen – umfassend ausgestattete Computer- und Werkräume, Küchen und Bibliotheken wären die sofortige Folge.
- ★ Die Effizienz der eigenen Tätigkeit würde steigen, weil zeitintensive Kontroll- und Überwachungstätigkeiten wegfallen würden.

Diese Vorschläge können in Teilbereichen von Alltag und Organisierungen schon heute verwirklicht werden. Projekte und Forderungen dieser Art wären erste Schritte zu einer herrschaftsfreien Utopie. Diese würde dann die Vorteile der Freien Kooperation noch weit deutlicher ausbauen – und damit die Tendenz des Verhaltens von Menschen in der Spanne von Konkurrenz bis zu Kooperation sehr stark zu letzterer verschieben.

1 Was ist Herrschaft?

Herrschaft zu beschreiben, ist nicht einfach. Sie bezeichnet ein Prinzip menschlicher Verhältnisse, das durch unterschiedliche Möglichkeiten des Handelns gekennzeichnet ist, die gegeneinander gerichtet werden können.

Herrschaft umfasst dabei erstens Mittel der direkten Beherrschung mittels Gewalt, Drohung, Entzug der Lebensmöglichkeiten oder der Freiheit. Zweitens gehört zu ihr die Beeinflussung von Wahrnehmung und Wertung über gerichtete Kommunikation in Bildung, Medien und Öffentlichkeitsarbeit. Als dritte Form kommen institutionalisierte, d.h. dauerhaft, einseitig nicht oder nur schwer aufhebbare unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten hinzu, z.B. ungleiche Zugänge zu Reichtum, Wissen und Ressourcen oder durch eingeschränkte körperliche Leistungsfähigkeit. Viertens entsteht Herrschaft durch Selbstbestimmung brechende Rollenzuweisungen per direkter Anweisung, gesellschaftlichen Kategorisierungen und erziehende Zurichtung auf Rollen in Gesellschaft, Arbeitswelt, Familie usw. Sie sind oft an Geschlecht, Herkunft, Alter oder Ausbildung orientiert. Die Möglichkeit zur Androhung solcher Mittel oder Fremdbestimmung ist bereits ein Herrschaftsverhältnis, da sie das Verhältnis zwischen Menschen hierarchisch sortiert. Herrschafts- und gewaltförmige oder davon bedrohte Beziehungen können sowohl zwischen Menschen als auch zwischen Institutionen und Menschen bestehen.

Es gibt verschiedene Definitionen, die versuchen, das komplexe Phänomen Herrschaft zu fassen. Dabei teilen sie die Herrschaft nach ihren Wirkungsprinzipien, nach Herrschenden oder Beherrschten ein. All diese Einteilungen dienen allein dem Versuch, Herrschaft begrifflich zu fassen und damit durchschaubar zu machen. In der Realität gibt es keine voneinander trennbaren Herrschaftslogiken. Herrschaft wirkt komplex, die verschiedenen Wirkungsformen überlagern und verstärken sich ständig. Es gibt weder eine einfache Einzelform von Herrschaftsausübung noch eine einfache Strategie gegen eine solche, separierbare Herrschaftsform.

Auch die im Folgenden entworfene Beschreibung von Herrschaft nach verschiedenen Aspekte dient vor allem der besseren Klärung, sie ist nicht tatsächlich so teilbar. Alle Formen von Beherrschung sind regelmäßig miteinander verknüpft, treten gleichzeitig auf und verstärken sich.

Herrschaft durch Institutionen: Oben und Unten ganz fühlbar

Die bekannteste und wahrnehmbarste Form der Herrschaft ist die der direkten Beherrschung. Gesellschaftlich legitimierte oder strukturell abgesi-

cherte Gewaltanwendung ist die auffälligste von ihnen. Herrschaft per direkter Gewalt zielt auf momentane oder absolute Unterwerfung der Person(en), gegen die Gewalt angewendet wird. Beispiele sind Kinder, die von ihren Eltern geschlagen werden, jede andere Form der körperlichen Gewalt zum Zweck der Beherrschung in menschlichen Beziehungen, die zwangsweise Verhaftung durch Polizei oder der erzwungene Aufenthalt in Gefängnis, Heimen und Psychiatrie. Individuelle Gewalt gegen Menschen bestimmter Hautfarbe, Geschlechts oder sozialem Status ist dann als institutionalisiert zu werten, wenn sie sich einseitig verstetigt aufgrund allgemeiner Diskurse, Normen oder Gesetze, die bestimmte Menschen oder Eigenschaften diskriminieren. Die Androhung von Gewalt verfolgt gleiche Ziele und wirkt ähnlich wie deren tatsächliche Anwendung. Sie kann daher gleichgesetzt werden, wenn das Handlungspotential zur Gewaltausübung tatsächlich vorhanden ist. Das gilt auch für das als Drohung wirkende Potential der Gewaltanwendung, selbst wenn keine Drohung ausgesprochen wird. Die unterschiedlichen Möglichkeiten direkter Gewaltanwendung schaffen schon dann eine Dominanz, wenn eine Anwendung von Gewalt im Bereich des Möglichen und Vorstellbaren liegt. Diese Form ist zwischen Menschen verschiedenen Geschlechts, Nationalität, Alters, Bildungsgrades usw. sowie zwischen Institutionen und von ihnen abhängigen Menschen häufiger als die tatsächliche Anwendung oder Androhung von Gewalt. Letztere ist in der Regel nicht nötig, ein Herrschaftsverhältnis entsteht dennoch. Geschieht sie gelegentlich doch, erhöht sie zugleich auch die Glaubwürdigkeit der latenten Drohung.

Zur direkten Herrschaft gehört neben der Androhung von Gewalt in Beziehungen zwischen Personen oder Personengruppen auch die Herrschaft der Institutionen, also der Polizei, Justiz, der Ämter (Ausländeramt, Finanzamt, Baubehörde usw.), Schulen und Hochschulen, des Militärs (zur Zeit noch vor allem gegenüber Menschen und Institutionen im Ausland) usw. Sie verfügen über das Recht, Denken und Handeln von Menschen zu beeinflussen und diese Beeinflussung auch mit der Androhung von Gewalt durchzusetzen. das ist allgemein bekannt und sichtbar, daher wirkt bereits das Potenzial.

Diese direkte Gewaltanwendung oder ihre Androhung sind zwar nach wie vor stark verbreitet, werden in modernen Herrschaftssystemen aber Stück für Stück durch Mittel der manipulativen Beeinflussung sowie die Schaffung von Verhältnissen ersetzt, deren Zwang nicht auf direkter Gewalt besteht. Zumindest ist das das Ziel vieler Modernisierungen von Herrschaftssysteme, da direkte Gewaltanwendung die dahinterstehenden Herrschaftsformen offensichtlicher werden lässt als Formen der Verhaltenssteuerung ohne direkte Gewaltwendung. In den fortgeschrittenen „Demokratien" dehnen sich daher die weniger offensichtlichen Herrschaftsformen immer mehr aus, die in den folgenden Punkten beschrieben werden. Modernität

von Gesellschaft lässt sich folglich auch in der Modernisierung von Beherrschung messen, ohne dass Herrschaft als solches in Frage gestellt wird.

Alles verwerten! Marktförmige Zwänge, Kapitalverteilung und ökonomische Abhängigkeit

Der Mensch braucht Reproduktion und er will Genuss – materiell wie immateriell. Er kann diese autark (für sich), in kleinen autarken bis umfassend selbstorganisiert-kooperativen Gruppen erreichen (Subsistenz) oder über den Markt. Marktwirtschaft ist eine Verregelung der Befriedigung von Bedürfnissen in einem meist anonymen Tauschsystem, mit gesichertemen Eigentum und dem zwang zu Profit und Verwertung von Arbeitsleistungen, Rohstoffen, Wissen und Produkten. Dieser Markt konstant, z.T. entsteht er in Regionen der Erde heute noch neu, weil Herrschaftsinstanzen die Regeln einführen und vorschreiben, nach denen der Mensch an Waren und Dienstleistungen kommt – und wie er an den Gegenwert kommt, um wiederum Waren und Dienstleistungen zu erhalten (Geld oder andere Tauschwerte). Dabei kann das Handeln im Markt entweder anonym organisiert sein, d.h. ProduzentInnen von Waren und KonsumentInnen kennen und begegnen sich nicht, oder direkt, z.B. beim persönlichen Tausch. In beiden Fällen ist aber das Prinzip von Wert, Wertung und Verwertung voll entwickelt. Menschen, Tiere und alles andere bekommt einen (Markt-)Wert, der sie alle kauf- und verkaufbar macht, sobald die Tauschmittel dazu bereitstehen. Das schafft viele die Zwänge. Der Markt selbst ist damit eine Herrschaftsform, ein durch institutionelle Herrschaft eingeführtes und überwachtes Regelwerk. Dieses Regelwerk schafft ständig Unterschiede zwischen den Menschen – dort, wo keine Knappheit bestehen müsste, sondern künstlich herbeigeführt wird, ist es sogar selbst die Ursache von Herrschaftsbeziehungen. Es schafft totale Konkurrenz, d.h. im Markt ist es immer so, dass der Vorteil des einen der Nachteil des anderen (oft eines Dritten, gar nicht direkt Mithandelnden) ist. Das ist brutal, weil es Menschen in materielle Not und Abhängigkeit treibt. Die aktuelle Politik des Neoliberalismus hat zudem totalitären Charakter, weil sie die Regeln des anonymen Marktes in jede Region der Welt und auf jede Lebenssituation ausdehnen will.

★★ ★★★ ★★

Freiheit wird allerdings unterbunden, wenn wir uns aus einem Herrschaftsverhältnis nicht lösen können, ohne unsere Existenz aufs Spiel zu setzen, unser blankes Überleben. Solche existentielle Abhängigkeit entsteht, im Gegensatz zur ‚normalen', relativen Abhängigkeit, nicht automatisch. Sie wird gemacht. Sie ist das Ergebnis einer Politik der verbrannten Erde um das Herrschaftsverhältnis herum: Alle anderen Möglichkeiten werden vernichtet.*

* Christoph Spehr, 1999: "Die Aliens sind unter uns", Siedler Verlag München (S. 155).

Die Verbindung mit den direkten Herrschaftsformen ist eng: Ohne institutionelle Herrschaft gäbe es keine Marktwirtschaft. Verwertung basiert auf Eigentumsrecht und dem Zwang zur Verwertung im sogenannten „freien Markt”. Hinter diesem Zwang stehen direkte Herrschaftsverhältnisse. Daher gibt es Zweifel, ob die marktförmige Herrschaft, die Kapitalverhältnisse und der Verwertungszwang überhaupt als besondere Herrschaftslogik abgetrennt werden können. Diese Zweifel sindt berechtigt – kein Markt ohne Eigentum, und damit kein Markt ohne eine Herrschaftsstruktur, heute meist in Form des Staates. Daher sind auch alle politischen Strategien, den Markt über eine Stärkung des Staates (Reregulierung, Steuern, Gesetze usw.) einzuschränken, schon vom Ansatz her nicht nur falsch, sondern höchst gefährlich, denn mehr Staat bedeutet auch mehr Handlungsmöglichkeit zur Durchsetzung einer neoliberalen Politik. Ohnehin ist die Analyse falsch, dass der Staat zur Zeit abgebaut wird. In vielen Bereichen gibt es vielmehr eine extrem schnelle autoritäre Zuspitzung und einen Ausbau aller Repressions- und Kontrollapparate.

Dennoch scheint berechtigt, diese Herrschaftsform von der personalen zu unterscheiden. Sie funktioniert zwar auf der Basis und mit ständiger Androhung personaler Herrschaftsverhältnisse, wirkt aber auch dort fort, wo diese nicht selbst sichtbar werden. Der Markt ist ein Regelwerk, dass aufgrund allgemeiner Akzeptanz sehr reibungslos funktioniert – trotz seiner offensichtlichen Brutalität für die VerliererInnen und dem Zwang zur fremdbestimmten Ausbeutung von Denk- und Arbeitskraft fast aller Menschen. Die dauernde Zuschreibung von Werten für alle materiellen Dinge (Stoffe, Produkte, immer mehr auch des Menschen, seiner Organe, Arbeits- und Zeugungsfähigkeit, Gene usw.) und allen Wissens zum Zweck der Verwertung, also des Kaufs und Verkaufs, der Mehrwertabschöpfung, des Tauschs oder der Kapitalakkumulation kommt einer kontinuierlichen, sich selbst reproduzierenden Verwertungs„maschine” gleich.

Die Herrschaft in den Köpfen: Diskurs, Kategorien, Erwartungen, Standards

Markt und institutionelle Herrschaft (vor allem der Staat und von ihm legitimierte Institutionen) sind direkt sicht- und spürbar. Doch Herrschaft ist komplexer. Durch gesellschaftliche Zurichtung (Erziehung, Erwartungshaltungen, Anschauung gesellschaftlicher Praxis als „Normalität”), Sprache, gerichtete Kommunikation sowie die Propagierung und Durchsetzung von Standards (technische Normen, „das machen alle so” oder „so ist das nun mal“, Verhaltenskodex usw.) entstehen Fremdbestimmung und unterschiedliches Wertigkeitsempfinden zwischen Menschen. Alle werden

in ihrem Leben für eine bestimmte soziale „Rolle“ beeinflusst, d.h. „konstruiert„. Frauen gegenüber Männern, Jugendliche gegenüber Erwachsenen, Menschen ohne Abschluss gegenüber solchen mit akademischem Grad, Arme gegenüber Reichen, ArbeitnehmerInnen gegenüber ArbeitgeberInnen oder Selbständigen, sog. Behinderte gegenüber „Gesunden“, Nichtdeutsche gegenüber Deutschen (und jeweils umgekehrt) – diese und viele Unterschiede bestünden auch dort, wo Menschen Räume frei aller institutionellen Herrschaftsverhältnisse schaffen. Das ist nicht Schuld der Menschen oder ihrer Zusammenschlüsse, aber nichtsdestotrotz der Fall. Es gibt auch keine einheitlichen Zurichtungen, denn die oben genannten Personenkreise sind keine Gruppen gleicher Menschen – aber in der Tendenz sind sie gesellschaftlich ähnlich „konstruiert“, d.h. ihnen wird über Jahre und Jahrzehnte eine gesellschaftliche Rolle, Erwartungshaltung und ein gerichtetesSelbstwertgefühl vermittelt. Innerhalb dessen leben sie „funktional“ mit den realen Gesellschaftsverhältnissen, d.h. sie empfinden ihre Position als richtig für sich selbst, nehmen sie deshalb nicht mehr als konstruiert wahr und wehren sich nicht gegen diese. Das Konstrukt ist zur „Matrix“ ihres Lebens geworden, ohne dass ihnen das bewusst ist oder die eigene Rolle bewusst gewählt wurde.

★★ ★★ ★

Welche Lösungen sich für ein Problem durchsetzen, hängt wesentlich davon ab, was überhaupt als Problem gesehen und wie es interpretiert wird; genau das macht einen Diskurs aus.
Christoph Spehr*

Diskurse prägen nicht nur die Wahrnehmung und Wertung, sondern bereits die Fragestellung und das, was überhaupt als wichtig empfunden wird. Diskursive Herrschaft geht daher tiefer, ist totalitärer als direkte Machtausübung, weil es schwierig wird, jenseits der Diskurse eine gedankliche Autonomie zu erhalten. Sie wirken als das einzig Denkbare, das Normale, das Natürliche und Selbstverständliche. Das Verhalten von Menschen wird gesteuert ohne direkte Gewaltausübung oder -androhung. Solche Herrschaft ist unangreifbarer, kaum noch fühlbar. Statt der „der traditionellen Transzendenz der Befehlsgewalt“ entstünde nun „die Transzendenz der Ordnungsfunktion“.[5] „Instanzen ‚harter’ Überwachung wurden aufgegeben, wenn Mechanismen gegenseitiger Kontrolle die gleiche (oder bessere) gesellschaftliche Stabilität garantierten“.[6]

Diskurse sind eng verbunden mit direkten und marktförmigen Herrschaftsformen: Sie sind beeinflussbar – über Bildung, Medien, Streuung gezielter Informationen sowie über Wissenschaft. Gerade letztere hat viel dazu beigetragen, biologistische Normen zu schaffen. Dass Menschen ohne Druck faul werden, dass Frauen gefühlsbetonter sind, dass Schwarze sportlicher, aber weniger intelligent sind, dass Minderjährige nicht mündig

* Christoph Spehr, 1999: "Die Aliens sind unter uns", Siedler Verlag München (S. 154)

5 Hardt, M./Negri, A, 2002: Empire. Campus Verlag Frankfurt (S. 102).

6 Wilk, M, 1999: "Macht, Herrschaft, Emanzipation". Trotzdem Verlag Grafenau (S. 22f).

sind, wer als behindert gilt – all das hat seinen Hintergrund in wissenschaftlichen Diskursen und dem ständigen Weitertragen im Alltag. Die Institutionen der Herrschaft nutzen die Diskurse und beeinflussen sie über ihre herausgehobenen Möglichkeiten. Beispiele gezielter Diskurssteuerung der letzten Jahre sind die sog. humanitären Kriege und die Angst vor der angeblich wachsenden Kriminalität (weitgehend gelungene Diskurse), der Wohlstand durch globale Märkte (in großen Teilen gescheitert, weil offensive Proteste die Diskurse mit gegenläufigen Positionen stark prägten) oder das Gute an der Demokratie einschließlich der Verschleierung ihrer Herrschaftsförmigkeit (weitgehend gelungen).

Konstruktion und Instrumentalisierung kollektiver Identitäten[7]

Menschen treten nicht nur als Individuum, sondern auch als Gruppe auf. Nur in wenigen Fällen sind diese Gruppen das Ergebnis freier Vereinbarung, also die gleichberechtigte Einigung auf eine gemeinsame Organisierung unter Sicherung der Autonomie des Einzelnen. Der Zusammenhalt einer Gruppe kann durch solche freie Vereinbarungen entstehen und fortbestehen, aber auch über die Bildung kollektiver Identität, in der die Gruppe zum Selbstzweck, zum Grund des Mitmachens und zum handelnden Subjekt nach außen wird. Konkrete Vereinbarungen erfolgen in der Regel bezogen auf konkrete Vorhaben, während das identitäre Kollektiv losgelöst vom Konkreten sowie auch von den konkreten Menschen existieren kann. Selbst wenn alle Personen im Kollektiv wechseln, bleibt das Kollektiv erhalten. Übergangs- und Mischformen der beiden Typen von Gruppe sind denkbar und weit verbreitet.

Durch Festlegung scheinbar gemeinsamer Eigenschaften der zu einer identitären Gruppe zusammengefassten Menschen entsteht ein Kollektiv. Regelmäßig ist das verbunden mit einem offensiven Bezug auf das „Wir“ im Sinne einer Konstruktion des gemeinsamen Seins und des gemeinsamen Willens. Damit einher geht immer die Abgrenzung gegen das Andere – oft ist diese Abgrenzung der Hauptvorgang der Bildung kollektiver Identität. Ausgrenzung ist in einer Gesellschaft kollektiver Identitäten der Normalzustand und konstitutives, d.h. den Zustand mit herbeiführendes Element. Sie findet auf allen Ebenen der Gesellschaft, fast allen Gruppen und Zusammenhängen von Menschen (gesellschaftliche Subräume) statt. Kollektive Identität besteht aus der Definierung des Identitären, also des die Menschen Verbindenden. Hier können diskursive Herrschaftselemente wie die Orientierung an Geschlecht, sozialer Gruppe, Nation oder Verein

7 In der diskursgeladenen aktuellen Zeit ist nicht nur die kollektive Identität konstruiert, sondern auch das „Ich“, also die selbstempfundene, eigene Identität ist stark das Ergebnis von Konstruktionen (siehe dazu Texte der kritischen Psychologie, u.a. unter www.thur.de/philo/kp/ich.htm).

ebenso wirken wie die Entwicklung bestimmter Verhaltens-, Kleidungs- oder Sprachcodes als verbindendes Element einer identitären Gruppe. Sympathie und Antipathie beruhen oft auf diesen Identitäten. Abgrenzung gegen das „Andere" schärft das Erleben des Menschen mit gleichen Eigenschaften als soziales Umfeld. Das Kollektive entsteht durch die Wahrnehmung und Formulierung des Identitären als Gleiches und Gemeinsames. Am häufigsten geschieht das durch den Einsatz des Wortes „Wir" – verstärkt wiederum in Verbindung mit der Abgrenzung gegenüber dem Anderen als „Ihr" oder „Du". „Wir" bezeichnet immer dann eine kollektive Identität, wenn es nicht nur einen tatsächlichen Ablauf beschreibt („Wir waren gestern in X-Stadt" oder „wir haben überlegt, die und die Sache jetzt zu machen"), sondern als vereinnahmendes Wort genutzt wird. Wo hingegen z.B. allgemeingültige Positionen oder Meinungen, die Zugehörigkeit zu Bündnissen oder deren Ablehnung mit dem „Wir" verbunden werden, wird Kollektivität hergestellt. Ein solches „Wir" schafft erst den gemeinsamen Willen und beschreibt ihn nicht nur. Oft ist es ein typisches Element dominanten Sprachstils, als „Wir" zu sprechen und damit eine Entscheidungsfindung oder eine Vielfalt selbstbestimmter Meinungen durch eine kollektive Identität zu ersetzen. Allerdings sind auch andere Sprachformen als das „Wir" möglich, z.B. der Verweis auf Traditionen („Es ist schon immer so gewesen" u.ä.). Auch hier wird Einheitlichkeit dadurch hergestellt, dass sie beschrieben wird. Ein kollektiv-identitäres „Wir" unterscheidet sich vom beschreibenden „Wir" also auch dadurch, dass der zeitliche Ablauf umgekehrt ist. Das beschreibende „Wir" versucht, einen Prozess im Nachhinein zu beschreiben. Das kollektiv-identitäre „Wir" schafft und sichert die Einheitlichkeit durch die Benutzung des „Wir".

Ein besonders krasser Fall kollektiver Identität ist die erzwungene Mitgliedschaft in Gruppen: Teil eines Kollektivs zu sein, ohne gefragt zu werden bzw. sich dazu frei entscheiden zu können, ist immer Herrschaft. Solcher Zwang entsteht durch Definition ohne Rücksprache, z.B. die Festlegung von Nationalität, Geschlecht, die Anmeldung an einer Schule, in einem Verein oder die nicht lösbare Bindung in eine Familie. Vor allem für jüngere Menschen ist diese Ausübung von Zwang alltäglich. Ebenso entsteht Zwang, wenn es keine Alternative zur Mitgliedschaft in einer Gruppe gibt oder ein Verzicht mit erheblichen Nachteilen verbunden wäre. Schließlich führen Vermischungen mit anderen Typen von Herrschaft zu Zwängen, z.B. die Zurichtung durch Erziehung, Medien oder Bildung in einer Weise, die Menschen so konditioniert, dass sie sich zum Teil einer Gruppe machen.

Kollektive Identitäten und erzwungene Mitgliedschaften erfordern die Existenz von Personen, die die Identität (das „Wir") herstellen. Sie sind niemals Ergebnis eines gleichberechtigten Einigungsprozesses, also einer Organisierung von unten. Denn diese würde immer zeigen, dass die sich

organisierenden Menschen je nach Fragestellung unterschiedliche Auffassungen haben und niemand in der Lage wäre, ohne Klärung der Auffassungen in einem Sprachstil des „Wir“ aufzutreten. Ist aber eine Gruppenidentität erst geschaffen, sichert sich dieser Zustand selbst ab. Denn je gewichtiger die gemeinsame Identität ist, desto unwahrscheinlicher wird Kritik von innen und desto mehr gerät die Organisationsstruktur aus dem Blick. Entsprechend wahrscheinlicher gestaltet sich die Gruppenstruktur herrschaftsförmig.

Beispiele für kollektive Identitäten:

- ★ Volk und Vaterland: Beide entstehen durch die Konstruktion einer kollektiven Identität über die Beschreibung scheinbar gleicher Eigenschaften, Traditionen, Umweltbedingungen oder Fähigkeiten sowie die Abgrenzung gegen das Andere, was von außen kommt und das „Wir“ direkt oder zumindest in der völkischen Reinheit bedroht. Ein Volk entsteht nie durch die Einigung von Menschen darauf, ein Volk sein zu wollen, sondern durch Benennung des Kollektivs und der Benutzung des „Wir“ als kollektive Identität. „Wir Deutschen“ ist nicht das Ergebnis einer Organisierung von Menschen zwischen Flensburg und Konstanz, sondern eine Formulierung, die solche Identität zunächst schafft und dann durch die Formulierung immer wieder bestätigt.
- ★ Nation: Im Gegensatz zum Volk ist die Nationalität eine erzwungene Mitgliedschaft durch formalen Akt in der Regel bei der Geburt. Sie ist herrschaftsförmig, weil zumindest anfangs ohne Einwilligung durch die betroffene Person, aber auch spätger durch Bedrohungen gegenüber Nicht-Angehörigen einer Nationalität. Ähnlich wirkt die Zwangszugehörigkeit zu einer Familie, einer Religion, einem Geschlecht u.ä., die oft auch bereits bei der Geburt entschieden wird und ab dann das Leben prägt.
- ★ Identitäre Gruppen: Die meisten Cliquen, religiösen oder politischen Gruppen sind identitäre Kollektive, denn ihre Mitglieder unterwerfen sich mehr oder weniger deutlichen Codes an Verhalten, Sprache und manchmal sogar Aussehen (Kleidung, Frisur). Zudem gibt es meist ein „Wir“, das über ein beschreibendes Wort hinausgeht, und klare Unterschiede darin, wer dieses „Wir“ wie einsetzt und damit die Identität der Gruppe prägt. Es ist Standard auch und gerade in politischen Zusammenhängen, dass einige Menschen privilegiert sind, Verhalten, Organisierungsform und politische Position der Gruppe zu definieren – nach außen und nach innen. Ständige Aus- und Abgrenzungen gegenüber dem „Anderen“ sind die wenig überraschende Begleiterscheinung und zeigen nicht nur die herrschaftsförmige Organisierung, sondern sind für diese auch wichtig.

Denken in der Metaebene und ihr Fehlen

Eigentlich zeichnet genau das den Menschen aus und unterscheidet ihn nach dem Stand der Wissenschaft grundlegend von allen anderen Lebewesen: Er kann sich außerhalb seiner selbst stellen und quasi aus der Vogelperspektive sich selbst und sein Umfeld betrachten. Dadurch sind Reflexionen des eigenen Handelns, das Planen von Strategien, das Abschätzen zukünftiger Entwicklungen und das Abwägen verschiedener Optionen möglich. Tatsächlich aber verzichten die meisten Menschen in fast allen Situationen auf diese Fähigkeit des menschlichen Gehirns und Bewusstseins. Das ist eine Folge von Zurichtung auf vorgegebene Rollen und des mangelnden Willens, das eigenes Leben zu gestalten.

- ★ Erziehung und die fremdbestimmte Ausrichtung des eigenen Lebens auf vorgegebene Lebenswege sind wichtige Gründe dafür, das Menschen sich nur innerhalb des Gewohnten bewegen. Selbst die Ausbruchsversuche bleiben dem Bewährten verhaftet, d.h. auch Protestkulturen z.B. unter Jugendlichen sind nur Wiederholungen im kollektiv-identitären Dasein. Das „Funktionieren" im Gewohnten vermittelt Erfolgsgefühl und Geborgenheit, alles scheint zu gelingen ohne Reflexion über das eigene Leben und die Prüfung, was eigentlich die Ziele sind.
- ★ In einer Gesellschaft, die vorgegebene Lebensorientierungen belohnt, ist das Verharren in diesen einfacher als der Weg selbstorganisierten, kreativen Verhaltens. Der dauernde Druck der Verhältnisse und des sozialen Umfelds zur Normalität macht Selbstbestimmung zu einem kraftzehrenden Dauerkrieg zwischen der handelnden Person und dem sozialen Umfeld – von FreundInnen bis zu kontrollierenden OrdnungshäterInnen. Demgegenüber sind vorgegebene Wege leicht und selbst die phasenweise Verweigerung längst attraktiv, weil die plurale Gesellschaft Nischen für den zeitweisen Ausstieg aus der dauernden Verwertungslogik geschaffen hat, ohne allerdings dauerhafte Alternativen und Gegenodelle zuzulassen.

In der Folge verzichten die meisten Menschen auf die Benutzung ihrer Denkfähigkeit zur Metaebene und damit auch auf die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens. Dieses setzt voraus, dass der Mensch sich einen Überblick über seine Handlungsmöglichkeiten verschafft, um zwischen diesen wählen oder sich neue schaffen zu können. Das Denken in der Metaebene analysiert den Zugang zu Ressourcen oder die sozialen Verhältnisse innerhalb einer Gruppe ebenso wie Reaktionen aus der Umgebung, Gefährdungen oder vieles andere. In sozialen Gruppen fehlt solches Denken oft ganz. Die Personen, die zumindest teilweise in der Metaebene denken, erreichen schnell eine dominante Stellung. Denn wenn einige in Metaebene denken und andere nicht, entsteht ein unüberwindbares Ge-

fälle an Handlungsmöglichkeiten mit der zwingenden Folge einer Ungleichgewichtigkeit. Oftmals reduziert sich zwar das Denken in der Metaebene auf bestimmte Bereiche, z.B. die Handlungsfähigkeit der politischen Gruppe, WG, Familie oder den Betrieb. Aber das begrenzt die Unterschiede nur, ohne sie zu überwinden. Mit Fragen wie „Ist genug Geld da?", „Stimmt das Miteinander?" oder „Wo sind Konflikte?" analysieren die Metaebenen-DenkerInnen die Lage in der Gruppe aus der Vogelperspektive. Wer so denkt, hat einen Vorsprung an Handlungsmöglichkeiten gegenüber denen, die auf solche Betrachtungen verzichten. Das schafft ständig Unterschiede. Wer mehr Überblick über die Potentiale und Konflikte in einer Gruppe hat, verfügt über mehr Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten. Allerdings führt die Dominanz nicht zum Glück – ganz im Gegenteil: Verzweifelung und Frust sind bei denen, die aus der Metaebene schauen, eher der Alltag. Denn die meisten Gruppen arbeiten auf dem Weg zu ihren Zielen sehr uneffizient und sind von Herrschaftsstrukturen durchzuzogen. Nur merkt mensch das gar nicht, wenn niemals ein Blick aus der Vogelperspektive auf das eigene Dasein versucht wird.



Was ist Herrschaft? Herrschaft besteht darin, über andere verfügen zu können: ihre Arbeit, ihren Körper, ihre Person. Es spielt dafür keine Rolle, ob das in guter Absicht geschieht, oder unwillkürlich, ob es für die Beherrschten in dieser oder jener Hinsicht vielleicht „nützlich" ist. Es spielt keine Rolle, wer uns dazu ermächtigt hat, ob uns diese Herrschaft zugefallen ist, ob wir hart dafür gearbeitet haben oder ob wir sie einfach beansprucht haben. Es spielt auch keine Rolle, ob sie uns jemand durch demokratische Verfahren zugeteilt hat, ob sie durch Verträge zustande kommt, ob wir sie erkauft haben, ob die Beherrschten sie uns freiwillig geben. All dies sind wichtige Unterschiede, es ist nicht egal für das, was abläuft. Aber all dies ändert nichts daran, dass hier Herrschaft vorliegt.
Christoph Spehr*

Unterscheidungen

Zu unterscheiden ist Herrschaft von den Begriffen „Macht" und „Möglichkeit". Macht bezeichnet die Möglichkeit zur direkten Ausübung von Zwang gegenüber anderen Menschen, die aber nicht kontinuierlich auf den bestehenden Rahmenbedingungen beruht, sondern auf das konkrete Verhältnis zwischen den Menschen bzw. einzelnen Gruppen. Zudem wird der Begriff auch im Sinne von „Möglichkeiten" benutzt: „Ich habe die Macht zu ..." sowohl im allgemeinen Sinne von „ich kann ..." oder als Möglichkeit des Handelns in sozialen Beziehungen. Letztere muss nicht gegen andere Menschen gerichtet sein muss und wäre dann eher der Gegenbegriff zu Ohnmacht. Dabei wird nicht mehr zwingend von einem Verhältnis zwischen Menschen ausgegangen, sondern in dieser Bedeutung ähnelt Macht dem Begriff „Fähigkeit". Für eine emanzipatorische Debatte erscheint das Wort „Möglichkeit" zielgenauer. Mit „gleichberechtigte Möglichkeit" z.B. zur Repro-

* Christoph Spehr, „Gleicher als andere" (Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2000, Seite 15 und Karl-Dietz-Verlag, Berlin, 2003, Seite 33).

duktion oder Rohstoffnutzung ist dann gemeint, dass die Menschen auf alle gesellschaftlichen Ressourcen gleichberechtigt zugreifen können. Dann entsteht die Vielfalt der Welt und die unterschiedlichen Lebensentwürfe durch freien Willen – nicht mehr durch soziale Herkunft, Reichtum oder andere, fremdbestimmte und institutionell abgesicherte Eingeschaften von Menschen.

2 Herrschaft als alles durchdringender, sich ständig reproduzierender Systemkern

Herrschaft ist überall und tritt in verschiedenen Formen auf. Ständig reproduziert sich Herrschaft dabei auf sehr unterschiedliche Weise. Die institutionellen Formen werden über formale Herrschaft organisiert. Sie treten innerhalb der Gesellschaft im Großen (Regierungen, Konzern-Hierarchien, Bildungssystem usw.) wie im Kleinen (Vereine, Familien, Arbeitsplatz, Ausbildung usw.) auf, sind also überall präsent, überlagern und beeinflussen sich. Fast immer ist jeder Mensch in jedem Augenblick in mehreren formalen Herrschaftsverhältnissen gefangen.

Noch durchdringender sind die beiden anderen Typen von Herrschaftsverhältnissen: Erstens die marktförmige als ständige Notwendigkeit zur markt- und dort meist geldförmigen Reproduktion sowie die Taxierung aller Dinge und immer öfter auch von Menschen nach ihrem Warenwert. Zweitens der diskursive, also die Normen, Erwartungshaltungen, Zurichtungen und Rollenlogiken zwischen den Menschen. Sie beherrschen den Alltag der Menschen in jeder Minute. Menschen richten ihr Verhalten nach den Erwartungshaltungen des sozialen Umfeldes aus, bewerten einander nach Nützlichkeit, versuchen ihre Rolle auszufüllen und fordern von anderen selbiges ein – vielmals sehr unterschwellig, aber deshalb nicht weniger wirksam. Ob mensch einkaufen geht oder nur spazieren, ob mensch schläft oder wacht, fernguckt oder fussballspielt – immer gelten die Normen, immer ist definiert, was sich in diesem Moment und für die konkrete Person gehört. Regeln, Wertkategorien und mehr durchziehen das gesamte Leben („Bio-Macht“).

Dieses „System“ Herrschaft durchzieht nicht nur alles, sondern es reproduziert sich ständig neu. (Fast) alle Menschen sind nicht nur beherrscht durch Institutionen, Rollen und Erwartungshaltungen, Normen und Zurichtungen, Inwertsetzung und Verkauf der eigenen Fähigkeiten, sondern agieren auch selbst als aktives Subjekt zur Herstellung von Herrschaft. Menschen werden zugerichtet und richten zu. So durchdringt Herrschaft

alle Beziehungen zwischen Menschen. Besonders offensichtlich wird das bei der Betrachtungsweise der Gesellschaft als eine räumliche Einheit. Der Gesamtraum ist herrschaftsförmig organisiert, es gibt die Institutionen der Macht, die Kontrolle, die Regeln und Gesetze sowie eine Vielzahl subtiler Formen der Normierung und Zurichtung. Der Gesamtraum kann in viele Subräume zerlegt werden – und immer wieder finden sich die gleichen Logiken von Herrschaft. Immer und immer weiter ist Gesellschaft bis in kleinste Zellen menschlichen Zusammenlebens zerteilbar. Die Zellen überschneiden sich, kaum ein Mensch ist nur Teil seiner Familie oder nur Teil der MieterInnen eines Hauses,, der ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz, der SchülerInnen in einer Klasse usw. Aber in jeder Zelle spiegelt sich das volle Programm von Herrschaft wieder. Diese Zellen sind ständig im Fluss, sie vergehen und andere entstehen neu. Diese Neuentstehung bietet deutliche Hinweise, wie Herrschaft funktioniert, allgegenwärtig ist und sich reproduziert. Wo neue soziale Gruppen entstehen, z.B. Vereine, Firmen, Familien oder eben auch politische Gruppen und Zentren, ist jedes Mal theoretisch zunächst ein leerer Raum geschaffen. Die Frage der Herrschaft muss sich dort neu regeln. Es spricht nichts dafür, dass es dabei ein Naturgesetz gibt, ob und wie sich Herrschaft dort organisiert. Nichts spricht dafür, dass das „System" von Herrschaft aus biologischer Sicht irgendwie schlüssig oder auch nur erfolgreich wäre. Dennoch wird Herrschaft in jedem neu geschaffenen Raum wieder hergestellt. Die Logiken gleichen denen des Umfeldes mit einer Tendenz zur ganz allmählichen, stetigen Modernisierung der Formen von Herrschaft. Die diskursiven Vorgaben sorgen dafür, dass die meisten Menschen in jedem neuen Subraum sofort wieder in ihre Rollen springen und sich „wie von selbst" Verhaltensweisen reproduzieren, die die AkteurInnen auch vorher in anderen Subräumen zeigten. Veränderungen, bei Menschen immer möglich, bewegen sich in den Kanälen des Normalen und Normierten, d.h. Personen springen von einer Rolle zur anderen, aber nie raus aus den gesellschaftlich vorgedachten, diskursiv geprägten Rollentypen. Meist verbinden sich die diskursiven Verhältnisse mit den marktförmigen Zwängen, die in allen Subräumen reproduziert werden – Reiche bleiben reicher als andere, ständig wird über Geld und davon abhängige Möglichkeiten nachgedacht usw. Und schließlich kommen die institutionellen Herrschaftsverhältnisse hinzu: Wer kommt ans Konto ran, hat die Schlüssel zu einem Raum, kann nach außen vertreten, ist formaleR ChefIn, wird von außen als Autorität angesprochen oder dargestellt usw.?

Herrschaft ist etwas, was sich selbst immer wiederherstellt. Das ist Normalität. Emanzipation ist daher nur als energischer und aktiver Gegenprozess vorstellbar. Die politische, sich als „links" verstehende Bewegung ist das beeindruckendste Beispiel für die Überlegenheit des allumfassenden „Systems" Herrschaft selbst gegenüber dem formulierten Willen der AkteurIn-

nen. In krassem Gegensatz zu den eigenen Slogans, ständigen Beteuerungen und politischen Positionen sind politische Zusammenhänge insgesamt und in jedem Subraum von Hierarchien und genormten Verhaltensweisen intensiv durchzogen. Zurichtungen, Erwartungshaltungen, unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten, die ständige Sortierung nach Nützlichkeit oder auch formale Hierarchien prägen den Alltag politischer Arbeit. In jeder neuen Gruppe und in jedem neuen Projekt reproduziert sich diese Herrschaft ständig – und sie gleicht den Logiken von Herrschaft, wie sie in der Gesellschaft auch insgesamt gelten. Insofern ist politische Bewegung ein fester Bestandteil des „Systems" – sie ist ebenso an der Aufrechterhaltung von Herrschaft beteiligt wie jeder andere Teil von Gesellschaft. Das ist nicht überraschend, sondern entspricht der Logik einer sich diskursiv, marktförmig und institutionell im gesamten Leben verankernden und überall reproduzierenden Herrschaft. Aber es ist fatal. Politische Bewegung ist nicht das Gegenmodell zur Herrschaft, sondern eher „zuständig" für die Organisierung von Herrschaft in den Subräumen politischer Arbeit. Sie ist damit systembildend, ob sie will oder nicht. Noch mehr: Gerade die Selbstreproduktion von Herrschaft in „linken" politischen Gruppen führt zur Modernisierung von Herrschaft, weil dort verkrustete, allzu offensichtliche oder uneffiziente Führungstechnologien offensiver in Frage gestellt und durch neue Techniken ersetzt werden. Von daher ist nicht überraschend, dass es gerade Ex-„Linke" sind, die nach Erklimmen der Karriereleiter später an anderer Stelle der Gesellschaft Herrschaft moderner umsetzen und erneuern – siehe die effizienten neoliberalen „Reformen" gerade rot-grüner und rot-roter Koalitionen oder die Modernisierung zentralistischer NGO-Strukturen durch die instrumentellen Herrschaftsverhältnisse bei Attac. Doch auch die von vielen „Linksradikalen" propagierten Organisierungsstrukturen mit Plena, Delegiertenräten und Orga-Gruppen[8] sind nur eine Modernisierung überkommener Strukturen, d.h. synonym zu Mitgliederversammlungen oder Vorstände.

Offen bleibt aber die Frage, ob das so sein muss, z.B. weil der Mensch „so ist" oder weil er Herrschaft und Orientierung braucht, oder es aufgrund der überwältigenden Prägung von Gesellschaft durch das Prinzip „Herrschaft", aufgrund von Zwängen und Erwartungshaltungen nur unendlich schwer fällt, diese Vereinnahmung zu sprengen. Vieles spricht für zweiteres – oder anders gesagt: Eine Aussage darüber, ob Herrschaft überwindbar und ein Leben freier Menschen in freien Vereinbarungen möglich ist, kann nur über den Versuch und dessen Auswertung desselben erfolgen. Dabei ist der Versuch ein dauernder Prozess, denn Befreiung im emanzipatorischen Sinne kann nur das ständig weitgehende Zurückdrängen von Herrschaftsförmigkeit in allen Ebenen von Gesellschaft und

8 Weitverbreiteter Begriff für die für Organisationsaufgaben zuständige Gruppe von Menschen.

allen Facetten von Leben sein mit einem offenen Ausgang, welche Gesellschaft dann entsteht, sich wieder weiterentwickelt und wie sich Menschen mit den Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens verändern. In politischen Gruppen, die wie alle kleinen und großen Strukturen als Subräume der Gesellschaft gesehen werden können – also teil-eigenständig, aber ebenso intensiv verwoben mit allem –, können für die ständige Reproduktion von Herrschaft u.a. folgende Gründe erkannt werden:

- ★ Akzeptanz der formalen Zwänge von außen (Geld und gesetzlicher Rahmen für Rechtsform und Räume, Versammlungs- und Strafrecht usw.).
- ★ Selbstreproduktion von Normierungen, Dominanzen, Rollenverhalten usw. in den Gruppen und Netzen.
- ★ Durchsetzung eines kollektiv-identitären „Wir“, Aufbau kollektiver Identitäten und Organisierung nach sozialen Codes verbunden mit ständigen Ab- und Ausgrenzungen gegenüber dem „Anderen“.
- ★ Effizienzstreben (nicht als solches das Problem) unter den herrschenden Bedingungen, die Erfolg an gesellschaftskonformes Verhalten zu binden scheinen.
- ★ Integration strategisch erfahrener PolitaktivistInnen in herrschaftsförmige Organisationsformen (z.B. „Aufsaugen“ durch NGOs und Parteien, ihre Stiftungen, Ministerien und Fachbehörden).

Es gibt keinen Ort, an dem Herrschaft zwingend erforderlich ist. Sie ist kein Naturgesetz. Für eine emanzipatorische Politik und Alltagspraxis ist es daher ein „Muss“, das Zurückdrängen von Herrschaft, also von Normierungen, äußeren Zwängen und internen Hierarchien zu versuchen. Das gilt auch dort, wo es schwierig oder weniger wichtig scheint. Und es gilt in politischer Bewegung selbst, denn Emanzipation kann es nur geben, wenn der Ausbruch wenigstens versucht wird und politische Organisierung nicht selbst der Herstellung von Herrschaft in den politischen Subräumen dient.

Gleiches gilt für die Menschen in ihren alltäglichen Lebensbereichen, wenn sie Emanzipation anstreben. Familien, Arbeitsplatz, Freizeittreffen ... alles kann nur einfach Reproduktion von Herrschaft sein oder zum Kampffeld des gesellschaftlichen Wandels werden – der um die ständige Wiederherstellung und Erneuerung von Herrschaft oder deren Überwindung.

Herrschaft als Grund seiner Anwendung

Wer Herrschaft ausübt, nutzt privilegierte Handlungsmöglichkeiten gegenüber anderen. Das ist in vielen Situationen einer herrschaftsförmigen Gesellschaft für den machtvoll Handelnden funktional und vorteilhaft. Allerdings kommt noch etwas hinzu, denn die privilegierten Handlungsmöglichkeiten bedeuten regelmäßig auch, dass die Folgen herrschaftsförmiger Handlungen auf andere abgewälzt werden können. Das heißt: Herrschaft sichert sich selbst ab. Sie verschafft nicht nur Privilegien, sondern sichert ihre Nutzung ab. Insofern motiviert die herrschaftsförmige Organisierung einer Gesellschaft oder Gruppe geradezu zum Gebrauch von Herrschaft. Daher ist auch die Hoffnung, Kontrolle und immer neue Institutionen könnten Herrschaftsmissbrauch eindämmen, trügerisch, denn jede neue Herrschaftsebene macht wiederum die Kontrolle der Folgen von Herrschaftsausübung einfacher – wird also herrschaftsförmiges Verhalten nur weiter fördern.

3 Beispiele für eine konkrete Politik der Förderung von Kooperation

Politische Forderungen, Programme und konkrete Projekte müssen kooperatives Verhalten fördern, Handlungsmöglichkeiten erweitern und Fremdbestimmung abbauen. Die beschriebenen Bedingungen einer Gesellschaft, in der Konkurrenz unattraktiv und Kooperation vorteilhaft für jeden Menschen wird, müssen als Maßstab für die politische Praxis dienen – zumindest dann, wenn sie einen emanzipatorischen Charakter haben soll. Das behaupten zwar fast alle politischen Gruppen aus den Bewegungen im Umweltschutz, zu sozialen Fragen, feministische oder Queer-Zusammenhänge bis hin zu Globalisierung oder internationalen Themen, Frieden oder allgemein den Menschenrechten und menschenwürdigen Lebensbedingungen. In ihrer Praxis aber missachten sie, was Kooperation fördert oder blockiert. Daher seien an dieser Stelle in kurzer Form Grundpositionen benannt, die als Rahmen für emanzipatorische Politik und Projekte dienen können.

Herrschaft abwickeln!

Herrschaft verbessert die Möglichkeit zum konkurrierenden Verhalten. Daher ist es immer falsch, neue Herrschaft zu fordern, um die Folgen der bisherigen mildern zu können. Für Reformen bedeutet das, dass jeder Vor-

schlag und jeder Schritt auch dem Abbau von Herrschaft dienen muss. Neue Gesetze oder Veränderungen von Institutionen müssen die Freiräume der Menschen vergrößern und nicht deren Leben weiter verregeln oder neue Kontrollinstitutionen schaffen. Sie unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten ausgleichen, die auf Herrschaftsverhältnissen beruhen. Und sie sollten Ansatzpunkte für weitere Prozesse bilden. Revolutionäre Forderungen oder Umstürze müssen ebenfalls Herrschaft beenden oder abbauen, müssen Prozesse der immerwährenden Befreiung schaffen statt eines neuen Status Quo, der dann wiederum herrschaftsförmig verteidigt wird.

Verwertung und Profit abschaffen!

Verwertung und Profit basieren bereits auf institutionellen Herrschaftsverhältnissen. Sügen dieser dann weitere Zwänge und Elemente von Unterdrückung und Diskriminierung hinzu. Das wichtigste Herrschaftsinstrument, ohne das Verwertung nicht möglich ist, ist das Eigentum – im weitesten Sinne, d.h. zum einen an materiellen Dingen, Boden, Rohstoffen, zum anderen aber auch an Wissen, Wort und Bild, Genen, Lebensgrundlagen, Kommunikationswegen usw. Da Marktförmigkeit ohne die Herrschaftsstrukturen eines Staates oder durch ihn sanktionierter Institutionen nicht durchsetzbar wäre, sollte die irreführende Propaganda von Staat und Markt als Gegenpole beendet werden. Stattdessen bedeutet Emanzipation, die Menschen immer mehr aus Zwängen zu befreien und zu den EntscheiderInnen zu machen – also weder Staat noch Markt zu stärken.

Eigentum aufheben: Freies Wissen und Freie Produkte!

Gemeinschaftseigentum, Allmende, Copyleft usw. sind Begriffe für Versuche zur Überwindung von Konkurrenz bereits heute. Sowohl politische Forderungen als auch die konkrete Praxis können so organisiert sein, dass sie immer wieder Projekte, einzelne gesellschaftliche Subräume und Prozesse schaffen, die der Verwertungslogik entrissen sind – Kommunikation, Häuser und Plätze, Software oder Maschinen ...

Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffnutzung!

Herrschaft bedeutet nicht nur das Vermögen, Entscheidungen anderer zu beeinflussen, sondern auch, eigene Entscheidungen so zu treffen, dass

andere die Folgen ertragen müssen. Auf dieser Grundlage finden Rohstoffabbau, Produktion, Verkehrswegebau, Energieversorung und mehr statt. Umweltzerstörung ist also ohne Herrschaft nicht vorstellbar, da sonst nicht durchsetzbar wäre, dass zerstörende Prozesse nicht auch die VerursacherInnen treffen. Das Gegenbild ist ein emanzipatorischer Umweltschutz: Die Menschen werden zu AkteurInnen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften werden von den Menschen gestaltet, die in ihnen leben bzw. sich dafür interessieren. Niemand kann über Flächen und Orte bestimmen, ohne selbst betroffen zu sein. Eine Steigerung der Mitbestimmung beim Flächen- und Rohstoffverbrauch wäre das Gegenkonzept zum Umweltschutz per Ordnungsrecht oder marktförmigen Instrumenten (Geldanlagen, Ökosteuer ...). Vision ist eine Welt, in der alles im Einflussbereich der Menschen liegt und nicht der VertreterInnen konstruierter Kollektive. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekten, die die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen drumherum gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe im Gemeinschaftsbesitz und insgesamt selbstbestimmte Wirtschaftskreisläufe ohne anonyme Verwertungssphären mit bürokratischen Apparaten.

Nation, Geschlecht, Rasse, Behinderung, Unmündigkeit, Psychiatrisierung: Alle sozialen Kategorisierungen überwinden!

Nicht nur die Diskriminierung nach diesen Kategorien, sondern ihre Bildung ist bereits Herrschaft. Sie treibt Menschen in eine bestimmte „Ecke", also Rolle in dieser Gesellschaft – mit bestimmten Bewertungen Erwartungshaltungen und den Reaktionsmustern anderer Menschen. Eine konkrete Praxis sowie politische Forderungen müssen Diskriminierungen aufgrund von Kategorien und die Kategorien selbst aufheben.

Soziale Standardisierung und Normung aufheben! „Norm"alität brechen!

Gesetzliche, technische und diskursive Normen durchziehen den Alltag, sie regeln und prägen Verhalten und Erwartungen. Wer aus der „Norm" fällt, verliert Akzeptanz und muss mit repressiven Reaktionen rechnen – des Staates oder des sozialen Umfeld. Soziale Normen verhindern Vielfalt und emanzipatorische Prozesse.

Herrschaft demaskieren!

Verbunden mit jeder Herrschaft ist ihre Verschleierung. Herrschaft kann dann am besten überleben, wenn sie ihre eigene Akzeptanz beschafft oder unsichtbar wird. Wo sie dagegen offensichtlich wird einschließlich der verfolgten Interessen, verliert die Herrschaft ihre Basis. Herrschaft selbst oder ihre Akzeptanzbeschaffungsmittel[9] zu enttarnen, anzugreifen und, wenn möglich, Alternativen zu benennen, gehört zum Weg der Befreiung. Der allmählich, quasi quadratmeterweise Aufbau von Freiräumen in Alltag und Politik und der Widerstand samt Demaskierung gegenüber Herrschaft fördern sich gegenseitig. Sie sind zusammen die Motivation, eine emanzipatorische Praxis auch als dauerhaften Prozess zu entwickeln.

4 Praktische Formen von Widerstand

Konkrete emanzipatorische, politische Forderungen auch im Hier & Jetzt sind wichtig. Sie ersetzen aber nicht politische Aktionen. Doch auch für diese gilt, dass sie nur dann herrschaftskritisch sind, wenn sie entsprechende Positionen transportierten. Das gelingt vielen politischen Aktivitäten heute nicht – meist wird es gar nicht versucht. Ganz im Gegenteil fordern sie den Zugriff des Staates für ihre Ziele ein oder träumen sogar insgesamt von mehr Staatlichkeit, neue Behörden, Kontrollgremien oder Gerichtshöfe. Andere setzen auf Marktmechanismen wie Effizienzsteigerungen, neue Technikenetwicklungen oder renditeorientierte Geldanlage. Zudem schaffen sie ständig neue Subsysteme, die selbst wieder von Herrschaft durchzogen sind. Viele sich als „linksradikal“ verstehende Projekte werben eher für den autoritären Charakter von Gesellschaft, gewinnen dabei oft ehemals systemkritische Mencshen für eine Politik „von oben“, kokettieren mit der Ausgrenzung von Andersdenkenden (z.B. ihren politischen GegnerInnen) oder treten selbst uniformiert bis militaristisch auf.

Im folgenden seien einige Aspekte emanzipatorischer politischer Praxis benannt.

„Emanzipatorisch“ als zentrale Kategorie

Politische Positionen und Strukturen werden zur Zeit nach sehr verschiedenen Kategorien bewertet. Klassisch in vielen politischen Gruppen ist die Einteilung nach „links“ und „rechts“. Was genau links und was rechts ist,

9 Beispiele: Biologismen; Scheinzwänge und -gesetzmäßigkeiten; Religionen, Ideologien, Esoterik; Belohnung und Abhängigkeit; "There is no alternative", d.h. die Vermittlung der Alternativlosigkeit; Integration von Kritik und Abweichung der Marke „Teile und herrsche".

lässt sich aber kaum noch klären. Galt früher „links" wenigstens noch annähernd als internationalistisch, aufklärerisch, fortschrittlich oder sozial(istisch), so agieren heute sehr verschiedene Strömungen mit diesem Begriff. Viele „Linke" unterstützen zudem reaktionäre nationale Befreiungsarmeen, die in ihrer Ideologie (nationalistisch, religiös-fundamentalistisch oder anderes) und Struktur (militaristisch-mackerig, feudal usw.) aus emanzipatorischer Sicht untragbar sind. Konservative bis biologistische Natur- und Regionalismusromantiker tummeln in Umwelt-, Eine-Welt- oder Globalisierungsbewegung. Die Globalisierung aus der kapitalistischen Mitte ist deutlich internationalistischer als die meisten globalen Perspektive der „Linken", von denen viele das Nationale oder sogar eine regionale Selbstbestimmung retten wollen. CDU, F.D.P. ent-sozialdemokratisierte SPDlerInnen und Linksparteien setzen auf Fortschritt im Sinne von Wirtschaftswachstum. Ihren Phrasen setzen viele politische Gruppen eigene verkürzte Analysen und platten Forderungen entgegen. Um klare politische Positionen beziehen und emanzipatorische Prozesse erkennen zu können, sind aber präzisere Analysen wichtig. Ist dabei die Reduzierung auf ein Begriffspaar nötig, bietet sich eher „emanzipatorisch" und „anti-emanzipatorisch" an. Danach wäre das Ziel „emanzipatorischer Politik" die Loslösung aus Zwängen und Zurichtung aller Art, der Abbau von Fremdbestimmung, von institutioneller und diskursiver Herrschaft, die Schaffung von FreiRäumen und die Erweiterung von Reproduktions- und Handlungsmöglichkeiten – gleichberechtigt für alle einschließlich dem Zugang zu allen Ressourcen. Bei genauerer Betrachtung aktueller politischer Positionen fällt auf, dass dieses Ziel kaum eine politische Gruppe verfolgt.[10] Das zu ändern, wäre wichtig: Alle politischen Positionen mit emanzipatorischem Anspruch sollen immer Herrschaft abbauen – egal ob staatliche Kontrolle oder Bevormundung, wirtschaftliche Zwänge oder Macht oder Privilegien einzelner Bevölkerungsgruppen.

Freiräume schaffen

Jede politische Gruppe und jede Aktion, jedes Projekt und jeder neu geschaffene soziale Ort kann entweder selbst Herrschaftsverhältnisse reproduzieren oder sich als Kampffeld dagegen begreifen. Letzteres hat zwei Richtungen: Zum einen den Widerstand gegen die Zwänge von außen, die aktive Organisierung von Unabhängigkeit und die Entwicklung von Alternativen zu gesellschaftlich prägender Organisierungs- und Rechtsformen. Zum anderen ist der Abbau von Hierarchien wichtig. Dieses bedeutet einen dauernden aktiven Prozess gegen die Selbstwiederherstel-

10 Siehe die Quellenanalyse im Buch Jörg Bergstedt: „Nachhaltig, modern, staatstreu", www.aktionsversand.de.vu.

lung von Herrschaft, die sich über Zurichtungen der beteiligten Personen und vorhandene Unterschiede im Zugang zu Wissen und Ressourcen immer wieder einschleicht. Beides, die Zwänge und Erwartungshaltungen von außen sowie die interne Selbstreproduktion von Dominanzen, stärken sich gegenseitig. Freiräume zu schaffen ist der Versuch, Experimentierfelder zu eröffnen und Strategien der Überwindung von Herrschaftsverhältnissen zu entwickeln. Freiräume sind dabei nicht nur, aber auch örtlich gemeint. Jede Gruppe und sogar jeder zeitlich begrenzte Zusammenhang kann als ein solcher „Freiraum" begriffen und gestaltet werden. Selbstverständlich gilt das auch für bestehende Gruppen, Zusammenhänge und Räume, die in Richtung des Abbaus von Zwängen und Zurichtungen sowie gleichberechtigter Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden können.

Visionäre Ansätze sichtbar machen

Das Richtige im Falschen zu schaffen, ist nicht möglich. Das Richtige im Falschen zu versuchen, aber sehr wohl. Es bietet zudem viele Handlungsmöglichkeiten, zum einen tatsächliche Erleichterungen im Alltag, zum anderen das Aufzeigen von möglichen Richtungen und die darauf aufbauende Debatte um herrschaftsfreie Utopien. Als ein Beispiel von vielen seien hier Umsonstläden genannt. Es wäre extrem verfehlt, in ihnen bereits selbst ein Stück Vision zu sehen. Zwar ist richtig, dass ein solcher Laden sowohl die konkrete materielle Not von Menschen lindern kann als auch denen, die selbstorganisierter zu leben versuchen, den Zwang zu Lohnarbeit und ständiger Geldbeschaffung reduziert. Wichtiger aber ist aus politischer Sicht die Chance, rund um einen Umsonstladen die Diskussion um eine verwertungsfreie Gesellschaft zu führen. Auch Linux und freie Software sind solche Beispiele – es ist teilweise gut gelungen, an das konkrete Projekt eine Debatte über Visionen anzuhängen (siehe www.oekonux.de). Völlig verfehlt ist jedoch die Annahme, Linux sei bereits selbst Praxis visionärer Gesellschaft. Es war eher peinlich, als sich Linux-Fans darüber freuten, dass die Software jetzt auch im Bundestag Verwendung findet (vielleicht demnächst Cruise Missiles mit Linux-Programmierung?) oder die SPD im bayrischen Landtagswahlkampf mit „Mehr Linux. Mehr Freiheit" auf Plakaten warb. Nur die kreative Verbindung von visionär ausgerichteten Projekten im Hier & Jetzt und einer intensiven Vermittlung darüber hinaus gehender Ideen eröffnet Chancen für mehr.

Reibung erzeugt Wärme

Der Angriff auf das Herrschaftsförmige schafft nicht allein die Herrschaftsfreiheit. Diese Erkenntnis ist banal – und doch kein Grund, das Widerständige sein zu lassen. Ganz im Gegenteil bietet die kluge direkte Aktion die Chance zur darüber hinaus gehenden Vermittlung, ganz ähnlich dem visionären Baustein im Hier & Jetzt. Wer in den Konsumtempeln der Republik Entwertungsaktionen macht (Barcode mit anderen Botschaften überkleben, Preisschild auf Null setzen, Zettel in Bücher und Zeitschriften einlegen ...), wer per Aufkleber geschlechterrollen-trainierendes Spielzeug verändert oder per Improvisationstheater den Wahlkampf demaskiert, kann dadurch Anlässe für intensive Kommunikation schaffen. Das genau ist auch das Ziel der direkten Aktion – und nicht die Selbstbestätigung mittels Durchführung der immer selben Aktionsformen, wie es in der „Linken" zur Zeit üblich ist. Wer Normalität brechen will, muss das im Inhalt und in der Aktionsform tun. Dazu kann auch Militanz gehören, aber für sie gelten die gleichen Überlegungen. Alles muss emanzipatorische Ziele vermitteln, Normaltiät brechen, Kommunikation erzeugen und führen, wenn es die genannten Ziele erreichen will (zu kreativen Widerstandsformen siehe im Internet: www.direct-action.de.vu).

Sich selbst als Teil einer visionären Gesellschaft begreifen

Ob nun „linke" oder „emanzipatorische" Politik – sie ist immer Teil der Gesellschaft. Es gibt kein „Draußen". Wer Fremdbestimmung abbauen und Selbstbestimmung stärken will, kann das auch dort tun, wo es am schnellsten möglich sein könnte: Im eigenen Lebensumfeld. Politische Gruppen sind ein Teil davon – neben Arbeit, Ausbildung, FreundInnenkreis, Familie, Hobbygruppen usw. Sie alle sind zur Zeit eher Orte der Selbstreproduktion von Herrschaft, der formalen und informellen Dominanzen oder der Bildung kollektiver Identitäten oft mit Aus- und Abgrenzung. Sie könnten aber auch Experimentierfelder für andere Formen der Kooperation, der Entscheidungsfindung von unten und der Horizontalität sein. Dazu gehören die Demaskierung der vorhandenen Herrschaftsverhältnisse in der Gruppe, das Experimentieren mit Methoden, die Reflexion und Weiterentwicklung, die aktive Herstellung gleichberechtigten Zugangs zu allen Ressourcen und des Verzichts auf zentrale Entscheidungsfindung, egal ob „von oben" (Vorstand u.ä.) oder „von unten" (Basisdemokratie). Gerade politische Gruppen und Projekte sind für solche Auseinandersetzungen und Versuche geeignet, da sich hier die konkrete Handlung mit der Diskussion um politische Ziele und Strategien mischt und interne und externe Praxis einander motivieren und vorantreiben (Ideensammlungen unter www.hierarchnie.de.vu).

Mechthild und Gerold verlassen die Straßenbahn und gehen die Straße entlang, in der ihre Wohnung liegt. Aus dem Gespräch über den Film „Matrix" ist der Wunsch geworden, hinter der Wahrnehmung von Wirklichkeit die Zurichtungen und Herrschaftsverhältnisse entdecken zu können.

Mechthild: Das ist ein schöner Traum – einfach eine Brille aufsetzen und dann durch die wegziehenden rosaroten Vernebelungsschwaden all das erblicken zu können, was an den Fäden zieht.

Gerold: Naja, ich denke, es lässt sich üben, hinter dem, was ich sehe, die Interessen zu entlarven. Demaskieren der Verhältnisse sollte zur Alltagsübung werden.

Mechthild: Könnte aber schrecklich werden …

Gerold: Warum?

Mechthild: Wenn ich hinter die Kulissen gucke, die Machtinteressen und Zurichtungen in jeder Situation des Lebens gnadenlos demaskiere, kommt – glaube ich – eine Ansammlung von Schrecklichkeiten heraus.

Gerold: Wie im Film – vielleicht möchte man dann schnell wieder zurück in die wohlige Geborgenheit der Manipulation …

Mechthild: Aber vielleicht ist die Realität dann brutaler und Du kannst nicht mehr zurück. Dein Blick ist geschärft und will nicht wieder getrübt sein …

Herrschaft ausmachen! Blick ins Herz der Finsternis

Ein Text der Gruppe Schöner Leben, Göttingen[0]

In den großen alten Geschichten ist Herrschaft leicht zu identifizieren. Wenn Sauron im „Herr der Ringe" danach strebt, alle BewohnerInnen von Mittelerde zu unterwerfen und sich verfügbar zu machen, ist die Lage klar: Es gibt Gute und Böse, Freie und Unterdrückte, Herrscher und ihre Gefolgsleute. Und in Wirklichkeit?

Wenn Deutschland wieder Krieg führt, Castortransporte durchs Land geprügelt werden, staatliche Einsatzkräfte bei Demonstrationen auf Menschen schießen und anlässlich der Münchener Sicherheitskonferenz das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt wird, sind herrschaftsförmige Prozesse auch ohne einen Sauron noch irgendwie auszumachen. Doch jenseits solcher Großereignisse ist es meist gar nicht

0 Veröffentlicht im Rundbrief der Gruppe „Schöner leben Göttingen", siehe www.schoener-leben-goettingen.de.

so leicht zu erkennen, wo, wie und wodurch unser Leben fremdbestimmt und reglementiert ist – und was dahinter steckt.

Um also ein wenig Durchblick ins Dickicht der Herrschaftsverhältnisse zu bringen, soll das Phänomen Herrschaft unter zwei grundsätzlichen Fragestellungen betrachtet werden: „Was ist Herrschaft?“ und „Wie funktioniert Herrschaft?“.

Dank vieler Jahre emanzipatorischer Bewegung brauchen wir die analytische Brille allerdings nicht neu zu erfinden. So können wir einerseits auf viele schon entwickelte Aspekte zurückgreifen. Andererseits können wir uns auf einige Eigenschaften und Details konzentrieren, die uns an unserer Brille wirklich hilfreich scheinen – denn was nützt eine Brille, die zwar hip aussieht, aber verschmierte Gläser hat, oder die unglaublich präzise geschliffene Gläser hat, unter deren Gewicht aber kein Millimeter Bewegung mehr möglich ist?

One ring to rule them all?
Kapitalismus vs. Sexismus vs. Rassismus vs. ...

Neulich in Bremen hielt Frau Lieselotte Meier einen Fragebogen in den Händen. Sie sollte dort Kategorien ankreuzen: männlich/weiblich; schlank/übergewichtig; unter 50 Jahre/über 50 Jahre; nicht behindert/behindert; sportlich/unsportlich; heterosexuell/homosexuell; mit EU-Pass/ohne EU-Pass usw.

Einige der Kategorien war sie gewohnt („Ja klar, weiblich.“), andere schienen ihr ungewöhnlich, ließen sich aber immerhin leicht ankreuzen (mit EU-Pass; nicht behindert; heterosexuell). Doch dann schimpfte sie los: „Sportlich oder unsportlich; schlank oder übergewichtig – so eine Frechheit, soll ich damit gebrandmarkt werden? Und was soll das mit meinem Alter, bin ich mit 53 etwa schon zu alt?“ Frau Meier fühlt sich bei der Frage nach ihrem Alter unwohl und irgendwie ausgeschlossen. Da sie andererseits keine Behinderung hat, braucht sie vor Diskriminierung in diesem Zusammenhang keine Angst zu haben.

Herrschaft manifestiert sich also in den unterschiedlichsten Bereichen. Unverzichtbarer Bestandteil emanzipatorischer Politik ist es, Herrschaftsverhältnisse in allen diesen Bereichen zu kritisieren und zu bekämpfen, also z.B. Sexismus, Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit. Eine Beschränkung auf einzelne solcher Herrschaftsverhältnisse und ihre isolierte Betrachtung hat fatale Folgen: Es kann zu Reproduktion von Herrschaft und diskriminierendem Handeln in anderen als dem gerade problematisierten Bereich kommen. Die Tatsache, dass Frau Meier viel weniger verdient als ihr Mann, obwohl sie ursprünglich einmal das gleiche gelernt ha-

ben, empfindet sie als diskriminierend. Dafür findet sie es sehr praktisch, dass ihre polnische Putzfrau dazu bereit ist, für nur 5 Euro bei ihnen zu arbeiten. Wer in einem bestimmten Herrschaftsverhältnis zu den Unterdrückten und Fremdbestimmten gehört, ist oft in einem anderen auf der Seite der Herrschenden und Bevorteilten. In dem Willen, Sexismus, und zwar nur Sexismus, zu kritisieren, ist schon manche „Feministin" schnurstracks dahin gekommen, den Krieg in Afghanistan deswegen zu befürworten, weil er sich gegen das frauenverachtende Talibanregime richtet.



Diese Beschränkung der Analyse auf einzelne Unterdrückungsverhältnisse kann nicht nur in die beschriebenen Sackgassen führen, sondern ist auch inhaltlich fragwürdig. Deshalb ist es wichtig festzustellen, dass Herrschaftsverhältnisse grundsätzlich miteinander verknüpft, wechselseitig verwoben und in gleichem Maße problematisch sind.

Diese Beschränkung der Analyse auf einzelne Unterdrückungsverhältnisse kann nicht nur in die beschriebenen Sackgassen führen, sondern ist auch inhaltlich fragwürdig. Deshalb ist es wichtig festzustellen, dass Herrschaftsverhältnisse grundsätzlich miteinander verknüpft, wechselseitig verwoben und in gleichem Maße problematisch sind. So bleibt die kapitalistische Vergesellschaftung mit ihren Mechanismen und Auswirkungen nicht auf die Sphäre der Ökonomie beschränkt, sondern strahlt in alle Lebensbereiche. Andererseits lassen sich beispielsweise rassistische Strukturen und Handlungen nicht erschöpfend aus der kapitalistischen Logik heraus erklären. Mehr noch, es gibt vom Kapitalverhältnis unabhängige Prinzipien, die gesellschaftlich verankert sind und ebenfalls eine umfassende Durchschlagskraft entfalten.

Herrschaft im Brennpunkt

Erst wenn Herrschaft selbst im Mittelpunkt der Analyse steht, ist es möglich, gemeinsame Grundmuster und Wirkungsweisen von z.B. Kapitalismus und Rassismus zu erfassen. Bei der Betrachtung dieser allgemeinen Funktionsprinzipien geraten dann auch weniger „prominente" Herrschaftsverhältnisse in den Blick, wie beispielsweise Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit oder die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters oder einer sogenannten Behinderung.

Darüber hinaus wird es so möglich, auch die eigene Verwicklung und Stellung innerhalb des Herrschaftsgeflechts zu erkennen. Frau Meier ist als Frau von manchen guten Positionen in Beruf und Gesellschaft ausgeschlossen. Im selben Moment profitiert sie aber von ihrem europäischen Pass und der Tatsache, dass viele Menschen weder den Pass noch die damit verbundenen Privilegien besitzen. Den rassistischen Konsens in Deutschland zu bekämpfen, heißt dementsprechend nicht nur, gegen Residenzpflicht, Abschiebungen und Internierungslager Widerstand zu lei-

sten. Gleichzeitig ist es auch unser Ziel, Privilegien als „Weiße“ und damit in einer rassistischen Gesellschaft „höher“ Bewertete bewusst zu machen und damit verbundene Machtstellungen zu überwinden.

Der Blickwinkel oder Die drei Seiten der Medaille
Was ist Herrschaft?

Sauron, der Herr der Ringe, verfügt über Orks und Schwarze Reiter, Frau Meier über ihre Putzfrau und der Chef von Frau Meier über ihre – durch Mutterschaftspause abgewertete und damit günstigere – Arbeitskraft. Gesellschaftliche Strukturen, Regeln und Rollen sorgen dafür, dass Frau Meier auch wirklich arbeiten gehen muss, sie kann sich der Verfügung nur schwer entziehen. Der Zugriff der ChefInnen auf „ihre“ Frau Meiers ist somit über die persönliche Beziehung hinausgehend abgesichert – und genau das macht Herrschaft aus. Eine Brille, mit deren Hilfe wir die verschiedenen Ebenen von Herrschaft aufdecken können, sollte einen Wechsel des Blickwinkels ermöglichen.

Die Vogelperspektive:
Gesellschaftliche Erscheinungsformen und Strukturen

Viele (politische) Theorien und Strategien erschöpfen sich darin, verschiedene Herrschaftsverhältnisse nur auf der Ebene ihrer gesellschaftlichen Erscheinungsform zu erfassen. Das aktuell prominenteste Beispiel sind hier große Teile der GlobalisierungskritikerInnen, die den Neoliberalismus nicht als derzeitige Erscheinungsform des Kapitalismus, sondern als alleinige Ursache von Armut und ungerechter Verteilung bekämpfen. Ein anderes Beispiel ist die Beschränkung der Problematisierung des Geschlechterverhältnisses auf prozentuale Frauenanteile in bestimmten gesellschaftlichen Positionen und die Quotierung als (alleinige) politische Strategie.

Andere Ansätze gehen einen Schritt weiter und thematisieren nicht nur die Erscheinungsebene von Herrschaftsverhältnissen, sondern auch die zugrundliegenden gesellschaftlichen Strukturen. Kritisiert werden dann z.B. hierarchische Klassenstrukturen, die gesellschaftliche Organisation des Marktes (in ihrer neoliberalen Verfasstheit) und damit einhergehende Konkurrenzverhältnisse. Übertragen auf die Geschlechterproblematik würde das heißen, die Kritik am Patriarchat, an der Hierarchisierung der Geschlechter, an geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung etc. zu formulieren. Solche Ansätze, die den Blick auf die gesellschaftlichen Strukturen und

deren Erscheinungsformen richten, sind notwendig, um Herrschaft in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu erfassen, aber nicht hinreichend, um sie radikal kritisieren und grundsätzlich verändern zu können.

Der Röntgenblick: Was liegt dem zugrunde?

Wichtig erscheint es uns zusätzlich, hinter diese gesellschaftlichen Erscheinungsformen von Herrschaftsverhältnissen sowie ihre strukturelle Verankerung zu gucken: Herrschaft stützt sich auf grundlegende Prinzipien, die jedeR als unabänderlich und normal, als quasi-natürliche Gesetzmäßigkeit, empfindet. Diese Prinzipien sind materiell nicht erfahrbar und sie werden nicht unmittelbar erlebt. Dennoch sind sie von den Individuen so verinnerlicht, dass sie für diese die Wirklichkeit darstellen und somit bedeutsam für ihr Denken, Entscheiden und Handeln sind.

Dabei liegen Herrschaftsverhältnissen verschiedene strukturierende Prinzipien zugrunde. Für jede jeweils aktuelle Ausgestaltung des Kapitalismus ist beispielsweise der Zwang wesentlich, alles und jedeN als Wert zu erfassen und vorhandene Werte im Produktionsprozess zu vermehren – zu verwerten im wahrsten Sinne des Wortes. Dass aber abstrakte Dinge (z.B. Arbeit) genauso wie konkrete Dinge (z.B. Waschmaschinen) überhaupt einen Wert haben, erscheint uns als zweifellose „Wahrheit“.

Genauso selbstverständlich ist uns die abendliche Wahl zwischen dem Frauen- und dem Männerklo in der Kneipe: Grundlage von Patriarchat und Sexismus ist die Konstruktion und der damit einhergehende Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit. Das bedeutet zum einen, dass wir es als vollkommen normal empfinden, dass Menschen anhand des Geschlechts in zwei gesellschaftliche Gruppen eingeteilt werden und nicht anhand des Unterscheidungsmerkmals „angewachsene Ohrläppchen/nicht angewachsene Ohrläppchen“. Der Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit bedeutet zum anderen, sich ständig zu einem von zwei Geschlechtern eindeutig zuordnen zu müssen, sei es bei der Klowahl, dem Ankreuzen von offiziellen Formularen oder der ersten Frage an die frischgebackenen Eltern: „Was ist es denn?“ – mit all den Vorstellungen von Rollenmustern, Chancen und Möglichkeiten, die an dieser Frage mit dranhängen. Ohne das Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit sind patriarchale Verhältnisse schlicht nicht vorstellbar, da nur in ein hierarchisches Verhältnis zueinander gebracht werden kann, was vorher voneinander unterschieden wurde.

Der Alltagsblick: Der 5-Euro-Putzjob
Wie wir und andere Herrschaft erfahren

Schließlich kann Herrschaft als persönliche Erfahrung beschrieben werden: Die beschriebenen grundlegenden Prinzipien, ihre Verankerung in gesellschaftlichen Strukturen und die Erscheinungsformen von Herrschaftsverhältnissen werden als konkrete Einschränkung, als alltägliche Fremdbestimmung erlebt. Die polnische Putzfrau kann ohne EU-Pass hier nicht einfach so arbeiten und „muss froh mit dem sein, was sie bekommt". Für Lieselottes transsexuelle Tochter Martin wird der sonst so alltägliche Gang zur Toilette in öffentlichen Räumen ebenso zur großen Qual wie die taxierenden Blicke all derer, die endlich wissen wollen, „was" sie denn nun ist. MigrantInnen dürfen sich aufgrund der Residenzpflicht nicht aus ihrem Landkreis bewegen, Sozialhilfekürzungen entscheiden eben darüber, ob die Tochter mit auf die Klassenfahrt fährt oder man einem Freund mal einen Kaffee ausgeben kann.

Jeder dieser drei Blickwinkel auf Herrschaftsverhältnisse – d.h. jede der drei Seiten der Medaille – ist unserer Meinung nach notwendig und relevant, um Herrschaft erkennen, benennen und bekämpfen zu können. Von vielen Gruppen und Menschen wird jedoch nur ein einzelner Blickwinkel gewählt. Humanitäre Organisationen oder christliche Initiativen konzentrieren sich in der Regel vollkommen auf den Alltagsblickwinkel: In diesem Bereich tun sie durchaus sinnvolle Dinge, ohne jedoch die zugrundeliegenden Missstände zu thematisieren oder eine über das Individuum hinausgehende Veränderung anzustreben. In anderen Kreisen ist es dagegen üblich, allein die dahinterliegenden Prinzipien zu betonen. Hier werden dann schnell Proteste gegen die ungerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums als Lappalie bzw. konterrevolutionärer Akt abgetan. Eine Politik, die persönliche Erfahrungen und gesellschaftliche Erscheinungsformen derart gegenüber den zugrundeliegenden Prinzipien unterbewertet, ist unserer Ansicht nach elitär. Genauer gesagt, den Widerstand gegen Sozialhilfekürzungen als Peanuts abzutun, muss mensch sich leisten können.

Die Spezialfilter, tragende Säulen der Dickichtkonstruktion:
Wie funktioniert Herrschaft?

Herrschaftsverhältnisse können aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Ansatzpunkte für politische Strategien und konkrete Aktionen lassen sich jedoch besser formulieren, wenn zusätzlich berücksichtigt wird, wie sich Herrschaft konkret umsetzt und vermittelt, d.h. also, welche widerspenstigen Mechanismen dazu beitragen, dass Selbstbestim-

mung fast nirgendwo zu finden ist. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie Herrschaft funktioniert und wie sie sich scheinbar selbst stabilisiert, lohnt es sich, die analytische Brille mit verschiedenen Spezialfiltern auszustatten. Mit ihrer Hilfe sollen einige zentrale, in der Welt sonst kaum entwirr- und unterscheidbare Mechanismen von Herrschaft einmal einzeln betrachtet werden können.

Herrschaft äußert sich zum einen als direkte Gewalt mit dem Ziel der Aufrechterhaltung geltender, d.h. „herrschender" Spielregeln. Während direkte Gewalt in Form von physischem Zwang auf zwischenmenschlicher Ebene durchaus alltäglich ist, wird sie auf staatlicher Ebene zunehmend ergänzt durch polizeiliche, korrigierende, sogenannte „saubere" Gewalt. Bestes Beispiel sind die als „humanitäre Interventionen" bezeichneten weltweiten kriegerischen Operationen der Nato.

Auf den ersten Blick weniger sicht- und erfahrbar als direkte Gewalt, aber dadurch nicht weniger fremdbestimmend, ist strukturelle Gewalt. Zu ihr zählt beispielsweise jede Form sozialer Ungleichheit und – als spezifische Form struktureller in Verbindung mit direkter Gewalt – existenzielle Abhängigkeit. Letztere besteht darin, dass Individuen oder Gruppen soziale Kooperationen jeglicher Art nicht verlassen können, wenn sie es wollen. Anders als bei der direkten Gewalt, wird nicht direkt eingegriffen: Es werden lediglich alle Alternativen zum bestehenden Leben, Arbeitsverhältnis etc. nahezu unmöglich gemacht.

Für die Ausübung struktureller Gewalt spielt der Staat durch Einschränkung von Verfügungsmöglichkeiten, aber auch durch den Schutz von Privateigentum und die Garantie von Rechtssicherheit eine zentrale Rolle. Als institutionalisierter Garant der herrschenden Ordnung ist er deshalb für uns ein wichtiges Angriffsziel.

Indem sich Gruppen als „geschlossen" definieren und bestimmen, wer über welche Eigenschaften dazugehören darf und wer nicht, funktioniert Herrschaft im Sinne von Diskriminierung, von Ausschluss. Diskriminiert wird an der Arbeitsstelle, in der Familie, im Bildungssystem, durch Gesetze, also auf verschiedenste Art und Weise auf der Basis von tatsächlichen oder konstruierten Merkmalen. Beispiele für solche Merkmale in gesellschaftlicher Größenordnung sind Geschlecht, Ethnizität und Klasse. Diskriminiert wird aber auch durch bestimmte outfits und Verhaltensweisen oder durch Normen, wie das herrschende bürgerliche Kleinfamilienideal.

Tagtägliche Zeitungs- und Fernsehmeldungen machen eines klar: Die Kontrolle der Öffentlichkeit ist eines der zentralen und wirksamsten Herrschaftsinstrumente; Geld und Macht (durch Geld) sind die zentralen Kriterien, die über ihre Verfügung entscheiden. Debatten und Analysen, die die

herrschende Weltsicht als alleinige Wahrheit setzen und die daher von allen verinnerlicht, nachgebetet und schließlich aktiv vorangetrieben werden, erschweren emanzipatorischen Widerstand. Unbequeme oder abweichende Meinungen werden zunehmend durch die herrschende Öffentlichkeit vereinnahmt, die sich damit selbst als vielfältig und kritisch darstellen kann und nebenbei widerständige Positionen erstickt und unhörbar macht. Aktuell zeigt sich dies am Beispiel des World Economic Forum (WEF): Man habe die sogenannten GlobalisierungskritikerInnen erhört und „die Probleme Afrikas" erkannt, so dass die leidigen Proteste also hinfällig seien. Die angepriesene Lösung des WEF besteht nun aber gerade darin, die aggressive Ausweitung des Freihandels voranzutreiben. Die davon abweichenden Konzepte Hunderttausender kritischer Menschen sind somit durch die medienwirksame Zwangsumarmung nicht mehr sichtbar.

Herrschaftsverhältnisse als komplexe gesellschaftliche Prozesse, ihre Umsetzungsweisen und Mechanismen werden fortlaufend dadurch gesichert, dass sie von allen Individuen verinnerlicht und im alltäglichen Handeln ständig stabilisiert werden – dies ist jedoch im Fall direkter Gewalt auf Seiten der Opfer sicherlich weniger relevant. Herrschaft ist im Gegensatz zu den alten Geschichten in ihren unterschiedlichen Ausprägungen also nicht in einfachen Entgegensetzungen von Herrschenden und Beherrschten zu erfassen – obwohl es diese Rollen mit durchaus wechselnder Besetzung in konkreten gesellschaftlichen Situationen gibt.

Die zwanghafte Einbindung aller Individuen in jegliche herrschende Ordnung muss abgewickelt werden!

Setz´die Herrschaftsbrille auf!

Ein Text der Projektgruppe „HierarchNIE!“[0]

O.K. Wenn ein Bullenknüppel gesaust kommt, ist das irgendwie klar mit dem Herrschaftsverhältnis. Und wenn ein Richter Dich verknackt, weiß Du auch, was los ist. Oder wenn Deine Eltern (so Du noch zuhause wohnst oder sonstwie abhängig bist) klarmachen, dass Weihnachten nicht weggefahren wird oder es mit der Ausbildung so nicht weitergehen kann, hast Du meist leider auch schnell klar, wo „Oben“ und „Unten“ ist im jeweiligen Fall. Zwar ist oft das Ärgern und die hastig dahingesprochene Parole gegen das Scheißsystem alles, was Du dagegen hinbekommst. Die umfassende Demaskierung, Benennung und erst recht die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen wirkt dagegen so kompliziert und auslaugend, dass der Antrieb dafür nicht ausreicht. Außerdem ist mensch auch selbst immer wieder das „Oben“ in einer Situation, was ja irgendwie auch ganz cool ist usw. So ändert sich nichts, aber immerhin: Das Gefühl trügt oft nicht. Es ist Herrschaft, die Dich umgibt.

Wenn Herrschaft dagegen moderner daherkommt, wird es schwieriger. Moderne Herrschaft manipuliert, richtet auf bestimmte Wahrnehmungsmuster zu und verschleiert dahinterstehende Strukturen und Interessen – sie verdreht das Denken. In den hinsichtlich der Herrschaftsideologie noch um einige Jahrzehnte zurückhinkenden fundamental-religiösen oder mit Militärgewalt geführten Staaten dieser Erde wird bei der Mobilisierung zum Krieg noch mit dem alten Hurra-Gebrüll geworben. Die mit nur etwas veralteten Mustern agierende US-Regierung ist zwar schon besser, aber beim „Kampf gegen das Böse“ ist doch die Begeisterung für Macht, Mord und Totschlag recht deutlich zu erkennen. Modernisierte Herrschaft läßt sich dagegen vor allem in europäische Staaten sozialdemokratischer Prägung – am besten mit grüner Schmierung – vorfinden. Dort ist Krieg dann „Nie wieder Auschwitz“ oder einfach eine „humanitäre Maßnahme“.

Wie im Großen, ist es auch im Kleinen. Dieser Text soll einen Blick in politische Bewegung und soziale Verhältnisse im Alltag werfen. Dort tummeln sich veraltet und modern-elegant agierende Menschen in den jeweiligen Machtstrukturen. Und wer nicht hinguckt, merkt gar nicht, wie er/sie immer wieder zum Schaf in einer gut organisierten Schafherde wird – selbst oder gerade dann, wenn das Vokabular und der äußere Rahmen genau das Gegenteil suggeriert, d.h. in die Köpfe bringt.

Fangen wie mit einigen Beispielen an. Politische Camps, Kongresse usw. haben heute meist den hehren Anspruch auf Hierarchiefreiheit und

0 Überarbeiteter Text aus dem Reader „HierarchNIE! – Entscheidungsfindung von unten und Dominanzabbau in Gruppen“ der Projektgruppe HierarchNIE! Siehe auch www.hierarchnie.de.vu.

Gleichberechtigung. Die Propaganda ist wichtig,denn ein klarerer Blick könnte zu Widerständigkeit führen. So heißt es oft „hier können alle ihre Ideen umsetzen". Klingt gut. Aber können sie das wirklich gleichberechtigt? Haben also alle die gleichen Möglichkeiten, für ihre Ideen Ressourcen zu nutzen (Technik, Räume, Geld oder was auch immer gefragt sein könnte)? Haben alle die gleichen Möglichkeiten, ihre Ideen auch bekanntzumachen?

Ebenso wird viel von Basisdemokratie geredet. Das soll allen gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten verschaffen. Als Wunderwaffe wird der Konsens hinzugefügt. Jede und jeder kann nun per Veto etwas verhindern, was ihm/ihr nicht paßt. Klingt gut. Aber wer hat den Status Quo bestimmt, also die Ausgangs-Rahmenbedingungen, die nun nur noch per Konsens geändert werden können? Was passiert mit denen, die das sagenumwobenene Veto einlegen – vor allem, wenn sie das gegen die WortführerInnen tun? Ganz moderne Ideen kommen meist von denen, die sich herrschaftsfrei geben, z.B. viele Jahre von den MacherInnen des Jugendumweltkongresses. Da wird viel herumexperimentiert. Das Ganze bereitet eine Orga-Gruppe vor. Die ist natürlich offen und ruft dazu auf, daß alle ihre Ideen einbringen können. Wer das praktisch ausprobiert, kann erleben, dass von der Vorbereitungsgruppe nicht gewollte Sachen halt mal verloren gehen oder noch ausdiskutiert werden müssen (bis ca. 2043?). Zu Beginn des JUKss löst sich die Orga-Gruppe dann auf. Doch das, was sie beschlossen haben, gilt nun. Geändert wird es im ach so turbodemokratischen Konsensverfahren. Durch die Herrschaftsbrille betrachtet zeigt sich: Jede Person aus dem Ex-Orga-Team kann per Veto verhindern, daß noch was verändert wird an den Strukturen. Moderne HerrscherInnen machen das nicht so auffällig, zeigen sich offen oder lassen andere Vetos einlegen. Oder sie kontrollieren die Fragestellung. Das strukturkonservative Konsensverfahren (stärkt das Bestehende gegenüber dem nach Veränderung Strebenden) wird oft in Broschüren erklärt, doch das entscheidende wird „zufällig" immer vergessen. Es kommt schlicht auf die Fragestellung an. Das wissen die Eliten, die Konsens und Basistümelei lieben, weil sie dort so schön verdeckt agieren können, natürlich. Aber sie erzählen es lieber nicht weiter. Wer also was Bestimmtes will, sorgt meist dafür, dass die Frage andersherum gestellt wird, und dann, dass jemand ein Veto einlegt.

Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Einige Menschen sind der Meinung, dass eine Gruppe oder Einzelperson rausfliegen soll. Damit erstmal nicht auffällt, dass es sich dabei um Repression handelt, wird herumgesäuselt, dass da Menschen es mit denen oder dem oder der nicht aushalten usw. Gehört dazu. Im Blick durch die Herrschaftsbrille das übliche Warmlaufen für den formalen Akt. Dann die Abstimmung – es kommt auf die Frage-

stellung an. Heißt sie: „Darf X dableiben?“, führt ein Veto zum Rausschmiß. Also wird alles getan, um die Frage so herum zu formulieren. Es könnte ja sein, daß gezielt oder zufällig jemand die Frage andersherum stellt: „Muß X gehen?“ Das würde wohl nicht klappen, weil jetzt jedes Veto das Bleiben ermöglicht. Also käme dann ein Geschäftsordnungsantrag, irgendwelche Verwirrungsaktionen per Handzeichen oder was auch immer. Die Eliten würden agieren. Durch die Herrschaftsbrille: Lohnenswert ist, wer sich in Redebeiträgen auf wen bezieht, wie mit Handzeichen Stimmung gemacht wird. Für die ganz Harten: Eine Gruppe mit bestimmten Interessen ... alle melden sich gleichzeitig bzw. stellen sich am Mikrofon an. Dann kommt ein Antrag auf Ende der Redeliste. Scheinbar alles zufällig ...

Der Blick durch die Herrschaftsbrille offenbart so einiges. Wenn jemand sagt „es ist besser für Dich, wenn ...“ ist das die verklärte Form von „Tu das“. Das ist Manipulation und Verschleierung, verdeckte Bevormundung. Herrschaft ist es dann, wenn es mit unterschiedlichen Handlungs- oder direkten Durchsetzungsmöglichkeiten verbunden ist, wozu neben formalen auch solche der mentalen Beeinflussung, Abhängigkeit bis zu psychischer und physischer Überlegenheit gehören. Schlaue Bullen sagen: „Würden Sie bitte mitkommen?“, wenn sie eineN verhaften. Es lohnt sich, durch die Herrschaftsbrille zu gucken. Herrschaft im ersten Schritt zu demaskieren ist zudem eine wichtige Aktionsform. Also den Bullen zu zwingen: „Sie sind verhaftet, kommen Sie mit!“ zu sagen und das vielleicht zu kommentieren mit „So ist es es schon klarer, jetzt wird die Herrschaft wenigstens deutlich“. Oder dem/der LehrerIn immer wieder deutlich machen: „Das können Sie nur verlangen, weil Sie Durchsetzungsmöglichkeiten haben“. Vor Gericht, gegenüber Eltern, Behörden oder Gruppenleitungen mit Hausrecht ist das immer wieder möglich, darauf hinzuweisen.

Das gilt auch für die Verklärung durch Basisdemokratie. Entscheidungen in Plena oder irgendwelchen anderen zentralen Gremien (Koordinierungsgruppe, SprecherInnenrat, Blütenmodell oder was auch immer da rumprobiert wird), die für alle gelten, basieren auf Herrschaft. Warum sollen überhaupt andere entscheiden, wenn Du einen Arbeitskreis anbieten, eine Aktion machen oder sonst etwas verändern willst am Bestehenden? Und was steckt an Machtstrukturen dahinter? Wenn Du Dich dem Beschluß widersetzen würdest, was würde passieren? Würde vielleicht eine eigene polizeiähnliche Truppe aufgestellt, die Zugänge regelt und Leute kontrolliert (wie auf Crossover-Camp oder dem Straßburger Camp im Sommer 2002 geschehen)? Würde das Faustrecht, ausgeführt von Einzelnen gegenüber den vom Kollektiv Geächteten, akzeptiert? Oder würde vielleicht auch Polizei, die dann auf Basis des Hausrechts oder auch der eigenen Willkür

agiert, zur Hilfe gerufen? Gibt es keinen Konsens und widersetzt sich jemand der Basisdemokratie, werden schnell die Herrschaftsmomente hinter der verschleiernden Rhetorik von Basisdemokratie und Gleichberechtigung sichtbar.

Überhaupt: Kollektive Strukturen, also die Organisierung von Einheitlichkeit (es sprechen einige für alle, alle entscheiden über alles usw.) sind geradezu optimiert für die Dominanzausübung durch Eliten. Besser noch als Demokratie, wo die jeweiligen Herrschaftsausübenden klarer erkennbar sind. Besser wäre es nur in Verhältnissen der Autonomie aller Teile und der gleichberechtigten Kooperation zwischen ihnen – weil es dort gar keine übergeordnete Sphäre mehr gibt. Niemand redet für alle oder das Ganze, niemand regelt etwas für alle oder das Ganze – weder Vorstand noch Koordinierungsgremien oder Pressegruppe noch das Plenum.

★★ ★★★ ★★

Der Jugendumweltkongress war – bei aller Kritik – das intensivste Experimentierfeld zum Hierarchieabbau bei Entscheidungsverfahren. Über Silvester 2004/05 in Magdeburg wurde das kollektive Entscheiden erstmals ganz abgeschafft. Die Debatte kann auf der Internetseite des Kongresses www.jukss.de nachvollzogen werden.

„Wir wollen alle an Entscheidungsfindungen beteiligen, so das eine für alle tragbare Lösung zustande kommt (Konsensprinzip)“ versprach z.B. die Werbezeitung zum Jugendumweltkongress 2002/03. Klang gut, war es aber nicht. Durch die Herrschaftsbrille sieht das anders aus: Warum sollen alle entscheiden und warum soll alles für alle tragbar sein? Was bedeutet es, dass große Strukturen immer wieder informelle Dominanzen und Eliten fördern? Sind es nicht immer wieder die modernen Eliten in politischen Bewegungen, die kollektive Strukturen organisieren, weil sie in der Herde gut agieren und gestalten können. Mehr autonomieorientierte Strukturen würden dazu führen, dass ein Nebeneinander mehrere Organisierungsformen entstehen kann. Ganz davon abgesehen wissen in großen Strukturen meist nur kleine Kreise, welche Möglichkeiten bestehen. Auf dem Jugendumweltkongreß 1999 verhinderte das Veto einer Person das Absenden einer Presseinfo, weil sie Angst hatte, dass dadurch über eine in ihrer politischen Strategie nicht vertretbaren Aktion (Tortenwürfe auf Expo-Manager) öffentlich berichtet würde. Basisdemokratie und Konsens gaben der einen Person diese Macht. Autonomie und Vielfalt hätten dazu geführt, daß die Debatte entweder überflüssig gewesen wäre oder ohne Entscheidungszwang geführt worden wäre, weil ohnehin klar wäre, daß Presseinfos immer im Namen derer herausgehen, die sie schreiben und mittragen – also in der Regel nicht alle.

Widerständig werden: Rahmenbedingungen hinterfragen!

Herrschaftsfreiheit setzt sehr vieles voraus, unter anderem:

★ Abbau von Zurichtungen auf bestimmte Rollen und Erwartungshaltungen (Geschlechterrollen, Erwachsene-Kinder, CheckerInnen usw.)

★ Gleichberechtigter Zugang für alle zu allen vorhandenen Ressourcen (kein Hausrecht, keine Passwörter, keine für Teile verschlossenen Türen, keine intransparenten Außenkontakte einer Gruppe wie Presseverteiler/-kontakte ohne Zugänglichkeit für alle usw.)

★ Zugriff auf Wissen, Informationen und Erfahrungen so organisieren, dass er für alle zumindest theoretisch möglich ist und transparent wird, wie er möglich ist.

★ Freiheit des Einzelnen zu handeln (Autonomie) in Freien Vereinbarungen mit allen oder den jeweils Interessierten

★ Freie Vereinbarung statt Zwang oder kollektive Entscheidung

★ Bereitschaft zur (selbst-)kritischen Reflexion und zur kontinuierlichen Weiterentwicklung von Organisationsformen und des eigenen Verhaltens

Konkrete Formen von Dominanz erkennen

Wer die Herrschaftsbrille aufsetzt, blendet die Rahmenbedingungen ein. Dann sieht plötzlich einiges anders aus. Und zwar oftmals krass anders. Alle Beispiele aufzuzählen, ist gar nicht möglich, aber es lohnt sich, zu üben, d.h. immer die Herrschaftsfrage zu stellen. Die folgenden Beispiele entstammen der Praxis politischer Organisierung.

★ „Ich bin für eine Redezeitbegrenzung, damit niemand so dominant reden kann" KANN gut gemeint sein. MUSS aber nicht. Meist ist es für Eliten nämlich günstig, wenn es Redezeitbegrenzungen gibt. Sie sind geschulter, die Zeit einzuhalten und sich die Redebeiträge aufzuteilen. So können sie im Wechsel auch viel länger reden, während Menschen, die nicht so geübt sind, dominant zu agieren (oder das nicht wollen), das nicht können. Das kann ziemlich weitgehend sein: Auf den skandalösen Plena des Castor-Widerstandes im Nov. 2002 in Lüneburg (siehe www.projektwerkstatt.de/aktuell/castor/castor__lueneborg.html) redeten fast die gesamte Zeit Personen aus den Vorbereitungsgruppen. Immer schön abwechselnd – oft insgesamt eine Stunde oder sogar mehr. Danach durften auch andere drankommen, das Ganze fiel kaum auf. Als auf einem Plenum eine Kritik an diesen Dominanzverhältnissen benannt werden sollte, kam sofort der Antrag auf Redezeitbegrenzung von zwei Minuten, gezielt gegen eine Per-

son, die bis dahin noch gar nichts gesagt hatte. Allerdings klappte der Antrag nicht, es hatten einige die Herrschaftsbrille aufgesetzt – das aber ist nicht immer so ...

★ „Das sollten wir aber im Konsens entscheiden“ heißt meist schlicht: Ich will das nicht. Aber das sage ich nicht, sondern organisieren einen möglichst komplizierten Prozeß. Konsens ist Gift gegen die vielfalt des „Alle können machen, was sie wollen“.

★ „Ich finde Deine Ideen ja gut, aber ...“ ist auch eher ganz platt ein „Nein, läuft nicht“. Ebenso wie „das haben wir aber anders beschlossen“ oder „das geht jetzt aber nicht“. Ganz ähnlich wirken die typischen Dominanzen der Marke „Generationenkonflikt“, also von „das haben wir auch schon probiert“ oder „das war aber nicht so vereinbart“. Das muß nicht Herrschaft sein, dann aber bedürfte es einer Begründung, die der eigentliche Inhalt ist. Bleibt es bei der Abwehrphrase, ist es ein Versuch von Dominanz.

★ Klassiker unter den versteckten Dominanzen ist das Herbeireden von Gefährdungen und Verantwortlichkeit. Oft sind sie sogar schlicht gelogen, immer aber sollen sie von kooperativen Lösungsstrategien zugunsten der Definitionsmacht der Gefährdeten ablenken. DemoleiterInnen, autonome oder gemietete Räume, Vereine und Vermögen – all das wird ständig als Ersatzargument herangezogen, wenn Ideen abgewehrt werden sollen. „Ich muß meinen Kopf dafür hinhalten“ oder „das könnte aber unseren Mietvertrag gefährden“ gehören hierzu. Formal gilt: DemoleiterInnen sind nicht verantwortlich für das, was einzelne DemonstrantInnen als Privatpersonen machen, Vereinsvorstände haften nicht für die Aktivitäten der Mitglieder usw.

★ Sehr gerne werden Sachzwänge weitergegeben oder für diese Weitergabe erst konstruiert. Probleme, die Menschen mit etwas haben, werden zum Grund dagegen aufgebauscht (statt die StreitpartnerInnen zusammenzubringen, damit sie direkt eine Lösung finden). „Das kann aber Streß bringen“, Hinweise auf irgendwelche Hausmeister, Bullen, VS, Geldgeber usw. sind meist verklausulierte Herrschaftsdurchgriffe. Denn nicht der Sachzwang selbst, sondern die Person, die darüber entscheidet, welcher Zwang wie benannt wird, beherrscht damit die Situation. Oder versucht es zumindest.

★ Moderne Plena, Moderation, irgendwelche neumodischen Handzeichen usw. werden als Dominanzabbau gepriesen. Das können sie sein, wenn es vorher noch beschissener war, z.B. mackrige oder streng formale Herrschaftsformen. Aber sie können auch das Gegenteil sein. ModeratorInnen steuern Abläufe und Verfahren – in der Regel stützen sie nicht Autonomie und Vielfalt, sondern vereinheitlichen, organisieren Kompromisse und Konsense. Das stärkt die infor-

mell agierenden Eliten. Wo Konsenszwang besteht, können Eliten stark steuern – sie setzen Vetos taktisch ein und bestimmen die Fragestellung und den Debattenverlauf. Fast jedesmal, wenn im Konsens abgestimmt wird, wird das Vetorecht des Einzelnen hochgejubelt, dass es alle gleichberechtigt machen würde (was nicht stimmt!). Wenn dann aber Interesse daran besteht, dass es kein Veto gibt, steht vor der Abstimmung plötzlich ein warnendes „wer ein Veto einlegt, muß aber auch wissen, dass er/sie damit die Gruppe blockiert". Das Ganze wird begleitet von neumodischen Handzeichen. Doch es ist mindestens fraglich, ob die nicht eher den Eliten helfen – also denen, die wissen, wie Massen zu manipulieren sind, darin Übung haben und als organisierte Gruppe agieren. Wenn sie geschlossen mit den Händen winken oder weniger rhetorisch geübte KritikerInnen mit dem Zeichen für „Du wiederholst Dich" vollends aus der Fassung bringen, manipulieren sie optisch das Geschehen. Perfekt wird es dann noch, wenn die moderierende Person passend feststellt, dass es ja wohl eine eindeutige Tendenz gäbe usw.

★ Das „Blütenmodell", neumodischer Plenumsersatz auf dem Jugendumweltkongress 2003, hält durch die Herrschaftsbrille auch nicht, was es verspricht. Die Blüte besteht aus mehreren Kleingruppen, die in Reihen sitzen, wobei die jeweils inneren Personen die zentrale Diskussionsgruppe bilden. Diese Personen sind also sowohl Teil ihrer Kleingruppe als auch Teil der zentralen Gruppe. Aber das Verfahren beläßt alle sonstigen Rahmenbedingungen wie sie sind, nur das Diskussionsverfahren ist neu. Die Voraussetzung, um Herrschaftsdurchgriffe zu verhindern lägen ganz woanders, was aber nicht thematisiert wird: Warum gibt es überhaupt zentrale Entscheidungen? Was sind die Ausgangsbedingungen? Wer hat welche Zugriffe auf Wissen, Informationen und Ressourcen? Stattdessen wird Sand in die Augen derer gestreut, denen es bei vorhergehenden Treffen allmählich dämmerte, dass irgendwas mit diesen Entscheidungsstrukturen so nicht stimmt. Nun ist ja was Neues da. Da wird alles gut ...

Die Gegengifte

Es gibt eine Vielzahl von Methoden, hierarchische Gruppenverläufe abzubauen. Ausprobieren, experimentieren und weiterentwickeln kann Schritt für Schritt Dominanz verringern. Das ist ein Ringen im Handgemenge, die Anwendung auf den Einzelfall.[1]

1 Methodenbeschreibungen und mehr auf der Internetseite www.hierarchnie.de.vu.

Hinzu kommt das Enttarnen der konkreten Personen und ihrer angewendeten Tricks. Auch informelle Herrschaft wird in konkreten Personen sichtbar. Sie treten zwar oft nicht formal in Erscheinung, aber ein gezielter Blick durch die Herrschaftsbrille zeigt schnell, was abgeht: Wer bereitet wo was vor? Wer agiert, wenn es kriselt oder Druck von außen kommt? Wer wird gefragt – wenn es um wichtige interne Dinge geht, um den Zugang zu Ressourcen oder bei formalen Anfragen von außen? Welche Leute stecken in Pausen immer wieder die Köpfe zusammen, beziehen sich in Redebeiträgen aufeinander, dirigieren das Geschehen mit Beiträgen, Zwischenrufen und Geschäftsordnungsanträgen? Auch wenn alles wie zufällig wirkt ...

Herrschaftsverhältnisse sollten immer sofort demaskiert und eingefordert werden, dass es Herrschaftsfreiheit nur geben kann, wo alle gleiche Möglichkeiten haben. Ebenso wichtig ist, den Einigungszwang aufzuheben. In den meisten Fällen ist es unnötig, gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Das aber wird immer wie ein Naturgesetz vorausgesetzt. Die Demaskierung der Herrschaftsverhältnisse zu Beginn einer jeden Entscheidungssituation oder in jeglicher Planungsphase wird auf massiven Widerstand treffen – einerseits der Eliten, die Angst vor Kontrollverlust haben. Andererseits derer, die gerne Schafherde sind – nicht weil sie so gern Untergebene sind, sondern weil sie sich die Frage nie stellen und den Eindruck haben, dass die herkömmlichen Organisierungsformen doch funktionieren und das Infragestellen nur nervt. So handeln Eliten und MitläuferInnen sogar zusammen: Das Bewährte soll erhalben bleiben, weil es gewohnt und vertraut ist. Diskussionen um Neues rauben Zeit und Nerven, so die für die bestehenden Strukturen akzeptanzbeschaffende Sichtweise. Oft ist es sicher auch so, dass den Beteiligten die Herrschaftsbrille nicht zur Verfügung steht und sie die Lage nicht nur nicht erkennen wollen, sondern es auch nicht können – unterstellt man das aber immer, ist es nicht nur arrogant, sondern unterschätzt auch die Fähigkeiten bestimmter Elitenangehöriger. Es ist nicht einfach mit ihrem Bündel an Machttricks umzugehen. Wer penetrant ist, fliegt raus oder wird mit üblen Geschichten niedergemetzelt ... wer die Transparenz von Presseverteilern oder Zugang aller zu Computern und Akten fordert, ist schnell als Spitzel verdächtigt. Wer den Zugang zu allen technischen Ressourcen will, könnte Nazi sein. Wer will, dass alle Räume allen gleichberechtigt offen stehen, wird schnell und unauffällig als StörerIn diffamiert. Und wer gegen Ausgrenzungen ist und über alternative Konfliktlösungsformen reden möchte, könnte als TäterschützerIn enden.

Letztlich aber gilt es auch, die Rahmenbedingungen tatsächlich zu verändern: Alle Türen zu allen Geräten und Räumen auf! Alle Verteiler und Infoflüsse für alle öffnen! Und einiges mehr! Am besten ist es, wenn alles

offen organisiert ist – was auch heißt, dass es kein „Alles“ mehr gibt, sondern ein Vieles. Bezogen auf den eigenen Zusammenhang geht es um die Verwirklichung des Mottos „Eine Welt, in der viele Welten Platz haben“. Jeder gesellschaftliche Bereich kann nach der Idee des „Offenen Raumes“ organisiert werden – ohne Zugangsbeschränkungen, Privilegien und Hierarchien.[2] Da bekommen Eliten dann Probleme, noch alles zu kontrollieren. Darum sind sie dagegen. Sie werden sich das aber nicht anmerken lassen, sondern alle möglichen Tricks und rhetorischen Kniffe ausprobieren. Und wer dagegen meckert, „hat einfach einen miesen Stil“ oder „nimmt immer soviel Raum ein“. Das hilft immer. Jedenfalls gegenüber Schafen.

2 Siehe Text „Offener Raum“ im Reader HierarchNIE! (www.hierarchNIE.de.vu).

Die Mars-TV-Theatergruppe ist inzwischen im Vodafone-Laden angekommen und interviewt die Manager im Laden.

Mars-TV: Whow, welch eine Masse an Handys. Reichen die für alle, die welche wollen.

Manager: Na klar.

Mars-TV (greift nach Handy): Cool, dann nehme ich mir auch eins mit … upps, das ist ja festgekettet. Warum das?

Manager: Sonst nimmt's ja jeder einfach mit …

Mars-TV: Und was wäre schlimm daran? Ich denke, es sind genug Handys für alle da.

Manager: Die kosten Geld. Da muss man schon bezahlen für. Wie überall bezahlt werden muss.

Mars-TV: Das haben wir auch schon mitgekriegt, dass das auf der Erde überall so ist. Ist das aber nicht völlig bescheuert? Eigentlich haben Sie genug Handys für alle und dann können nicht alle eins haben, sondern nur die, die genug Geld dafür haben?

Manager: Mag sein, dass das bescheuert ist. Aber es ist nun mal so.

Mars-TV: Aha. Aber fänden Sie nicht auch besser, wenn alle Menschen alles umsonst bekommen könnten, was sie im Leben brauchen oder gerne haben wollen?

Manager: Naja, wenn dass überall so wäre, fänd ich auch besser.

Applaus der Umstehenden.

Mars-TV zum zweiten Manager: Sind sie auch dafür, dass alles umsonst ist?

2. Manager: Nein. Dann verliere ich ja meinen Arbeitsplatz.

Eine andere Produktionswelt ist möglich: Befreiung von und in der Arbeit

Von Annette Schlemm, Zukunftswerkstatt Jena

1 Wovon wir leben

Wir sind in diesem Buch auf der Suche nach Vorstellungen, wie eine Gesellschaft aussehen kann, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen, um in der von ihnen ausgehenden Kommunikation und Vereinbarung die Rahmenbedingungen und konkreten Details des gesellschaftlichen Lebens zu gestalten. Wir hatten festgestellt, dass eine wichtige Ebene, aus der sich vielfältige Herrschaftsformen speisen, die Ebene der Ökonomie ist, wo es um die Erzeugung der Güter geht, mit denen wir unsere Bedürfnisse befriedigen. Gerade im Bereich des Ökonomischen können wir uns der erzwungenen Kooperation kaum entziehen. Wir sind entweder ge-

zwungen, uns selbst freiwillig unseren Ausbeuter zu suchen und mit ihm einen „freien“ Arbeitsvertrag zu schließen, oder uns in diversen Anträgen z. B. für das Arbeitslosengeld II selbst zu entblößen und den Behörden auszuliefern.



Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt.
Franz Müntefering

So verschieden die konkrete Lebenssituation von uns sein mag – fast jede und jeder spürt inzwischen eine nachhaltige Verschärfung der Probleme. Wer noch arbeiten oder sich ausbilden lassen „darf“, ist immer mehr von direkter Ausbeutung betroffen. Erkämpfte Standards wie Tariflöhne gehen verloren und dies nicht nur, weil die Gewerkschafter zu blöde sind. Jene, die mit ihren Entscheidungen über die Produktion entscheiden (weil sie Kapital besitzen), haben derzeit wesentlich bessere Karten. Ein Gewerkschafter berichtet: „In der Vertrautheit der Tarifrunde, hinter verschlossenen Türen, lassen die Arbeitgeber alle Masken fallen. Dort sagen sie ganz offen, dass sie das momentane Überangebot an Arbeitskräften nutzen wollen, um zehn Prozent Lohnkostenreduzierung durchzusetzen. Wir dürfen nur noch darüber verhandeln, wie wir diese zehn Prozent zusammen bekommen – und nicht mehr über die zehn Prozent selbst.“ (Wiesehügel 2005: 7)[0]

Weil aber auch unter diesen Bedingungen aus den Arbeitskräften nicht mehr genug Profit herauszuschlagen ist[1], gehen die Herrschenden im Kapitalismus mehr und mehr zu einer Plünderungswirtschaft (Robert Kurz) über. Weltweit werden ökologische Lebensgrundlagen privatisiert; Wasser, Land, die Gesundheit werden zu kapitalistischen Waren gemacht. Diese Ausplünderung macht wichtige Lebensgrundlagen zu Gewinn, aber durch diese Prozesse werden keine ökonomischen Reproduktionskreisläufe mehr in Gang gesetzt, wie es bei den früheren sog. „Langen Wellen“[2] der Wirtschaftsentwicklung, die jeweils auf neuen Technologien beruhten, der Fall war.

Die traditionelle Arbeiterbewegung war als Gegenbewegung zur Ausbeutung in der Lohnarbeit entstanden. Sie konnte in den reichen Industrieländern lange Zeit u.a. durch die Beteiligung an den Effekten der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sowie der Ausbeutung des Trikonts und der Natur befriedet werden. Die Proteste und Aktivitäten gegen die kapitalistische Globalisierung speisen sich im Unterschied dazu vorwiegend aus dem Widerstand gegen die Ausplünderung der unmittelbaren Lebens-

0 Wiesehügel, Klaus (2005): Ein Paradies für Ausbeuter. Interview in FREITAG 7. Januar 2005, S. 7.

1 Profit aus Lohnarbeit gibt[Æ]s nur, wenn das eigene Unternehmen produktiver ist als die Konkurrenten, was in früheren Zeiten oft durch wissenschaftlich-technisch-organisatorische Verbesserungen erreicht werden konnte. Die daraus erreichbaren Profite werden aber immer geringer – vor allem im Vergleich zu anderen Gewinnmöglichkeiten, wie in den 90er Jahren durch Börsenspekulationen und nun mehr und mehr der direkten Ausplünderung.

2 siehe auch: Nebelung, Katja (2003): Lange Wellen – Zur weiteren Entwicklung des Kapitalismus. In: Internet www.zw-jena.de/arbeit/globalisierung.html.

grundlagen. Die Befriedung geht im sog. „Sozialstaat" aber derzeit auch gerade mehr und mehr verloren. Auch die 1-Euro-Jobs beruhen auf dem Prinzip der Ausplünderung. Profitable Aufgaben werden ohne Rücksicht auf die Kosten privatisiert – vor allem im Bereich der infrastrukturellen Grundversorgung, mit denen die Menschen aufgrund ihrer biologischen Bedürfnisse erpressbar sind. Die nicht profitablen Aufgabenbereiche dagegen werden als „gemeinnützige" der Gesellschaft überlassen. Dies entspricht der alten Formel von der Privatisierung der Gewinne und der Vergesellschaftung der Kosten. Kapitalistische Produktion und die Beseitigung der gesellschaftlichen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaft wird immer mehr als direkte Zwangsarbeit organisiert, der nicht zuletzt gerade die Jugendlichen auch zu „Erziehungszwecken" unterworfen werden sollen. In den USA werden seit dem Wegfall der Sozial- und Arbeitslosenhilfe monatlich 3 Gefängnisse neu eröffnet, die privat organisiert sind und in denen diejenigen, die sich nur noch auf Grundlage von Kleinkriminalität versorgen konnten, gezwungen werden, Sklavenarbeit zu leisten.[3]

Die Polizei- und Sicherheitsdienstuniformen vor den Arbeitsagenturen, die Genprofilbegehrlichkeiten und z.B. der in den USA geplante „patriot act 2", nach dem jede Person, die des Terrorismus verdächtigt wird, ohne weitere Rechtsgrundlage verhaftet werden kann, verdeutlichen, wohin die Reise geht. Während die „normale" kapitalistische Reproduktion auf Grundlage der Verteilung eines Anteils am erzeugten Mehrwert durchaus noch teilweise sozialstaatlich zu befrieden war, ist der Plünderungskapitalismus nur noch mit immer repressiveren Mitteln aufrecht zu erhalten.

Die Grundlage, auf der unsere Reproduktion erfolgt – wovon wir bisher leben –, ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch nicht mehr haltbar.

2 Worauf es ankommt

Die Repression, vor allem auch in ihren immer gewalttätigeren Formen, erwächst also zum großen Teil aus der Tatsache, dass der Kapitalismus nicht mal mehr seine eigene ökonomische Reproduktion noch einigermaßen vernünftig regeln kann. Er kann weder in der Gegenwart und noch weniger in der Zukunft das Leben der Menschen ökonomisch oder anderweitig absichern. Gleichzeitig jedoch wird der Widerstand gegen diese verhängnisvolle Entwicklung nicht nur durch die Repression behindert. Dass nicht mehr Menschen diesen Tendenzen widerstehen, liegt stark an dem

3 Diederich, Ellen (2005): Das „andere Amerika". Angela Davis – ein Porträt. junge Welt 7. Januar 2005, S. 10-11.

Fehlen einer Vorstellung, wie die Ökonomie auf andere Weise funktionieren könnte. Die Behauptung „Eine andere Welt ist möglich" ist noch ungenügend untersetzt mit realisierbaren Vorstellungen zu einer anderen Art und Weise der Produktion.

Sozialismus als Fehlschlag

Der Untergang des real gewesenen Sozialismus (als versuchte Vorstufe zum Kommunismus)[4] wird oft als Argument angeführt, dass es „anders doch nicht geht". Oft wird die Aufmerksamkeit bei der Kritik des Realsozialismus auf die fehlende Demokratie im politischen Bereich fokussiert. Natürlich hätte es hier Versuche einer stärkeren Demokratisierung geben können – grundlegend wäre jedoch die Frage nach der Selbstbestimmung in der ökonomischen Sphäre. Aber wie, bitte schön, sollten die Menschen in einem Kombinat mit 56 000 Mitarbeitern, wie dem Volkseigenen Betrieb Carl Zeiss Jena, wirklich demokratisch und selbstbestimmt ihre eigene Arbeit organisieren, wenn sie doch letztlich wie Schräubchen im Getriebe der miteinander verketteten Fließbänder zu funktionieren hatten? Was wäre denn geschehen, wenn sich eine politische und ökonomische Führung dazu entschlossen hätte, ihre Führungsrolle aufzugeben?[5] Eine Lockerung der Planung hätte unter den gegebenen Knappheitsbedingungen wohl doch sehr große Effektivitäts- und Produktivitätsverluste mit sich gebracht, was die Mangelversorgung (zumindest gegenüber dem ständigen Vergleich mit dem „Westniveau") eklatant verschärft hätte.[6]

Terror der zentralistischen Produktionsorganisation

Eine französische Philosophielehrerin, die Erfahrungen als Fabrikarbeiterin in Deutschland gesammelt hatte, stellte schon in den 30er Jahren enttäuscht fest, dass eine Produktion auf der Grundlage von fließbandmäßiger Organisation (die heute auch oft „tayloristisch" genannt wird)

4 Es ist völlig verfehlt, dem gewesenen Sozialismus vorzuwerfen, dass er noch nicht den gewünschten Kriterien des Kommunismus entsprochen hat. Zu kritisieren ist er da, wo er seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht wurde bzw. wo die Ansprüche selbst zu kritisieren sind.

5 Was dann geschieht, haben wir in der Sowjetunion erlebt. Gorbatschow setzte auf die „Weisheit des Volkes", aber dieses wurde überrumpelt von den mafiosen Neukapitalisten.

6 In anderen Bereichen, wie z.B. der sog. „politisch-ideologischen Arbeit" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, wurden Lockerungen ausprobiert - mit dem Ergebnis, dass nicht etwa selbstbestimmte Bildungsaktivitäten empor sprossen, sondern eine allgemeines Erschlaffen einsetzte, welches dann nur mit Mühe vor den übergeordneten Führungsebenen gerechtfertigt werden konnte. Aus heutiger Sicht lässt sich das gut erklären – aber im ökonomischen Bereich hätte Ähnliches doch enorme Risiken mit sich gebracht.

kaum geeignet ist, Befreiung zu ermöglichen oder herbeizuführen: „Was die Arbeiterklasse angeht, so ist sie aufgrund ihrer Rolle als passives Produktionsinstrument kaum für die Bestimmung ihres eigenen Schicksals vorbereitet“[7] Simone Weil fragte deshalb nach einer „Organisation der Produktion, [...] die es erlaubt, ohne die vernichtende Unterdrückung von Geist und Körper auszukommen“[8]. Simone Weil schlug eine „progressive Dezentralisierung des gesellschaftlichen Lebens“[9] vor: „Könnte nicht eine in zahllose Kleinunternehmen aufgeteilte Industrie eine (zu Automatismus und Schematismus) umgekehrte Entwicklung der Werkzeugmaschinen und damit noch bewußtere und sinnvollere Arbeitsformen hervorrufen, als es die qualifizierteste Arbeit in den modernen Betrieben erfordert?“[10]

★★★ ★ ★★

Stellen wir uns endlich [...] einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben.
Karl Marx*

Lange Zeit war Dezentralisierung jedoch mit einem Verlust an Produktivität und Effektivität verbunden. Gegenüber den tayloristischen Großfabriken und -kombinaten erreichen kleinteilig betriebene alternativ-ökonomische handwerkliche oder auch ökologische Betriebe nur eine geringere Arbeitsproduktivität. Das erfordert, entweder den Lebensstandard stark zu reduzieren oder viel mehr Arbeitszeit aufzuwenden – meistens beides. Natürlich spricht alleine die globale ökologische Gefährdung dafür, die die industrielle Massenproduktions-„Megamaschine“[11] auszuschalten. Aber diese Alternative ist rückwärtsgewandt und zu wenig attraktiv, als dass zu erwarten wäre, dass eine genügende Anzahl Menschen sich freiwillig und auf Dauer diesen Beschränkungen ausliefern würde. Und neue Unterdrückungsformen wollen wir nicht installieren. Immer wieder hat sich gezeigt, dass Menschen einen Gewinn an persönlicher Freiheit erwarten, dass jene möglichen Entwicklungspfade eingeschlagen werden, die qualitativ höhere Formen der Bedürfnisbefriedigung und Subjektivitätsentwicklung ermöglichen. Dies ist aber nur möglich, wenn die Arbeitsproduktivität nicht wieder sinkt, sondern wächst – aber auf anderen Wegen als den im Kapitalismus realisierten (und denen, die im real gewesenen Sozialismus versucht wurden). Gibt es Möglichkeiten dazu?

Wenn wir heute danach fragen, wie eine andere Produktionswelt möglich ist, müssen wir uns die aktuellsten Tendenzen in diesem Bereich an-

* Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Berlin 1988, S. 92.

7 Weil, Simone (1975): Unterdrückung und Freiheit. Politische Schriften. München. S. 134.

8 ebd., S. 170.

9 ebd., S. S. 236.

10 ebd., S. 238.

11 nach Mumford, Lewis (1974): Der Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht. Wien: Europa-Verlag.

schauen und von ihnen ausgehen. Dabei werden wir sofort auf Bereiche stoßen, die wir in eine humane Zukunft nicht mitnehmen können, wie die Sweatshop[12]-Produktion, aus der wohl schon der größte Teil der von uns genutzten Produkte stammt. Wir werden auch auf unökologische Produktionsformen verzichten. Es hat sich erwiesen, dass es nicht nur darauf ankommt, die Produktionsmittel aus den Händen der bisherigen Besitzer zu enteignen und „dem Volk“ zu übereignen, sondern auch die Produktionsmittel selbst können nicht mehr in den früheren, unökologischen und inhumanen Formen einfach weiter betrieben werden. Unsere Kleidung wird nicht von „volkseigenen“ Fabrikationsanlagen in Südostasien billig an uns geliefert werden; wir wären ökologisch verantwortungslos, wenn wir die verschiedenen Joghurts weiter in ganz Europa hin- und herkarren würden. Allerdings ist angesichts der hohen Bevölkerungsdichte auch nicht daran zu denken, dass es ausreichen würde, wenn wir uns überall in Ökodörfer und kleine Handwerkerstädte zurückziehen würden[13]. Wir müssen andere Formen der Produktion finden. Die ökologische Nachhaltigkeit muss gesichert werden. Die Arbeit soll selbstbestimmt und selbstorganisiert stattfinden. Auch wenn dadurch die strikte Trennung von Job und Freizeit schon einigermaßen aufgehoben wird, sollte die für das Notwendige aufzubringende Arbeitszeit doch weiter minimiert werden. Sind dies nur unverwirklichbare Visionen, oder können daraus konkrete Utopien werden, die an bereits vorhandenen Möglichkeiten ansetzen?



Das entscheidende Problem ist also nicht, wie wir Verwertung und Wachstum wieder in Schwung bringen (das wird sowieso nicht gelingen, auch wenn die Frontpropaganda jeweils für morgen den Aufschwung verspricht), sondern wie wir sie endgültig abstellen. Das bedeutet Stoffwechsel und Kommunikation der Gesellschaft auf ganz neue Beine zu stellen. Reicht denn nicht haben zu wollen, was da ist oder was machbar ist? Entschieden ist mit den eingeherrschten gegenwärtigen Tabus zu brechen: Geld kann nicht nicht gedacht werden. Politik kann nicht nicht gedacht werden. – Das ist doch nicht wahr! Sollen wir wie die Lemminge ewig an Politik und Geld glauben und ihnen nachlaufen, selbst noch in Zeiten, wo ihre Ohnmacht hinsichtlich gesellschaftlicher Regelungen so offensichtlich sind? – Das Leben ist anderswo. Imagine!
Franz Schandl in: Freitag am 11.06.2004

3 Worauf wir bauen können

Die kapitalistische Ökonomie im neuen Jahrtausend geht immer mehr zu direkter Ausplünderung auf allen Gebieten über statt ihre Entwicklungspotentiale aus wissenschaftlich-technischen Innovationen zu schöpfen. Aber

12 Fabriken in Entwicklungsländern, in denen unter schlechtesten Arbeitsbedingungen produziert wird. Sweatshops werden durch Faktoren wie schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeiten, hohe Verletzungsgefahren, strenge disziplinäre Maßnahmen etc. charakterisiert. (www.umweltdatenbank.de/lexikon/sweatshop.htm)

13 Auch diese Lebensweise war – zumindest in Europa – keinesfalls emanzipativ, ökologisch nachhaltig oder krisenfrei. Siehe Michael Mitterauer : „Warum Europa? - mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs“ bei, C.H.Beck.

auch in der industriellen Produktion hat sich einiges verändert. Sie beruht nicht mehr nur auf der oben erwähnten tayloristischen Fließbandproduktion, die viele fleißige und monotone Handgriffe (und damit Menschen) braucht. Einerseits wurden Technologien und Organisationsformen entwickelt, mit der immer weniger Menschen immer mehr Produkte in geringerer Zeit herstellen. Aber auch andere Veränderungen sind wichtig: Die modernsten Produktionsprozesse sind nicht mehr zentralistisch-fließbandartig organisiert, sondern beruhen stärker auf dezentral-vernetzten Strukturen mit flexiblen und modulartigen Produktionsmitteln.[14] Besonders in linken Gewerkschaftskreisen werden im Allgemeinen nur die negativen Folgen dieser Veränderungen angeprangert – gleichzeitig wird aus dem Blick verloren, welche enormen Möglichkeiten in einem geeigneten Umbau solcher technologischen Potentiale für uns schlummern. Gerade weil sie uns so viele Möglichkeiten bieten, ist ihre kapitalistische Anwendung umso ärgerlicher: „Wir sehen, daß die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt ist, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, sie verkümmern läßt und bis zur Erschöpfung auszehrt. Die neuen Quellen des Reichtums verwandeln sich durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not." (Marx 1965: 3)[15]

Das macht die Maschinerie, auch in ihren modernsten Formen, nicht zu den Schuldigen an der Misere, sondern wir sind herausgefordert, uns zu überlegen, was wir mit ihrer Unterstützung machen können. Wenn wir dann eine Ahnung davon haben, wie schön die Welt auch mit ihrer Hilfe sein könnte, wächst Motivation für den Widerstand gegen den Missbrauch dieser Möglichkeiten. Es sollte uns nicht immer nur darum gehen, wie wir schon erzeugte Produkte gerechter verteilen oder gar „umsonst" bekommen können[16], sondern auch den Produktionsprozess sollten wir selbst in unsere Hände bekommen wollen. Das bedeutet aber, sich genauer damit zu beschäftigen. Also beginnen wir mit einer genaueren Betrachtung der Möglichkeiten:

Die modernen Produktionsformen werden im Unterschied zum schon genannten „Taylorismus" (bzw. „Fordismus") auch „Toyotismus" genannt, weil sie in den 90er Jahren in Japan besonders forciert worden waren. Der Clou dabei ist dabei weniger, dass die Maschinen mehr und mehr Menschen im Arbeitsprozess ersetzen (und zu „überflüssigen" Erwerbslosen machen), sondern „in Japan ist das Ziel die Menschen auszulasten, nicht wie bei Ihnen die Maschinen", wie ein Miterfinder des Toyotismus sagte.[17]

14 siehe dazu www.thur.de/philo/som/sompm.htm.

15 Marx, Karl (1856): Rede auf der Jahresfeier des „Peopleś Paper" am 14. April 1956 in London. Karl Marx, Friedrich Engels Werke. Band 12. Berlin: Dietz-Verlag 1961. S. 3-4.

16 siehe z.B. Espi (2005): Gratisökonomie und Umsonst-Eventhopping. CONTRASTE Oktober 2004, S. 6 und hier S. XXX.

Im Mittelpunkt steht also nach wie vor der Mensch – als ausbeutbares Wesen. Die genannte Auslastung verlagert sich aber von der körperlichen Anstrengung und den monotonen Handgriffen immer mehr in den Bereich der spezifisch menschlichen geistigen und organisatorischen Leistungsfähigkeit. Die Produktivität der Arbeit beruht auf der Flexibilität, Mobilität und Kreativität der arbeitenden Menschen. Hinter der Fratze der kapitalistischen Ausbeutung zeigt sich hier, dass die produktivste Maschinerie – wenn sie human und nicht im Sinne der Profitmaximierung genutzt würde – auch den produktiven und kreativen Bedürfnissen der Menschen sehr entgegen kommt. Arbeit müsste nicht mehr schwer und langweilig sein, sondern könnte Spaß machen und die eigene individuelle Entwicklung bereichern. Wer körperliche Schwerstarbeit und monotone Fließbandarbeit kennt, wird das sehr zu schätzen wissen.

Strukturell erleben wir eine weiteren wichtigen Effekt: Dezentralisierung ist nicht mehr, wie in früheren Fließbandzeiten, die Simone Weil erlebte, und in denen der real gewesenen Sozialismus agierte, notwendigerweise mit Effektivitäts- und Produktivitätsverlusten verbunden. Im Gegenteil: Die modernen Produktionsorganisationen beruhen auf neuartigen Vernetzungen dezentralisierter Produktionseinheiten, die selbst flexibel sind. Diese Produktivitätsvorteile der (vernetzten) Dezentralisierung könnten sich verbinden mit der Notwendigkeit zur Dezentralisierung/Regionalisierung aus ökologischen Gründen.[18]

Freie Software als Modell einer Freien Produktionsweise

In diesem Zusammenhang sind auch die Erfahrungen mit der Freien Software zu betrachten. Einerseits ist es wichtig, dass bei Freier Software der Quellcode nicht mehr privatisiert und kommerzialisiert werden kann (Copyleft[19]). Andererseits bietet die Produktionsweise der Freien Software einen wichtigen Beweis dafür, dass hochkomplexe Produkte nicht – wie früher meist gedacht – nur in perfekt durchgeplanten und -organisierten Strukturen hergestellt werden können, wodurch schon aus technologischen Gründen so etwas wie Vormachtstellungen und Herrschaftsstrukturen entstehen (bis hin zu den Planungsbürokratien der großen Konzerne

17 siehe www.thur.de/philo/som/somensch.htm.

18 Frederic Vester fand heraus, dass ökologische Prinzipien nur in dezentral-vernetzten Strukturen ausreichend umgesetzt werdenkönnen. Siehe Vester, Frederic, Neuland des Denkens, München 1984.

19 Freie Software in dem hier gemeinten Sinne steht unter der sog. GNU General Public License (GPL), die das Recht zur freien Benutzung des Programms, das Recht, Kopien des Programms zu erstellen und zu verbreiten, das Recht, das Programm zu modifizieren und das Recht, modifizerte Versionen zu verteilen, beinhaltet.

oder eben den Sozialismusversuchen). Sondern es zeigte sich, dass auch in dezentralen, von den beteiligten Menschen selbst organisierten Strukturen effektiv und qualitativ hochwertig gearbeitet werden kann. Der Produktionsprozess geht dabei nicht von zentralistischen Plänen oder Profitmaximierungsinvestitionsentscheidung aus, sondern von den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen. Das sind einmal das Bedürfnis nach guten Produkten und zum anderen die ebenso starken Bedürfnissen nach einer Verwirklichung des eigenen Könnens, der Kreativität, also auch des eigenen Produktionsvermögens. Es sollte für andere selbst organisierte Prozesse interessant sein zu schauen, wie sich die Menschen hier organisieren: „Maintainer, einzelne Personen oder Gruppen, übernehmen die Verantwortung für die Koordination eines Projektes. Projektmitglieder steigen ein und wieder aus, entwickeln und debuggen Code und diskutieren die Entwicklungsrichtung. Es gibt keine Vorgaben, wie etwas zu laufen hat, und folglich gibt es auch verschiedene Regeln und Vorgehensweisen in den freien Softwareprojekten. Dennoch finden alle selbstorganisiert ihre Form, die Form, die ihren selbst gesetzten Zielen angemessen ist… Ausgangspunkt sind die eigenen Bedürfnisse, Wünsche und Vorstellungen – das ist bedeutsam, wenn man freie und kommerzielle Softwareprojekte vergleicht“ (Meretz 2000)[20]. Als besonders bedeutsam sind aus diesen Erfahrungen folgende Aspekte hervorzuheben[21]:

- ★ Selbstorganisation „von unten“ auf Basis der Selbstentfaltungsinteressen der Menschen ist möglich.
- ★ Selbstentfaltung ist nur sehr beschränkt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft möglich; es wird erfahrbar, dass sie letztlich nur außerhalb dieser gedeiht.
- ★ Die Eigentumsfrage wird auf neue Weise gestellt. GPL ist ein Moment der Aufhebungsbewegung, vernetzt mit Bewegungen wie „Kein Patent auf Leben“ etc.
- ★ Produktivität wird neu definiert als „Erhöhung der Handlungsspielräume für die Menschen“[22].

20 Meretz, Stefan, GNU/Linux ist nichts wert- und das ist gut so!, im Internet: www.kritische-informatik.delxwertl.htm (2000)

21 Schlemm, Annette; Meretz, Stefan (2001): Die Freie Gesellschaft als Selbstentfaltungs-Netzwerk. In: Marxistische Blätter. Heft 2-01. S. 46-53.

22 Ulrich Sigor, Utopie der Arbeit (www.thur.de/philo/arbeit9.htm)

Alternative Ökonomie

Seit nun schon über 5 Jahren wird sehr aktiv diskutiert, ob und wie diese Erfahrungen auf andere Bereiche übertragbar sind.[23] Übrig bleibt dann immer die Frage: „Das mag zwar für digitale und immaterielle Produkte gelten – aber wie bekomme ich jeden Morgen meine Brötchen auf den Tisch?“. Lassen sich auch Jeans und Kühlschränke auf diese Weise herstellen? Kann auch die materielle Produktion so organisiert werden, dass nicht technologische Pläne vorschreiben, wann die Menschen wie arbeiten müssen, ohne auf Produktivität zu verzichten? Erfahrungen in möglichst selbstbestimmter Ökonomie bieten vielfältige alternativ-ökonomische Projekte[24], die auch in der Bundesrepublik seit Ende der 60er Jahre entstanden. Arbeiten ohne Chef, weitgehende Abkopplung vom kapitalistischen Markt und Produktion nach ökologischen Prinzipien haben sich in vielfältigster Weise bewährt. Neueste Entwicklungen lassen sich in Argentinien beobachten, wo Arbeiterinnen und Arbeiter Fabriken besetzten und übernahmen und sogar unter Beibehaltung der tayloristisch-fordistischen Technologien einen konsequenten Abbau der innerbetrieblichen Hierarchien betrieben (Fernandez 2004)[25]. Eins ist aber bisher allen diesen Projekten gemeinsam: Ihre Arbeitsproduktivität liegt im Einzelfall meist und im Durchschnitt immer unter jener der kapitalistischen Produktion. Das ist auch in Ordnung, wenn die beteiligten Menschen mit einem niedrigeren Lebensstandard und Mehrarbeitszeit zufrieden sind. Als gesamtgesellschaftliche Alternative können diese Projekte aber wenig wirksam werden. Hier braucht es Ansätze, die mehr individuelle Freiheit und mehr Auswahl an Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten (was nicht quantitatives Wachstum bedeuten braucht) ermöglichen. Und die haben mit der Produktionstechnologie zu tun. Es geht darum, die geschaffenen Potenzen im Interesse aller Menschen anzueignen, aber auch umzuorganisieren. Gleichzeitig müssen neue Potenzen entwickelt werden, die es auf verschiedensten Gebieten ermöglichen, immer unabhängiger von der kapitalistischen Produktion zu werden – aber eben auch nicht auf Produktivität verzichten.

★★★★
Entscheidend ist, dass jedes zusätzliche Produkt, das wir so weit entwickeln, dass es sich mit einem Minimum an geisttötender Arbeit selbst herstellen läßt, ein Schritt nach vorn ist auf dem Weg aus der Knechtschaft des Lohnarbeitssystems.
Frithjof Bergmann*

* Bergmann, Frithjof (2004a): Neue Arbeit – Neue Kultur, Arbor-Verlag (S. 284).

23 siehe vor allem: www.oekonux.de.

24 Den besten jeweils aktuellen Überblick über diese Szene gibt wohl die Monatszeitschrift CONTRASTE, siehe www.contraste.org.

25 Fernandez, Marco (2004): „Wozu einen Chef?“. CONTRASTE, Dezember 2004, S. 1, 7-9.

New Work und High-Tech-Eigen-Produktion

Ansatzpunkte dazu gibt es innerhalb des Konzepts „New Work – New Culture" von Frithjof Bergmann.[26] Bergmann geht davon aus, dass die kapitalistische Lohnarbeit aufgrund der Produktivitätssteigerung nie wieder vorherrschend sein wird für die Versorgung der Menschen. Er schlägt vor, das Schrumpfen dieses Bereichs anzuerkennen und sogar zu begrüßen, denn es macht Zeit frei für mindestens[27] zwei andere wichtige Bereiche: Das ist erstens freie Zeit für jede und jeden um das zu tun, was jede und jeder „wirklich, wirklich will". Nicht im Sinne der früher von der Arbeit abgespaltenen Freizeitbeschäftigung, sondern im Sinne der Herstellung seiner selbst als sich ständig weiter entfaltende Persönlichkeit. Um zweitens trotzdem mit ausreichend materiellen Gütern versorgt zu sein, macht es wenig Sinn, weiter von der Lohnarbeit abhängig zu bleiben. Es geht darum, das individuelle Überleben nicht mehr von der Leistung in der Lohnarbeit oder eben Zwangsarbeit oder Almosen abhängig zu machen, sondern neue Formen der Versorgung mit notwendigen Gütern zu schaffen. Diese sollten auf dem jeweils höchst möglichen technologischen Standard aufbauen – Bergmann nennt diesen Bereich: High-Tech-Eigen-Produktion.

Beispiele dafür gibt es einige, aber noch viel zu wenige. Begonnen hat es mit einem Projekt mit Jugendlichen in amerikanischen Großstädten, bei denen auf Hochhausdächern in technisch raffinierten, das Wasser in mehreren Etagen nutzenden, sog. „Bioblocks" Gemüse gezogen wurde. Im Moment entstehen Projekte vor allem in Afrika, wo die Regierungen einsehen müssen, dass Investitionen in kapitalistische Lohnarbeitsplätze nicht funktionieren. Bergmann rechnet ihnen vor, dass man mit einem Tausendstel des Aufwands für einen Lohnarbeitsplatz einen Lebens-Arbeitsplatz im Bereich der High-Tech-Eigenproduktion finanzieren kann, um den drängenden sozialen Problemen zu begegnen. Dabei sind die Menschen vor Ort selbst die Akteure, die auch die entscheidenden technischen Ideen dafür haben, wie sie gewünschte Produkte mit wenig Aufwand herstellen können. Das betrifft ein Autoprojekt ebenso wie die Entwicklung von Kühlschränken aus geladenen Metallplatten oder Kochherde für Slumbewohner. Auf diese Weise könnten sicher auch wir manches, was wir brauchen „neu erfinden" und in gemeinsamen Werkstätten für uns herstellen. Gemeinsame Werkstätten in diesem Sinn werden an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik als sog. „Zentren für Neue Arbeit" entwickelt.[28]

26 Bergmann, Frithjof (2004as): Neue Arbeit – Neue Kultur. Arbor-Verlag. Siehe auch www.newwork-newculture.net.

27 Die üblicherweise auf Frauen verlagerte Familienreproduktionsarbeit wäre dann nicht auch noch zu kommerzialisieren und sie ist sicher auch nur für wenige Frauen und nur in Teilen das, was sie „wirklich, wirklich will"!

28 Zum aktuellen Stand siehe www.newwork-newculture.net.

Wenn dort allerdings lediglich die normalen Näh- und Werkzeugmaschinen stehen, ist das Anliegen noch nicht ausgereizt. Spannend wird es dann, wenn dort eine Maschine steht, in die man an der einen Seite einen Stoffballen einlegt, sich dann in einer Kabine die persönlichen Körpermaße automatisch abtasten lässt und dann nach einem Besuch des New-Work-Cafés eine fertige Jeans für einen Aufwandsbeitrag von vielleicht drei Euro mitnehmen kann. Technisch wird so etwas schon entwickelt (z.B. von Levi Strauss). Andere technische Ansätze werden möglich durch die Entwicklung sog. „Generativer Produktionsverfahren": „Anstatt für einen Motorblock mit einem großen Stück Metall anzufangen und da etwas wegzufeilen oder auszubohren, kann man den Block aus feinem Stahlpulver schichtweise aufbauen, in einem Kasten, der etwas größer ist als ein Wohnzimmer-Aquarium."[29] Die geringe Größe dieser Maschine ist deshalb von Bedeutung, weil sie Erinnerungen zulässt an die Entwicklung der Computer: Vom zimmerfüllenden Mainframe schrumpften sie zu Tischen und schließlich zu Büchergröße. Diese Verringerung und der massenhafte Einsatz führten zu einer Verbilligung, die schließlich die Produktion von gedruckten Texten und vielen anderen Sachen individualisierte. Der Gedanke lässt sich nun auch für Produktionsstätten weiter führen. Von der Großfabrik zum persönlichen Fabrikator[30]. Noch sind die „Replikatoren" der StarTrek-Serien wirklich utopisch – aber gemeinschaftlich entwickelte und genutzte Vorstufen davon sind im Bereich des Möglichen. Frithjof Bergmann schätzt, dass in Gruppen von 300 bis 800 Menschen ca. 80 Prozent der benötigten Produkte in hochtechnologiebasierten Kooperativen Nachbarschaftswerkstätten erzeugt werden könnten (Bergmann 2004: 117, 258)[31]. Und es wird wie alles, was erst nur möglich ist, nur dann in die Wirklichkeit versetzt, wenn genügend Menschen sich dafür einsetzen. Das wäre übrigens auch endlich mal wirklich ein Bereich, in dem sich das eingetrichterte Wissen von Jugendlichen, die im Lohnarbeitsleben immer weniger eine mögliche oder gar wirkliche Chance bekommen, einsetzen ließe! Alles, was gegen diese utopische Idee spricht, braucht – wenn wir eine andere Produktionswelt wirklich wollen – nur umformuliert zu werden in eine Aufgabe: Wenn es jetzt noch nicht geht, wollen wir mal überlegen, wie es gehen kann und dann machen!

★★ ★★★★ ★★ ★

Nicht unerwähnt soll jedoch sein, dass uns keine Technik, wie weit sie auch fortgeschritten sei, die politischen, sozialen und ökonomischen Kämpfe darum abnehmen kann, wer über ihre Entwicklung, ihre Entwicklungsziele und die Art und Weise ihrer Entwicklung und ihres Einsatzes bestimmen kann und zu wessen Nutzen dies geschieht. Bloße Technikeuphorie wäre fehl am Platz, aber die Vorstellung neuartiger materiell-technisch-organisatorischer Produktionsmethoden kann die Kämpfe außerordentlich beflügeln, weil sie uns deutlicher vor Augen führen, worum es sich zu kämpfen lohnt.

29 Bergmann, Frithjof (2004b): „Das ist nur die erste Bö eines Orkans". In: DIE ZEIT 51/2004.

30 siehe auch Geshenfeld, Neil (2000): Wenn die Dinge denken lernen. Zukunftstechnologie im Alltag. Econ-Verlag. S. 77ff..

31 Bergmann, Frithjof (2004a): Neue Arbeit – Neue Kultur. Arbor-Verlag.

Die TierrechtlerInnen sitzen inzwischen bei Niki zuhause und redeten schon länger über Herrschaftsverhältnisse zwischen Menschen, vor allem aufgrund der Zurichtungen. Wenn ein Mensch jemanden anders dominiert, läge das auch meist nicht an mehr Muskelkraft, sondern an gesellschaftlichen Zurichtungen, wer viel und wer wenig zu sagen hat. Die Beispiele in der Diskussion reichten vom Schulhof, wo der mit den coolsten Klamotten das Sagen hat bis zu formalen Hierarchien, wenn ein Richter oder ein Bulle über andere befiehlt.

Niki: Ich weiss nicht, ob diese ganzen hehren Wünsche war nützen. Selbst wenn wir all die offensichtliche Gewalt weg haben, bleiben doch die ganzen Scheiß-Zurichtungen.

Timo: Tja, verbieten kann man die wohl nicht, das ist alles nicht so einfach. Ich glaube aber trotzdem, dass der Staat auch die größte Quelle für unsere Zurichtungen über Normierungen ist. Das wird auch immer so bleiben. Wenn Menschen auf Posten mit Macht kommen, ist es für sie ja viel einfacher geworden, solche Normen zu setzen. Warum sollte sie das lassen, was bei ihrer Machtfülle doch so einfach geht?

Niki: Nee, von oben klappt das nicht. Hat noch nie geklappt, auch wenn wir das immer glauben sollen. Menschen müssten sich einfach ganz gleichberechtigt begegnen … ach je, einfach hab ich gesagt. Das ist es natürlich nicht. Aber wenn sich alle auf gleicher Ebene begegnen und niemand über den anderen herrschen kann, ja dann würde all das, was durch Macht ausgelöst wird, nicht mehr vorkommen.

Jens: Naja, das ist ja wohl auch übertrieben …

Niki: Macht nix. Hauptsache besser. Mir reicht es auch, wenn ganz viel von der Scheiße weniger ist. Es muss ja nicht gleich ein Paradies werden.

Jens: Was wird dann eigentlich mit dem Verhältnis zu Tieren? Ist dann auch alles ganz gleichberechtigt?

Vom Zauberwort zum konkreten Experiment: Horizontalität

Gesellschaft bildet nur als komplexes Wirkungsgefüge ein Ganzes. Konkretere Organisierungen finden in den Millionen, sich personell und thematisch überlagernden Subräumen statt, in denen Menschen produktiv tätig sind, sich austauschen, helfen oder streiten, kulturell agieren und vieles mehr. Innerhalb dieser Subräume bildet Autonomie eine wesentliche Bedingung herrschaftsfreier Begegnung, unter der kooperatives Verhalten gefördert wird. Hinzu kommt die Idee der gleichberechtigten Position aller Beteiligten, sowohl hinsichtlich der Ausgangsposition und Trennungsverluste, des Zugangs zu Handlungsmöglichkeiten und Wissen als auch zu Kooperationschancen und Informationsflüssen. Horizontalität als

grundlegendes Prinzip duldet keinerlei entscheidungsbefugte Ebene über den konkreten Handlungseinheiten, d.h. den Menschen selbst und den von ihnen geschaffenen Kooperationen. Sie duldet ebenso keine Stellvertretung, kein handelndes Subjekt über dazu nicht befragten und beteiligten Menschen. Herrschaftsfreie Gesellschaft ist die Summe und das Wirkungsgefüge horizontaler Subräume, innerhalb derer sich Menschen horizontal begegnen und in Autonomie und freier Vereinbarung handeln. Alles steht immer horizontal zueinander, d.h. kein Mensch, keine Gruppe und kein gesellschaftlicher Subraum hat aus irgendeinem Grund ein herrschaftsförmiges Privileg gegenüber anderen – auch nicht Millionen Menschen in einem Subsystem gegenüber einem einzelnen Menschen.

Eine solche Sichtweise hat gegenüber dem jetzigen gesellschaftlichen Zustand dramatische Konsequenzen. Ebenso sind die Abweichungen zu vielen verbreiteten politischen Alternativvorschlägen offensichtlich. Das Prinzip der Horizontalität ist eine grundsätzliche Alternative zu jeder Steuerung und strategisch durchgesetzten Ordnung in einer Gesellschaft. Horizontalität widerspricht sowohl den „Law and Order"-Konzepten aktueller Regierungspolitiken, den marktwirtschaftlichen Grundmustern neoliberaler Politiken, als auch den Reformansätzen neuer institutionell verankerter Gerechtigkeit und demokratisch fundierter Kontrolle. Selbst Ansätze flacher Hierarchien wie die Praxis von Basisdemokratie passen nicht zu Horizontalität, weil es auch dort Gremien (z.B. Plena) gibt, die über den Einzelnen stehen. An ausgewählten Feldern gesellschaftlicher Organisierung und Beispielen von Subsystemen soll das anschaulich werden.

Horizontale Kommunikation

Informationsflüsse, Diskurse, Kompromiss- und Konsensfindung sowie andere Arten der Kommunikation finden in der heutigen Zeit auf vielfache Weise statt. Sie sind fast überall von Dominanzen durchzogen und organisieren sich oberhalb der direkten Kommunikation in kleinen Gruppen fast immer über eine Metastruktur, die selbst als Subjekt handelt. Die Umschlagplätze von Informationen und Kommunikation handeln selbst, d.h. sie wählen Informationen aus, erzeugen selbst welche, organisieren Verteiler und Nichtverteilung nach mehr oder weniger durchschaubaren Kriterien. Jede Kommunikationseinheit dieser Art teilt die TeilnehmerInnen der Kommunikation in SenderInnen und EmpfängerInnen. Diese Aufteilung kann teilweise, aber nicht vollständig durchbrochen werden, solange es ein übergeordnetes Subjekt des Kommunikationsvorgangs gibt – seien es Medien, VeranstalterInnen von Versammlungen und Treffen, VerlegerInnen von Büchern oder andere. Die Logik wird heutzutage nur in sehr wenigen Ausnahmen durchbrochen, bei denen InformationsgeberInnen

und NutzerInnen nicht mehr strukturell teilbar sind. Die Idee von Wikis im Internet[0] geht in diese Richtung, wo die LeserInnen am Bildschirm gleichzeitig und gleichberechtigt die Seite verändern, ergänzen oder neu schaffen können.

Die Idee horizontaler Kommunikation findet in der politischen Debatte kaum Beachtung. Als alternative Medien gelten solche, die der politisch handelnden Gruppe nahestehende Inhalte vermitteln und ebenso nahestehende Personen zu Wort kommen lassen. Sie bilden ein politisches Gegengewicht zu den von Regierenden oder sonst einflussreichen Kreisen dominierten herkömmlichen Medien – aber sie sind kein grundlegender Entwurf zu einer horizontalen Form der Kommunikation. Freie Radios, Zeitungsprojekte und mehr, die nicht nur zu hören oder lesen, sondern auch selbst ohne Zugangsbeschränkungen zu gestalten sind, fehlen weitgehend. Ausnahmen sind zwar vorhanden, aber in vielen wurden nur einige Schritte in Richtung auf horizontale Kommunikation vollzogen. Bislang fehlt offenbar der Wille, aber auch die praktische Phantasie. Dass konkrete Konzepte und Experimente selten sind, liegt aber nicht daran, dass Horizontalität in der Kommunikation nicht herstellbar wäre, sondern dass auch in sog. alternativen und sozialen Bewegungen kaum in diese Richtung überlegt wird. Alternative MedienmacherInnen hängen wie ihre KollegInnen rundherum an einer Kontrolle, wollen eine Absicherung behalten, um „im Notfall" eingreifen zu können. Genau das aber verbaut den Weg zur grundlegenden Alternative im Kommunikationsbereich – der Horizontalität jeglicher Kommunikation. Ziel muss es sein, gesteuerte Medien gänzlich abzuschaffen, d.h. jegliche Form privilegierter Gestaltungsmöglichkeit einzelner Menschen oder Gruppen zugunsten horizontaler Nutzung und Gestaltung zu überwinden. Von Interesse könnten beispielsweise Entwicklungen sein, die Schnittstellen zwischen digitaler, „analoger" und direkter Kommunikation ermöglichen, um Gefälle zwischen InternetnutzerInnen und denen aufzuheben, die andere Kommunikationswege bevorzugen.[1]

Horizontaler Zugriff auf alle Ressourcen

Innerhalb von Gesellschaft entsteht permanent neuer Reichtum an Wissen, Erfindungen, Maschinen, Produkten für den „Endverbrauch" (Kleidung, Lebensmittel, Fahrzeuge und mehr), Infrastruktur und vieles mehr.

0 Mehr zur Technik von Wikis unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Wiki

1 Es gibt inzwischen ComputerprogrammiererInnen, die an Lösungen arbeiten, wie alle Kommunikationsformen automatisiert zusammenfließen und den NutzerInnen die Ergebnisse in der Form zukommen lassen, wie diese es am liebsten wollen (per Mail, Sprachausgabe, Brief, Fax u.ä.).

Hinzu kommen die natürlichen Ressourcen wie Rohstoffe, Sonnenstrahlung samt ihrer Wirkungen, Tiere und Pflanzen. Der Zugang zu diesen Ressourcen ist über eine Vielzahl von Mechanismen steuerbar. Sie beschränken den Zugriff aller Menschen (was keinen Sinn macht) oder fördern Privilegien bzw. Benachteiligungen. Letzteres geschieht über formale Zugangsbeschränkungen, die unterschiedliche Zugriffsmöglichkeiten z.B. je nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe, Schicht, zu Nationalität oder Bildungsgrad, Alter und anderen den Menschen auszeichnenden oder verliehenen Kennzeichen schaffen. Auch Patente, Lizenzen und Copyright sind formale Beschränkungen, die die Nutzbarkeit von Wissen oder Produkten, neuerdings auch von Teilen der Natur verregeln. Ähnlich wirken marktwirtschaftliche Logiken, z.B. der fast allen gesellschaftlichen Angeboten und zunehmend allen Teilen der Natur[2] beigegebene Wert. Er ist beim „Endverbrauch" meist im Preis ausgedrückt – sei es bei Produkt (Ware) oder Dienstleistung. Kapital erbrint Renditen, alle genannten Formen dienen Gewinn, Mehrwert bzw. Profit. Da Menschen und Gruppen über unterschiedlich viel Geld verfügen, schafft der überall dominierende Preis als Ausdruck des Wertes einer gesellschaftlichen Ressource einen ungleichberechtigten Zugriff. Horizontalität wird durch formale und marktförmige Regelungen folglich verhindert.

Alternative Konzepte zur Ökonomie überwinden diese Probleme in der Regel nicht. Vielfach fordern sie sogar neue Regeln und neue privilegierte Instanzen ein in der Hoffnung, solche werden „bessere" Regeln schaffen, die den Menschen oder der Umwelt nützen. Dabei wird das „Gute" mit der Hoffnung auf ein gutes Regieren verknüpft – eine Erwartung, die schon herrschaftstheoretisch widerlegbar ist (siehe dazu: „Ohne Herrschaft ginge vieles nicht – und das wäre gut so"). Eine Instanz zu schaffen, die Gleichberechtigung durchsetzen soll, ist in sich ein Widerspruch, denn die Fähigkeit zur Durchsetzung von Gleichberechtigung und die damit automatisch gekoppelte Möglichkeit, diese auch wieder einzuschränken oder ganz aufzuheben, neu zu interpretieren und umzuformen ist eben genau keine Gleichberechtigung mehr, weil die Möglichkeit Gleichberechtigung zu schaffen, zu sichern oder zu beenden ein Privileg ist, das nicht alle gleichberechtigt haben. In einem solchen gesellschaftlichen Raum besteht keine Horizontalität. Alle Konzepte einer bedürfnisgerechten Verteilung von Gütern durch eine dieses Bedürfnis feststellendes Organ leiden genau unter diesem Problem, dass zumindest das verteilende Organ gegenüber allen anderen in einer privilegierten Stellung steht und folglich keine Horizontalität herrscht. Auch die Idee des Tauschens

2 Die Inwertsetzung der Natur setzt sich auch als Folge moderner Umweltpolitik immer rasanter fort, wenn z.B. mittels des Klimaschutzabkommens von Kyoto die Nutzung der Luft vom Kauf entsprechender Zertifikate abhängig und damit die Luft bzw. das Recht der Luftnutzung zum handelbaren Gut wird.

überwindet bestehende Unterschiede nicht ausreichend. Zwar werden dort, wo sich Menschen frei vereinbaren über den Tausch von Gütern und Dienstleistungen oder wo dieser Tausch mit einer einheitlichen Zeitwährung[3] organisiert ist, die durch den Angebots- und Nachfragemarkt entstehenden Unterschiede in der Bewertung von Angeboten aufgehoben. Jedoch schafft eine Ausrichtung am Faktor Zeit keine Horizontalität, weil Menschen sehr unterschiedlich über die Ressource Zeit verfügen. Zudem sind sie in sehr unterschiedlicher Weise materiell und mit Wissen ausgestattet, so dass sie bei einem Tauschsystem einen sehr unterschiedlich langen Atem beim Verhandeln des Preises oder bei der Entscheidung, ob sie einen Tausch eingehen, haben können.

Als grundlegende Alternative zu allen eine Horizontalität nicht herstellenden Konzepte von Markt-, Planwirtschaft, organisierter (Um-)Verteilung usw. bietet sich nur die vollständig unkontrollierte Form des unbeschränkten Zugriffs aller auf alle gesellschaftlichen Ressourcen an. Es gibt keinerlei Privilegien und keinerlei Kontrolle. Genau dann, wenn alle Menschen auf alles zugreifen können und niemand eine formale oder sonstige Möglichkeit hat, Ansprüche anderer abzuwehren, entsteht die Chance (nicht die Sicherheit) eines horizontalen Raumes, in dem alle Menschen gleiche Möglichkeiten haben. Die Bedürftigkeit eines Menschen wird von ihm selbst festgelegt. Bei konkurrierenden Ansprüchen etwa an eine knappe Ressource muss die tatsächliche Nutzung zwischen den Menschen oder Gruppen frei vereinbart werden, wobei es keinerlei Privilegien, sondern nur die horizontale Begegnung gibt. Werden für solche Auseinandersetzung Räume für Austausch und Vereinbarung bewusst geschaffen, so dienen sie der Transparenz von entstehenden Konkurrenzen, damit Menschen diese überhaupt bemerken, sowie der Organisierung einer gleichberechtigten Debatte, z.B. in Form horizontalen Streits oder der horizontalen Suche nach Lösungen. Stellvertretung oder Schlichtung in Form externer Schiedsstellen u.ä. kann es für einen konkreten Fall geben, aber nur aufgrund des Willens aller Beteiligten. Zur Autonomie von Menschen und Gruppen gehört auch die Möglichkeit, diese für einen konkreten Zweck aufzugeben, ohne dass dadurch ein über den Zweck hinausreichendes Privileg entsteht. Allerdings kann selbst eine solch eingegrenzte Stellvertretung schon die Horizontalität gefährden. Daher ist die Organisierung gleichberechtigter Entscheidungsfindung bei auftretenden Konflikten wichtig und wird Menschen motivieren, statt des Kampfes um begrenzte Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten, Lösungen, Tech-

3 Alternative Währungen ohne Zeitorientierung, sondern mit Anlehnung z.B. an den Euro, bringen hinsichtlich der Horizontalität von Gesellschaft gar keinen Fortschritt, sondern stärken höchstens regionale, d.h. an der Währung beteiligte Firmen, gegenüber anderen. Hemden aus Südkorea können regionale Firmen ebenso im Angebot haben, so dass sogar der oft genannte Vorteil für den Schutz der Umwelt durch kürzere Transportwege dadurch nicht gesichert ist.

niken und Vereinbarungen zu entwickeln, um mehr Ressourcen zu schaffen oder mit den bestehenden intelligenter umzugehen.

Horizontalität im ökonomischen Raum entsteht dort, wo als Ausgangspunkt alle Menschen den gleichen Zugriff auf den gesamten gesellschaftlichen Reichtum haben. Eigentum, Wert und Preis sowie formale Schranken sind aufgehoben. Im Konfliktfall tritt die direkte Kommunikation an die Stelle von Stellvertretung. Da in einer solchen Konstellation jede Aktivität von Menschen, neue Lösungen für eine ausreichende materielle Ausstattung zu finden, auch allen anderen nützt, da der zusätzliche Reichtum nicht gegenüber anderen abgeschottet werden kann, schafft Selbstentfaltung Verbesserungen für alle – oder anders ausgedrückt: Der Egoismus fördert nicht mehr das Konkurrierende, sondern das Kooperative. Jede Person profitiert von der Aktivität anderer und umgekehrt. Somit haben auch alle ein eigenes Interesse, dass andere sich ebenso frei entfalten können.

Der Horizontalität im Weg: Angst um Kontrollverlust

Das Streben nach Macht wirkt ebenso gegen die Horizontalität wie das verzweifelte Ringen um die Sicherung des „Guten“. In einer Welt fortgesetzter Unmenschlichkeit, Ungleichberechtigung, von Hunger, Krieg, Vertreibung, Unterdrückung, Diskriminierung und Zerstörung der Umwelt wagen Menschen kaum auf die Kraft der Horizontalität, der Selbstentfaltung von Menschen und gleichberechtigten Vereinbarung zwischen ihnen zu setzen. Die Zurichtungen und Zwänge der Gegenwart verführen Menschen ständig zu Handlungen, in denen ihr Egoismus andere oder die Umwelt beeinträchtigt. Das schafft Angst: Eine Abschaffung von Regeln könne in einer solchen Lage doch nur zum totalen Chaos, zu Faustrecht, rücksichtslosem Egoismus und totaler Konkurrenz führen. In der Folge wächst die Hoffnung in das „Gute“, das von oben kommt. Doch genau damit tritt ein dramatischer Widerspruch auf, denn schließlich verbessert jede Form von Privileg, die mit jeder Form der Herrschaft, d.h. institutionell bevorteilten Handlungsmöglichkeiten einhergeht, die Chance zur ungleichberechtigten Verteilung von Ressourcen, zur Zerstörung von Umwelt bei Abwälzung der Folgen auf andere oder zur Einschränkung von Wissen und Nutzung von Möglichkeiten. Diese Logik von Herrschaft ist untrennbar mit ihr verbunden, d.h. durch die Schaffung von handlungsbevollmächtigten Institutionen oder Gremien zur Durchsetzung von Gleichberechtigung wird genau das verschärft, was zu vermindern das Ziel war. Dieser Analyse verschließen sich jedoch viele aus ihrem Wunsch heraus, einen widerspruchfreien und sicheren Zukunftsentwurf zu entwickeln.

Die Idee grundlegender Horizontalität in der Gesellschaft schafft keinen festen und sicheren, sondern einen ständig offenen, dynamischen Raum, weil der Umgang mit Konflikten z.B. bei begrenzten Ressourcen immer der freien Vereinbarung in horizontaler Begegnung überlassen wird. Er ist damit nie vorhersehbar. Das aber ist genau die Stärke dieser Vision, denn in der horizontalen Begegnung entsteht das Maximum an Kreativität und gemeinsamen Willen zur Problemlösung, weil die Lösung dann für jeden am besten ist, wenn z.B. ein Mangel behoben und nicht nur auf einzelne beschränkt wird. Horizontalität ist immer offen. Dieser Zustand, der die meiste gesellschaftliche Kreativität freisetzt, ist leider gleichzeitig der Grund, warum Menschen davor zurückschrecken. Es gibt keine Sicherheit, sie kann nicht einmal gedacht werden, weil in einer offenen Situation jeder Ausgang denkbar ist. Demgegenüber scheint eine solche Sicherheit bei Existenz einer privilegiert handelnden Institution denk- und damit hoffbar. Die dann relativ Mächtigen müssen nur das „Gute“ tun, die „richtigen“ Personen müssen für das Gremium gefunden werden usw. Je nach politischer Orientierung werden in demokratische Wahlen oder imperatives Mandat jene eher religiös anmutenden Kräfte projiziert, die Gleichberechtigung „von oben“ schaffen sollen, obwohl klar ist, dass die Privilegierung genau das Gegenteil vereinfacht. Die Ausblendung dieser Widersprüche schafft das Gefühl von Sicherheit, das „Gute“ zu schaffen – eine tatsächlich sehr ähnliche Lage wie in Religionen, wo Götter und heilige Schriften das Gute durchsetzen sollen.

Auch innerhalb gesellschaftlicher Subsysteme steht die Angst vor Kontrollverlust und damit die fehlende Garantie, die eigenen Interesse oder auch das als das „Gute“ erkannte durchzusetzen, der Horizontalität entgegen. So dominieren Hierarchien, Stellvertretung und Kontrolle in einer bemerkenswert hartnäckigen Art selbst sich als emanzipatorisch verstehende Organisationen und Projekte. Der Verzicht auf Steuerung schafft offene Räume, deren Dynamik nicht vorhersehbar ist. Wo aber Menschen sich horizontal begegnen, sind die Möglichkeiten herrschaftsförmigen Verhaltens gegeneinander am kleinsten und die Chance zur kreativen Problemlösung mit verbesserten Handlungsmöglichkeiten für alle am größten. Das ist das Ziel von Emanzipation, während jede Form von Kontrolle das Gegenteil wahrscheinlicher macht, da sie neue Strukturen für einfacheres ungleichberechtigtes Handeln erst schafft. Horizontalität ist der Verzicht auf Gewissheit. Sie setzt auf das Vertrauen in den Prozess gleichberechtigter Begegnung zwischen Menschen.

Schwierigkeiten im Experiment: Ohne Regeln läuft nichts!

Von der Geburt an erfährt ein Mensch, dass er sich auf Regeln und Normen zu beziehen hat und nicht auf die Frage, was ihm selbst oder anderen nützt. Wer nach seinem „Gewissen“ handelt und dabei die Wirkung auf sich oder andere durchdenkt, ist nach den aktuell und bereits seit sehr langem in der Gesellschaft geltenden Rahmenbedingungen ver-rückt, also von der Norm abweichend. Von Kind an wird ein Mensch darauf geprägt, Regeln zu beachten statt nachzudenken, was für sich oder andere gut ist.

Horizontalität steht dem entgegen. Hier geht es gerade um ein Verhältnis zwischen Menschen, was nicht durch äußere gesellschaftliche Bedingungen vorgegeben ist, sondern bei dem in einem möglichst offenen Raum die konkreten Abläufe frei vereinbart werden. Vorgegebene Regeln würden Horizontalität zerstören, weil erstens von außerhalb andere Menschen in die Situation mit privilegierter Handlungsmacht hineinwirken (wenn auch vielleicht sehr indirekt oder verzögert, z.B. über Gesetze, ökonomische Abhängigkeiten oder Erziehungsberechtigung) und zweitens Regeln nie so festgelegt sein können, dass alle Menschen gleichermaßen von ihnen profitieren oder eingeengt sind.

Da aber alle Menschen von Beginn an darauf trainiert sind, sich in ihrem Verhalten nach Regeln zu richten und nicht nach eigenen Wünschen oder denen anderer Menschen, leidet auch das Experiment zu etwas Neuem stark darunter. Wo innerhalb der aktuellen Verfaßtheit von Gesellschaft offene Räume ohne Kontrolle geschaffen werden, kommt es oftmals zu einer hohen Gleichgültigkeit der Menschen untereinander und gegenüber dem Bestehenbleiben der offenen Situation. Daraus abzuleiten, die Menschen seien nicht fähig, ohne Reglementierung und Kontrolle zu leben, ist verfrüht. Eine solche Analyse würde die soziale Vorprägung der Menschen außer Acht lassen und etwas als naturgegeben darstellen, was nicht nachweislich von Natur aus da ist. Vielmehr ist gar nicht überraschend, dass Menschen (und zwar alle, d.h. auch die in alternativen Projekten) mit dem Fehlen von Regeln nicht umgehen können – sie haben Freiheit, Selbstbestimmung und Horizontalität nicht nur nie gelernt und ausprobiert, sondern systematisch aberzogen bekommen. Es ist im Hier und Jetzt fast überall nachteilig, sich nicht an die Regeln und Funktionsmechanismen der Gesellschaft zu halten. Daher haben die meisten Menschen sehr stark verinnerlicht, den Bedingungen und Anforderungen zu entsprechen.

Innerhalb sozialer Bewegungen verschärft sich das Problem sogar noch. Viele, gerade jüngere Menschen sind zwar in der totalen Reglementierung groß geworden, haben aber dagegen eine Abneigung entwickelt. Meist haben sie sich den Regeln jedoch nicht widersetzt, sondern nur in symbolischen Protesthandlungen ihrer Abneigung Ausdruck verliehen. Mangels

anderen Erfahrungen fehlt ihnen auch das Know-How, außerhalb der von ihnen abgelehnten Bahnen zu agieren. Sie übertragen innerhalb von Experimenten ohne Regeln ihre Abneigung dann auf alles, was ihr Verhalten binden würde, d.h. auch auf die freien Vereinbarungen mit Menschen. Damit torpedieren sie ungewollt aus ihrer Abneigung gegenüber gesellschaftlichen Normen nun auch das, was die Alternative dazu wäre. Das Ergebnis sind stark konkurrenzorientierte, von Gleichgültigkeit geprägte Treffen gerade „linker" Bewegungen, in denen zum Teil extreme offene oder versteckte Hierarchien entstehen. Neben dem Willen zur Kontrolle und Dominanz ist ein Grund, dass es angesichts der Gleichgültigkeit vieler Beteiligter oft und verständlicherweise Menschen gibt, die ein Treffen oder eine Gruppe retten wollen und dabei gegenüber den scheiternden Vereinbarungen wieder auf hierarchische Strukturen wie Steuerungsgruppen oder kollektive Beschlüsse setzen.

Als Schlussfolgerung aus solchen Beobachtungen wäre aber sehr kurz gedacht, wenn Experimente horizontaler Räume beendet würden. Zumindest eine wichtige Ursache ist ja gerade die Sozialisierung auf andere Verhaltensnormierungen. Daher ist die Ausweitung von Experimenten, der offensive Umgang mit der Verregelung von Leben und die Auseinandersetzung um die internen Blockaden sinnvoll, um mehr Orte zu schaffen, an denen Menschen etwas anderes erleben und probieren können als die Normalität und Normierung des sonstigen Alltag, die bislang meist uach in ihrer politischen Arbeit oder Gruppe herrschte.

Horizontalität in der gesamten Gesellschaft

Viele Entwürfe herrschaftsfreier Organisierung beschränken ihren Blick auf solche Teile von Gesellschaft, in denen die Kooperation und Kommunikation von Menschen direkt und in einem überschaubaren Rahmen geschehen kann. Ausnahmen bietet bislang nur die digitale Welt, z.B. die global organisierte Programmierung von Linux. Allerdings übersehen auch hier die Vorschläge meist die Bindung selbst dieser Sphäre an materielle Gegegebenheiten. So sind große Teile der Welt weder ausreichend mit Computern noch Leitungen ausgestattet. Zudem ist das notwendige Wissen nicht wie eine Datei zu vervielfältigen, sondern muss sich nur über umfangreiche Prozesse des Lernens verbreiten. Wo doch Überlegungen zu materiellen Ressourcen und Produktion erfolgen,[4] legen diese auffällig den Schwerpunkt auf die Technik und die zu ihrem Einsatz nötige Software oder beschreiben geographisch eingrenzbare Stoffströme, z.B. in-

4 Siehe unter anderem die Debatten über Autoproduktion im Oekonux-Zusammenhang (www.oekonux.de) und über herrschaftsfreie Produktionswelten (www.philosophicum.de).

nerhalb eines Projektes, einer Kommune oder höchstens einer Region. Offensichtlich fehlt noch die richtige Idee, wie ein horizontaler Zugriff auf die materiellen Ressourcen der Welt und damit auch die existenzielle Grundsicherung der Menschen global tatsächlich funktionieren könnte.

Die aufgeworfene Frage ist aber von großer Bedeutung. Der Entwurf einer herrschaftsfreien Welt kann nicht darauf beschränkt werden, Freiräume innerhalb eines hierarchisch organisierten Überbaus zu erkämpfen, sondern muss eine Perspektive bieten, wie alle Felder von Gesellschaft horizontal organisiert werden können, d.h. Staat, verfasste Marktwirtschaft, machtausgestattete Verteilinstitutionen und Kontrollstellen überflüssig werden.

Den notwendigen Denkansatz für eine solche Welt bietet das Bild der Netzwerkgesellschaft.[5] Danach nimmt die Komplexität der Gesellschaft zu, ebenso aber auch die Selbstorganisierung der Teile und Knoten. Letztere warten nicht mehr auf Aufträge, sondern agieren innerhalb des Geflechts von Beziehungen, Möglichkeiten und eigenen Entscheidungen. Sie knüpfen immer auch eigene Teile des Geflechts. Innerhalb der Netzwerkgesellschaft gibt es Dominanten, z.B. bestimmte Vorgaben. Wer diese „Kommunikationscodes“, wie Manuel Castells sie nennt, versteht und mit ihnen arbeitet – „etwa Werte oder Leistungsziele“ –, kann innerhalb des Geflechts zum dominierenden, prägenden Sektor gehören. Anders als eine Hierarchie ist eine Netzwerkgesellschaft aber immer dynamisch, weil sie nicht zentral gesteuert wird. Sie untergräbt damit die Stellung derer, die innerhalb der letzten Jahrhunderte das entscheidende Machtpotential auf gesamtgesellschaftlicher Ebene innehatten: Der Staat und seine von ihm abgeleiteten Institutionen, Organisationen, Normierungsstellen und sonstigen Machtzentren der Gesellschaft. Daher ist auch nicht verwunderlich, dass der Staat in den letzten Jahren verstärkt autoritäre Strukturen und seine klassischen Machtmechanismen wie Kontrollbehörden, Überwachung, Bildung und Repression stärkt. Die jeweils regierenden und ihre ausführenden Stellen versuchen damit, die Verluste an Steuerungsfähigkeit zu kompensieren. Mittelfristig wird das zu erheblichen Zuspitzungen staatlicher Macht führen, die sich gegen die Menschen und ihre Freiheit richten wird. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass der Trend von der staatlich dominierten, hierarchisch-konservativen Gesellschaft zur dynamischen Netzwerkgesellschaft gestoppt werden kann. Der staatliche und autoritäre Abwehrkampf wird zu extremen Härten führen, zu einem immer mehr gegen die Menschen gerichteten Kampf der Obrigkeit, aber die Steuerbarkeit erhält der Staat dadurch nicht mehr zurück.

★★★★
Eine auf Netzwerken aufbauende Gesellschaftsstruktur ist ein hochgradig dynamisches, offenes System, das erneuert werden kann, ohne dass das Gleichgewicht in Gefahr geriete.
Manuel Castells

5 Siehe vor allem Manuel Castells, 2004: „Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft“, Leske+Budrich in Opladen.

Dennoch ist die Netzwerkgesellschaft nicht herrschaftsfrei – ganz im Gegenteil. In ihr gelten nur andere Regeln. Dominant ist, wer die Codes und Schaltstellen, Informationsflüsse und Wertkategorien bestimmt. Wesentlich schneller und innovativer haben große Bereich der Wirtschaft diese Logiken vereinnahmt und können daher zur Zeit fast nach Belieben das gesellschaftliche Geschehen dominieren. Standortpolitik, Nachhaltigkeit, Eigenverantwortung, Wettbewerb, Globalisierung – all das sind Begriffe, die die ideologische Dominanz der Wirtschaft in fast allen Sektoren der Gesellschaft anzeigen. Was früher Umweltschutz hieß, ist jetzt Nachhaltigkeit und damit wirtschaftlich dominiert. Was Sozialarbeit betitelt war, ist jetzt Eigenverantwortung – natürlich ökonomisch gesehen. Was früher als Internationalismus bejubelt wurde, nennt sich nun Globalisierung und ist, wie könnte es anders sein, wirtschaftlich geprägt.

Netzwerkgesellschaft ist also nicht per se horizontal, sondern Macht wird über die Beeinflussung der Diskurse bestimmt. Dass die Wirtschaft am schnellsten darauf eingestellt war und ihr durch nationalstaatliches Handeln in Folge des Diskurses „Standortpolitik" der Boden geebnet wurde, begründet die dominante Stellung ökonomischer Codes. Die Reaktion vieler globalisierungskritischer oder sich als „links" definierender politischer Strömungen ist fatal. Sie flüchten, weil sie den Kampf um die Diskurse oder gar um eine horizontale Netzwerkgesellschaft noch nicht einmal aufgenommen hatten, als die Wucht der wirtschaftlichen Dominanz schon den Alltag massiv veränderte, in die Nostalgie der im Vergleich dazu als „gute alte Zeit" verstandenen Phase des starken Staates.[6] Konkret drücken sich die Vorschläge in der Rückgewinnung nationaler Einflussstärke, der Stärkung regionaler Selbstregierung oder auch dem Aufbau einer starken Weltregierung aus, wobei diese Vorschläge sich teilweise frappierend widersprechen oder rechten Politikkonzepten ähneln.

Die Idee der Horizontalität ist hingegen mit der Analyse sozialer Prozesse hin zu einer Netzwerkgesellschaft verbindbar. Horizontalität stellt die in einer Netzwerkgesellschaft entscheidende Machtfrage: Die Frage der Codes und Diskurse, sprich der Spielregeln. Interessant dabei ist, dass vor allem die Herausnahme von Spielregeln, d.h. der organisierten Form von Privilegien durch bevorzugten Zugang zu Schaltstellen, Informationsflüssen und Ressourcen der Horizontalität hilft. Herrschaft wird aus einer netzwerkartigen Gesellschaft herausgenommen, wenn Normierungen, Eigentum, Zugangskontrolle, Patente und mehr verschwinden und so nie-

6 Siehe die Beispiele in Bergstedt, Jörg (2004): Nachhaltig, modern, staatstreu? IKO-Verlag Frankfurt. Dort findet sich eine Vielzahl von Forderungen führender Nicht-Regierungsorganisationen wie Attac oder Gewerkschaften, sie staatliche Kontrolle und Steuerung wollen. Die Theorie des „Keynesianismus" als ökonomisches Konzept staatlicher Regulierung von marktförmiger Wirtschaft ist hoch im Kurs – auch z.B. bei der 2005 neu entstandenen linken Partei. Auch viele linksradikale Kreise kritisieren den Abbau staatlicher Regulierung.

mand mehr privilegiert auf gesellschaftliche Ressourcen zugreifen oder andere von diesen ausgrenzen kann. Horizontalität ist die „Regel der Nicht-Verregelung" von Zugängen – im optimalen Fall mit der durchdachten Förderung des gleichberechtigten Zuganges, damit auch tatsächlich alle Menschen die Möglichkeit haben, vorhandene Ressourcen, bestehendes Wissen und funktionierende Schaltstellen zu nutzen. Antrieb dazu ist die im Grundgedanken von Autonomie und Kooperation formulierte Erwartung, dass bei fehlender Möglichkeit der machtförmigen Abschottung eigenen Wissens und eigener materieller Ressourcen vor anderen Menschen kein Interesse mehr daran besteht, Menschen in ihrer Selbstentfaltung und damit auch an der intensiven Nutzung aller gesellschaftlichen Möglichkeiten einzuschränken, weil jede Einschränkung in ihren Folgen z.B. fehlender neuer Ideen, Techniken und Ressourcen notwendigerweise auch die trifft, die diese Einschränkungen schaffen.

Insofern ist der Wandel zu einer Netzwerkgesellschaft, d.h. auch und gerade der Verlust von Steuerbarkeit, eine Chance für eine horizontale Gesellschaft. Nicht dieser Verlust ist das Problem, sondern die Tatsache, dass die neuen Mechanismen der Beeinflussung von Gesellschaft von auf Profit orientierten Kreisen an schnellsten und intensivsten genutzt und inzwischen weitgehend für ihre Zwecke erobert worden sind. Schuld daran ist auch eine politische Protest- und soziale Bewegung, die selbst Angst vor Kontrollverlusten hat und politische Konzepte, die auf die Menschen, ihre Selbstentfaltung und eine horizontale Begegnung im Kleinen wie im Großen setzt, ablehnt. Stattdessen ist die Debatte nötig, wie eine horizontale Gesellschaft aussehen könnte und vor allem, welche Mechanismen in ihr wirken, welche Wege dahinführen und wie der unaufhaltsame Wandel zu einer aus vielen Knotenpunkten und Schaltstellen bestehenden, nicht steuerbaren globalen Gesellschaft mit vielen, miteinander vernetzten Subräumen für die Idee der Horizontalität genutzt werden kann. Einiges spricht dafür, dass gerade die konsequente Form der Netzwerkgesellschaft dafür gut geeignet ist. Dort hätte niemand mehr Privilegien, alles wäre im Fluss. Der Wandel von der staatlichen Form zur Netzwerkgesellschaft könnte ein Kippen der vertikalen in eine horizontale sein – alle Knoten und AkteurInnen stehen nebeneinander, weil alle jederzeit die Möglichkeit haben, ihre Position zu wechseln. Es gäbe keine Grenzen mehr, weder national noch sozial. Es gäbe auch keine Ausgrenzung von materiellen Ressourcen mehr – und damit auch nicht den Zwang, aus existenzieller Angst heraus wiederum Herrschaftsgefüge anzuerkennen.

★★★★ ★ ★★

Die Morphologie des Netzwerkes ist aber auch eine Quelle der drastischen Neuorganisation von Machtbeziehungen. Schalter, die die Netzwerke untereinander verbinden – etwas Finanzströme, die die Kontrolle über Medien-Imperien übernehmen, die wiederum politische Prozesse beeinflussen – sind die bevorzugten Instrumente der Macht.
Manuel Castells

Nicht horizontal: Der Mensch und seine Umwelt

Die Idee der Horizontalität zwischen allen Menschen folgt aus der Überlegung, dass sich alle Menschen unter den dafür hergestellten Bedingungen des gleichberechtigten Zugangs zu Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten sowie einer ebensolchen Kommunikation am besten selbst entfalten können und so wiederum die Menge an gesellschaftlichem Reichtum und Handlungsmöglichkeiten enrhöhen Aus der Entfaltung aller ergibt sich für die Einzelnen das Beste – Egoismus und Allgemeinwohl sind gekoppelt. Diese Logik gilt im Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt nicht. Der Theorie des Speziezismus, in der Menschen und zumindest Tiere auf eine Stufe gestellt werden, zum Trotz gibt es keine Alternative zur Feststellung, dass Horizontalität zwischen Mensch und Tier nicht herstellbar ist. Das gleiche gilt für Menschen und alle anderen Teile der Natur. Der Grund liegt nicht in einer naturgegebenen Wertigkeit, sondern schlicht in der Tatsache, dass eine gleichberechtigte Kommunikation zwischen Menschen und anderen Lebewesen, erst recht mit der unbelebten Natur nicht möglich ist. Es ist immer der Mensch, unter herrschaftsfreien Bedingungen im horizontalen Dialog mit anderen Menschen, der seine Umwelt gestaltet. Aus dieser nicht-horizontalen Beziehung kann der Mensch nicht entrinnen:

- ★ Selbst wenn der Mensch, wie TierrechtlerInnen es tun, die Tiere auf eine Stufe mit dem Menschen stellen, so definieren das die Menschen. Das geschieht ohne jegliche gleichberechtigte Beteiligung der Tiere. Tiere werden immer von den Menschen als gleichwertig gestellt und nie umgekehrt. Das ist eine strukturelle, nicht überwindbare Ungleichberechtigung.
- ★ Die behaupteten, Tieren innenwohnenden Rechte werden von Menschen verliehen bzw. anerkannt. Auch hier findet keinerlei gleichberechtigte Kommunikation und Entscheidungsfindung des Menschen mit den Tieren statt. Insofern ist der Kampf um Tierrechte geradezu ein Beweis für den Unterschied zwischen Mensch und Tier. Dieser Unterschied besteht sozial. Jenseits der hierfür völlig unbeachtlichen Frage, wieweit Mensch und Tier vom Organismus oder ihrem Lebenswert her unterschiedlich sind (auch das entscheidet alles der Mensch kraft seiner Vernunft und seiner Gefühle), sind nur Menschen untereinander PartnerInnen in der Kommunikation und Gestaltung des sozialen Lebens.
- ★ Aus Unterschieden zwischen Mensch und Natur folgt allerdings keinerlei automatische Festlegung von Wertunterschieden. Weder Mensch noch Natur haben einen Wert an sich. Alles wird durch den Menschen kraft seiner Vernunft sowie in horizontaler bzw. aktuell noch hierarchischer Kommunikation festgelegt. Die Behauptung,

etwas hätte Wert an sich, ist in sich paradox, denn es bleibt der Mensch, der das festlegt oder anerkennt. Ebenso wenig folgt aber das Gegenteil automatisch. Aus dem sozialen Gestaltungsgefälle zwischen Mensch und Natur ergibt sich keineswegs, dass Tiere, Pflanzen oder unbelebte Natur kein Lebensrecht haben. Die Frage ist nur nicht von sich aus entschieden, sondern wird ebenfalls von den Menschen ausgehandelt. Wenn Tiere gegessen, gequält, gefangengehalten oder abgerichtet werden, wenn Landschaften betoniert oder Böden ausgelaugt werden, wenn Rohstoffe verschleudert und Luft, Wasser, Boden verseucht werden, so ist das die Entscheidung des Menschen. Die folgt nicht aus dem sozialen Gefälle zwischen Mensch und Natur, sondern ist der politische Willen der Menschen, die solchermaßen handeln oder das Handeln erzwingen.

Horizontal und frei vereinbart zwischen Menschen: Der Umgang mit Tieren, Pflanzen und unbelebter Natur

Während zwischen Menschen und seiner Umwelt eine Gleichberechtigung mangels der dafür notwendigen Kommunikation nicht herstellbar ist, sondern jede Entscheidung über den Umgang mit Tieren, Pflanzen, Landschaft und Rohstoffen von den Menschen getroffen wird, ist der Aushandlungsprozess zwischen den Menschen über diesen Umgang wiederum horizontal möglich. Jeder Mensch hat demnach die gleichen Möglichkeiten, gestaltend auf die Natur einzuwirken, sie zu nutzen, zu genießen, aufzusuchen usw. Die dabei zwischen Menschen ständig entstehenden Konflikte werden „auf Augenhöhe“, d.h. ohne Privilegien ausgehandelt.

Die aktuelle Umweltschutzpolitik und -debatte verläuft jedoch anders. Sie ist geprägt von der Suche nach Regelungen für den Schutz der Natur. Der Mensch wird als Gegenspieler einer schützenswerten Umwelt begriffen. Umweltzerstörung wird als Folge von individuellem oder wirtschaftlichen Egoismus gesehen. Die Schlussfolgerung lautet, dass eine stärkere institutionelle Kontrolle die Umweltzerstörung einschränken kann. So verständlich die Hoffnung auf das „Gute von oben“ ist, es hält einer herrschaftstheoretischen Überprüfung ebenso wenig stand wie überhaupt der Glaube, dass entfesseltes Profitstreben ohne einen rechtsstaatlichen Rahmen besteht. Tatsächlich stützt sich die Wirtschaft seit langem und zunehmend mehr auf ein brutales Regime obrigkeitsstaatlicher Regelungen, die den Menschen den Zugriff auf „ihre“ Umwelt entziehen zugunsten unbehinderter Nutzung für Profitzwecke. Horizontalität wird für die freie Marktwirtschaft zerstört, nicht geschaffen. Die Menschen haben in der Regel gar keinen Einfluss mehr auf die Art der Gestaltung von Landschaft,

Boden- und Rohstoffnutzung, auf Produktionsweisen und mehr. Während ihnen selbst das Umpflanzen einer Blume in die eigene Nähe schon verboten ist, dürfen andere quadratkilometerweise komplette Landschaften betonieren, planieren oder abgraben. Der Grund liegt genau in dem, was viele UmweltschützerInnen fälschlicherweise als Hoffnung auf den Schutz der Natur ansehen – nämlich der institutionell verankerten unterschiedlichen Handlungsmacht gesellschaftlicher AkteurInnen. Herrschaftsstrukturell gilt nämlich genau das Gegenteil: Dort, wo die Existenz von Privilegien einigen Menschen die Möglichkeit verschaffen, Umweltressourcen ohne Rücksicht auf andere zu nutzen und die Folgen ebenso ungefragt auf andere abwälzen zu können, wird die Voraussetzung zur Umweltzerstörung erst umfassend geschaffen. In einer horizontalen Welt würden alle Zerstörungen von Natur, die andere Menschen beeinträchtigen, zu einem Protest dieser führen. Die umweltzerstörende Handlung ist einem Kommunikationsprozess ausgesetzt, die handelnde Person oder Gruppe kann sich von diesem nicht strukturell abschirmen. Das schafft keine Sicherheit, aber die größte Wahrscheinlichkeit, dass Menschen nicht die Umwelt auch der anderen zerstören. Existieren dagegen privilegierte Institutionen, so können diese zwar Umweltzerstörung auch untersagen, vor allem aber vergrößern sie die Möglichkeit für Handlungen, deren Folgen andere ungefragt zu tragen haben.

Dass in dieser Welt überall und durchgreifend Kontrollinstanzen, Regierungen, Behörden und über die sogenannte Marktwirtschaft bevorteilte Konzerne existieren und damit privilegierte Zugriffe auf Umwelt möglich sind, ist der Grund für die umfassende Umweltzerstörung. Institutionen und Regelungen von oben verhindern den Umweltschutz statt ihn zu stärken.

Das Gegenmodell ist der horizontale Zugriff von Menschen auf ihre Umwelt. Wenn alle ungehinderte, gleichberechtigte Möglichkeiten haben, ihre Ideen zur Gestaltung der Natur umzusetzen, ist die Wahrscheinlichkeit am höchsten, dass sie sich mit anderen einigen und dass sie die Natur erhalten, weil die volle Funktionsfähigkeit der Natur für ein gutes Leben regelmäßig am besten ist. Nur wer die Folgen von Umweltzerstörung auf andere zwangsabwälzen kann, wird dazu tendieren, das auch zu tun. Umweltschutz geschieht daher dort am besten, wo Kontrolle und Privilegien aufgrund von Institutionen, Gesetzen, Eigentum usw. vollständig fehlen. Er ist die Folge des machtfreien, unverregelten, horizontalen Zugriffs auf die Natur und nicht fehlender Machtmittel. Nicht mehr Macht, sondern keine Macht sollte daher das Ziel von Umweltschutzstrategien sein.

Vom Hier & Jetzt zur Utopie: Horizontale Räume schaffen!

Die Gesellschaft besteht, wie schon ausgeführt, aus einem komplexen Neben- und Miteinander vieler Subräume. Die Idee der Horizontalität kann in allen praktisch angegangen werden. Angesichts der aktuellen Vielzahl von sich in allen Subräumen selbst regenerierenden Herrschaftsmuster bleibt die Herstellung vollständiger Horizontalität formuliertes Ziel. In der Realität wird zunächst nur eine Annäherung erreichbar sein, weil die jahrelangen Zurichtungen der beteiligten Menschen in ihnen fortleben und höchstens Stück für Stück zurücktreten, während gleichzeitig der Druck formaler oder ökonomischer Zwänge und Normierungen von außen solange sehr hoch bleiben wird, wie nicht breitere Teile von Gesellschaft, d.h. eine hohe Zahl von Subräumen sich hin zu einer Horizontalität verändert wurden. Doch diese Warnung vor falschen Illusionen ist kein Grund, es nicht zu probieren, denn der Versuch der Herstellung von Horizontalität ist genau der Vorgang, der auch die Rahmenbedingungen verändern kann, d.h. Menschen aus ihren Zurichtungen befreit und den Zwängen von außen kreative Gegenstrategien entgegensetzt.

Der Versuch ist das politisch Spannende, denn die Reibung, die durch Versuch, Erfolg, Scheitern und Weiterentwicklung entsteht, bietet Ansatzpunkte für öffentlichen Streit. Er demaskiert Herrschaft und kann Gelegenheiten schaffen, eigene Strategien weiterzuentwickeln (was allerdings für die Strategien der Herrschenden auch gilt). Insofern wird es eine der wichtigsten Aktivitäten sein, den herrschaftsdurchzogenen Prinzipien der bestehenden Gesellschaft quadratmeterweise den Einfluss zu entziehen und herrschaftsfreie Verhältnisse zu schaffen. Der Begriff „Raum“ steht dabei für einen sozialen Raum, d.h. einen mehr oder weniger abgrenzbaren Bereich gesellschaftlichen Lebens. Das kann ein materieller Raum, also ein Haus, ein Zimmer, eine Werkstatt, ein Wagen, ein Platz, eine Straße, eine Bibliothek, ein Veranstaltungsort oder etwas ähnliches sein, aber auch ein sozialer Zusammenhang, z.B. eine Mailingliste, eine Gruppe, ein Wohnprojekt, jede Veranstaltung, ein Produktionszusammenhang oder eine Verleih-/NutzerInnengemeinschaft. Hier gleiche Möglichkeiten für alle zu schaffen, die Ressourcen aktiv für alle zugänglich zu machen, Normen, Gesetze und kollektive Entscheidungen, ja kollektive Identität überhaupt zu überwinden, ist wichtig. Der Versuch wird auch immer wieder auf den Widerstand derer treffen, die sich beteiligen und – bewusst oder unbewusst – im Versuch des Anderen das Übliche durchsetzen wollen. Die Realität in politischen Gruppen, alternativen Projekten usw. zeigt das. Die Idee „offener Räume“ ist daher immer ein offensiver Prozess. Wer, wenn Neues entsteht, nach dem Motto verfährt: „Erstmal gucken und dann, wenn's schief geht, kann mensch ja immer noch einschreiten“, verkennt die Brutalität von Normierung und Interessen. Offene Räume müssen aktiv hergestellt und immer aktiv auch aufrechterhalten werden.

Offensives Herstellen des offenen und kontrollfreien Raumes

Offenheit und Kontrollfreiheit entstehen nicht durch bloßes Weglassen formaler Verregelung. Die Gesellschaft ist durchzogen von Zurichtungen der Einzelpersonen und sozialer Gruppen, die auch in einem von formalen Unterschieden freien Raum weiterwirken. Hierzu gehören die autoritären Aufladungen im Verhältnis zwischen Menschen, z.B. der Respekt vor älteren Menschen, Titeln, sog. ExpertInnen oder Amtspersonen, aber auch die Rollenmuster nach Geschlecht, Bildungsgrad oder Herkunft. Mit diesen Vorprägungen betreten alle Menschen auch einen offenen, kontrollfreien Raum und werden sich entsprechend gegenüber anderen verhalten – es sei denn, es gibt einen aktiven Prozess, der Zurichtungen überwindet oder zur Überwindung beiträgt. Dazu gehören:

- ★ Bewusstmachung von Zurichtungen, Dominanzen usw. über Texte, Gespräche, Reflexionen und mehr vor, während und nach einem Gruppenprozess (Seminar, Plenum, Camp, Projekt ...). Offensive Erklärungen aller Möglichkeiten, also der Technik, der Nutzbarkeit von Räumen und ihrer spezifischen Ausstattungen, des Zugangs zu Wissen (falls dieses nicht direkt sichtbar ist) und informierten Personen, der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten des offenen Raumes usw. Bereitstellung der räumlichen und technischen Möglichkeiten sowie des Wissens für dominanzmindernde Gruppenverfahren, z.B. Räume für Fish-Bowl, Wände zur Visualisierung usw.
- ★ Workshops, Seminare und Einführungen in die Nutzung technischer Ausstattung, in Aktionsmethoden, Gruppenverfahren und vieles mehr. Herstellung einer hohen Transparenz des „Was läuft wo?“, „Welche Streitpunkte bestehen und werden wo diskutiert/geklärt?“, „Was fehlt?“, „Wer braucht Hilfe?“, „Welche Weiterentwicklungen des offenen Raumes laufen oder werden angestrebt?“ usw. Dazu sollten ein oder mehrere Informationspunkte geschaffen werden, an denen alles, was läuft oder geplant wird, angeschrieben wird – mit Treffpunkt, Kontakt u.ä.

Horizontalität für alle: Menschen mit „Behinderungen“[7] und Kinder als Subjekte mitdenken

Fast alle wissenschaftlichen Theorien gehen vom weißen gesunden, heterosexuellen Mann aus, der als unausgesprochene Norm gesetzt ist. Kaum ein Gebäude ist so gebaut, dass Kinder sich dort ohne Hilfe bewegen können. Viele Treffen politischer Zusammenhänge sind einsprachig organi-

7 „Behinderungen" ist selbst bereits ein von der Norm gesunder Menschen ausgehender Begriff und daher problematisch.

siert, obwohl die Themen grenzüberschreitend sind. Die Räume werden kaum noch danach ausgewählt, ob sich RollstuhlfahrerInnen dort selbstständig bewegen können.

Auch die Versuche, Horizontalität zu schaffen, werden nicht frei sein von subtilen Normen und Standards, die wir aufgrund der eigenen Zurichtung verinnerlicht haben. Die Reflektion und Aufdeckung dieser Normen und der Versuch, diese zu überwinden wird daher immer Teil des emanzipatorischen Prozesses sein – mit dem klaren Ziel, die Vorstellung eines „Norm-Menschen“ immer weiter abzubauen und das auch praktisch zu leben.

Eine wichtige Voraussetzung dafür sind Versuche, die Trennung zwischen Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft, körperlicher Konstitution usw. aufzuheben. Dieses Aufeinandertreffen kann die Sensibilität erhöhen und die Wahrnehmung für Barrieren aller Art schärfen. Das Wegbleiben von Kindern oder als „behindert“ definierten Menschen aus politischen Zusammenhängen hat dort zu einem spürbaren Rückgang der Diskussionen um ausschließende Mechanismen geführt. Beide Prozesse verstärken sich gegenseitig – deshalb ist der Abbau von Barrieren immer sinnvoll (nicht nur dann, wenn er offensiv eingefordert wird), weil er die selber die Voraussetzungen für die Begegnung unterschiedlicher Menschen schafft.

Die Steine im Weg zum horizontalen Zusammenleben aller Menschen sind vielfältig, und oft nicht auf den ersten Blick zu erkennen. An dieser Stelle nur ein paar Beispiele:

- ★ Architektur: Die Umgebung muss so umgestaltet werden, dass kleine Menschen nicht ständig auf die Hilfe anderer angewiesen sind, um sich fortzubewegen oder an Dinge zu gelangen, die in unerreichbaren Höhen angesiedelt sind. Eine barrierefreie Architektur, die Kinder und Menschen mit „Behinderungen“ aller Art als Subjekte mitdenkt, existiert erst in Ansätzen und wird zum Teil erhebliche Umbauten nötig machen.
- ★ Kommunikationsstrukturen: Für Menschen, die Informationen auf Computern nur mit Sprachausgabe-Programmen aufnehmen können, sind viele Internetseiten aufgrund der verschachtelten Struktur völlig unzugänglich, d.h. die Sprachausgabe gibt die einzelnen Text-Elemente durcheinander aus, der Sinn geht verloren. Bei inzwischen weit verbreiteten, dynamischen Internetseiten ist es ohne großen Mehraufwand möglich, verschiedene Versionen zu programmieren, z.B. eine barrierefreie für optimale Sprachausgabe oder eine Version mit besonders kontrastreicher Darstellung für sehschwache Menschen.

★ Sprache: Sprache ist häufig Ausschlussmechanismus – wissenschaftliche oder subkulturelle Codes grenzen viele Menschen von Debatten und Projekten aus, die sie interessieren. Die Reflektion dieses Umstands muss nicht zum völligen Verzicht auf eine komplexe Sprache führen. Wichtiger ist es, das Wissen um Begriffe und Bedeutungen weiter zu geben und eine Atmsphäre zu schaffen, in der Nachfragen nicht mit der Angst belegt sind, abgelehnt oder diskriminiert zu werden.

All das sind nur ein paar ausgewählte, relativ offensichtliche Hindernisse auf dem Weg zu horizontalen Verhältnissen. Das Thema ist zu komplex, um einen systematischen Kurzabriss zu liefern. Wahrscheinlich ist, dass dort, wo einmal der Prozess der Selbstreflektion und Weiterentwicklung begonnen hat, immer wieder neue Aspekte auffallen. Es geht nicht um Perfektion, sondern um das kontinuierliche Ringen um gleichberechtigte Verhältnisse, welches das Scheitern immer wieder zum Anlass nimmt, neue Wege zu gehen. Horizontalität ist ein anstrengendes Projekt – aber hoffentlich mindestens genauso spannend und produktiv.

Die Debatte in der Antifagruppe ist so richtig in Fahrt gekommen. Dass Knast alles schlimmer macht, fürchten alle. Aber so richtig zufrieden sind noch nicht alle mit der Vorstellung, dass dann niemand mehr eingesperrt werden kann.

Kischi: Also dwenn es keine Knäste mehr gibt, damit kann ich leben. Und dass, wenn die ganzen anderen gesellschaftlichen Zwängen verschwinden, viel weniger Gewalt zwischen den Menschen ist. Glaube ich. Aber wenn dann doch noch einer mordet oder vergewaltigt, dann muss es auch was geben, ihn aus dem Verkehr zu ziehen. Muss ja kein Knast sein, aber irgendwas. Sonst passiert das wieder immer öfter.

Tini: Nee, ich glaube, genau das ist immer wieder das Falsche. Aus Angst, dass doch irgendwas passieren könnte, fällt man immer in die Rille zurück. Wir kriegen kein Paradies, aber jede Form von Strafe macht es immer nur schlimmer. Wenn wir gar keine Strafe haben und viele andere Ideen, mit Gewalttätigkeiten umzugehen, kommt das relativ Beste raus.

Kischi: Aber was machst Du mit dem Vergewaltiger, wenn es ihn doch gibt.

Tini: Naja, darüber nachzudenken, wäre wichtig. Aber ich weiß: Knast oder so was macht alles schlimmer. Das will ich nicht. Wir müssen halt unseren dämlichen Schädel anstrengen, was uns stattdessen einfällt. Aber wir können nicht deswegen, weil nicht alles 100%ig klappt wieder zurückkehren zur alten Scheiße, die viel schlimmer ist.

Kalle: Das hieße dann aber: Wenn doch mal eine Frau vergewaltigt wird, nehmen wir das hin.

Anka: Stimmt. Und das ist gut so.

Kalle: Ist das aber nicht krass?

Anka: Naja, hinnehmen wäre falsch gesagt. Ich wollte sagen, dass ich es richtig finde, wenn wegen einer Vergewaltigung nicht wieder was geschaffen wird, was für viel mehr Vergewaltigungen verantwortlich ist – nämlich das widerliche System von Herrschaft und Unterdrückung. Hinnehmen würde ich aber keine Vergewaltigung wollen. Wir brauchen vieles andere, vor allem direkte Intervention. Die Menschen mischen sich dann selbst ein statt Bullen, Knast, Staatsanwälte usw., die doch immer nur Interessen vertreten – immer mal andere, je nachdem, was grad angesagt ist bei den Mächtigen.

Kalle: Puh, schwer zu schlucken. Aber vielleicht hast Du Recht. Vielleicht ist es das wichtigste, dass ich mich davon verabschiede, etwas Perfektes erzwingen zu wollen und dann immer wieder davon zu träumen, etwas mit Zwang zu machen. So wird dann alles schlimmer.

Kischi: Sagt mal, habt Ihr mal Lust, dass wir Aktionen machen gegen Knäste oder so. Ich fand unser Gespräch jetzt ziemlich spannend, vielleicht könnten wir da noch mehr reden und auch was an Infos ranziehen. Ich hätt Lust nicht nur auf Aktionen, sondern auch auf Veranstaltungen und Diskussion auf der Straße. Wenn wir da sagen, wir sind gegen Knäste, werden die vielleicht auch so reagieren wie wir vorhin. Und dann entsteht vielleicht die gleiche Debatte.

Alternativen zu Strafe und Knast

Text aus der Projektwerkstatt in Saasen



Mit der autoritären Gewalt wird die Justiz verschwinden. Das wird ein großer Gewinn sein – ein Gewinn von wahrhaft unberechenbarem Wert. Wenn man die Geschichte erforscht, nicht in den gereinigten Ausgaben, die für Volksschüler und Gymnasiasten veranstaltet sind, sondern in den echten Quellen aus der jeweiligen Zeit, dann wird man völlig von Ekel erfüllt, nicht wegen der Taten der Verbrecher, sondern wegen der Strafen, die die Guten auferlegt haben; und eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen. Daraus ergibt sich von selbst, dass je mehr Strafen verhängt werden, umso mehr Verbrechen hervorgerufen werden, ...
(Oskar Wilde in „Der Sozialismus und die Seele des Menschen")

Fast jede Diskussion über herrschaftsfreie Utopien und jede Kritik an Justiz und Knast endet an dieser Frage: Was geschieht mit den Menschen, die gewalttätig werden? Oder platter: Wollt Ihr Mörder und Vergewaltiger frei rumlaufen lassen? Eine Antwort darauf ist ohne einen kritischen Blick auf das bestehende System des Umgangs mit gewaltförmigem Verhalten zwischen Menschen nicht möglich. Zudem muss geklärt werden, was das Ziel von Strafe sein soll – um dann zu überlegen, ob es bessere als die bisherigen Reaktionsformen auf Gewalt gibt. Denn für eine Utopie reicht die Hoffnung auf Verbesserung. Darum soll in diesem Text, bevor Alternativen zu Strafe erörtert werden, das bestehende System genau durchleuchtet werden: Worauf beruht gewaltförmiges Verhalten zwischen Menschen? Welche Wirkung hat Strafe auf Menschen, die gewaltförmig handeln oder gehandelt haben?

1 Die Realität: Strafe und Knast als Kernbestandteil herrschaftsförmiger Gesellschaft

In der Auseinandersetzung um Strafe reden wir über einen Grundpfeiler jeder herrschaftsförmigen Gesellschaft bzw. ihrer mit Autorität aufgeladenen Teile. Eine Welt ohne Atomtransporte, Nazis oder Aktienspekulationen lässt sich denken, ohne dass sich ihre Grundfeste ändern. Strafe als durchgängiges Prinzip der Verhaltenskonditionierung ist jedoch nicht wegdenkbar, ohne weitreichende Veränderungen mitdenken zu müssen. Für die Kritik an Bestrafung ist das von Bedeutung und stellt einen Vorteil dar, wenn eine Diskussion um Herrschaftsfreiheit geführt werden soll. Denn die Debatte über Knast, Justiz und Polizei mündet ebenso regelmäßig in eine weitergehende Debatte über gesellschaftliche Utopien wie sich eine Debatte über den Wegfall von Noten und Zwängen in der Schule oder über Gleichberechtigung mit Kindern zu grundlegenden Alternativ-

entwürfen bei Lernorten oder Familien entwickelt. Aus herrschaftskritischer Sicht ist das sinnvoll, bedeutet aber auch, dass eine Auseinandersetzung mit Gegenentwürfen notwendig ist, um in der Diskussion an diesem spannenden Punkt nicht zu scheitern.

Strafe bedeutet die Sanktionierung unerwünschten Verhaltens. Was unerwünscht ist, wird durch die jeweils Herrschenden festgelegt. Das können dauerhaft die Regierenden oder in den kleinen gesellschaftlichen Subsystemen die Eltern in einer Familie oder die LehrerInnen einer Schulklasse sein. Sie legen die Regeln fest, gegossen in Anweisungen, Erwartungshaltungen oder formalisierte Gesetze und Verordnungen. Sowohl die Inhalte der Regeln wie auch die interessengeleitete Anwendung und Auslegung zeigt regelmäßig das Selbstinteresse des Machterhalts. Wer die Autorität innehat, kann durch die Mischung von Drohung und Vollzug einer Strafe bis hin zu Gnade mit fortgesetzter Androhung (z.B. Bewährung) in großem Umfang Menschen einschüchtern oder bevorzugen, Verhalten steuern und Abhängigkeiten bis Angst organisieren.

Anders als in den Büchern zur Gesellschaftslehre oder in den Propagandareden von Regierung, Eltern, Vorgesetzten oder LehrerInnen dienen ihr Verhalten und die von ihnen geschaffenen Regelungen nicht emanzipatorischen Zielen, sondern der Durchsetzung bestimmter Ordnungsvorstellungen, u.a. der Eigentumslogik als eine Grundlage von Verwertung, Verhaltensnormen und der Sicherung der jeweils Herrschenden und ihrer Institutionen.

Ohne Strafe und ihre Androhung würde, so das Denken derer, die Strafe befürworten bzw. die Regeln und Sanktionierungsmöglichkeiten schaffen, der Gehorsam und die Unterwerfung unter das System von Regeln, Normierungen und zugewiesenen Rollen nicht funktionieren. Die Menschen würden sich frei oder zumindest freier entfalten, übergeordnete Interessen eines Betriebes, einer Nation oder einer gesellschaftlichen Kollektivität („im Namen des Volkes", „...-Demokratie" oder „...-Rechtsstaat") würden an Bedeutung verlieren. Dieser Prozess würde schleichend voranschreiten und die autoritäre Aufladung der Gesellschaft vermindern. Das jedenfalls fürchten die ErschafferInnen und AnwenderInnen von Strafe und Strafandrohung.

Das Ziel von Strafe

Worum geht es bei Strafe? Mehrere Antworten sind denkbar und werden auch vorgebracht. Aus emanzipatorischer Sicht ist nur eines dieser Ziele überhaupt akzeptabel: Strafe soll gewaltförmiges Verhalten zwischen Menschen durch Sanktionierung und Drohung mit ihr verhindern helfen. Al-

lerdings wird bei näherer Betrachtung deutlich, dass Strafe diesen Zweck nicht erfüllt. Logik, Form und Vollzug von Strafe bewirken deutlich das Gegenteil. Sowohl vorliegende Studien[0] und Untersuchungen wie auch persönliche Erfahrungen[1] zeigen, dass gewaltförmiges Verhalten von Menschen zunimmt, je autoritärer das Umfeld organisiert wird. Strafe ist ein wesentliches Kennzeichen autoritärer Verhältnisse. Je mehr Strafe eine Familie prägt, je härter in einem Staat gestraft wird oder je gewaltförmiger die Verhältnisse in einer Clique sind, desto mehr Gewalt wenden in der Tendenz auch diejenigen an, die zunächst vor allem Opfer der Strafaktionen oder der Gewalt von oben sind. Strafe verschärft oder schafft erst die Zustände, für deren Lösung sie einzutreten vorgibt.

Für Strafe werden weitere Gründe angefügt. So soll es dem Opfer einer Tat Genugtuung verschaffen. Abgesehen davon, dass ein solches Ziel kein emanzipatorisches ist, weil Genugtuung nicht Befreiung bedeutet und nicht vor weiteren Bedrohungen schützt, darf auch das bezweifelt werden. Zumindest im Justizwesen ist das um Genugtuung suchende Opfer selbst eher in einer unterwürfigen Position, wird zum Objekt des Verfahrens und kann Genugtuung höchstens aus einer sadistischen Freude an dem noch größeren Leid der TäterInnen ziehen, sofern diese denn verurteilt werden. Letzteres wird durch die Justiz stark gefördert, denn die Einteilung in „Ja" oder „Nein", gut oder böse, schuldig oder unschuldig prägt alle Abläufe und beeinflusst das Denken der Beteiligten.

Strafe soll schützen. „Man muss die Gesellschaft schützen und StraftäterInnen deshalb aus ihr entfernen" – so oder ähnlich argumentieren viele BefürworterInnen von Strafe. In ihrem Denken, dass StraftäterInnen aus der Gesellschaft rausgenommen werden, begehen sie einen sehr grundlegenden logischen Fehler. StraftäterInnen werden durch die Strafe nicht aus der Gesellschaft herausgenommen. Vereinfacht ausgedrückt werden sie nur von einer Seite der Mauer (um Gefängnisse) auf die andere umgesetzt. Auch hinter den Mauern liegt die Gesellschaft – nur ist sie dort viel stärker durchzogen von Autorität, Verregelung, Kontrolle und Bestrafung. Das aber sind alles Rahmenbedingungen, die gewaltförmiges Verhalten zwischen Menschen nicht verringern, sondern fördern. Um also einen Menschen, der gewaltförmiges Verhalten gezeigt hat (sofern ein Urteil etwas mit dem tatsächlichen Geschehen zu tun hat), von diesem Verhalten abzubringen und andere Menschen zu schützen, wird diese Person in Ver-

0 Siehe unter anderem Studie des Bundesjustizministeriums (2004), downloadbar unter www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Justiz-und-Recht/Nachrichten-,715.600306/pressemitteilung/Bundesjustizministerium-legt-u.htm, Bericht dazu in Frankfurter Rundschau vom 29.3.2004 (S. 4)

1 Berichte über Knasterfahrungen u.a. in Valentien, C./Schwarz, R., 1991: „Strafanstalt", Lindemanns Verlag Stuttgart, in Ortner, H., 1978: „Normalvollzug", iva Tübingen, in Unrast-Kollektiv/Anares-Nord, 1995: „Freiheit gestreift", Unrast Münster sowie unter www.projektwerkstatt.de/antirepression/knast.html.

hältnisse gesteckt, die viel wahrscheinlicher machen, dass sie sich wieder, weiter oder erstmals gewaltförmig verhält. Das ist absurd und es ist offensichtlich, dass die vorgegebenen Gründe nur vorgeschoben sind. Menschen durch Strafe von Gewalt abzubringen, ist wie ein Feuer mit Öl zu löschen.

Bleibt noch das eigentliche Ziel von Strafe – die Durchsetzung normierten Verhaltens und die Akzeptanz von Hierarchie durch Angst vor den Folgen des Ungehorsams gegenüber den Herrschenden und ihren Regeln. Unstrittig dürfte sein, dass Strafe Angst fördert. Ob das zum Gehorsam führt, ist schwer zu beurteilen. Emanzipatorisch aber wäre ein solches Ziel nicht. Ganz im Gegenteil: Die Konditionierung von Menschen auf Normen und übergeordnete Regeln ist das Gegenteil von Emanzipation. Strafe ist damit eine wichtige Keule gegen jede Idee der Befreiung von Menschen.

Entgegen landläufigen Auffassungen stellt das Strafgesetzbuch nicht bestimmtes Verhalten unter Strafe, sondern unterscheidet nach ideologischen Gesichtspunkten zwischen gutem und bösem Verhalten. Das Töten von Menschen ist nicht als Verhalten strafbar, sondern nur in bestimmten Zusammenhängen. Wer per finalem Rettungsschuss in Polizeiuniform jemanden tötet, verhält sich nicht strafbar. Wer zwecks Profit mit Medikamenten, landwirtschaftlichen Giften usw. viele tötet, hat nichts zu befürchten. Und wer in Armeeuniform richtig viele Menschen tötet, bekommt sogar Ehrenmedaillien. Wer Firmen oder NachbarInnen etwas klaut, muss mit Gerichtsverfahren rechnen. Wer tausend ArbeiterInnen den Mehrwert ihrer Arbeit wegnimmt, lebt dagegen gut. Und wer für Rohstoffe Kriege gewinnt, bekommt wieder Ehrenabzeichen. Insofern ist Strafe ein ideologisches Kampfmittel. Das gilt nicht nur für die Strafjustiz. Wer in einer Schulklasse mehr an andere als an sich denkt, diese abschreiben lässt usw., bekommt Ärger und vielleicht auch schlechte Noten. Wer konkurrenzstark ist und sich durchsetzt, kassiert ein blendendes Zeugnis und Lob von den Eltern. Im Gesundheitswesen wird mit der Definition von Krankheit, Behinderung usw. normiert, in der Psychiatrie wird Verhalten und Denken konditioniert. Nutzen tut das niemandem, Strafe schafft immer nur VerliererInnen.

Strafe ist Selbstzweck, alle anderen werden Opfer

Bei der Bestrafung von Menschen geht es weder um TäterInnen noch um Opfer. Regelmäßig belastet das Verfahren hin zur Strafe (z.B. Verhöre, Eingesperrtsein, Gerichtsverfahren) die TäterInnen, ohne dass die Vorgänge überhaupt so angelegt sind, dass eine Verringerung der Neigung zu ge-

waltförmigen Verhalten angestrebt wird. Dem Opfer einer Straftat ergeht es bei staatlichen Sanktionierungen ebenfalls schlecht – es ist ebenso Objekt der Apparate und normierten Abläufe von Verhören und dem Gerichtsprozess. Die Prozedur der Bestrafung ist Selbstzweck in einem Rechtsstaat. Weder wird das TäterInnenverhalten zielgerichtet verändert noch das Opfer geschützt oder persönlich gestärkt. Recht und die Institutionen des Rechts werden selbst zum Mittelpunkt. In archaischer Weise aufgeblasen mit Ritualen und Sakramenten richten sie über die Menschen, teilen in Opfer und TäterInnen schon lange vor jedem Urteil. Die Abläufe sind normiert und konditionieren das Verhalten aller Beteiligten. Die Rechtsprechung selbst, die Herstellung von Wahrheit und die Strafe stehen im Mittelpunkt. Alle Abläufe entsprechen religiösen Logiken – das Urteil hat göttliche Dimensionen, denn formal wird durch Urteile Wahrheit geschaffen, das Gericht ist wahrheitsschaffende Instanz (wie Gott). Nicht mehr das zählt, was Menschen wahrnehmen, sondern ein Urteil erzeugt die Wahrheit. Danach „ist“ etwas so und so gewesen – und zwar völlig unabhängig, ob vor Gericht eine Klärung erreicht wurde oder nicht. Die Ritualisierung und die religiöse Aufladung in falsches und richtiges Verhalten (Gut – Böse) erzwingt eine Entscheidung des Ja oder Nein. Schuldig oder Unschuldig. Motive, Rahmenbedingungen, das Ziel emanzipatorischer Veränderung von Menschen und vieles andere treten demgegenüber zurück.

Strafe ist zudem eine Propaganda. Wer daran glaubt, dass Strafe das „Gute“ im menschlichen Verhalten dienen soll, glaubt an den Sinn von Repression und autoritärem Verhalten. Bombenteppiche, Polizeiknüppel, Haftstrafen – all das dient dem Guten in der Welt. Insofern ist das Reden von Strafe auch immer eine Verharmlosung der tatsächlichen Interessen, weil dieses Wort die Brutalität des Geschehens verdeckt.

Strafe und die Prozesse zu ihr hin dienen der Akzeptanzbeschaffung der jeweils herrschenden Personen oder Institutionen. Während die Ausübung von Autorität in kleinen gesellschaftlichen Subräumen wie Familien oder Cliquen oft schnell, direkt und sehr plump geschieht (aber nichtsdestotrotz auch von dauerhafter Wirkung bleibt), sind die gesellschaftlichen Vorgänge aufgeladen mit Ritualen und symbolischen Handlungen. Allein die Sitzordnung in einem Gerichtsprozess zeugt davon, worum es geht und worum nicht. Direkte Kommunikation und Verständigung zwischen den Anwesenden ist strikt verboten. Das Gericht tritt von Wortwahl, Habitus und Kleidung übermenschlich auf, kontrolliert eine festgelegte „Liturgie“ und sitzt meist deutlich erhöht. Das Mobiliar soll Respekt oder Angst einflößen. Die ZeugInnen verfügen über die wenigsten Rechte, wodurch in der Regel auch die Opfer zum Spielball der Justizrituale werden. Kirchen, Gerichte und andere Justizeinrichtungen, aber auch Schulen dürften die Orte in dieser Gesellschaft sein, die am stärksten mit autoritären Ritualen

durchdrungen sind neben den Teilen der Gesellschaft, die Gewalt auch exzessiv ausüben, per Ritual aber auch den Willen dazu beschwören (Polizei, Armee). Kleidung, Verhaltensreglementierungen, Bestrafungssysteme und mehr machen die Autorität an diesen Orten deutlich sichtbar. Dennoch sind Justiz, Kirchen und Bildungseinrichtungen hoch angesehen als Herkunftsorte des Gerechten und Menschlichen. Welch eine Absurdität, das Gerechte ausgerechnet da zu vermuten, wo die Ritualisierung von Ungleichberechtigung und die Demütigung vieler Menschen in Form der Unterwerfung unter die vorgegebene Ordnung am weitesten ausgeprägt ist, wo sie zu reinen Objekten des Geschehens werden.

Angst wird erzeugt – Propaganda über Bedrohung

Herrschaft ist ein sich selbst reproduzierendes Verhältnis zwischen Menschen. Dazu gehört die ständige Angst der Herrschenden, ihre privilegierten Handlungsmöglichkeiten zu verlieren. Folge sind Kontrolle und neue Herrschaftsmethoden, u.a. die Ausdehnung von Strafe – in einem immerwährenden Prozess. Die Demaskierung solcher Logik von Herrschaft kann selbige schnell in Frage stellen. Darum wird auf vielfache Weise versucht, Herrschaft bzw. die Herrschaftsförmigkeit von Handlungen zu verschleiern. Kriege werden um des Friedens Willen geführt, Sicherheit dient angeblich den Menschen, Sozialabbau soll den Sozialstaat retten – nur wenige der oft absurden Beispiele. Strafe und Gefängnis werden neben der Resozialisierung legitimiert mit dem Verweis auf das angebliche Ziel der Sicherheit von Menschen und eine Zunahme der Kriminalität. Angst führt bei vielen Menschen zum Wunsch nach Autorität und äußerlichen Sicherheitssymbolen. Darum schüren die Herrschenden die Angst, u.a. mit ständigen Berichten über die Zunahme von Bedrohung durch Terrorismus und Kriminalität. Dabei ist schon die Grundlage frei erfunden: Gewalttaten gegen Menschen, vor allem die schweren Straftaten wie sexueller Missbrauch, Vergewaltigung, Mord oder Terror nehmen z.B. in Deutschland seit Jahrzehnten deutlich ab. Die „gefühlte" Anzahl von schweren Straftaten dagegen nimmt ebenso deutlich zu. „Die extremste Fehleinschätzung ergibt sich zum vollendeten Sexualmord. Die Bürger unterstellten eine explosionsartige Vermehrung von 32 auf 208 Fälle. Die Polizei registrierte jedoch seit 1993 eine stetige Abnahme auf 11 Morde im Jahr 2002".[2] Dass die Menschen glauben, es gäbe immer mehr Gewalttaten zwischen Menschen, folgt auf eine massive Propaganda über Medien und Aussagen der zuständigen PolitikerInnen plus vieler Oppositionsparteien, die ihren Wahlkampf über das Suggerieren von Bedrohung or-

2 Christian Pfeiffer: Die Dämonisierung des Bösen. FAZ vom 5.3.2004.

ganisieren. Hinter solchen Aussagen stecken Interessen. Mit der Lüge, die Sicherheitsapparate zum Schutz der Menschen auszubauen, schaffen sich die Mächtigen eine immer breitere Basis zur Durchsetzung ihrer Herrschaftsinteressen.



Immer mehr Mord und Totschlag? Nein, das Gegenteil ist der Fall

KRIMINALITÄT

Angst und Wahrheit

Was glauben Sie? Ist die Zahl der Morde und Sexualmorde in den vergangenen Jahren gestiegen oder gefallen? Nach der jüngsten Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen glauben die Bundesbürger, dass die Zahl der Morde 2003 um ein Viertel höher lag als 1993. Bei den Sexualmorden vermuten die Befragten sogar eine Versechsfachung. Richtig ist das Gegenteil: 1993 wurden 32 Sexualmorde bekannt, 2003 gab es 12 Fälle weniger. Die Zahl der Morde mit anderem Hintergrund verringerte sich ebenfalls: von 666 im Jahre 1993 auf 394 im Jahr 2003. Die Ursache für solche Fehleinschätzungen sieht Institutsdirektor Christian Pfeiffer in einer verzerrten Darstellung von Gewalt durch die Medien. Private wie öffentlich-rechtliche Medien kämen nicht mehr ihrem Anspruch nach, nur so viel über Kriminalität zu berichten, wie es deren Stellenwert in der Wirklichkeit entspreche, so Pfeiffer: „Es wird auf Teufel komm raus dämonisiert und dramatisiert.“

Abbildung: Text aus der Chrismon 1/2005

Der Blick in das Strafgesetzbuch zeigt schon heute, worum es geht. Die Paragraphen, die Gewalttaten gegen Menschen ahnden, sind ein sehr geringer Anteil. Im Vordergrund steht der Schutz des Eigentums und damit der bestehenden Reichtumsunterschiede. Am zweitwichtigsten ist der Schutz von Obrigkeit und Staat, z.B. der Schutz von Staatssymbolen, Titeln, AmtsträgerInnen oder Staatsgeheimnissen (siehe nächste Seite).

Tabelle „Wen schützen die Strafgesetze?“

Ein Blick in das Strafgesetzbuch. Die folgenden Summen bezeichnen die Anzahl an Paragraphen, die sich Straftaten zum jeweiligen Bereich benennen. Nicht eingerechnet sind die allgemeine Paragraphen zu Beginn des Strafgesetzbuches, die sich auf alle weiteren Regelungen beziehen und keine konkreten Taten benennen (§§ 1-79b). Die folgenden sind in drei Teile geteilt, zum einen Gewalttaten gegen Menschen und ihre körperliche Unversehrtheit. Diese behandeln unzweifelhaft die Taten, die für eine Utopie ohne gewaltförmiges Verhalten zwischen Menschen problematisch sind. Die dritte Gruppe sind solche Taten, die ohne Zweifel ohne physische Gewalt gegen Menschen stattfinden. Dazwischen sind die Paragraphen, bei denen vom Gesetzestext nicht eindeutig ist, ob die jeweilige Handlung mit Gewalt gegen Menschen verbunden ist. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen.

Insgesamt gibt es 316 Paragraphen mit Beschreibung von strafbaren Delikten. Davon behandeln mindestens 23 (= 7,3 Prozent) und höchstens 80 (= 25,3 Prozent) gewaltförmige Delikte. Die überwältige Zahl (236 = 74,7 Prozent) dient also anderen Zielen als der Verhinderung bzw. ohnehin ja nur nachträglichen Abstrafung von Gewalt zwischen Menschen. Die Strafen zu anderen Delikten sind aber genauso als Beginn von Kriminalisierung geeignet und fördern daher Gewalt, ohne selbst schon welche darzustellen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass das Strafgesetzbuch nur nebensächlich Gewalt zwischen Menschen ahndet. Allein die Schutzparagraphen für Staat und öffentliche Ordnung sind mehr als alle Gewaltparagraphen selbst unter Einrechnung der unklaren Fälle vorhanden. Eigentum und Markt sind durch ca. dreimal mehr Paragraphen geschützt als Paragraphen gegen klare Formen von Gewalt.

Quelle: 2. Polizeidokumentation, www.polizeidoku-giessen.de.vu

1. Gewalttaten gegen Menschen = 23 Paragraphen (7,3%)

– Gegen die sexuelle Selbstbestimmung:
  174-181a und 182 = 15 Paragraphen
– Gegen das Leben und die Gesundheit:
  211-231 = 23 Paragraphen, 340 = 1 Paragraphen
– Freiheitsberaubung 234-239b = 7 Paragraphen

2. Unklar, d.h. auch gewaltförmiges Verhalten in Kombination mit anderem möglich = 57 Paragraphen (18,0%)

– Nötigung u.ä.: 239c-241 = 3 Paragraphen
– Raub, Erpressung u.ä.: 249-256 = 7 Paragraphen
– Massive Sachbeschädigung mit Gefährdung von Menschen:
  306-323c = 34 Paragraphen
– Umweltdelikte: 324-330d = 13 Paragraphen

3. Rest = 236 Paragraphen (74,7%)

3.1 Schutz von Staat und öffentlicher Ordnung = 87 Paragraphen (27,5%)
– Gegen Staaten/den Staat und staatliche Abläufe (Wahlen ...):
  80-121 = 65 Paragraphen
– Gegen die öffentliche Ordnung: 123-145d = 25 Paragraphen

3.2 Schutz von Eigentum, Wirtschaft, Markt, Profit = 66 Paragraphen (20,9%)
– Geldverkehr: 146-152a = 8 Paragraphen
– Wirtschaftliche/materielle Taten: 242-248c = 10, 257-262 = 8,
  263-266b = 10, 283-283d = 5, 284-297 = 13, 298-302 = 5,
  303-305a = 7 Paragraphen

3.3 Gegen nicht normgerechtes Verhalten = 56 Paragraphen (17,7%)
– Falschaussage u.ä.: 153-163 = 9 Paragraphen
– Gegen Normen u.ä.: 164-165 = 2, 166-168 = 3,
  169-173 = 5, 267-282 = 15 Paragraphen
– Straftaten im Amt: 331-358 (außer 340) = 22 Paragraphen

3.4 Sonstiges = 27 Paragraphen (8,6%)
– Sonstige Regelungen um Gewalttaten:
  181b-184c (außer 182) = 8, 241a = 1 Paragraph
– Nichtgewaltförmige Delikte gegen Menschen: 185-206 = 18 Paragraphen

Mehr Infos : www.projektwerkstatt.de/antirepression und www.weggesperrt.de.vu.

Das Knast-Regime

Ein genauerer Blick auf den Vollzug von Strafe ist wichtig, denn er bestätigt die theoretische Analyse der Wirkung von Strafe und Autorität im Praktischen. Deutlich sichtbar wird: Knäste dienen nicht dem Abbau von gewaltförmigen Verhalten zwischen Menschen, sondern fördern das Gegenteil. Die Strukturen in Gefängnissen sind sehr gezielt danach aufgebaut, zwischenmenschliche Gewalt zu stärken und Solidarität zu brechen. Beispiele:

★ Hierarchie und Selbstkontrolle: Innerhalb des Gefängnisses wird der Aufbau selbstkontrollierbarer Hierarchien gezielt gefördert. Die Gefangenenvertretung darf zwar gewählt werden, dient aber vor allem der Weitergabe von Anweisungen der Knastleitung an die Gefangenen. Unzufriedenheit wird gebündelt und kanalisiert. Immer wieder werden Gefangenenvertretungen, die sich für Gefangene solidarisch einsetzen, in andere Knäste verlegt. Im Arbeitsprozess des Gefängnisses werden ebenfalls Hierarchien gezielt geschaffen. Jeder Arbeitstrupp hat in der Regel einen Vorgesetzten, der selbst Gefangener ist. Dieser erhält Vergünstigungen, wenn seine Arbeitsgruppe gute Ergebnisse bringt und sich normiert verhält. Die einzelnen Arbeiter wiederum erhalten Vergünstigungen, wenn ihr Vorarbeiter über sie Positives bei der Knastleitung berichtet. So hält sich dieses System ständig selbst aufrecht – solidarischer Protest gegen das Unterdrückungsregime des Knastes findet kaum statt.[3]

★ Dauerkontrolle und Normierung: Der Knast ist neben ähnlichen Einrichtungen wie Zwangspsychiatrie oder Abschiebelager die am meisten kontrollierte Zone der Gesellschaft. Hier geschieht fast nichts ohne möglichen Einblick von außen. Der Austausch mit dem Umfeld ist auf eine Besuchsstunde pro Monat reduziert und auch dort beobachtet. Briefe werden in der Untersuchungshaft kontrolliert, auch im Strafvollzug kann das veranlasst werden. Was nicht erwünscht ist, kommt nicht durch – z.B. viele politische oder kritische Bücher und Zeitschriften. Die standardisierten Tagesabläufe normieren das Verhalten. Kreativität und Selbstbestimmung sind auf ein Minimum reduziert, sie werden als Störung bewertet und geahndet. Die Gefangenen sind weitgehend Objekte des Knastregimes. Verbesserungen ihrer Lage sind nur über eine Anpassung an die Verhältnisse und ein Einschleimen bei den allmächtigen Knastapparaten möglich.

★ Förderung von Rassismus und Sexismus: Innerhalb von Knästen sind die dortigen Insassen stark vereinzelt und isoliert. Verbindungen entstehen beim Hofgang, in den wenigen Gruppenprozessen (Sport u.ä.) sowie außerhalb des Knastes. Sie sind stark nationalstaatlich bis

3 Quellen: Siehe oben genannte Bücher und Internetseiten zum Strafvollzug.

ethnisch orientiert, d.h. innerhalb eines Gefängnisses stellen die verschiedenen Nationalitäten auch die knastinternen Gruppen. Die Führungspersonen der jeweiligen nationalen Gruppen integrieren neue Häftlinge ihrer Nationalität mit erheblichem Zwang in die Struktur. Den Knastleitungen ist diese Organisierung recht, bedeutet sie doch eine hohe Kontrollierbarkeit der Insassen. Diese sind in die nationalen Strukturen eingebunden, Aggressionen richten sich oft gegeneinander – ständig verbunden mit rassistischen Orientierungen. Die Knastleitung muss nur ihr Verhältnis zu den Führungspersonen regeln, die oft privilegiert werden, um Widerstand gegen das Knastregime zu schwächen. Ebenso akzeptiert sind sexistische Orientierungen. Diese wirken sich im Knast z.B. in Form sexualisierter Übergriffe aus und prägen die geführten Debatten sowie das Denken der Personen stark. Wer im Männerknast aus unterschiedlichten Gründen (z.B. das Zeigen von Schwäche oder homosexuelle Neigungen) nicht dem prägenden Typ mackeriger Männlichkeit entspricht, muss mit verbalen Erniedrigungen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen oder Vergewaltigungen rechnen.

★ Zerschlagung von Solidarität: Solidarisches Verhalten ist im Knast nicht erwünscht. Die bereits genannten Mechanismen erzeugen Spaltungen und gegenseitigen Hass. Kommt es zu Solidarisierung unter Gefangenen, wird diese strikt unterbunden. Wenn sich ein Gefangener für einen anderen einsetzt z.B. gegen die Repression durch Gefängniswärter, reagiert die Knastleitung oft mit der Verlegung eines der beiden in ein anderes Gefängnis. Sie wollen keine Strukturen der Selbstorganisierung zulassen, die sich gegen das Knastregime richten könnten.

★ 1/2-Euro-Jobs und Ausbeutung: In Knästen werden Gefangene dahingehend beeinflusst, dass sie bereit sind zu arbeiten. Zudem empfinden viele Arbeit als Abwechslung zum monotonen, isolierten Dasein in der Zelle. Für eine mit etlichen Bevorzugungen verbundene Verlegung in den offenen Vollzug ist Arbeit sogar erzwungen – an einem externen Arbeitsplatz oder im Binnendienst (Putzen, Gärtnern, Kochen ...). Im geschlossenen Vollzug wird die Bereitschaft zur Arbeit mit weiteren Vergünstigungen belohnt. Die Bezahlung der Arbeitenden ist sehr gering und wird auf dem knastinternen Guthabenkonto verbucht und kann auch nur bei den vom Knast vorgesehenen Einkaufsstellen ausgegeben werden.

★ Interne Logik von Belohnung und Bestrafung: Haft ist bereits eine Strafe. Um ein gewünschtes Verhalten im Knast zu erreichen, werden Strafe und Belohnung in einem durchdachten System eingesetzt. Vergünstigungen im Strafvollzug können Zugang zu Sportgruppen, Ge-

fangenenbibliothek usw. sein, aber auch Wochenendausgang oder vorzeitige Entlassung auf Bewährung (üblich nach 2/3 der Gesamthaftzeit). Bei Fehlverhalten werden solche Vergünstigungen gestrichen. Als Strafe im Knast wäre all das zu betrachten, was den gewöhnlichen Strafvollzug verschlimmert. Hierzu gehören unfreiwillige Einzelhaft oder die nicht selbstgewählte Zusammenlegung mit Häftlingen, die als Bedrohung empfunden werden (z.B. als Einschüchterung für Nicht-Deutsche oder „Linke"). Der tägliche Hofgang kann gestrichen werden. Zudem ist es möglich, Häftlinge in Isolationshaft zu setzen, wo er bzw. sie keinen Kontakt mehr zu anderen Menschen außer den VollzugsbeamtInnen und dem eigenen Rechtsanwalt hat. Das kann über Jahrzehnte verfügt werden. Den Höhepunkt stellt die Einweisung in den knastinternen sog. „Bunker" dar. Das ist eine Zelle, die in der Regel 24 Stunden beleuchtet ist, aber keine Fenster hat sowie keine Möblierung. Bis zu vier Wochen können Häftlinge in diese Zelle eingewiesen werden, um vermeintliches Fehlverhalten im Knast zu bestrafen. Oft sind die videoüberwachten „Bunker" einheitlich hell gekachelt und die Häftlinge haben wenig oder keine Kleidung an. Warum die „Bunker" nicht als Folter gelten, ist unbegreiflich – die meisten Menschen, die Knäste als Anstalten zum Zwecke sicheren Lebens ansehen, sind über solche Knastpraxis gar nicht informiert. Vielmehr prägen Presseartikel über hotelähnliche Zustände von Gefängnissen die Propaganda – Lügen im Interesse einer autoritären Durchdringung von Gesellschaft.

★ Ausschluss und Isolation: Menschen auszusondern in Sonder-Verhaltens-Zonen wie Knäste, Erziehungsheime und geschlossene Psychiatrie setzt voraus, dass Normalität als identitärer Rahmen mit der Fiktion von Gleichheit gedacht wird. Die Konstruktion von Gesellschaft als Einheit, z.B. im der Produktion von „Volk" mit einem Innen und Außen, dem Dazugehören und dem Ausgestossensein schafft nicht nur in der Form der Strafe, sondern auch insgesamt einen anti-emanzipatorischen Diskurs, in dem Selbstbestimmung und Vielfalt keine Basis haben.

★ Die behauptete Wirkung einer Haftstrafe unterbleibt auch deshalb, weil Menschen grundsätzlich dazu neigen, über eine Projektion ihre jeweiligen Lebensumstände als für sie sinnvoll und erträglich zu empfinden. Sie schaffen sich Theorien, warum die jeweilige Lebenslage unveränderbar, nur übergangsweise oder irgendwie notwendig ist, um sich darin einzurichten. Sie rationalisieren ihre alltäglichen Lebensumstände, um nicht ständig an ihnen zu verzweifeln. Das trifft nicht nur für Strafgefangene, sondern auch für die meisten Hausfrauen, ArbeitsnehmerInnen, SchülerInnen usw. zu, die das Elend ihres von

> Zwängen geprägten Daseins mit einer Vielzahl von Projektionen kompensieren. Es entsteht Geborgenheit in der jeweiligen Lebenslage durch die Projektionen, die dem Menschen suggieren, am „richtigen Ort“ zu sein. Widerständigkeit gegen die jeweilige Lage flacht dadurch ab, das Gefängnis verliert jegliche Abschreckung.

Die negative Wirkung von Gefängnissen ist auch aus vielen Studien herauszulesen. Anfang 2004 veröffentlichte das Bundesjustizministerium eine langjährige, umfangreiche statistische Auswertung zum Zusammenhang von Härte der Bestrafung und Wahrscheinlichkeit des Rückfalls, d.h. der Fortsetzung oder sogar Steigerung der Kriminalität. Das Ergebnis war eindeutig: Je härter die Strafe war, desto wahrscheinlicher wurde der Rückfall. Menschen, die Einstellungen oder Bewährungsstrafen erhielten, wurden seltener erneut straffällig wie solche, die eingesperrt wurden. Die Studie[4] wurde politisch nicht weiter diskutiert, die offizielle Politik agiert weiter mit einer Propaganda der Angst und den Lügen über Trends zunehmender Straftaten.

Angesichts dieser Sachlage stellt sich die Frage, warum Knäste überhaupt aufrechterhalten werden. Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Seitens der Herrschenden wird über die Bedeutung und Wirkung von Gefängnissen meist gelogen. Da den Innen- und JustizministerInnen, KnastleiterInnen und RichterInnen die Berichte, Gutachten und Zahlen über Gewalttätigkeiten im Knast und die Rückfallquoten auch bekannt sind, ist davon auszugehen, dass sie bewusst die Unwahrheit sagen und die wahren Wirkungen von Strafe und Knast verklären wollen. Ziel ist die Aufrechterhaltung eines Mythos – nämlich dem, dass der demokratische Rechtsstaat dem Wohl der Menschen dient und das friedliche Zusammenleben zwischen den Menschen erst schafft, das ohne die regelnde Hand des Staates nicht funktionieren würde. Schon herrschaftstheoretisch ist absurd, dass Gewaltförmigkeit zwischen Menschen abnehmen soll, wenn einige Menschen mehr Handlungsmacht bekommen. Beim konkreten Blick auf die fatalen Wirkungen von Strafe und Knast wird noch viel stärker deutlich, dass es hier um Propaganda geht – ja um die virtuelle Konstruktion einer gerichteten Wahrnehmung von Gesellschaft im Interesse der jeweils Herrschenden. Das ist auch die Logik im Film „Matrix“ – nur diesmal in der Realität. Die Wirkungen von Strafe und Knast sind schlicht vorgegaukelt, sie finden tatsächlich nicht statt. Die Wirklichkeit hinter den Mauern ist brutal. Gerichte sind keine Horte von Gerechtigkeit, sondern mit Autorität aufgeladene Hochburgen der Herrschaftsausübung, wo fast alle Beteiligten zu schutzlosen Objekten des Selbstbezugs von Justiz werden. Diese Scheinwelt aufrechtzuerhalten, ist das Ziel. Das steht in

4 Quelle: www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Justiz-und-Recht/Nachrichten-,715.600306/pressemitteilung/Bundesjustizministerium-legt-u.htm, Bericht dazu u.a. in der Frankfurter Rundschau vom 29.3.2004 (S. 4)

der Tradition der Sonnenkönige, des Papsttums – kurz aller Herrschaftssysteme, in denen es immer darum ging, eine bestimmte Wahrnehmung der Welt herbeizuführen, um die tatsächlichen Interessen der Herrschenden zu verschleiern. Die sind nämlich platt: Herrschaft, Kontrolle, Ordnung in ihrem Sinne, Profit und mehr.

Parallelen

Gefängnisse schaffen bzw. verstärken die Probleme, die sie lösen sollen. Das ist offensichtlich. Ebenso sichtbar ist aber auch, dass in dieser Logik noch viele andere scheinbare Lösungen gesellschaftlicher Probleme liegen – und sehr unterschiedliche Kreise immer wieder der Verlockung der Strafe als scheinbare Lösung verfallen.

★ Vielfach wird eine härtere Bestrafung für FaschistInnen gefordert, obwohl weitgehend bekannt ist, dass Knäste zu den wichtigsten Rekrutierungsorten für zukünftige Nazis gehören. Wenn Antifas, „aufständige Anständige" oder andere mehr Polizeigewalt oder höherere Strafen für Nazis fordern, setzen sie sich dafür ein, dass es mehr Nazis gibt. Das ist ihnen nicht bewusst, sondern sie lassen sich täuschen von der Propaganda eines Systems, dass Strafe als notwendig und emanzipatorisch darstellt. Zudem zeigt das eine ausgesprochen oberflächliche Analyse gesellschaftlicher Bedingungen – in bürgerlichen wie in „linken" Kreisen weit verbreitet.

★ Auf internationaler Ebene wird Recht und Rechtsstaatlichkeit seit einigen Jahren als Alternative zu Krieg genannt. Internationale Gerichtshöfe oder gar Weltregierungen sollen Konflikte lösen. Doch Gerichte und Regierungen sind Institutionen der Macht. Was sie entscheiden, ist nur anders legitimiert – umgesetzt wird es von militärischer Gewalt. Bei einer Welt-Rechtsstaatlichkeit würde diese nur in „polizeiliche Gewalt" umbenannt.[5] Der absurde, ewige Teufelskreis um Anklage, Verurteilung, Bestrafung usw. würde praktisch ständige Einsätze von Polizei und Militär sowie die immer weitergehende autoritäre Aufladung der Welt bedeuten. Das Ergebnis wäre damit das Gegenteil von dem, was als Ziel vorgegeben wird. Auch für internationale Institutionen der Macht gilt immer: Sie schaffen und verstärken die Probleme, für deren Lösung sie scheinbar da sind. Wiederum fehlt allen, die solche Forderungen aufstellen, eine tiefgehende gesell-

5 Solche Forderungen haben aktuell auch mit dem Machtkampf zwischen USA und EU zu tun. Die europäischen Staaten können sich dank ihrer größeren Stimmzahl und ihrer besseren Kontakte zu den Nicht-Industriestaaten eine Stärkung ihres Einflusses auf das weltweite Geschehen erhoffen, wenn internationale Institutionen geschaffen werden. Ähnlich den USA mit ihrer Neigung zu außenpolitischen Alleingängen können sie mangels militärischer Stärke nicht handeln.

schaftliche Analyse. Große Teile der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegung sind davon erfasst.

Ähnlichkeiten

Dieser Text handelt vor allem von Strafe und Knast. Strafe oder ihre Androhung treten in vielen Bereichen des Lebens auf und sind ein notwendiger Bestandteil autoritären Handelns. Justiz und Knast sind die auf den Alltag und die gesamte Breite von Gesellschaft wirkenden Formen von Strafe, ihr Drohpotential entfaltet sich in allen Lebenslagen. Es sind aber bei weitem nicht die einzigen Formen von Strafe. Fast jede Situation hat ihr eigenes Arsenal an verhaltenskonditionierenden Mitteln, sei es eine Behörde, die Familie, ein Verein, eine Firma oder Bildungseinrichtungen.

Eine besondere Ähnlichkeit mit dem Knast stellen alle Orte dar, zu denen Menschen unfreiwillig verbracht werden, um ein genormtes Verhalten zu erzwingen. Viele der genannten gehören bereits dazu, z.B. Schule oder Familie, wohin Minderjährige auch mit polizeilicher Gewalt gebracht werden – auch dann, wenn die Strafmechanismen sie dort hart treffen. Einige Orte wirken wie der Knast auf den gesamten Lebensalltag, d.h. sie reglementieren 24 Stunden pro Tag. Interessant ist der Blick auf die Zwangspsychiatrie. Menschen werden dorthin in vielen Fällen ohne ihre Einwilligung gebracht – sehr ähnlich der Inhaftierung. Die Zwangswirkung ist sogar noch größer, weil in vielen Fällen eine unfreiwillige Medikamentierung, z.B. mit Beruhigungsmitteln erfolgt. Der davon betroffene Mensch verliert nicht nur die physische Selbstbestimmung, sondern zudem die Fähigkeit, den erlittenen Zwang als solchen klar wahrzunehmen, zu verarbeiten und zu analysieren. Ähnlich den mit Strafe und Knast bedrohten Verhaltensnormierungen soll Psychiatrie insgesamt das normale vom „verrückten“ Denken und Empfinden trennen, um eine Norm durchzusetzen. Während das Recht als Errungenschaft der Menschheit und demokratischer Fortschritt verklärt wird, präsentiert sich die Psychiatrie im wissenschaftlichen Gewand. Hinter beiden stehen Herrschaftsinteressen, Verhalten wird deren Anforderungen entsprechend normiert.

Steigerungen und Kombinationen

Strafe ist steigerbar. Innerhalb des Systems von Strafe und Kontrolle existieren wieder Strafsysteme. So werden Menschen mit Haftstrafen bedacht, die sich an die gegebenen Normen nicht angepasst haben. Innerhalb des Gefängnisses greift diese Logik neu, d.h. in der Straf gibt es abgestufte Sy-

steme, wie Menschen bestraft werden, die bei ihrer Strafverbüßung andere Verhaltensweisen zeigen als dabei vorgesehen sind. Diese Phänomen tritt auch innerhalb anderer Normierungssysteme der Gesellschaft auf.

Hinzu kommen Kombinationen verschiedener Strafsysteme. Wer von einer Haftstrafe oder auch nur einer Polizeimassnahme betroffen ist, erhält normierende Forderungen aus dem sozialen Umfeld, verliert seine materielle Existenz, FreundInnen usw. Kombinationen sind auch im Strafsystem selbst wirksam. Der Ausbau der Privatknäste verknüpft Straflogiken mit Wirtschaftlichkeit, was den Druck auf die Betroffenen potenziert. Privatfirmen, die Knäste betreiben, haben zudem ein wirtschaftliches Interesse an hohen und vielen Haftstrafen – das sichert Profit. Sie werden mit ihren umfangreichen, weil per Geld getragenen Mitteln, Lobbyarbeit für mehr Strafe und härtere Urteil machen.

2 Die Utopie: Ohne Knast und Strafe!

Für eine herrschaftsfreie Utopie muss ebenso wie in der herrschenden Gesellschaft die Frage nach dem Umgang mit gewaltförmigem Verhalten beantwortet werden. Es geht im emanzipatorischen Sinn darum, solches Verhalten zwischen Menschen möglichst weit zu verringern. Zum gewaltförmigen Verhalten gehört auch die Androhung von Gewalt. Für das Ziel der ständigen Verringerung von Gewalt und Bedrohung gibt es eine Vielzahl von Strategien, aber – wie in jeder anderen Gesellschaftsformation auch – kein Patentrezept. Vielmehr geht es um viele Mechanismen, die gewaltförmiges Verhalten abbauen, d.h. immer seltener werden lassen. Jede Verbesserung gegenüber der herrschenden Situation ist dabei Motiv genug, diese Veränderungen auch zu wollen. Ein Paradies der totalen Gewaltfreiheit ist bislang weder beschrieben worden noch angesichts der aus spontanem Streit, Ärger und Frustration entstehenden Neigung zu Gewalt zu erwarten. Dennoch ist ein Szenario beschreibbar, wie zunächst die Herausnahme von autoritären Strukturen die Zahl der Gewalttaten deutlich verringert. Für den verbleibenden Rest bilden direkte und soziale Intervention die Mechanismen des Umgangs. Sie verringern die Gewaltorientierung weiter, so dass am Ende eine Utopie straffreier Gesellschaft sichtbar wird, in der bedeutend weniger Gewalt zwischen Menschen vorkommen wird. Die verbleibenden Einzelfälle sind kein Grund, viel mehr andere Gewalttaten und die sie fördernden Strukturen und Handlungen eines autoritären Staates weiterhin zu dulden. Eine straffreie Gesellschaft ist möglich!

Keine Strafen für Nicht-Gewalttaten

Die überwältigende Mehrzahl aller Strafparagraphen des Strafgesetzbuches sanktioniert nicht gewaltförmiges Verhalten zwischen Menschen, sondern andere nicht gewollte Verhaltensweisen. An der Spitze stehen dabei Taten gegen den Staat und die öffentliche Ordnung (27,5 Prozent) sowie solche gegen Eigentum und Marktwirtschaft (20,9 Prozent, siehe Tabelle Seite 124 f.). Wer für solche oder andere Straftaten kriminalisiert wird, kommt in den Strudel von Kontrolle und gewaltfördernden Strukturen, d.h. Strafen für Nicht-Gewalttaten sind der Einstieg in die gewaltförmige Kriminalität – nicht die Straftat selbst, sondern die Bestrafung! Darum sollte die Bestrafung nichtgewaltförmiger Taten grundsätzlich aus Freiheitsentzug und dessen Androhung (Bewährung, Vorstrafe) herausgehalten werden.

Strafe und Knast beenden

Dieser Punkt geht weiter, ist aber eine logische Konsequenz aus der Wirkung von Strafe und Knast. Wenn beide das gewaltförmige Verhalten von Menschen verstärken, ist ihr ersatzloser Wegfall bereits ein Fortschritt – selbst wenn keine Alternative aufgebaut würde, was aber geschehen sollte. Schwierig wäre allein der Umgang mit den Menschen, die zur Zeit im Knast sitzen und aufgrund ihrer Haft lange isoliert und ohne soziales Umfeld leben. Hier wären gesonderte Unterstützungsprogramme zu starten, um Selbstorganisierungsprozesse und soziale Integration zu erleichtern, d.h. tatsächlich wäre als Weg fort von Knästen eine Reihe von einzelnen Schritten möglich, die schließlich mit der Schließung der Gefängnisse verbunden werden. Dazu gehören die Entkriminalisierung von Nicht-Gewalttaten, der Stopp neuer Inhaftierungen für solche Delikte und schließlich die allmähliche Schließung der Haftanstalten mit begleitenden Übergangsprogrammen für die Inhaftierten.

Alles beenden, was Herrschaft und gewaltförmiges Verhalten fördert

Knast und Strafe sind nicht die Einzigen, die gewaltförmiges Verhalten fördern. Die Menge gesellschaftlicher Strukturen, auf die das zutrifft, ist sehr groß. Genau darin liegt aber eine Hoffnung, denn die Herausnahme solcher Mechanismen kann bedeutende Verbesserungen schaffen. Experimente gesamtgesellschaftlicher Art hat es dazu noch nicht gegeben oder sie sind nicht überliefert. Allerdings spricht die Beobachtung im Kleinen dafür, dass gewaltförmiges Verhalten dort nachlässt, wo Autorität heraus-

genommen wird. Das würde Veränderungen in vielen Bereichen sinnvoll machen:

★ Lernen und Aufwachsen in Zwangsstrukturen: Schule, Universität, aber auch Familien, Kindergärten usw. sind durchzogen von autoritären Strukturen und Verhaltensweisen. Kinder wachsen in einer von Zwängen und Verhaltensregelungen durchzogenen Welt auf. Zudem werden sie fast permanent mit direkter Gewalt und anderen Maßregelungen bedroht oder müssen diese tatsächlich erleiden. In diesen Strukturen ist es subjektiv funktional, selber die Ellbogen auszufahren und sich verbal oder unter Einsatz körperlicher Gewalt durchzusetzen. Die Auflösung von Zwangsstrukturen einschließlich der Zwänge aufgrund der Ausweglosigkeit aus der konkreten Familie, Schule usw. stellt ein ungeheures Potential zur Überwindung autoritärer Orientierung von Menschen dar. Wenn Kinder in offenen, nicht herrschafts- und gewaltförmigen Milieus aufwachsen, die Alternativen dazu als Alltag erleben und erlernen, kann sich viel verändern und neu einüben im zwischenmenschlichen Umgang.

★ Ehen und isolierte Zwangs-Zweierbeziehung: Viele Gewalttaten, vor allem ihre extremen Formen (Vergewaltigung, Körperverletzung, Totschlag oder Mord) geschehen in Ehen oder eheähnlichen Beziehungen. Gründe sind u.a. die Isolierung vieler Zweierbeziehungen aus dem sozialen Umfeld, so dass Interventionen und Reflexionen kaum mehr möglich sind. Zudem gibt es eine starke formalisierte Bindung, d.h. das Herauslösen ist schwierig und wirkt bisweilen unmöglich. Dadurch verzögern sich Trennungsprozesse, PartnerInnen bleiben länger zusammen als sie sozial durchstehen können. Unterdrükkungsverhältnisse oder Frustration eskalieren – sei es in Form der gewaltförmigen Fortsetzung der Unterdrückung oder ebensolcher Befreiungsversuche aus der Unterdrückung und Perspektivlosigkeit. Die Auflösung formalisierter Beziehungen könnte einen großen Teil dieser Konflikte verhindern helfen. Noch stärker würde die Ent-Isolierung wirken, wenn Menschen sich nicht nur auf einen Menschen konzentrieren, sondern ihre Träume, Wünsche und Frustrationen mit vielen austauschen. Offene Netzwerke[6] sozialer und persönlicher Beziehungen, in denen die Einzelnen sich gegenseitig unterstützen und aufeinander achten, verbessern die Rahmenbedingungen, um mit Gewalt oder Diskriminierung umzugehen und diese abzubauen.

★ Polizei: Strafe und Knast verstärken die Neigung zu gewaltförmigen Verhaltensweisen. Dazu gehört auch die Polizei, denn Kontrollen, Hausdurchsuchungen und polizeiliche Inhaftierungen gehören zum Komplex der Strafe. Zudem ist die Polizei selbst der gewalttätigste Teil

6 Espi Twelve (2005): Beziehungsweise frei. Reiskirchen: Selbstverlag.

der Gesellschaft. Nirgendwo anders werden so oft Menschen gefesselt, zu Boden geworfen, ihrer Freiheit beraubt, körperlichem Zwang ausgesetzt, geschlagen mit Faust oder Knüppel, mit Tränengas beschossen oder mit Wasserdruck weggeschleudert wie bei Einsätzen der Polizei. Was ansonsten als „gefährliche Körperverletzung" mit heftigen Strafen (Schlagen mit einem Knüppel) gelten würde, ist seitens der Polizei eine akzeptierte, durchschnittliche Verhaltensweise. Das Wissen um die Straffreiheit beruflich ausgeübter Gewalt, die Bevorzugung von PolizistInnen als ZeugInnen vor Gericht und der interne Druck einer männlich-mackerig orientierten Sozialisierung in der Polizeitruppe senkt bei PolizeibeamtInnen die Hemmschwelle zur Ausübung direkter Gewalt zusätzlich.

★ Die Existenz der Polizei wirkt aber noch darüber hinaus. Sie hat eine StellvertreterInnenrolle, d.h. Menschen neigen durch das Wissen um die dafür zuständige Polizei weniger zu eigener Intervention im Alltag. Das im bürgerlichen Sprachgebrauch als „Zivilcourage" bezeichnete Eingreifen zugunsten angegriffener Menschen unterbleibt heute fast immer und überall. Die offiziellen Verfolgungsbehörden sind nicht der einzige, aber ein Grund dafür. Die Auflösung der Polizei und das offensive Diskutieren von Interventionsmöglichkeiten Einzelner können daher einen durch die Sensibilität vieler geschützten öffentlichen Raum schaffen.

★ Eigentum und Reichtumsunterschiede: Die meisten Straftaten dienen der Aneignung des Eigentums anderer. In vielen Fällen steckt dahinter eine tatsächliche oder zumindest empfundene materielle Not oder der Neid auf den Besitz anderer. Viele Diebstähle und Einbrüche sind Umverteilungen von Orten des Reichtums zu deutlich ärmeren Menschen – das gilt selbst für professionelle Banden, die in Kaufhäusern stehlen und das Diebesgut in ärmeren Schichten oder Ländern verkaufen. Raub[7] und Raubmord sind dabei sehr selten.[8] Sie stellen die einzigen Formen gewaltförmiger Straftaten in diesem Sektor dar. Die Verringerung von Reichtumsunterschieden bis hin zur Utopie einer Gesellschaft ohne Eigentum und mit gleichberechtigtem Zugriff auf alle materiellen Ressourcen bietet große Chancen, den bedeutendsten Teil von Straftaten schlicht überflüssig zu machen. Da Diebstähle und Einbrüche die klassische Einstiegskriminalität sind und aufgrund der dann einsetzenden Kriminalisierung die Neigung zu „härteren" Straftaten wie auch Gewaltdelikten wächst, kommt der

7 Juristisch ist das der mit einem Angriff auf einen Menschen oder seiner Bedrohung verbundene Diebstahl.

8 Als Beispiel kann hier die Kriminalitätsstatistik 2003 des Polizeipräsidiums Gießen angeführt werden. Nichtgewaltförmige Diebstahlsdelikte werden dort für 2003 mit der Gesamtzahl von 29.947 angegeben, während Raub und räuberische Erpressung auf insgesamt 495 Fälle kommen.

Überwindung von Reichtumsunterschieden eine zentrale Bedeutung hin zu einem gewaltfreieren Miteinander der Menschen zu.

- ★ Patriarchale Rollenverteilung und -erwartungen: Die aktuelle Gesellschaft ist durchzogen von einer Vielzahl von Rollen und Erwartungen, die Menschen erfüllen sollen. Zentral wirksam ist die patriarchale Zurichtung auf die sozialen Geschlechter Mann und Frau. Die in den verschiedenen Rollentypen verankerten Verhaltensweisen wirken einer Gleichberechtigung entgegen und fördern auf vielfache Art herrschafts- und oft auch gewaltförmiges Verhalten. So werden Männer tendenziell zu kämpferischer Härte bis Mackerigkeit erzogen – von Eltern, im Freundeskreis, über die in Medien vermittelten Bilder, Vorbilder usw. Gleichzeitig ist die Rolle der Frau festgelegt auf eine tendenziell unterwürfige, dienende Logik. Das fördert Gewalt, zunächst von Seiten der Männer gegen Frauen, aber auch umgekehrt als Akzeptanz von Gewalt und in letzter Konsequenz als verzweifelter Befreiungsversuch gegen die patriarchale Unterdrückung.
- ★ Institutionen und kollektive Identitäten: Die höchste Gewaltbereitschaft ist da, wo Menschen institutionell in extrem autoritäre, militärische Strukturen eingebunden sind und Gewalt rechtlich abgesichert ist oder gesellschaftliche akzeptiert ist durch rassistische oder sexistische Diskurse. Das gilt innerhalb von Polizei- oder Militärapparaten, aber auch in faschistischen Zusammenschlüssen oder Hooligan-Cliquen. Befehlstrukturen oder kollektive Identitäten, die Herausbildung eines Mobs bzw. einer amorphen Masse, welche beide zur Ausschaltung von Individualität und Selbstreflexion führen, fördern Gewalttätigkeit und Brutalität. Gruppenzwang und Druck zur Anpassung führen häufig dazu, dass auch diejenigen bei der Ausübung von Gewalt mitmachen, welche diese falsch finden oder selber zu gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien neigen würden. Verstärkt wird dies insbesondere durch die Möglichkeit, aus der Anonymität der Masse heraus agieren zu können wie bei uniformierten PolizistInnen oder vollmaskierten Nazis. Auch bei vermummten Autonomen sind ähnliche Tendenzen spürbar, wenn diese als Kollektiv oder amorphe Masse handeln.[9] Rassistische Pogrome sind ein extremes Beispiel, zu was Menschen fähig sind, wenn ein Mob entsteht, in dem Nazis und jubelnde BürgerInnen zusammen agieren, d.h. kollektive Identitäten sich mit rechten Ideologien und breiter gesellschaftlicher Akzeptanz für Gewalt gegen Schwächere paart. Daher ist der Bruch mit kollektiven Identitäten, in denen die Einzelnen nicht mehr als Individuum handeln, ein wichtiger Bestandteil emanzipatorischer Politik und un-

9 Ungeachtet dessen kann Vermummung in entsprechenden Situationen durchaus sinnvoll sein kann und muss nicht zwangsläufig die genannten Effekte produzieren, wenn eine kollektive Orientierung unterbleibt.

bedingte Grundlage emanzipatorischer Organisierungsformen, die leider in vielen Fällen nicht beachtet wird.

- ★ Normierung des Konsums: Zu den vielen Normierungen des Alltags gehört die Festlegung legaler und illegaler Genussmittel. Das Betäubungsmittelgesetz verbietet einige sogenannte Drogen, während andere wie Koffein (zur Leistungssteigerung vor und während der Arbeit) und Alkohol (zur anschließenden Betäubung der Entbehrungen im Arbeitsalltag?) erlaubt sind. Diese nach Herrschaftsinteressen orientierte Strafbewährung ausgewählten Konsums fördert gewaltförmiges Verhalten zum einen darüber, dass Drogendelikte für viele der Einstieg in den Gewalt fördernden Straf- und Knastalltag sind. Zum anderen führt die Illegalisierung der Drogen zu Einschränkungen bei der Beschaffung, die wiederum die soziale Organisierung selbiger verändern, so dass Kommunikation und Gleichberechtigung zurückgehen, während Dominanz und Durchsetzungsfähigkeit gefördert werden. Alle Strafparagraphen bezüglich Drogenkonsum sind daher aufzuheben.
- ★ Grenzen oder AusländerInnenrecht: Etliche Gesetze und Sicherheitsregimes führen sehr direkt zur Kriminalisierung von Menschen. Sie leiten daher Karrieren unter dem Banner von Strafe und Knast ein. Hierzu gehören die Grenzregimes der Nationalstaaten und die speziellen AusländerInnengesetze, die die freie Bewegung und den Zugang zu überlebenswichtigen Ressourcen von den betroffenen Menschen abschneiden. Es ist daher kein Wunder, dass sich viele illegal bewegen und versorgen. Das bringt sie unter Strafe, wodurch der Teufelskreis der Kriminalisierung und oft auch zunehmenden Neigung zu Gewalt beginnt. Nicht die Menschen, sondern das AusländerInnenrecht sowie die unmenschlichen Grenzen sind der Grund für einen Teil der Gewalt in der Gesellschaft. Wer mit Kriminalitätsstatistiken Nicht-Deutsche diffamiert, übersieht diesen Zusammenhang und macht aus den Opfern TäterInnen – meist bewusst und gezielt, um die ohnehin Ausgegrenzten noch weiter zu kriminalisieren und von den Widerlichkeiten des Rechtsstaats abzulenken. Grenzen und AusländerInnenrecht werden in einer straffreien Utopie fehlen und sollten auch in der jetzigen Gesellschaft möglichst schnell überwunden werden.
- ★ Obrigkeit und Staat: Ein großer Teil der Strafgesetze schützt den Staat, seine Symbole, Geheimnisse und AmtsträgerInnen. Dadurch geraten viele kritische Menschen in die Mühlen der Justiz, wo sie der Beeinflussung hin zu mehr gewaltförmigen Verhaltensweisen unterworfen werden. Der Staat hat aus herrschaftskritischer Perspektive keinen Selbstzweck. In einer herrschaftsfreien Utopie gibt es ihn

nicht. Auf dem Weg dahin sind alle Handlungen gegen die Strukturen und Symbole des Staates straffrei zu stellen. AmtsträgerInnen sind wie alle Menschen vor Gewalt zu schützen, jedoch sollte es keine strafrechtlichen Privilegien geben.

★ Propaganda, Neid und Hass: Schließlich wird Gewalt gefördert durch eine Propaganda, die Menschen gegeneinander aufhetzt – seien es sozial („Schmarotzer", „Penner" usw.) oder nach sog. Ethnien konstruierte Gruppen („Ausländer raus" usw.). Berichte von sich bereichernden, gewalttätigen oder gierigen Menschen in Zusammenhang mit deren Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen oder Nationalitäten zu stellen, fördert Hass und Neid, die schnell in Gewalttätigkeit umschlagen können. Dabei stellen Nationalität oder gar „Rasse" soziale Konstruktionen dar, die durch beständige Zuschreibungen scheinbar einheitliche Gruppen erfinden, auf die Unmut und Hass projiziert werden[10]. In einer herrschaftsfreien Gesellschaft gibt es keine Nationen, abgrenzbaren Ethnien und Reichtumsunterschiede. Bis dahin sollte Aufklärung an die Stelle von Hetze und Verklärung treten.

Auf dem Weg in eine straffreie Welt überwindet Emanzipation in den genannten und weiteren Feldern einen erheblichen Anteil an den Ursachen von Gewalt zwischen Menschen. Das genau ist das Ziel. Die Zahl von Gewalttätigkeiten wird durch die Veränderungen erheblich zurückgehen. Daraus folgt, dass eine straf- und herrschaftsfreie Gesellschaft selbst dann schon als sinnvoll erscheint, wenn keine Alternative zu Strafe entwickelt ist. Für die verbleibende Menge gilt dann, dass eine weitere Verringerung und der Umgang mit den noch geschehenden Gewalttaten durch direkte und soziale Intervention erfolgt.

Ständig weiter: Immer wieder genau hingucken!

Die beschriebenen Faktoren der Förderung gewaltförmigen Verhaltens stellen keine vollständige Liste dar. Vielmehr ist wichtig, ständig darauf zu achten, wo Logiken und Strukturen verbleiben, die Gewalt oder ihre Ursachen fördern. Sie zu entdecken, zu demaskieren und dann zu überwinden, ist ein ständiges Projekt in der Dynamik einer straffreien Welt inklusive des Weges dahin.

10 Espi Twelve: Hey, eurem Rassismus fehlt der Funk. www.free.de/schwarze-katze/pirat/grulture/race.html

Streit und Konflikte offensiv organisieren

Viele Formen von Gewalt entstehen aus Konflikten heraus, die nicht gelöst werden und eskalieren. Gewalt kann daher verhindert werden, wenn innerhalb der Gesellschaft und aller Gruppen, in denen Menschen zusammen agieren, offensiv Formen und Orte des Streitens organisiert werden. Wo Konflikte auftreten, sollten diese weder unterdrückt oder in die Privatsphäre abgedrängt noch künstlich harmonisiert werden, sondern offensiv in gleichberechtigte und kommunikative Formen gebracht werden. Das hat sogar noch einen weiteren guten Grund: Konflikte können ein Antrieb für den Prozess zu neuen Ideen sein, wenn sie sich entfalten hin zu einer Streitkultur, in der nicht mehr der Sieg über die KontrahentInnen, sondern Erfahrungsaustausch, gegenseitiges Verstehen, eigenes Weiterdenken oder die Entwicklung von Lösungen zum Ziel werden. Solche Streitorte zu schaffen und das offene Streiten einzufordern, kann eine Entwicklung in gewaltförmige Konfliktaustragung verhindern.[11] Sie ist nicht nur Aufgabe der Streitenden, sondern auch der Umstehenden eines Streits.

Direkte und soziale Intervention im Vorlauf der Gewalt

Wenn alles Beschriebene geschehen ist, wird trotzdem noch gewaltförmiges Verhalten bleiben. Die Menge ist deutlich reduziert – wie stark, ist reine Spekulation. Aber die Aussicht der Verringerung reicht als Begründung, diese herrschaftsfreie Gesellschaft zu wollen. Dennoch bleiben Möglichkeiten, auch die verbleibende, also nicht durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen verursachte Gewalt zu stoppen, ohne wiederum Herrschaft und Strafe aufzubauen, denn diese würde wieder alles verschlimmern.

Das stärkste Mittel der Intervention ist die direkte Kommunikation der Menschen untereinander. Dieses gilt zum einen in der Debatte über Gewalt, Diskriminierung und Herrschaft insgesamt, zum anderen aber auch im Umgang mit potentiellen TäterInnen. Die allgemeine Debatte erhöht ständig die Sensibilität für die Anbahnung von Gewalt, um eine Intervention nach Möglichkeit schon im Vorfeld zu ermöglichen. Tatsächlich haben fast alle Gewalttaten einen deutlichen Vorlauf, z.B. Schlägereien den verbalen Streit, Morde die langsame Eskalation von Wut und Hass sowie Vergewaltigungen vorausgehende Grenzüberschreitungen, die vom Umfeld übersehen oder geduldet werden. Der Vergewaltiger, der ein ihm unbekanntes Opfer in den Busch zieht, ist ebenso die Ausnahme wie

11 Projektgruppe HierarchNIE: Fliegende Fetzen - Emanzipatorische Streitkultur und die Steine im Weg dahin. HierarchNIE-Reader, S.10-12 (www.hierarchnie.de.vu)

der Mörder, der willkürlich ihm unbekannte Personen mordet. Ausnahmen in beiden Fällen gibt es nur beim Militär[12]. Fast alle Gewalt geschieht unter Bekannten oder zumindest nicht innerhalb anonymer Situationen. Daher besteht immer die Möglichkeit, mittels direkter Intervention eine weitere Eskalation zu verhindern – in der Regel vor der Anwendung von Gewalt und meist auch noch vor starken Übergriffen. Die soziale Intervention thematisiert das. Intervention setzt Übung und Reflexion voraus, zudem Sensibilität für die Situationen. Die Menschen interessieren sich füreinander und mischen sich in ihre Angelegenheiten ein, wenn sie herrschafts- oder gar gewaltförmiges Verhalten zu entdecken meinen. Der Irrtum ist eingeschlossen, aber auch den schafft die direkte Kommunikation eher aus dem Weg als formalisierte Verfahrensweisen.

Wenn Menschen sich immer wieder direkt ansprechen und hinterfragen, sinkt die Menge der tatsächlichen Gewalttaten weiter. Die direkte Kommunikation hat dabei nicht nur die Chance, einen konkreten Prozess zu stoppen, sondern auch eine grundlegenden Veränderung bei der angesprochenen bzw. auch weiteren beteiligten Personen zu erreichen. Kommunikation führt zu Reflexion und eigenem Hinterfragen. Wenn im Vorfeld oder nach einem Übergriff die/der TäterIn von vielen anderen Menschen angesprochen und eine klärende, hinterfragende, kritische bis harte Debatte erbeten oder eingefordert wird, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich Verhalten ändert, ungleich höher als bei Strafe.

Die Unterscheidung zwischen direkter und sozialer Intervention ist fließend. Mit den beiden Begriffen soll deutlich gemacht werden, dass beide Prozesse eine Rolle spielen – zum einen das direkte Einmischen in der Situation und gegenüber den direkt Beteiligten, zum anderen die allgemeine Auseinandersetzung mit Gewalt und Dominanz, das Training von Intervention und das Drängen hin zu nicht herrschaftsförmigen Verhaltensweisen überall, u.a. dort, wo gewaltförmiges Verhalten noch auftritt. Soziale Intervention umfasst auch das Thematisieren allgemein herrschaftsförmiger Verhältnisse oder gewaltfördernder Rahmenbedingungen, auch wenn kein konkreter Fall von Gewalt aufgetreten ist oder sich anbahnt. Beide Formen, die direkte und die soziale Intervention verändern eine Gesellschaft und konkrete Situation hin zu einer Abnahme von Herrschaft und Gewalt.

12 Deshalb ist der Satz „Soldaten sind Mörder" eine unzulässige Gleichsetzung. Mörder haben ein Motiv, auch wenn ihre Handlung aus emanzipatorischer Sicht nicht akzeptabel ist. Soldaten töten im aufgrund Befehlen und bzw. oder ideologischer Verblendung. Ein Vergleich mit Soldaten ist eine Herabsetzung der Mörder.

Direkte und soziale Intervention nach der Gewalt

Gegenüber der von Gewalt durchzogenen, autoritär aufgeladenen Jetztzeit wird durch die beschriebenen Mechanismen ein großer Teil gewaltförmigen Verhaltens aus der Gesellschaft verschwinden. Aber dennoch: Übrig bleibt eine schwer abschätzbare Menge an Gewalt, die trotz Intervention im Vorfeld oder spontan bzw. mit einer unbemerkten Vorphase stattfindet. Jedoch stellt die verbleibende Gewalt nicht das Gesamte in Frage, denn die Verminderung von Gewalt ist als Grund ausreichend. Jede Gewalt ist aber inakzeptabel, schafft Opfer und TäterInnen – erstere mit ihren daraus folgenden Belastungen und Ängsten, letztere oft ebenfalls mit psychischen Folgen. Nötig ist aber der Umgang mit der verbleibenden Gewaltförmigkeit – und zwar erneut mit dem Ziel, Wiederholungen zu verhindern und die Gewalt weiter zu verringern. Kommunikation ist die einzige Chance für diesen weiteren Prozess.

Direkte Intervention ist die unmittelbarste Reaktion auf das Geschehen. Die Betroffenen und andere Menschen bauen eine direkte Gesprächsebene auf, vor allem zum Opfer, zu den TäterInnen und eventuell solchen, die nicht gehandelt haben. Zielsetzung der Kommunikation mit TäterInnen ist die Reflexion und die deutliche Distanzierung von der Anwendung der Gewalt und Unterwerfung – selbst wenn sie Motive hat, die verständlich wirken, z.B. Stress, Hass oder Frustration. Besondere Aufmerksamkeit bedarf dabei die herrschaftsförmige Gewalt, d.h. die Gewalt, die zwecks Herstellung oder Aufrechterhaltung eines nicht gleichberechtigten Verhältnisses ausgeübt wird. Herrschaftsausübung oder der Versuch dazu sollte immer direkte Intervention der Umstehenden hervorrufen. Wer als TäterIn mehrfach kommunikativ angesprochen wird, ist deutlich eher geneigt, das eigene Verhalten zu hinterfragen und eventuell zu ändern wie in Folge von Strafe.

Soziale Intervention thematisiert im Gegensatz zur beschriebenen direkten Intervention die Rahmenbedingungen, die Gewalt und Herrschaft fördernden Strukturen, Nichtverhalten bei Umstehenden usw. und kann zusätzlich wichtig sein.

Prozess der Verringerung von Gewalt ist das Ziel

Wenn all die beschriebenen Mechanismen greifen, wird immer noch eine Restmenge gewaltförmigen Verhaltens übrig bleiben. Für diese gilt immer die direkte und soziale Intervention und damit ständig die Hoffnung, dass Gewaltförmigkeit immer mehr zurückgedrängt wird. Doch sie wird nie verschwinden. Die Verringerung und die Perspektive des ständigen Prozesses der Verringerung sind das Ziel emanzipatorischer Veränderung von

Gesellschaft. Darum bedarf es der Aussicht auf das völlige Ende der Gewalt nicht, um diese Gesellschaft zu wollen. Eine offene Gesellschaft wäre nicht nur der Verzicht auf Sicherheit und totale Kalkulierbarkeit, sondern auch das Ende des Versuchs, das überhaupt zu wollen. Denn Sicherheit gibt es in keiner Gesellschaft. Doch in autoritären Strukturen wird suggeriert, dass es sie geben könnte. Gleichzeitig wird Angst gemacht mit dem Ziel, aus beiden Propagandaelementen die Akzeptanz von Autorität abzuleiten. In einer offenen Gesellschaft geht es um die Rahmenbedingungen und die Reaktionen auf Gewalt und Herrschaft, nicht um Verbote und Garantien.

Strafe und Knast schaffen eine ständige Spirale zu mehr Gewaltförmigkeit, während direkte und soziale Intervention sowie das Herausnehmen autoritärer Aufladung aus der Gesellschaft das Gegenteil schaffen – den ständigen Prozess zu weniger Herrschaft und Gewalt. Zwischen diesen beiden Polen ist die Entscheidung zu treffen. Zur Zeit läuft alles in Richtung von mehr Autorität, mehr Kontrolle und damit auch mehr Gewalt in der Gesellschaft. Verschleiert wird das mit einer Propaganda, die die Gewalt als Ursache und nicht als Folge autoritärer Politik verkauft. Doch diese ist von Interessen gelenkt, die damit Verschleiern, dass Ausbau von Herrschaft und die Sicherheit der Herrschenden das Ziel sind, nicht das gute Leben der Menschen und ein vermeintliches Beschützen.

Die aktuelle Politik zu demaskieren und den Mut zu haben, wider dem Zeitgeist eine straffreie Welt zu fordern, ist ein wichtiges Aktionsfeld der Emanzipation, der Diskussion, des Protestes, der kreativen Aktion, der Debatte um Utopien und der Experimente mit konkreten Projekten. Auch die meisten, sich als „links“ definierenden Gruppen sind davon zur Zeit weit entfernt.

Herrschaftsfreie Gesellschaft

Mut machen kann bei all diesen Überlegungen noch etwas anderes: Jenseits aller genannten Veränderungen, die direkt Strafe und Knast ablösen, gibt es weitere Aspekte einer herrschaftsfreien Gesellschaft, die gewaltförmiges Verhalten verringern. Wenn nämlich die autoritäre Aufladung der Gesellschaft schwindet und andere Formen der Konfliktaustragung und der gleichberechtigten Kooperation zum Normalfall werden, bilden eine solche Gesellschaft den alltäglichen Rahmen aller Menschen. Das prägt – so wie Konkurrenz, Hetze, Herrschaft, Profitdenken und mehr die aktuelle Zeit prägen und das Verhalten der Menschen in Richtung auf hierarchische Systeme konditionieren.

- ★ Selbstentfaltung der anderen als Vorteil für jede Person: In einer herrschaftsfreien Gesellschaft ist das eigene Leben stark davon abhängig, welcher materielle Reichtum und Ideengehalt im eigenen Umfeld entsteht und nutzbar ist. Je größer die Vielfalt an Aktivitäten, das Wissen und die Möglichkeiten zur Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums in allen Formen sind, desto besser auch für den Einzelnen. Je mehr die Menschen „hinkriegen", desto besser für alle. Egoismus und der Vorteil für alle verlieren ihre Gegensätzlichkeit, wenn das Geschaffene nicht über Eigentum oder Patente gegen andere abgrenzbar ist. In einer herrschaftsfreien Gesellschaft gibt es einen eigenen Antrieb, die Selbstentfaltung auch der anderen zu wollen, weil jedeR selbst auf die Ergebnisse der Schaffenskraft oder künstlerischen Entfaltung anderer, auf angesammeltes Wissen, neue Ideen und Erfindungen zugreifen kann. Folglich wird die Neigung gestärkt, andere Menschen nicht mehr einzuschränken, sondern zu fördern oder zumindest sich in Ruhe selbst entfalten zu lassen.
- ★ Streitkultur entwickeln und Orte der Auseinandersetzung schaffen: Viele Formen von Gewalt entstehen aus Streitigkeiten, oft spontan. Um solche Konflikte produktiv aufzufangen, wird es in einer herrschaftsfreien Gesellschaft Orte und Methoden des Streits geben, die die Kraft des Konfliktes in eine Suche nach kreativen Lösungen umlenken. Die Streitenden begegnen sich dabei grundsätzlich horizontal, d.h. es gibt keine Privilegien und keine bevorzugten Handlungsmöglichkeiten innerhalb des Streits. In einer Gesellschaft ohne Herrschaft wird an diese Formen des Streitens eine hohe Gewöhnung eintreten, so dass Streit zum Alltag gehört, seine Bedrohung verliert und statt dessen eine Produktivkraft gewinnt.
- ★ Aufwachsen mit direkter und sozialer Intervention: Wenn Kinder und dann später Jugendliche und Erwachsene in einem Alltag aufwachsen, der nicht von Konkurrenz, Gewalt und Herrschaft geprägt ist, wird nicht nur ihr Fehlen zur neuen Alltäglichkeit, sondern auch das Beobachten und eigene Anwenden der Alternativen, z.B. der direkten Intervention. Kommunikation auch im Streitfall wird zum Üblichen, die heute empfundenen Ängste und Distanzen der Kontaktaufnahme mit anderen Menschen gerade im Fall absehbarer Meinungsunterschiede bauen sich hin zu einer lockeren Einstellung, wenn die Intervention ein ständiger Teil des kommunikativen Prozessen zwischen Menschen ist. Die Durchsetzung der eigenen Interessen gegen den Willen anderer Menschen ist zwar noch möglich, aber nicht mehr subjektiv funktional. Die Nachteile eines solchen Verhaltens überwiegen die kurzfristigen Vorteile deutlich. Das soziale Umfeld ist nicht mehr Konkurrenz oder Bedrohung, sondern

eine Chance zur Unterstützung. Gewaltförmiges Verhalten stört den Prozess, eigene Ideen zu verwirklichen, erheblich, weil Kommunikation und Kooperation mit der angegriffenen Person abreißen.

★ Ende von Normierungen und Erwartungsdruck: Spontane Gewalt ist oft Ausdruck von Frustration, die wiederum in vielen Fällen aus dem als Versagen empfundenen Scheitern an Normen und Erwartungen resultiert. Fallen diese Erwartungshaltungen und Zurichtungen auf bestimmtes Verhalten weg, entfalten sich Menschen nach eigenen Überzeugungen und im kommunikativen Prozess mit ihrem sozialen Umfeld. Gewalt als Ventil für Frustration bei Nichterfüllen der eigenen Rolle (Versagen) nimmt ab.

3 Auf dem Weg …

Der Weg zu einer straffreien Gesellschaft ist lang. Ängste, dass ein Wandel von heute auf morgen zu einer Eskalation der Gewaltförmigkeit aufgrund der aktuellen Zurichtung von Menschen führen würde, könnten berechtigt sein, sind aber deswegen gegenstandslos, weil sich ein emanzipatorischer Prozess nie als einmalige, zeitbegrenzte gesellschaftliche Umwerfung vollzieht, sondern in einem ständigen, kreativen und unendlichen Prozess der Überwindung von Herrschaft und der Aneignung immer neuer Handlungsmöglichkeiten verläuft. Das bedeutet zwar das Aufgeben einer Vorstellung vom „entscheidenden Durchbruch" zur herrschaftsfreien Utopie, gleichzeitig aber die Aussicht, im Hier und Jetzt beginnen zu können, ohne Zeit zu vergeuden im Warten auf eine imaginäre Revolution. Beschrieben werden sollen einige Ideen für Reformen innerhalb des herrschenden Systems, für den Aufbau von Freiräumen und für die langfristige Perspektive hin zu einer herrschaftsfreien Welt.

Konkrete Sofort-Forderungen

Ohne das gesamte Ziel in Frage zu stellen oder verschweigen zu müssen, können wichtige Detailveränderungen gesellschaftlicher Veränderungen erreicht werden. Reformen des Strafrechts sind genauso möglich wie andere Schritte zu weniger Zwängen und Reglementierungen.

★ Abschaffung aller Strafparagraphen, die keine Gewalttaten gegenüber Menschen beinhalten. Solche Paragraphen machen die überwältigende Mehrzahl im Strafgesetzbuch aus. Delikte an Sacheigentum

oder Symbolen der Staatlichkeit, Drogenkonsum, rein verbale Angriffe und Störungen der öffentlichen Ordnung machen (je nach Zählweise) 74,7 bis 92,7 Prozent aller Strafparagraphen aus.[13] Sie sind zu entkriminalisieren und von Strafe freizustellen. Als Zwischenschritt hin zu einer straffreien Gesellschaft können sie als Ordnungswidrigkeit oder mit anderen, integrativeren Formen der Sanktion geahndet werden. Knast oder dessen Androhung durch Vorstrafe und Bewährung müssen für diese Nicht-Gewalttaten sofort unterbleiben.

★ Sofortige Freilassung aller Menschen, die wegen nicht gewaltförmigen Straftaten verurteilt sind. Das ist nur konsequent in Anbetracht der erstgenannten Forderung.

★ Abschaffung des geschlossenen Vollzugs auch für alle Menschen, die zwar wegen Gewalttaten verurteilt sind, deren Gewalttaten sich von ihrer Logik her aber nicht wiederholen können. Hierzu gehören viele MörderInnen oder andere GewalttäterInnen, deren Tat aus einer einmaligen Situation heraus erklärbar sind, z.B. die Zwänge einer Ehe oder bedrückender Armut.

★ Sicherung eines individuellen Mindestauskommens materieller Art, um Gewalttaten aus Verarmung auszuschließen. Eine gute Sozialpolitik ist innerhalb des bestehenden Herrschaftssystems die beste Verhinderungspolitik von Gewalt- und Straftaten. Statt Geld für immer mehr Krisen-, Profit-, Eigentums- und Herrschaftsabsicherung auszugeben, sollte dieses bereitgestellt werden, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen.

★ Beendigung aller staatlichen Gewaltmaßnahmen, d.h. ein Verbot von Krieg, Knüppel- und Gaseinsatz seitens der Polizei sowie jeglicher demütigenden Behandlung oder Haftbedingungen bei Polizei und Gefängnissen.

★ Aufklärung hinsichtlich der Entwicklungen bei Straftaten insgesamt und in Abhängigkeit von autoritärer Politik im speziellen. Die tatsächlichen Zahlen sollten regelmäßig veröffentlicht werden.

Diese genannten Punkte sind Sofort-Forderungen, d.h. sie sind keine Vollendung herrschafts- und straffreier Gesellschaftszustände. Sie zu verwirklichen, entbindet daher auch nicht von dem weitergehenden Ziel. Sie hier zu nennen, dient vor allem dem Beweis, dass sehr schnell Veränderungen möglich wären. Vielmehr verwirklichen sie das von Justiz, Politik und vielen anderen vorgegaukelte Ziel der Bestrafung viel besser als diese, nämlich ein friedliches Zusammenleben von Menschen zu sichern, widersprechen sie nicht. Sie entkriminalisieren solche Menschen, für die kein

13 Siehe Tabelle Seite 124 f.

schlüssiger Grund genannt werden kann, warum sie zukünftig gewalttätig gegenüber anderen Menschen auftreten sollten.

Die genannten Sofort-Forderungen könnten von vielen Gruppen und Verbänden übernommen und politisch eingebracht werden, die z.B. liberale oder humanistische Positionen innerhalb der bestehenden Gesellschaft einnehmen.

Straf- und kontrollfreie Räume aufbauen, Intervention üben

Um Orte der Veränderung, aber auch des Experimentierens, Reflektierens und der Weiterentwicklung von Ideen zu schaffen, kann überall dort, wo Menschen ihr Zusammenleben selbst gestalten können, auf Strafe und kollektive Verregelung verzichtet werden. Gruppen, Räume und Veranstaltungen können befreit werden von Verhaltensnormen, während gleichzeitig direkte und soziale Intervention geübt und angewendet wird. Gegenüber der aktuellen Praxis, wo Verhalten kontrolliert, vermeintliches Fehlverhalten und Kritik an den jeweiligen Herrschaftsstrukturen sanktioniert wird bis zum Rausschmiss aus den jeweiligen Treffen oder Organisationen, würde ein Verzicht auf Regeln, Normen und Strafe eine grundlegende Veränderung bedeuten. Allerdings müssen Verzicht auf Normierungen und Einheitlichkeit sowie die Stärkung der direkten Intervention miteinander kombiniert sein, sonst würde sich Gleichgültigkeit gegenüber Gewalt, Diskriminierung und Mackerigkeit ausbreiten. Es könnte dann gegenüber den aktuellen, verregelten Systemen vorübergehend sogar einen Rückschritt geben, wenn Menschen wegen fehlender Aufmerksamkeit des Umfelds gehäuft auch physisch in ihrer Selbstbestimmung gebrochen werden.

Denkbar sind schon jetzt viele straf- und kontrollfreie Räume. Im direkten Lebensumfeld kann der Start schnell gelingen, betreffen dort doch sehr stark den eigenen Alltag. Politische oder soziale Gruppen und Zusammenhänge, die bereits über herrschaftsfreie Organisierung diskutieren, würden sich als Orte der Praxis anbieten, da die Sensibilisierung als Voraussetzung für direkte Intervention bei ihnen bereits Anfänge gefunden hat. Die Eliten politischer Gruppen könnten anfangs das größte Hindernis in dieser Entwicklung sein, denn sie müssten auf ihre Privilegien und besonderen Durchsetzungsmittel verzichten, die sie auch nutzten, um missliebige KritikerInnen aus Verbänden, autonomen Zentren usw. zu entfernen. „Linke" Organisierung hat noch viele Ähnlichkeiten mit staatlichen Strukturen und braucht daher ebenso wie diese eine Gegenorganisierung: Freikämpfen von Räumen ohne Kontrolle, Ende von Reglementierung und Sanktionierung abweichenden Verhaltens und die Organisierung horizontaler Prozesse, des Streitens und der direkten Intervention.

Und weiter ...

Mit der herrschaftsfreien Utopie vor Augen wird sich niemand mehr mit Teillösungen zufrieden geben. Wenn erst deutlich wird, dass die Abwicklung von Herrschaft viele Probleme löst und nicht der Aufbau von neuen Institutionen oder die Schaffung von Recht und Kontrolle, wird das Verlangen wachsen, diesen Prozess immer weiter voranzutreiben. Zudem werden der kritische Blick geschärft und immer neue Dominanzlogiken entdeckt. Kommunikativ, durch konkrete Aktionen und durch den Aufbau von Projekten, in denen Herrschaftsfreiheit angestrebt und entwickelt wird, bewegt sich der Prozess der Emanzipation immer weiter fort. Einen Abschluss wird es dabei nie geben, jede neue Situation ist nicht nur Befreiung im Detail, sondern wiederum Ausgangspunkt für genaueres Hinsehen, neue Analysen, Reflexion und den Willen, noch mehr rauszuholen in Richtung der Befreiung des Menschen und seiner Selbstentfaltung.

Die Vogelschutzgruppe hatte ihre Wanderung beendet und erreichte den Ortsrand. Einige seltene Vogelarten hatten auf dem letzten Kilometer des Wegs die Beteiligten lauschen lassen, so war das Gespräch unterbrochen. Doch die offenen Fragen waren noch in den Köpfen …

Gesine: Also das war nicht nur ein schöner Spaziergang, sondern auch eine spannende Debatte mitten im Wald. Ich bin immer noch reichlich verwirrt. Irgendwie stimmt es wohl, dass Menschen dort, wo sie Macht haben, viel leichter die Umwelt zerstören können.

Alfred: Wenn ich die Folgen nicht tragen muss, mach ich das eher. Ist doch klar!

Gesine: Aber wie sieht ein Umweltschutz ohne Macht aus?

Andy: Wo es Herrschaft gar nicht gibt, fallen viele Formen der Umweltzerstörung von selbst weg. Kein Mensch zerlegt seine eigenen Lebensgrundlagen, ohne auf andere durchgreifen zu können. Alles würde vereinbart ohne Möglichkeit zur machtförmigen Durchsetzung.

Gesine: Pah, das ist heavy. Am Ende muß ich alles aushandeln. Alles ist ständig wieder in Frage gestellt. So kann ich doch gar nicht überleben?

Alfred: Seh ich nicht so. Theoretisch ist zwar denkbar, dass nix mehr geht, aber die Menschen handeln in einer herrschaftsfreien Welt ja gerade stark aus dem Egoismus heraus. Das heißt, sie finden Vereinbarungen, die auch gut funktionieren. Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, dass es ganz normal wird, einfach etwas zu machen oder es vorher anzukündigen und dann loszulegen. Wenn es andere stört, werden die kommen und erst dann wird diskutiert. Ganz vieles im Leben ist Sache Einzelner oder kleiner Gruppen, die sich treffen und einigen, also eine freie Vereinbarung schließen.

Andy: Aber wer kontrolliert die denn. Da kann doch ständig jemand kommen und alles wieder in Frage stellen.

Alfred: Stimmt. Daher wird ja auch nur noch das möglich sein, was die einen Menschen wollen und was andere, wenn es sie überhaupt betrifft, akzeptieren. Oder anders: Aus Egoismus heraus, weil ich nämlich das, was ich mache, hinterher auch nutzen oder genießen will, werde ich meine Ideen so umsetzen, dass sie vielen was nützen oder zumindest wenige oder niemanden stören. Weil sonst wehren die sich. Das wird Projekte, Planungen oder Technik fördern, die vielen nützt und wenig stören. Das ist aber genau auch gut so!

Thomas: Also ich würde mal ein Beispiel diskutieren. Ich will von A nach B kommen. Es ist mein Egoismus, der mich antreibt. Vielleicht wohne ich in A und arbeite in B. Ach nein, Arbeitsplätze gibt's in der Utopie wahrscheinlich gar nicht. Als wohnt ein Freund oder eine Freundin in B oder ich will ein Konzert besuchen. Ist ja auch egal. Ich will da jedenfalls hin. Es ist meine Lust, mein Egoismus, der mich antreibt. Dann sollte das auch möglich sein. Wenn jetzt aber irgendwo mittendrin irgendwelche Kids gefahrlos toben wollen, ist es nix mehr mit Auto fahren. Die reißen am Ende noch die Straße weg oder sprengen mein Auto in die Luft. Das ist dann doch Faustrecht.

Gesine: Na und? Findest Du es etwa besser in der jetzigen Herrschaftssituation? Da wird dann demokratisch entschieden, wer in welchem Fall sich durchsetzt – herrschaftsförmig. Die Kids werden verlieren. Fast alle Kids müssen viele Jahre lang ständig in der Wohnung eingesperrt werden oder dürfen nur unter Kontrolle irgendwelcher Erwachsenen nach draußen. Ach scheiße, weil in der Wohnung Treppen oder brüchige Sachen stehen, werden die Kids auch noch in einzelnen Zimmer oder gar im Laufgitter gefangengehalten. Mich ekelt diese ganze Scheiße total an. Es ist gerade gut, wenn es keine Herrschaft gibt, die so einfach die Breschen schlägt für die, die sich grad durchsetzen können. Herrschaft, ob nun Diktatur oder Demokratie – der Unterschied hält sich ja eh in Grenzen – bedeutet immer die rücksichtslose Durchsetzung derer, die siegen. Da werden ständig Entscheidungen getroffen, wo die GewinnerInnen sich um die Folgen für andere nicht kümmern müssen.

Thomas: Ja, aber ich will zu meinem Konzert …

Alfred: Sei nicht so phantasielos. Wo die Herrschaft fehlt, prallen Bedürfnisse aufeinander, wenn sie sich ausschließen. Aber das dürfte sehr selten der Fall sein. Denn wenn es keine Herrschaft gibt, wird auch niemand auf die Idee kommen, Papi Staat als Durchsetzungsmittel zu rufen oder zu nutzen. Wenn Du also zu deinem Konzert oder weiß-ich-wohin willst, wirst Du zu denen gehören, die eine umfangreiche Mobilität für ein schönes Leben für sinnvoll erachten. Das werden viele sein und der Ansporn ist eben der Egoismus, die Lust am schönen Leben. Also werden sich Menschen zusammensetzen und überlegen, wie Mobilität geschaffen werden kann. Genau weil es nicht einfach per Herrschaft umzusetzen ist wie heute leider immer, werden sie sich mit anderen vereinbaren, die offene Diskussion suchen und vor allem ihre Kreativität gebrauchen, um ein Mobilitätssystem zu entwickeln, was einerseits die Mobilität ermöglicht, andererseits aber auch sichert, dass die Menschen nicht durch die Mobilität wiederum stark eingeschränkt werden. Dabei gibt es keine Richtwerte für richtig und falsch, sondern eben die Menschen, die sich vereinbaren.

Andy: Das werden dann aber bestimmt keine Autos sein, denn deren Wirkung ist zu brutal für Menschen. Außerdem die Rohstoffe zur Herstellung, das ganze Erdöl – ich kann mir nicht vorstellen, dass eine solche riesige Verschwendung und Umweltzerstörung auf soviel Zustimmung stösst, dass Menschen das mitmachen würden. Dass eine wirtschaftsfreundliche Regierung z.B. von Russland oder Nigeria die protestierenden und betroffenen Menschen in den Erdölförderregionen einfach vertreibt oder erschießt, dürfte dann wohl der Vergangenheit angehören. Ein Glück.

Alfred: Irgendwas leises, schnelles, energie- und rohstoffsparendes, was keine oder kaum Flächen zerschneidet oder verschlingt …

Thomas: Jaja, das Beamen ist aber noch nicht erfunden.

Andy: Was hältst Du von einer hochtechnisierten und schnellen Variante der Seilbahn, wie in Wuppertal. Die saust über den Menschen entlang.

Könnte jedenfalls eine Möglichkeit sein. Daran hätte ich auch Lust, mitzubasteln. Macht bestimmt Spaß.

Gesine: Aber eigentlich können wir das gar nicht vorhersehen. Welch eine geballte Energie frei wird, wenn Menschen nicht mehr nach Normen und Gesetzen denken und handeln, wenn sie nicht mehr 10 oder mehr Stunden ihres Tages fremdbestimmt irgendeinen Scheiß herstellen oder verwalten, wenn Technik nicht mehr nach Profitabilität entwickelt wird, sondern nach dem, was sie für ein gutes Leben bringt ... hach, da würde nicht eine neue Marssonde, sondern erst mal eine Kloputzmaschine erfunden.

Alfred: Und wie die Häuser, die Flächen drumherum aussehen, das entscheide ich auch selbst, zusammen mit den Menschen, die in der Nähe wohnen.

Thomas: Toll, und wenn die alle Gartenzwerge und weiße Bodenfliesen wollen?

Gesine: Solche Dörfer wird's auch geben. Herrschaftsfreies Leben wird unendlich vielfältig werden. Ich würde da nicht hinziehen. Das macht aber ja nix. Ich wohne dann endlich dort, wo ich mich wohlfühle – und nicht mehr dort, wo ich mir die Miete leisten kann, wo ich einen Arbeitsplatz finde oder weiß der Henker, was für ein Scheiß zur Zeit abgeht.

Andy: Naja, aber werden wir bei alledem nicht verhungern? Und was ist, wenn jemand versucht, sich mit Waffengewalt alles wieder an sich zu reißen?

Thomas: Mich interessiert etwas anderes mehr. Solange wir da nicht sind, müssen wir im Klein-Klein des Alltags auch einen Umgang damit finden. Vielleicht Stück für Stück Macht abbauen und trotzdem konsequent Natur und Umwelt retten?

Emanzipation und Ökologie

Ein Text aus dem Institut für Ökologie[0]

Mensch kann Umweltschutz auf sehr verschiedene Weise betreiben:

0 Die hier aufgeführten Gedanken stammen aus der Diskussion im Netzwerk „Umweltschutz von unten", welches Ende der 90er Jahre aus de Kritik an der staats- und marktorientierten Politik von Regierung und Umweltverbänden entstand. Etliche Positionspapiere und Texte der Debatte sind unter www.umwelt-und-emanzipation.de.vu einsehbar. Zudem sind Bücher erschienen: „Agenda, Expo, Sponsoring - Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit" im April 1999 (IKO-Verlag Frankfurt) mit detaillierten Texten zum „Umweltschutz von unten". Der ein Jahr früher erschienene Band 1 der Reihe mit Untertitel „Recherchen im Naturschutzfilz" bringt eine detaillierte Kritik an der Situation der Umweltschutzbewegung. Parallel entstand eine CD mit den dort verwendeten Quellen und Dokumenten.
Neuere Bücher zu ähnlichen Themen („Reich oder rechts?", „Nachhaltig, modern, staatstreu?", „Mythos Attac") sind nach 2000 erschienen und ebenso unter www.politkram.de.vu zu beziehen.

★ Mensch kann die Menschen verdrängen wollen, sie als Krankheit auf der Erde definieren und sich ihre Ausrottung wünschen. Viele tun das ganz wie z.B. einige skurile Gruppen von zivilisationsfeindlichen AktistInnen aus der Tierrechtsszene über esoterischen Richtungen bis hin zum inzwischen gestorbenen zivilisationshassenden, sich als Anarchist verklärenden Pol-Pot-Anhänger und Freunde-der-Naturvölker-Vordenker Hartmut Heller[1], andere fordern das immerhin teilweise. Letzteres ist weit verbreitet und meist bezogen auf als besonders wertvoll angesehene Naturgebiete, die von Menschen freigeräumt werden sollen. In den Industrieländern trifft das nur auf wenige und oft sehr kleine Flächen zu, die mit Schildern gekennzeichnet werden, in denen immer häufiger „Ökos" als selbsternannte Krieger für die gute Sache patroullieren und andere Menschen verscheuchen – überzeugt von der guten Ideen, die die Ausübung von Macht legitimiert. In Afrika und (deutlich seltener) anderen ausgebeuteten Kontinenten sind zum Teil riesige Flächen als Schutzgebiete deklariert worden, um mit diesem Argument die dort lebenden Menschen einzuschränken bis zwangsumzusiedeln zum Schutze von Elefanten oder wer weiß wem. Dass später teure Jagdsafaris aus Europa & Co. dorthin führen, Touristenstraßen und -hotels entstehen usw., scheint dabei niemanden zu irritieren.[2] Es geht um die gute Sache, die Kommunikationsindustrie steuert die Wahrnehmung. Die Geschichte ist immer die Geschichte der Sieger, nicht der Vertriebenen.

★ Mensch kann zum zweiten das gesellschaftliche Leben reglementieren. Verbote und Gebote dominieren und formen das Verhalten der Menschen. Das ist der klassische Umweltschutzansatz, praktiziert seit über einem Jahrhundert. Sie geht Hand in Hand mit der Institution, die den formalen Rahmen des heutigen gesellschaftlichen Lebens schafft und gestaltet, dem Staat. Wer gerade regiert, ist den MacherInnen eines auf Ver- und Gebote ausgerichteten Umweltschutzes gleichgültig – Hauptsache die Umwelt wird geschützt. Oft heißt es einfach: Je autoritärer, desto besser. „Ökos" wünschten sich in den 80er Jahren eine autoritäre Ökopädagogik an allen Schulen herbei und kämpfen gegen die VertreterInnen der Reformpädagogik (Antipädadogik war bei allen ohnehin nicht vorgesehen). „Ökos" forderten und fordern härtere Gesetze und härtere Strafen. Geradezu bejubelt hatten die meisten Naturschutz-FunktionärInnen 1933 die Machtübernahme der Nazis, die prompt mit der Verabschiedung des ersten Naturschutzgesetzes und der Ausweisung vieler Naturschutz-

1 Siehe unter anderem Zitatesammlungen unter www.projektwerkstatt.de/aes/biologismus.html und ../tierrechte.html

2 Quelle: Norbert Suchanek, 2000: Ausgebucht – Zivilisationsflucht Tourismus

gebiete die Herzenswünsche der Naturschutzgruppen erfüllten. Der Stil der autoritären Umweltpolitik prägte bis Anfang der 90er Jahre das Geschehen. In der Folge vergrößerten sich die Akzeptanzprobleme enorm. Denn wo ständig Verbote ausgesprochen und Strafen verhängt werden, wächst das Verständnis für die Dinge nicht. Wer will, dass (fast) alle Menschen „Öko" hassen, macht es zum Pflichtfach in der Schule, lässt Klassenarbeiten dazu schreiben usw. Doch die „Ökos" störte das nicht, denn mangelnde Akzeptanz ließ sich durch mehr Verbote und Strafe bekämpfen.

★ Die dritte Idee des Umweltschutzes ist der neoliberale Entwurf, ökologisches Verhalten zu steuern. Mensch kann Umweltschutz profitabel bzw. die Umweltzerstörung teuer machen. Damit lässt sich das Verhalten der einzelnen Menschen steuern, aber auch das der Wirtschaft. Das Konzept des Ökoneoliberalismus verträgt sich hervorragend mit gesellschaftlichen Verhältnissen, die insgesamt neoliberal umgeformt werden. Wo Konzerne ebenso an Einfluss gewinnen wie die gesellschaftlichen Debatten über Standortsicherung, Wachstum und die Degradierung des Menschen auf seine ökonomische Verwertbarkeit, entsteht für alle gesellschaftlichen Bereiche ein Sog, sich diesen prägenden Diskursen anzuschließen und im gleichen Sinne die eigenen Theorien zu modernisieren. Der Umweltschutz ist in den 90er Jahren den neoliberalen Umbau der Gesellschaft hin zur totalen Schlacht um Profit und Verwertungsinteressen voll mitgegangen. Als moderne, junge, gut ausgebildete MacherInnen ehemaliger Ökogruppen sind die Umweltschutz-Yuppies sogar oft zu AntreiberInnen des Neoliberalismus geworden. Die ProtagonistInnen der Windenergie haben für ihre Vorhaben die Aufhebung der Bürgerbeteiligung nach Baugesetzbuch gefordert (erfolgreich). Unternehmen im Umweltbereich sowie ihre Zusammenschlüsse forderten sogar die Aufhebung von Kündigungsschutz und Tarifrecht.[3] Der BUND freute sich über die Riester-Rente, weil private Rentenfonds neue Geldanlagen für Windenergie bringen. Die Grünen sind inzwischen die Partei mit dem höchsten Reformtempo beim Abbau sozialer Standards und dem größten Durchschnittseinkommen der WählerInnen – die F.D.P. drohte schlicht überflüssig zu werden durch die modernisierten „Ökos". Ethische Geldanlagen und Öko-Aktienspekulationen sind längst die am meisten forcierten Umweltschutzaktivitäten. Auch die NGOs selbst (Umweltverbände, Lobby-Eliten usw.) sind zum Ort neoliberaler Umgestaltung geworden. Staatliche und kirchliche Geldvergabestellen knüpften finanzielle Förderungen immer mehr an neoliberale Pro-

3 Zum Beispiel eine Kampagne von Unternehmens-Grün Anfang des 21. Jahrhundert.

grammatik wie Nachhaltigkeit und Agenda 21[4] oder sogar an die neoliberale Umstrukturierung hin zu internen Managementsystemen bei den geförderten Organisation – und tun das heute noch.[5] Das ähnelte stark dem Stil internationaler Politik, wo von armen Ländern die moderne Durchorganisierung hin zum Leistungsprinzip als Voraussetzung für neue, Abhängigkeit schaffende Kredite eingefordert wird. Der Neoliberalismus ist seit den 90er Jahren das dominante, politische Konzept. Die Ökologiebewegung wurde in fast ihrer ganzen Breite davon erfasst, umstrukturiert, durchgerüttelt, verändert und ist schließlich selbst zum Vorantreiber geworden.

★ Es gibt eine weitere, vierte Möglichkeit zum Umweltschutz. Sie war immer verbunden mit anderen, schon genannten und existiert, solange es Natur- und Umweltschutz als Idee gibt. Menschliches Verhalten lässt sich über Erziehung, Bildung, Werbung, mediale Beeinflussung, Normen und Werte beeinflussen. Zusammengefasst: Umweltgerechtes Verhalten als soziale Zurichtung. Was Menschen auf verschiedene Weise als „richtiges Denken und Handeln“ eingetrichtert wird, führt selbst dann zu den erwünschten Verhaltensweisen, wenn kein Zwang (autoritäre Politik) oder Anreiz (moderne neoliberale Variante) besteht. Zurichtung hat als Herrschaftsmittel in der Geschichte der Menschheit eine beeindruckende Erfolgsgeschichte geschrieben. Wenn Menschen von sich aus so handeln, wie es einer formulierten Norm entspricht („was sich gehört“ u.ä.), ist Herrschaft viel unauffälliger, glatter, eleganter, widerstandsfreier und entsprechend effizienter zu organisieren. Dieser diskursiven Herrschaft ist es zu verdanken, dass Menschen sich als Männer oder Frauen fühlen und verhalten, als In- oder AusländerInnen, als Junge oder Alte, als Elite oder Randgruppe, ExpertIn oder Laie, „in“ oder „out“, „behindert“ oder „normal“, krank oder gesund usw. Auch im Umweltschutz wurde immer wieder versucht, ökologisches Verhalten zur Norm zu machen, zu dem, „was sich gehört“. Gelungen ist das aber nur über einige Jahre hinweg vor allem in den 80ern. Danach verlor sich die Spur der Massenzurichtung auf ökologisches Verhalten wieder, weil andere Diskurse,[6] Normen und Standards die Ökologiefrage in den

4 Siehe Jörg Bergstedt, 2002: „Reich oder rechts?“, IKO-Verlag Frankfurt und Institut für Ökologie, Reader „Agenda 21 – Chance oder Mythos?“. Kritische Seiten im Internet unter www.projektwerkstatt.de/aes.

5 Quelle und viele weitere Informationen im Buch „Reich oder rechts?“ von Jörg Bergstedt, IKO-Verlag Frankfurt sowie im Internet unter www.projektwerkstatt.de/oekofilz.

6 Ein Diskurs bezeichnet eine in der Gesellschaft vorhandene vorhandene Mischung aus Vorurteilen, Mainstream-Denken, sich überall in den Köpfen, Gesprächen, Medien, Bildung usw. reproduzierenden Auffassungen und Wertungen. Diskurse sind beeinflussbar, sind aber nicht wie ein Gesetz oder eine DIN-Norm als solches beliebig hervorzurufen oder wieder zu beenden. Mehr im Kapitel „II. Grundlagen: Ohne Herrschaft ginge vieles nicht“.

Hintergrund drängten. Zurichtung funktioniert zwar auch aus sich selbst heraus, d.h. die Subjekte der Zurichtung sind alle, die Norm wird von allen Genormten an die anderen weitergegeben, aber es gibt keine Sicherheit, dass eine Norm erhalten bleibt. Die diskursiven Verhältnisse sind ständig im Fluss, Normen und Erwartungshaltungen ändern sich. Es gibt keine feste Instanz, die das steuert, wohl aber Möglichkeiten, die unterschiedlich zugänglich sind, so dass verschiedene Menschen nicht gleichberechtigt auf die Diskurse Einfluss nehmen können. Politik, Bildungseinrichtungen und Medien dürften die größten Chancen haben, gezielt das zu beeinflussen, was als „normal“ gilt. Das war hautnah zu erleben, als soziale Standards plötzlich zum Ballast umdefiniert wurden, die noch vor wenigen Jahren als Errungenschaft der Zivilisation abgefeiert worden wären (z.B. solidarisches Gesundheitswesen, Streikrecht, Tarifverträge). Kurze Zeit später wurden UnternehmerInnen zu Heuschrecken, ebenso schnell auch wieder zu sozialen WohltäterInnen. So ist es, wenn auch schleichender, in den 90er Jahren dem Umweltschutz als Verhaltensnorm ergangen – sie verschwanden von der Oberfläche. Das zeigt, dass diese Art der Verhaltensprägung äußerst instabil ist, weil sie von der Aufrechterhaltung der Diskurse und Normierungen abhängt.

★ Die fünfte Möglichkeit ist die Kombination aller oder mehrerer dieser Strategien. Sie können gleichzeitig, nacheinander oder je nach Einsatzbereich gewechselt werden. So stehen im weltweiten Blick tatsächlich alle fünf Formen heute nebeneinander, wenn z.B. in ausgebeuteten Ländern große Nationalparke und Tourismusflächen für reiche EuropäerInnen, NordamerikanerInnen oder JapanerInnen geschaffen und gleichzeitig in diesen Industrienationen neoliberale, autoritäre und Bildungsstrategien des Umweltschutzes miteinander gemischt werden.

Alle genannten Formen des Umweltschutzes haben eines gemeinsam: Sie operieren herrschaftsförmig. Das bedeutet nicht, dass nur Wenige irgendwo an der Macht sind und alles steuern. Herrschaft hat nur selten ein eindeutiges „Oben“ und „Unten“. Meist steuern Zwänge und Beeinflussungen den Willen der Einzelnen – egal ob das von einer Regierungsmacht per Verbot oder aus dem sozialen Umfeld der betroffenen Person als Erziehung, Rollenmuster u.ä. erfolgt. Herrschaft ist organisierte, d.h. nicht nur als zusammenhangloser Einzelfall auftretende Fremdbestimmung.

Insofern sind alle beschriebenen Konzepte einander wesensgleich, wenn sie auch in der konkreten Ausformung ganz unterschiedliches Aussehen haben, unterschiedliche Methoden und Sanktionen einsetzen. Dennoch

stärken sie alle nicht den Menschen, sondern die Kontrolle über den Menschen. Ihr Menschenbild basiert auf der Vorstellung, dass der „gute“ Mensch bzw. das „richtige“ Verhalten nur über Zwang oder Beeinflussung entstehen. Doch eine solche Politik gerät schon sehr früh in Widersprüche, wenn die Frage gestellt wird, wer denn diesen Zwang oder die Beeinflussung ausführt. Regierende, LehrerInnen, PolizistInnen, RichterInnen, MedienmacherInnen usw. sind auch Menschen – und wenn Menschen nur über Zwang zu „guten“ Menschen werden, stellt sich die Frage, wie die Logik von Herrschaft bei den jeweils Herrschenden zum „Guten“ führen soll. Schließlich sind sie selbst aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung weniger beherrscht, müssten also entsprechend der eigenen Logik von Kontrolle weniger an Umweltschutz interessiert sein. Das Handeln von Regierungen oder Konzernführungen scheint das auch eher zu bestätigen. Grundsätzlicher wäre aber noch die Frage zu klären, wie überhaupt „das Gute“ zu definieren ist und wer das tun kann. Schließlich glaubt jedeR MachtinhaberIn immer, das Richtige zu tun – egal es ob die aktuelle demokratische Herrschaft oder das Terrorregime der Nazis waren. Diese sollen damit nicht gleichgesetzt werden, aber sie alle gingen davon aus, das „Gute“ zu verfolgen.

Außerdem wird ein wesentlicher Wesenszug von Herrschaft übersehen. Herrschaft verbessert die Möglichkeiten der privilegierten Menschen, die Herrschaft ausüben, ihre Entscheidungen so zu treffen, dass es für sie Vorteile bringt, aber die Nachteile auf andere abgewälzt werden. Dabei ist es egal, an welchem Ort das geschieht, gilt also genauso für Regierungen eines Landes wie für die Leitung eines Konzerns, das „Oberhaupt“ einer Familie oder eines Vereins Hier zeigt sich der logische und fatale Fehler des Gedankens, über Herrschaft und Kontrolle das „Gute“ zu wollen. Herrschaft steigert die konkurrierende und unterdrückende Orientierung von Menschen – und gerade diejenigen, die Herrschaft legitimieren mit dem Hinweis, Menschen seien von sich auch anti-sozial oder umweltzerstörend, geben durch Herrschaft einigen Menschen die Möglichkeit, vorhandene anti-soziale und umweltzerstörende Ausrichtungen deutlich besser und für sie gefahrfreier auszuüben. Dieser Widerspruch wird in der Regel weder benannt noch erklärt.

Somit ist ein anderer, sechster Weg für den Umweltschutz notwendig: Die Strategie der Überwindung von Herrschaft auch in Hinblick auf die Nutzung natürlichen Lebensgrundlagen und die Gestaltung der Landschaft. Mensch könnte die Umwelt zu einer Sache der gleichberechtigten Gestaltung von Menschen machen. Die Menschen werden nicht mehr vertrieben, kontrolliert, gesteuert, bestraft oder beeinflusst in Bezug auf ihren Umgang mit der Umwelt, sondern erhalten ganz im Gegenteil die volle Möglichkeit, die Umwelt so zu gestalten, wie sie es wollen. „Wollen“, d.h. nicht mehr, wie es von ihnen erwartet wird, wie es Gesetze verlangen oder

die Zwänge des Alltags (z.B. die Notwendigkeit, in der Not zu überleben) herbeiführen. Sondern wie es gewollt ist, wie Menschen sich eine lebenswerte Umwelt selbst vorstellen. Das wird nicht einheitlich sein, aber es fällt etwas Wichtiges, für jede Herrschaft konstituierendes weg: Kein Mensch hat mehr die Möglichkeit, über Herrschaftsmechanismen (Recht, Normen, Diskurse, Polizei, Justiz, Eigentumsrecht ...) die Folgen seines Verhaltens einfach auf andere abzuwälzen. Wo Herrschaft fehlt, kann (so die Menschen das wollen und dafür auch eintreten) die freie Vereinbarung kommen. Wie ein Haus, die Flächen drumherum, die Energie- und Wasserversorgung oder die Produktion von Lebensmitteln aussieht, ist Sache der Menschen selbst. Die Ergebnisse werden vielfältig sein – und genau das ist das Schöne daran. Menschen werden sich zusammenfinden, die gemeinsame Vorstellungen und Interessen haben, die miteinander kooperieren. Es geht nicht um das oft esoterisch verklärte Bild der Autarkie oder Selbstversorgung. Selbstbestimmtes Leben macht erst möglich, viele Kooperationen aus eigener Entscheidung einzugehen und dadurch horizontale Arbeitsteilung, gegenseitige Hilfe und Vernetzung zu erreichen. Diese ist dann vom Wunsch nach einem guten Leben bestimmt und nicht vom Zwang zum Profit oder von Ver- und Geboten wie heute.

Emanzipatorischer Umweltschutz[7] oder (salopp) „Umweltschutz von unten„ will daher etwas ganz anderes als die herrschaftsförmige Ökologiepolitik: Die Menschen werden zu AkteurInnen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften werden von den Menschen gestaltet, die in ihnen leben oder sich sonstwie mit ihnen verbunden fühlen. Niemand kann über Flächen und Orte bestimmen, ohne selbst betroffen zu sein oder sich aktiv zu interessieren und zu beteiligen. Schritt für Schritt ist die „Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch" im Sinne von ständig steigender Mitbestimmung das realpolitische Gegenkonzept zu Ordnungsrecht oder kapitalistischen Instrumenten wie Klimazertifikaten, Maut oder Ökosteuer. Vision ist eine Welt von unten. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekten, die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe und Flächen im Gemeinschaftsbesitz[8], direkte Ökonomien ohne Apparate, NutzerInnengemeinschafen und vieles mehr.

Dazu gehört aber auch, die Visionen einer Welt von unten laut zu benennen, denn Visionen können motivieren. Hinzu kommt die Chance, für ein

7 Internet: www.umwelt-und-emanzipation.de.vu

8 Geschichte zurückzudrehen, ist nie ein emanzipatorischer Ansatz, weil sich ständig erweiterte Möglichkeiten bieten. Das bedeutet aber nicht, Gewesenes zu vergessen. Landwirtschaftliche Flächen in Gemeinschaftsbesitz hat es schon gegeben – bezeichnet als Allmende waren sie gemeinsam bewirtschaftet und genutzt vor allem im direkten Umfeld von Dörfern.

klar emanzipatorisch abgefasstes Ziel Bündnisse zu schaffen von ökologisch orientierten Menschen mit anderen sozialen Bewegungen, die gemeinsam an einer Welt von unten arbeiten. Kristallisationspunkte wie konkrete Projekte oder der Widerstand gegen autoritäre oder neoliberale Umgestaltungen können der Anfang sein. Es gilt, Abschied zu nehmen von der vor allem in NGO-Kreisen gern verbreiteten Mär vom guten Staat, von der „good governance", die die Auswüchse des Neoliberalismus eindämmen soll. Der Staat organisiert die Ausbeutung. Er ist Gegner, nicht Partner eines Umweltschutz von unten. Hoffnung für die Umwelt und die Menschen gibt es erst dann, wenn die Menschen selbst und gleichberechtigt den Zugriff auf ihre Lebensressourcen erhalten.

Ziele und konkrete Forderungen benennen

Wenn sich umfassender etwas ändern soll, müssen die Ziele eines emanzipatorischen Umweltschutzes offensiv benannt und der Ökologie von oben gegenübergestellt werden. Veranstaltungen, Diskussionen in der Öffentlichkeit oder in Umweltschutz- und anderen politischen Organisationen, symbolische Aktionen, Bildungsarbeit, Herausgabe von Schriften, Pressearbeit und konkrete Projekte entsprechend diesen Ideen können dazu dienen. Soll die Diskussion keine Nischendiskussion bleiben, muss sie auch dort geführt werden, wo die PraktikerInnen der Umweltschutzarbeit sind. Zur Diskussion gehört das Formulieren der Ziele: Utopien für die gesamte Gesellschaft, für die Umweltschutzarbeit insgesamt oder für Teilfragen. Visionen bieten Zündstoff, können motivieren und bewegen. Zusätzlich sind Strategien notwendig, das Visionäre in kleine Schritte zu zerlegen, um ihnen Stück für Stück näher zu kommen. Diese Schritte aber müssen immer darauf untersucht werden, ob sie der Vision und den Grundsätzen emanzipatorischer Arbeit entsprechen.

Beispiele für sofortige Schritte

Selbst im heutigen, realpolitischen Raum lassen sich viele Schritte in diese Richtung einfordern oder schon konkret verwirklichen:

★ Dezentralisierung statt EU und Weltregierung
  Zur Zeit stellen viele Umweltschutzorganisationen hohe Forderungen an die EU, z.T. auch an die UNO. Sie wollen diese stärken und erwarten von ihnen die Durchsetzung von Umweltschutzstandards. Abgesehen davon, dass schon jetzt sichtbar ist, dass auf diesen Ebenen Umweltschutzinteressen besonders schwach bleiben, widersprechen sol-

che Forderungen auch emanzipatorischen Zielen. Danach müsste eher eine Dezentralisierung politischer Entscheidungsbefugnisse und die Stärkung direkter Mitbestimmung eingefordert werden.

★ Mitbestimmung statt ökologischer Abgaben
Ökosteuern, Klimazertifikate und anderes sollen der Propaganda nach[9] den Rohstoff- und Flächenverbrauch reduzieren. Dabei bedienen sie sich marktwirtschaftlicher Mittel, d.h. in Zukunft entscheidet die Finanzkraft der Unternehmen und sonstigen EnergieverbraucherInnen, wer wieviel Energie verbrauchen oder durch Investitionen in neue Technik Vorteile erreichen kann. Der Einfluss der Menschen wurde geschwächt. Gegenforderung wäre eine Stärkung der Mit- und schließlich Selbstbestimmung der Menschen beim Rohstoff- und Flächenverbrauch weltweit, d.h. in Zukunft müssten die jeweils betroffenen Menschen in einer Region allen Nutzungen von Flächen und Rohstoffen zustimmen. Zertifikate für Luftverschmutzungen lägen dann bei den Menschen und nicht bei Staaten und Unternehmen, wären unverkäuflich und gäben den Menschen die Macht zur Entscheidung über die Nutzung ihrer Umwelt.[10]

★ Verträge statt Verordnungen
Wo der Staat die UmweltnutzerInnen zu umweltgerechter Bewirtschaftung bringen will, gelten bislang bevorzugt Verordnungen oder Grenzwerte – zudem meist in für den Umweltschutz untauglicher Form. Als ein erster Schritt weg vom machtförmigen Naturschutz sollten diese durch freiwillige Vereinbarungen abgelöst werden, z.B. durch Verträge, in denen NutzerInnen Flächen und Rohstoffe naturverträglich nutzen, dafür aber Gegenleistungen erhalten. Das können Fördergelder von Seiten des Staates (Vertragsnaturschutz) oder Abnahmegarantien der Menschen in einem Dorf, einer Stadt oder Region (ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften) sein. Letzteres wäre ein Schritt zu direkten Vereinbarungen, aus dem weitergehende Ansätze folgen könnten wie gemeinsamer Besitz, Kooperativen und Bewirtschaftung oder gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung von Flächen.

9 Tatsächlich sind die konkreten Vorschriften selbst dazu kaum geeignet oder können nur Teile des Energieverbrauches über eine Verteuerung reduzieren. Mehr siehe unter www.projektwerkstatt.de/aes/klima.html oder www.projektwerkstatt.de/aes/oesr.html.

10 Dieser Vorschlag wurde aus dem Netzwerk „Umweltschutz von unten" in die Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll eingebracht, aber selbst von Umweltverbänden und „linken" MedienvertreterInnen abgetan bis denunziert. Er ist keine grundlegende Kritik an den Machtlogiken in der internationalen Politik einschließlich der Umweltpolitik, sondern verschiebt als Teilschritt die Entscheidungsrechte in Richtung der Menschen, weg von Staaten und Konzernen.

★ Selbstbestimmung statt Stellvertretung durch Kommissionen oder NGOs
Viele Umweltorganisationen fordern für sich selbst oder stellvertretend für alle Nichtregierungsorganisationen mehr Rechte ein. Das gipfelt im Vorschlag einer dritten Kammer neben Bundestag und Bundesrat für NGOs. Weit verbreitet ist ebenso die nicht einmal als demokratisch bezeichnebare Idee der „Governance“, eine vernetzte Führung durch Eliten aus Politik, Wirtschaft und sogenannter Zivilgesellschaft. Gleiches gilt für einen ökologischen Rat, dem nicht abwählbaren, monarchistisch anmutenden Kontrollorgan aus Persönlichkeiten des Umweltschutzes. Das Interesse der NGOs gilt nicht dem Machtabbau, sondern ihrer Beteiligung an der Macht. Stattdessen sollte die Verbesserung der allgemeinen Beteiligungsrechte und der direkten Mitbestimmung gefordert werden. Umweltschutzorganisationen sollten ihre Rolle darin finden, die Artikulation und den Protest der Menschen zu stärken, Informationen bereitzustellen und Projekte mit Modellcharakter gerade hinsichtlich der internen Strukturen zu initiieren.
Einen ersten Ansatz böte die Stärkung der direkten Mitbestimmung. Sie muss so organisiert bzw. eingefordert werden, dass es zu wirklicher und gleichberechtigter Bestimmung durch die jeweiligen Menschen kommt. Die aktuellen Vorschlage zu direkter Demokratie reichen dazu nicht.[11]
Wichtiger als formalisierte Abstimmungsschlachten sind offene und gleichberechtigte Vereinbarungsprozesse sowie die Ausweitung von Selbstbestimmung, z.B. im Bereich der Ökonomie, des Zusammenlebens, der „Arbeit“ oder der Gestaltung von Flächen und Häusern.

Unabhängige Arbeitsstrukturen

Neben den inhaltlichen Zielbestimmungen und Positionen müssen Naturschutzgruppen und -projekte ihre Unabhängigkeit und Aktionsfähigkeit zurückgewinnen. Emanzipatorischer Umweltschutz ist nicht machbar über Machtstrukturen, d.h. über die Mechanismen und Institutionen, die zur Zeit eher die Umwelt zerstören oder ihre Zerstörung fördern. Umweltgruppen müssen öffentlichen Druck ausüben können, Widerstand leisten, Alternativen aufzeigen und Modelle entwickeln, in denen ökologische und emanzipatorische Ziele gleichermaßen zum Ausdruck kommen. Um das zu erreichen, wird es mehr bedürfen als kleiner Reförmchen in den verkrusteten, staats- und wirtschaftsnahen Umweltschutzstrukturen. Nötig sind eigene und unabhängige Wege in die Öffentlichkeit (Medien, Veröffentli-

11 Siehe dazu das Positionspapier „Direkte Demokratie“ aus dem Netzwerk „Umweltschutz von unten“, www.umwelt-und-emanzipation.de.vu.

chungen, Veranstaltungen), alternative Ansätze in der Bildungsarbeit, die Stärkung der Basisarbeit, die bessere Verbindung von Basisgruppen und Vernetzungsknoten sowie das Training in direkten Aktionsformen, um handlungsfähig zu bleiben, wenn öffentlicher Druck nicht gleich entsteht oder die EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft diesen missachten.

Konkrete Konzepte für den Umweltschutz von unten

Energie von unten

Von Florian Kubitz, Bundeskoordination Stud. Ökologiearbeit[12]

Überall wächst der Widerstand gegen Windkraftanlagen. Warum? Weil die großen Stromkonzerne hinter den Bürgerinitiativen stehen und sie mit den nötigen Finanzmitteln ausstatten? Weil Windkraftanlagen dort in die Landschaft eingreifen, wo sie noch völlig unberührt ist? Weil die Auswirkungen von Windenergie im Vergleich zu anderen Techniken besonders kritisch beäugt werden? Egal: Die Lösung des Problems ist ganz einfach, wir bauen Windkraftanlagen auf dem Meer, da stören sie keinen und produzieren wegen der besseren Windverhältnisse auch noch mehr Strom. Wirklich der richtige Weg?

Erneuerbare Energien sind zu einem Millionengeschäft geworden. Schon lange geht es nicht mehr um eine lokale, dezentrale Energieversorgung durch eine schonende Nutzung der lokal verfügbaren Ressourcen. Es wird alles immer größer, weil der Ingenieur anfassen kann was er will – je größer die Einheit wird, umso niedriger sind die spezifischen Kosten. Die Flügel von Windkraftanlagen überspannen ein Fußballfeld, die Turmhöhe hat 150 Meter erreicht. Windkraftanlagen sind damit höher als jeder Kirchturm oder Industrieschornstein.

Die Windparks könnten zwar locker die Bewohner der Dörfer in ihrer Umgebung versorgen, aber denen gehören sie nicht. Anonyme Investoren aus der fernen Großstadt haben ihr sauer erspartes Geld einem Fonds anvertraut, der eine Rendite verspricht, die über dem liegt, was man auf sein Sparbuch bekommt.

Ist es wirklich verwunderlich, dass der Widerstand gegen Windkraftanlagen wächst? Wohl kaum. Doch was ist die Alternative, außer der Verbannung aufs Meer? Was bedeutet eine Energieversorgung von unten?

12 Freches Umweltschutzinfo (FUI) 4/2003, herausgegeben von der Bundeskoordination studentische Ökologischearbeit, www.bsoe.info.

Die Menschen müssen selbst entscheiden, wie eine umweltfreundliche Energieversorgung vor Ort gestaltet werden kann. Wieviel Energie wird überhaupt benötigt, was kann man einsparen? Welche natürlichen Ressourcen können genutzt werden, wie geschieht das am schonendsten für die Menschen und die Umwelt? Das können die Menschen vor Ort am besten entscheiden. Natürlich kann es auch sinnvoll sein, Strom aus Regionen mit guten Standortbedingungen in andere Regionen zu übertragen, die schlechte Voraussetzungen für die Nutzung regenerativer Energien haben. Dann sollten die Menschen an der See aber selbst entscheiden, wieviele wie große Windkraftanlagen ihre Landschaft verkraftet. Ziel ist die Schaffung vieler dezentraler Anlagen, statt nur die bisherigen Großanlagen (Atom- und Kohlekraftwerke) durch andere (Offshore-Windparks und riesige Solarkraftwerke in Afrika) zu ersetzen.

Das gleiche Prinzip gilt auch außerhalb der Stromversorgung. Stark gefördert wird z.B. die Verwendung von so genanntem „Biodiesel", Rapsölmethylester. Die Herstellung von Rapsölmethylester ist nicht nur energieintensiv sondern auch technisch kompliziert. Deshalb sind zentrale Strukturen zur Herstellung von Biodiesel unumgänglich. Dabei könnte man mit leichten Änderungen an der Motoren auch gleich gereinigtes Pflanzenöl in den Tank füllen, aber damit ließe sich wohl nicht so viel Geld verdienen.



Die Schrittmacher der Einführung erneuerbarer Energien waren und sind unabhängige, nicht eingebundene Akteure: „grassroots"-Organisationen, individuelle Betreiber, neue Unternehmen, Stadtwerke, Politiker. Sie haben die Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit geleistet und den Markt für Solartechniken vorbereitet. Ihre Aktivitäten müssen verstärkt werden, statt sich darauf zu verlassen, dass die Entwicklung nun von Konzernen und von Regierungen in die Hand genommen wird – nach dem Motto: „Wir haben verstanden." ... Der Wandel zur solaren Weltwirtschaft ist ohne die gebündelten Aktivitäten lokaler und unabhängiger Kräfte sowie zahlloser individueller Investoren nicht vorstellbar.
Hermann Scheer*

Mit kleinen Blockheizkraftwerken kann man gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, der Wirkungsgrad beträgt ca. 90%, im Vergleich zur konventionellen Stromerzeugung mit 40% unglaublich hoch. Aber wegen der kleineren Erzeugungseinheiten ist Kraft-Wärme-Kopplung immer noch auf Förderung angewiesen.

Beschreibung des Konzepts „Ökostrom von unten"[13]

Drei Worte, deren Sinngehalt erst deutlich wird, wenn die politische Bedeutung aller drei klar wird und dann die Gesamtkomposition. Denn Beliebigkeit ist eine Todesform von Prozessen und Weiterentwicklung.

* Hermann Scheer: „Solare Weltwirtschaft", Antje Kunstmann Verlag

13 Das Projekt „Ökostrom von unten" entstand im Netzwerk „Umweltschutz von unten" und wurde im Jahr 2000 von der Zeitung „Ö-Punkte" vorgestellt. Der hier abgedruckte Texte ist das Vorwort des später erschienenen Reader „Ökostrom von unten" im Institut für Ökologie. Bezug über www.politkram.de.vu.

★ Ökostrom: Strom ist das, was aus der Steckdose oder dem Kabel kommt. Er wird dann von Strom in andere Energieformen gewandelt. Für viele Zwecke ist Strom eine sehr edle Energieform, für andere extrem ungeeignet, z.B. für die Gewinnung von Wärme oder auch für anderes, wenn dabei vor allem Wärme nebenbei verloren geht wie bei Lichtquellen, die viel Wärme produzieren, oder solchen mechanischen Geräten, die vor allem Wärme abgeben. Für so etwas Strom zu verwenden, ist nie „öko". Umweltschutz bedeutet, Warmwassergewinnung, Heizung, Herd, Waschmaschine, Trocknungsgeräte usw. auf andere Wärmeproduktion umzustellen. Solare Warmwassererzeugung, Brennwerttechnik, Biogas und Biomasse wären Alternativen. „Öko" ist zudem nicht das was draufsteht, sondern das, was wirklich ist. Am umweltfreundlichsten ist der Strom, der eingespart wird, denn auch „Ökostrom" verursacht Umweltzerstörungen und Rohstoffverbrauch – nur weniger. „Ökostrom" ist der Strom, der andere Stromformen verdrängt, indem sein Kauf (auf den Zahlungsvorgang kommt es an, d.h. wem ich das Geld gebe!) keine fossile und/oder verschwenderische Stromproduktion unterstützt. „Öko" ist folglich nicht, wenn der ohnehin vorhandene, mit Wind oder Wasser produzierte Strom jetzt nur teurer bezahlt wird. „Öko"strombezug muss die fossile Stromproduktion tatsächlich verringern.

★ Unten: Unten heißt nicht klein, sondern „unten" bedeutet das Fernsein von Machtmitteln. Nicht per Verordnung, Sicherheitsapparaten und Kontrolle, Geld oder wirtschaftlichem Druck sollen Verbesserungen erfolgen, sondern aus gleichberechtigtem Miteinander von Menschen. Die gleichberechtigten Menschen ohne den Einsatz von Herrschaft – das ist „unten" im positiven Sinne. Auch PolitikerInnen, Institutionen oder Firmen können so agieren – allerdings müssen sie dann verzichten auf die Machtmittel, die sie sonst gewohnt sind einzusetzen.

★ Von: Das ist ein wichtiges Wort – von unten ist ein Prozessbegriff. Er bezeichnet das Handeln der Menschen ohne Benutzen von Machtmitteln. Freie Vereinbarungen der Gleichen und Freien. Die Menschen organisieren sich, ihr Leben und ihre gemeinsamen Dinge selbst. Das sagt „von unten". Es ist also ein Begriff, der das Gegenteil von Herrschaft, des „von oben" ist. Umweltschutz von unten heißt folglich nicht, daß die VerbraucherInnen im Kleinen die Umwelt schützen (sollen). Das ist zwar auch nicht ausgeschlossen, aber es ist nicht der Punkt. Vielmehr bedeutet es, dass im Prozess der freien und gleichberechtigten Menschen miteinander entschieden wird, was im Umweltschutz geschieht – ohne Gesetze, Druck von oben, wirt-

14 Mehr Informationen zu Ökostrom von unten unter http://move.to/oekostrom.

schaftliche Abhängigkeiten, Markt- und Verwertungslogik oder Institutionalisierung.

Ökostrom von unten als Gesamtheit bezeichnet eine Energieversorgung, die ökologischen Kriterien gerecht wird und deren Gewinnung, Verteilung und Verbrauch die Menschen miteinander klären. Energiegewinnungsanlagen, Netze und die Absprachen über den Verbrauch – alles gehört allen. Zumindest ist das Vision. Der konkrete Weg kann über Schritte dahin führen und wird kreativ Grenzen erweitern müssen, die ein herrschafts- und marktförmiges Drumherum hat. Diese Erweiterung kann nicht durch Insellösungen erfolgen, sondern durch eine politische Auseinandersetzung. Daher wird auch die politische Aktion dazugehören müssen.

Das Projekt „Ökostrom von unten„ ist eine konkrete, selbstorganisierte und politische Aktion. Sie lebt vom eigenständigen Handeln in Städten und Regionen, schafft keine zentralen Strukturen, sondern will denen helfen, die vor Ort agieren wollen. Die konkreten Aktivitäten können von Öffentlichkeitsarbeit bis Widerstand gegen Monopole, Großkraftwerke, Atom usw. über das Schaffen konkreter Projekte, Modelle, Experimente und gemeinsam betriebener Energiegewinnungsanlagen und Netze reichen – alles gehört dazu! Ob es gelingt, hängt davon ab, ob vor Ort bestehende Aktivitäten und neue Ideen entwickelt werden – unter welchem Namen, in welcher Vorgehensweise und Organisationsform auch immer.[14]

Umweltbildung von unten

Von Thomas Schmidt, Umweltwerkstatt Lübeck[15]

Das Ökologieproblem führt laut Umfragen schon länger nicht mehr die Sorgenhitlisten der Bevölkerung an. Dennoch ist deswegen der Ruf nach mehr Umweltbildung, um endlich eine der grundlegendsten Fragen menschlicher Existenzsicherung wenigstens ansatzweise zu bearbeiten, nicht leiser geworden. Und das, obwohl kaum einer wirklich daran zu glauben scheint, dass die allgemein übliche Ökopädagogik irgendetwas Entscheidendes bewirkt. Schaut man genauer hin, muss man feststellen, dass dieser Eindruck wahrlich seine Berechtigung hat. Umweltbildung lässt seit Jahren einen ihrer wichtigsten Tätigkeitsbereiche systematisch außer acht.

In der wissenschaftlichen Theorie ist es unumstritten, dass zur Lösung der ökologischen und sozialen Probleme letztlich nur politisch konsequentes Handeln beitragen kann. Darum findet sich in der Fachliteratur der Hin-

15 Ein umfangreicherer Text des Autors befindet sich im Buch „Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“, IKO-Verlag Frankfurt.

weis, dass Bildung zur praktischen und selbstbestimmten Einflussnahme auf Politik befähigen soll.

Genau das jedoch findet seit Jahren so gut wie gar nicht mehr statt. Vorbei scheinen die Zeiten, wo es das Markenzeichen der Umweltbewegung war, Druck zu machen. Umweltbildung wurde von ihr überhaupt erst angestoßen und jahrelang intensiv geprägt. Denn direkt aus dem Widerstand gegen Umwelt und Menschen belastende Maßnahmen heraus zu agieren, heißt auch, ständig dazuzulernen – beispielsweise über die Machtmechanismen und Interessenslagen in unserer Gesellschaft oder über den Wert gegenseitiger Solidarität in Protestsituationen. Derartige Erfahrungen sind denn auch zurecht in pädagogische Konzepte eingeflossen. Von Fachleuten wird ihnen bescheinigt, sie würden im Gegensatz zu den üblichen Formen theoretischer Bildung wesentlich intensiver zu wertvollen persönlichkeitsbildenden Lernprozessen führen.

Derartige kritische gesellschaftspolitische Konzepte hatte jedoch keine Chance. Staatliche Politik hat es meisterhaft verstanden, nur bestimmte Ansätze der Umwelterziehung zuzulassen. Diese gehen bis heute weitgehend davon aus, dass es zur Lösung der Probleme ausreicht, wenn der Einzelne im Alltag verantwortlich handelt und wenn weitere technische Neuerungen eingeführt werden. Eine grundlegende Umstrukturierung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse ist nicht vorgesehen. Die wirklich spannenden Fragen bleiben außen vor.

Dementsprechend langweilig sieht der umweltpädagogische Mainstream aus. Auch kann es nicht verwundern, dass insbesondere Jugendliche allergisch darauf reagieren. Sie sollen persönlich handeln, während der Rest der Gesellschaft ihnen das Gegenteil dessen vorlebt, was pädagogisch als sinnvoll vermittelt werden muss. Mittlerweile hat sich allerdings herumgesprochen, dass derartige Rahmenbedingungen vor allem Resignation, Verdrängung und Zukunftsängste erzeugen. Und so ist es außerdem üblich geworden, die belastenden Gefühle im Rahmen positiver Naturerlebnisse und esoterischer Betätigung vergessen zu machen. Die ganze Sache hat leider mindestens einen Haken, denn eine Lösung der Probleme kommt damit kein Stückchen näher.

Auf Dauer sind politisches Engagement und Mitbestimmung also unverzichtbar. Das Interesse staatlicher Politik musste in dieser Situation dahin gehen, sie auf dann weiterhin kontrollierbare Weise zuzulassen und selbst zu steuern. Die ersehnte Zauberformel wurde 1992 auf dem sogenannten Erdgipfel in Rio ausgeheckt. Seitdem ist politische Mitbestimmung innerhalb des dort mit Hilfe der Konzepte „Nachhaltigkeit“ und „Agenda 21“ vorgesehenen Rahmens wieder im Kommen. Sie sehen eine Bejahung von beständigem Wirtschaftswachstum und „Zukunftstechnologien“ wie der Atomkraft oder der Gentechnologie vor. Ferner fordern sie die Bevöl-

kerung zu aktiver Mitwirkung daran auf, die kapitalistische Wirtschaft umzubauen. Es gilt, die Grenzen der Ausbeutung so gut einzuhalten, dass diese als solche möglichst lange systematischen Bestand haben wird.

In der Umweltbildung wird aktuell intensiv darüber diskutiert, ob diese Vorstellungen als neues Leitbild übernommen werden sollen. Bedenken und Gegenstimmen sind nur in seltenen Einzelfällen zu vernehmen. Das macht das langjährige Fehlen einer Umweltbildung, die auch ihren eigenen gesellschaftspolitischen Stellenwert kritisch hinterfragt, umso schmerzlicher bewusst.

Dennoch gibt es natürlich Alternativen. Sie bestehen darin, politischen Widerstand und Bildungsprozesse wieder zusammenzudenken. Allerdings müssten die dafür bereits vorhandenen Konzepte überarbeitet und erweitert werden. Auch gilt es dabei, noch jede Menge pädagogischer Fragen zu lösen, damit ein aktueller und überzeugenden Ansatz konsequent kritischer politischer Umweltbildung entsteht. Immerhin besteht die Chance, dass Umweltbildung dadurch spannend wird – nahezu so spannend wie das Leben, das sie angeblich bewältigen helfen will.

(Groß-)Technik und Umweltschutz

Aus der Gruppe Gegenbilder[16]

Das Verhältnis von Mensch und außermenschlicher Natur bietet für die Gestaltung der Gesellschaft eine entscheidende Einflussgröße. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist ein ständiger Prozess des Versuchs, sich unabhängiger von natürlichen Einflüssen zu machen, sich aus natürlichen Regelkreisen und Prozessen zu emanzipieren. Gleichzeitig bleibt die Natur oder das, was aus ihr im Rahmen menschlicher Veränderung geworden bzw. von ihr übrig geblieben ist, eine unersetzliche Lebensgrundlage. Sauerstoff, Wasser, Nahrungsmittel – sie alle stammen aus natürlichen Quellen. Nur wenige Elemente sind künstlich erzeugt worden (z.B. durch radioaktive Zerfallsprozesse), ohne jedoch dadurch die natürlich vorhandenen ersetzen zu können.

Der bisherige Verlauf des Mensch-Natur-Verhältnisses bietet keinerlei Ansatzpunkte für eine Annahme, der Mensch könnte auch ohne die natürlichen Lebensgrundlagen existieren. Ganz im Gegenteil: Der Mensch hat immer größere Fähigkeiten entwickelt, die Natur zu verändern. Er lebt aber weiterhin in ihr. In Einzelfällen ist sogar sichtbar, dass menschliche Eingriffe in die eingespielten Abläufe der Natur ihn selbst gefährden –

16 Auszüge aus Gruppe Gegenbilder, 2000: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen, Selbstverlag der Projektwerkstatt in Saasen. Bezug über www.politkram.de.vu, Textfassung und Diskussionsforum unter www.opentheory.org/gegenbilder. Der Text ist leicht überarbeitet.

auch das geschieht über die Prozesse der Natur (z.B. Klimaschwankungen, Unwetter, Fluten, Dürre).

Der Mensch formt die Natur für bestimmte Ziele. Machtstrukturen zwischen Menschen bewirken unterschiedliche Möglichkeiten des Zugriffs auf die Natur und des Abwälzens der Folgen dieses Zugriffs auf andere Menschen. Natur ist in einem veränderbaren Rahmen steuer- und beeinflussbar, aber nicht ersetzbar. Gleichzeitig ist unübersehbar, daß es der Mensch ist, der grundsätzlich wertet, steuert und bestimmt, welche Abläufe wie beeinflusst werden. Er kann zwar die Naturgesetze nicht brechen, aber sie gezielt nutzen und damit bislang unbeeinflusste Abläufe verändern. Er kann sogar die Folgen von Umweltveränderungen/-zerstörungen beeinflussen, aber nicht abschaffen. Diese Fähigkeiten machen den Menschen zum bewussten Gestalter der Natur und als solches zu einer einmaligen Spezies auf der Erde. Er ist vielfach frei von natürlichen Zwängen, aber nicht von den Folgen seines Verhaltens. Beispiel: Kein Mensch unterliegt einem unbeherrschbaren Freß- oder Sexualtrieb. Wer aber nicht ißt, verhungert. Die Folgen sind nicht aufhebbar. Der Mensch lebt nicht getrennt von der Natur.

„Der Mensch" ist in diesem Sinne aber eine unbestimmte Person. Tatsächlich liegen große Unterschiede vor, wer in welchem Maße Natur verändern und die Folgen auch auf andere abwälzen kann. Insofern stimmt das gezeigte Bild nur für die Gesamtheit der Menschen, nicht aber für Einzelne, die kraft bestehender Herrschaftsstrukturen definieren können, dass andere die Folgen ihres Handelns zu tragen haben. Die Versiegelung von Flächen führt zu höherem Regenwasserabfluss, aber die Folgen treten oft erst flussabwärts auf. Machtstrukturen in der Gesellschaft, also nicht zwischen Mensch und Natur, führen also zu der Situation, das einzelne Menschen aufgrund vorhandener Herrschaftsstrukturen in die Umwelt eingreifen können, ohne auf die Folgen Rücksicht zu nehmen. Umweltzerstörung, die immer auch eine Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen ist, geschieht nur im Rahmen von Machtstrukturen, von herrschaftsorientierten Systemen wie dem Kapitalismus, dem Staatskapitalismus (sogenannter „real existierender Sozialismus") oder Diktaturen, weil die Menschen nur hier gegen ihr Interesse handeln, sich in einer lebenswerten Umwelt und auf deren Grundlage entfalten frei zu können.

Heute grenzt es schon fast an die Grenzen des Utopisch-Hoffbaren, die Natur als Lebensgrundlage wenigstens nicht noch mehr zu zerstören, sondern so viel wie möglich von ihr zu erhalten. Deshalb setzen sich unter Umweltbewegten auch immer wieder Gedanken durch, die einen statischen Zustand als Idylle einer Einheit von Mensch und Natur wünschen und anstreben. Wer, wie Rudolf Bahro und viele Feministinnen, davon ausgeht, die Natur verharre in „ursprünglichen Zyklen und Rhythmen"

(Bahro, S. 319),[17] dem bleibt wirklich nur eine Rückkehr zu traditionellen Lebensformen. Diese Ökokonzepte sind geprägt von Technikfeindlichkeit, Mystifizierung der schweren Arbeit und der Idyllisierung einer „harmonischen Einheit mit der Natur“, die es aufgrund der klimatischen Verhältnisse zumindest in Mitteleuropa nie für längere Zeit gab. Die antiemanzipatorische „Rückbindung“ an diese scheinbar statischen Zyklen soll dann mittels „erhebender“ Spiritualität erträglich oder gar wünschenswert gemacht werden. Solche naturstatischen, emanzipationsfeindlichen Ökokonzepte geraten inhaltlich leicht in die Nähe zu „Rechter Ökologie“.[18] Die Kritik an solchen Konzepten braucht sich aber gar nicht nur auf ihre politischen Konsequenzen beziehen, sondern auch inhaltlich sind sie einfach falsch. Denn die Natur ist nicht statisch, sie ist „kein Vorbei“, wie es Ernst Bloch kennzeichnet (Bloch, S. 807, siehe auch: Schlemm 1996ff.). Sie entwickelt sich selbst ständig weiter – unter anderem und sogar wesentlich über die Entwicklung der Menschen als vernünftiger Naturwesen.

Wie alle Visionen ist die Vision einer gemeinsamen Fortentwicklung von Mensch und Natur noch nicht genau ausmalbar. In ihrem Zentrum steht auf jeden Fall die Entwicklung der menschlichen Natur selbst.[19] Aber auch die schöpferischen Potenzen der Natur, ihre vielfältigen Kräfte und Zusammenhänge stehen uns weiterhin zur Verfügung. Naturgesetze beschreiben keine Verbote, sondern Möglichkeiten. Der berühmte Ausspruch von Francis Bacon: „Wissen ist Macht“ bezieht sich nicht auf unterdrückende Beherrschung, sondern die Ermöglichung neuer Naturzustände („zweite Natur“), die unser Leben bereichern und der Natur selbst die Tür zu neuen Möglichkeiten öffnet. „Allianztechnik“ nennt Bloch jene Mittel, mit denen die befreiten, sich frei vereinenden Menschen sich nun auch neu mit den natürlichen Möglichkeiten verbinden.

★★★ ★ ★★

An Stelle des Technikers als bloßen Überlisters oder Ausbeuters steht konkret das gesellschaftlich mit sich selbst vermittelte Subjekt, das sich mit dem Problem des Natursubjekts wachsend vermittelt.
Bloch, S. 787*

Es wird selbstverständlich eine andere Art Wissenschaft und Technik sein, die diese Menschen entwickeln, meilenweit von der beherrschenden, überlistenden, raubenden Aneignung natürlicher Ressourcen durch bürgerlich-kapitalistischen Zugriff entfernt. Da wir immer zuerst an die Kritik dieser Formen denken, fällt es uns schwer, eine Vision einer anderen Wissenschaft und Technik zu entwickeln. Bloch kennzeichnet sie mit folgenden Worten:

* Bloch, Ernst (1985), Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/Main

17 Bahro, Rudolf (1990), Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik, Berlin

18 Geden, Oliver (1996): Rechte Ökologie, Elefantenpress Berlin.

19 Siehe Kapitel 2.1c Die „Menschen-Epoche“ in: Gruppe Gegenbilder, 2000: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen. Projektwerkstatt Saasen.

- ★ Befreundung statt Domination (S. 783)
- ★ das Herstellende auch in der Natur verspüren, aufspüren, begreifen (ebd.)
- ★ Aktivität über das Gewordene hinaus... im Anschluß an die objektiv-konkreten Kräfte und Tendenzen (S. 784)
- ★ Menschen als Hebel, von dem die Welt aus technisch in ihre Angel zu heben ist (S. 801)
- ★ die Wurzel der Dinge mitwirkend verwenden (S. 805) ...

Einen aktueller, wenig beachteter Hinweis wurde im Buch „Wachstum der Grenzen" (Bloch/Maier 1984)[20] gegeben, wo „Technologien, die sich auf Symbiose selbstorganisierender Systeme stützen" (S. 37) skizziert werden. Während sich die Gesellschaft und die Natur nicht mechanizistisch verhalten, sondern sich-selbst-organisierend, vermittelt zwischen ihnen derzeit eine eher mechanizistische Technik. Eine qualitative Einheit gelingt erst, wenn auch sie den Charakter von Selbstorganisation erhält.

In ihrer konkreten Form werden wir sie – solange wir die neue Gesellschaft noch nicht haben – auch nicht vollständig entwickeln können. Bloch selbst griff bei seinen Hoffnungen auch daneben, denn er pries die Atomtechnik als nicht-mechanische, nicht-euklidisch wirkende neue Technikform. Aber Wesenszüge einer vertretbaren Allianztechnik, mögliche Keimformen und alles, was heute doch schon möglich ist, sollten wir nicht versäumen zu entwickeln. Als utopische Vision können wir uns vielleicht den bekannten „Replikator" aus den StarTrek-Folgen vorstellen. Eher unsichtbar, aber effektiv und produktiv stellt eine auf Modularität beruhende vernetzte und integrierte Produktionstechnologie die jeweils benötigten Dinge her. Begriffe wie „individuelle Massenpodukte", „wandlungsfähige Produkte" und ähnliches gehören heute schon zum Standardwerkzeug der Konstrukteure und Technologen. Ich glaube, viele politisch engagierte Menschen übersehen diese „graue Produktionsalltagswelt" nur allzugern und wissen deshalb nichts über faszinierende Entwicklungen in diesem Bereich, die unabdingbar für eine umfassende Vision einer neuen Gesellschaft sind. Als Kriterium für unsere Vision ist jedoch nicht nur die Bequemlichkeit der Produktionsweise mit den Replikatoren, sondern, ob statt „Beherrschung" der Natur eine „Vermittlung der Natur mit dem menschlichen Willen" (Bloch) vorliegt.



Technik als Entbindung und Vermittlung der im Schoß der Natur schlummernden Schöpfungen, das gehört zum Konkretesten an konkreter Utopie.
Bloch, S. 813*

* Bloch, Ernst (1985), Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/Main

20 Bloch, Jan Robert, Maier, W. (1984), Wachstum der Grenzen. Selbstorganisation in der Natur und die Zukunft der Gesellschaft, Frankfurt am Main

Nur solch eine dynamische, nichtstatische Vorstellung kann Grundlage emanzipatorischer Öko-Politik sein.

Ein passendes Zitat aus einer anderen Quelle. Christoph Spehr schreibt: „Wenn wir also unsere Gegenwart mit einem archäologischen Blick betrachten, ist das hervorstechendste Merkmal die ungeheute Menge von Ruinen, die unsere Zeit hervorbringt. Es ist eine extrem ruinenreiche, im wahrsten Sinne ruinöse Kultur. Anstelle von Pyramiden fänden wir riesige Staudämme; Flugplätze und Autobahnen; Kraftwerke und Überlandleitungen; die Hallen und Maschinenansammlungen der großen Industrie; die Öfen der Stahlwerke, die eisernen Gedärme der chemischen Fabriken, die hohen Tempel der Raumfahrt und der Waffenschmieden, die entlosen Bänder der Massenfertigung. Unterhalb dieser großen Ruinen fänden wir eine unglaubliche Menge von industriellem Schutt: Geräte aller Art; Autoreste natürlich; Fahrzeuge und Bauschutz in rauhen Mengen; PCs und anderen elektronischen Müll; die Scherben und Gerippe der zirka 10.000 Gegenstände, mit denen sich ein Mensch in den hochindustrialisierten Zentren heute im Schnitt umgibt; alles sehr haltbar. Wir fänden auch Bauten, die schon zu Lebzeiten Ruinen waren. Die unterirdische Betonfestung von Tschernobyl etwas oder die liegengelassenen 28 Kilometer des amerikanischen Teilchenbeschleunigers, der einmal 87 Kilometer lang werden hätte sollen, aber inzwischen aus Kostengründen aufgegeben wurde. Und wir stünden vor einem Rätsel.

Eine solche Anhäufung von Artefakten, die Verschleppung solcher Mengen von Material, das offenbar zu erheblichen Teilen aus ganz anderen Gegenden der Erde gekommen sein muss, ist historisch einfach nicht normal. Fortschritt, sagen wir in der Regel und zucken die Achseln; aber damit ist nichts erklärt. Wir könnten die Wege rekonstruieren, die dieses Material gegangen sein muss. Wir würden abschätzen, welche Mengen an Arbeit in den Artefakten eingefroren sind, und würden errechnen, dass die Lebensdauer der Menschen in den ruinenreichen Zonen unmöglich ausgereicht haben kann, all diese Artefakte herzustellen. Die Pyramiden der Industriezeit brauchen Bautrupps, die über die ganze Welt verteilt sind. Welche Kräfte konnten dieses Maß an zentraler Arbeitsorganisation aufrechterhalten, und wozu war es gut? …

Freie Kooperation von Menschen schafft keine solchen Artefakte. Wer jemals in einem halbwegs selbstorganisierten Projekt gearbeitet oder auch nur an den Versuchen teilgenommen hat, zentrale Arbeiten in einer Wohngemeinschaft arbeitsteilig zu organisieren, wird das wissen. Das ist auch ganz normal und entspricht der menschlichen Rationalität. …

Normale Gesellschaften sind relativ investitionsfeindlich, artefaktfeindlich gewissermaßen. Das ist keine Frage von fehlender Entwicklung, sondern

von menschlicher Vernunft. ... Die Artefakte stehen unter einer starken sozialen Kontrolle, da sie sich permanent gegenüber den anderen Zielen rechtfertigen müssen. ... Es wird nicht auf gut Glück investiert. Der Nutzen technischer Projekte muss in überschaubaren Zeiträumen klar sein. Große Kooperationen wachsen höchsten aus der Vernetzung von kleinere Einheiten ...

Man sieht es den Artefakten der modernen Gesellschaft übrigens auch an, daß sie zu schnell und ohne Widerstände wachsen. Die Hässlichkeit der modernen Gebäude und die Großspurigkeit ihrer architektonischen Gestalt zeugen davon, daß niemandem die Arbeit, die dafür verwendet wurde, etwas bedeutet hat; daß sich niemand bewusst entscheiden musste, Arbeit hierfür einzusetzen und nicht für etwas anderes; und dass niemand versuchen musste , für diesen Aufwand um nachträgliche Anerkennung zu werben. Sie sind von Menschen gebaut und geplant, die sich niemandem gegenüber rechtfertigen müssen für das, was sie den ganzen Tag lang tun ...

Die Verfügbarkeit von Menschen für öffentliche Ziele, die Benutzbarkeit von menschlicher Arbeit für die Herstellung von Artefakten, muss in extremer Weise durchgesetzt gewesen sein. ... Es gehört zum Wesen der industriellen Zivilisation, dass fast alle Menschen ständig etwas tun, was sie nicht tun würden, könnten sie sich frei entscheiden. Jedenfalls nicht so; nicht in diesem Ausmaß und dieser Ausschließlichkeit. Und umgekehrt, dass einige Menschen Dinge tun, die nicht zustande kämen, wären sie von der normalen Zustimmung und Freistellung ihrer Gemeinschaften abhängig.“[21]



Machtstrukturen in der Gesellschaft, also nicht zwischen Mensch und Natur, führen also zu der Situation, dass einzelne Menschen aufgrund vorhandener Herrschaftsstrukturen in die Umwelt eingreifen können, ohne auf die Folgen Rücksicht zu nehmen. Umweltzerstörung, die immer auch eine Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen ist, geschieht nur im Rahmen von Machtstrukturen, von herrschaftsorientierten Systemen wie dem Kapitalismus, dem Staatskapitalismus (sogenannter „real existierender Sozialismus“) oder Diktaturen, weil die Menschen nur hier gegen ihr Interesse handeln, sich in einer lebenswerten Umwelt und auf deren Grundlage entfalten frei zu können.
Umweltschutz muss daher eine Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrukturen und gesellschaftlichen Reproduktionslogiken sein. Ziel muss erstens sein, Macht abzuschaffen, um die Freiheit zu schaffen, die den Menschen wieder die Gestaltungskraft über die Umwelt gibt, ohne dass sie die Folgen auf andere abwälzen. Zweitens müssen die Rahmenbedingungen, die Menschen dazu bringen, selbst immer wieder ihre eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören und ihnen gleichzeitig den Zugang zu ihren eigenen Lebensgrundlagen verwehren, überwunden werden. Nur dann werden Menschen frei sein, ohne Zerstörung der Umwelt sich selbst zu entfalten. Sogar weitergehend: Sie brauchen die Umwelt als Lebensgrundlage zu ihrer Entfaltung. Umweltzerstörung würde sich dann gegen sie selbst richten, Umweltschutz sie selbst fördern.
Gruppe Gegenbilder*

* Gruppe Gegenbilder, 2000: Freie Menschen in Freien Vereinbarungen, S. 89.

21 Christoph Spehr, 1996: Die Öko-Falle, S. 66-69

Experimente

Gesellschaftliche Bewegung entsteht nicht allein über theoretische Entwürfe, praktischen Widerstand oder politische Forderungen. Wichtig sind Modelle und Kristallisationspunkte, an denen Kritik, Alternativen und die Gegensätze gleichermaßen deutlich werden. Sie schaffen im günstigsten Fall Anlässe und Symbole für Kritik und Zieldebatte zum emanzipatorischen Umweltschutz.

Sinnvoll kann einerseits der Widerstand gegen solche Projekte, in dem sich die herrschenden Verhältnisse oder die Zukunftspläne der Mächtigen besonders deutlich offenbaren: Großprojekte, Treffen oder Messen mit hohem symbolischen Gehalt und tiefgreifende politische Entscheidungen wie internationale Abkommen. Dort lassen sich nicht nur konkrete Positionen einbringen, sondern auch grundlegende Kritiken und Alternativen zu herrschenden Gesellschaftsformen und den Entscheidungsstrukturen benennen. Hier können Umwelt- und andere politische Bewegungen zusammenarbeiten, um gemeinsam wirkungsvoller in der Öffentlichkeit Kritik an den herrschenden Verhältnissen und Zukunftsvisionen zu üben und eigene Alternativen vorzuschlagen. Im kleineren Rahmen können zudem Kristallisationspunkte oder eigene Gegenmodelle für selbstorganisiertes Leben, zum Zurückdrängen von Autorität und Verwertungsökonomie aus dem Leben und für wirksame Naturschutzansätze gefunden werden.

Im folgenden sollen Beispiele für solche Experimente benannt werden. Es sind kleine oder größere, aber konkrete Projekte, die schon gelaufen sind, laufen oder laufen könnten – auch unabhängig von geänderten Rahmenbedingungen. Sie sind zwar nur ein kleiner Schritt hin zu den Visionen, aber ein wichtiger Beitrag, um Lust und Akzeptanz für einen emanzipatorischen Umweltschutz oder hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaftsveränderung zu schaffen und die Diskussion über weitergehende Veränderungen zu beginnen.

Innenhöfe

Statt teurer Planungen werden die Flächen an und zwischen Häunsern den AnwohnerInnen übergeben. Diese können und sollen sich einigen und gemeinsam einen Plan erarbeiten. Ihre Handlungs- und Einflussmöglichkeiten sind innerhalb der handelnden Gruppe dabei gleich. Sie begegnen einander direkt und horizontal, gleichzeitig wissen sie von Beginn an: Worauf sie sich einigen, das können sie auch umsetzen. Das wird viele neu motivieren. In der Debatte besteht dann wieder die Chance, dass sich

ein Bewusstsein für die Umwelt, für die Belange von Kindern, alten Menschen usw. herausbildet. Die Auto- und Betonfraktion gewinnt meist nur dort, wo die Entscheidungen über Behörden und Parlamente laufen – denn dort ist niemand direkt betroffen.

Stromnetz

Wo die Leitungsnetze den Menschen selbst gehören, werden letztere zu den Bestimmenden. Sie diskutieren und entscheiden mit. Wie das Beispiel des Schwarzwaldortes Schönau zeigt, führt erweiterte Mitbestimmung zu hochinteressanten Entscheidungen im Sinne des Umweltschutzes. In Schönau gehört das Netz einer gemeindeweiten Versorgerfirma in BürgerInnenhand[22] – durchgesetzt durch einen BürgerInnentscheid. Auf dieser Basis wurde und wird der Ausbau von regenerativer Energien beispielhaft vorangetrieben, wobei die Anlagen im Besitz der BürgerInnen-Stadtwerke bleiben oder, wenn andernorts Anlagen gefördert werden, niemals in den Besitz großer Stromkonzerne wechseln. Diese Form der Steigerung von Mitbestimmungsrechten ist Umweltschutz von unten, er wendet sich gegen Liberalisierung und Großkraftwerke, die nur anonyme, mitbestimmungsfreie Strukturen schaffen.

Weitere Idee zu einer Energieversorgung von unten sind bereits beschrieben worden (siehe oben).

Bauernhöfe

Ökologische Landwirtschaft ist noch nicht die Lösung aller Probleme. Sie kann genauso von Profitmaximierung geprägt sein, mit der Ausräumung der Landschaft und immer größeren Flächen einhergehen sowie zu einer Konzentration auf wenige große Höfe beitragen. Die Alternative wären landwirtschaftliche Betriebe, in denen die AnwohnerInnen und VerbraucherInnen mitdiskutieren und tatsächlich mitentscheiden können, was und wie angebaut wird. Solches Mitbestimmungsrecht in Umweltschutzfragen, also der Umweltschutz von unten, führt zu einer Steigerung des Umweltbewusstseins. Es gibt nur sehr wenige Modellprojekte für solche Ideen wie z.B. Bauernhöfe, die den VerbraucherInnen gemeinsam gehören. Aber sie existieren!

22 Internet: www.ews-schoenau.de

Schulen

Die Gestaltung und Nutzung des Schulgeländes oder auch der Gebäude wird Sache der SchülerInnen. Die Ergebnisse können sehr unterschiedlich sein und sich im Laufe der Zeit wandeln – aber es kann ein Lernen des Umgangs mit der Umwelt und gleichberechtigter Vereinbarung sein, wenn dazu die tatsächliche Möglichkeit besteht. Die vielen Widersprüche, auch geschaffen durch die einer gemeinsamen Entscheidungsfindung entgegenstehende Struktur jeder Schule und folglich auch der permanenten Sozialisation der SchülerInnen, müssen ausgehalten werden. Freie Menschen gibt es unter den bestehenden Zwängen nicht, und freie Vereinbarungen sind ein dauernder Lernprozess. Zudem wird das System Schule der freien Vereinbarung entgegenstehen, denn die zentralen Bereiche der Schule (Lerninhalte, Lernform, Benotung usw.) bleiben in der Regel außerhalb der Mitbestimmungsrechte.

Das Ringen um Freiräume in Schulen darf daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schulen insgesamt eine Herrschaftsstruktur sind, die Menschen in gesellschaftliche Abläufe einpassen soll – ob nun autoritär oder über die Zulassung gesellschaftlicher Zwänge. Insofern muss die Demaskierung der Schule als Ort der Steuerung des Denkens und der Lebensplanung immer Teil emanzipatorischer Praxis sein. Wenn in der Schule Teilbereiche der gleichberechtigten Gestaltung unterliegen, so ist das ein wichtiger Kristallisationspunkt, aber auch ein Stein des Anstosses der Debatte über Zwangsverhältnisse einschließlich dessen, dass alle Menschen (zumindest in Deutschland) der Schulpflicht und den jeweiligen Schulstrukturen unterworfen sind und sich daher nicht frei wählen können, ob sie an dem zu gestaltenden Ort überhaupt sein wollen.

In der FrauenLesben-WG ist eine Klärung eingetreten – Gleichberechtigung kann nicht verordnet, sondern muss ständig erkämpft werden. Doch da taucht noch eine weitere Frage auf …

Claire: Na gut, eigentlich hast Du ja Recht. Es sollte uns ja nicht nur darum gehen, per Regel etwas zum Funktionieren zu bringen, sondern es geht darum, Verhältnisse und uns zu verändern, damit Gleichberechtigung nicht weiter etwas Erzwungenes, sondern das Normale im Zwischenmenschlichen ist.

Anne: Genau. Darum finde ich, wir probieren es noch mal ohne Regel, aber wir nehmen uns vor, uns immer aufmerksam zu machen, wenn's nicht klappt. Direkt zu intervenieren, wenn's einem stinkt, ist schließlich die richtige Alternative zur Verregelung.

Sie schweigen sich eine Weile an. Claire lacht schließlich, während Steffi weiter überlegt.

Steffi: Eigentlich ist das eine gute Vorstellung, die Veränderung der Welt an jedem Ort und immer voranzutreiben. Eine Regel wäre etwas Abschließendes und stoppt den Prozess. Die Widersprüche und auch die Scheiße des Alltags aber sind eigentlich die richtige Anschauung, an der wir ständig lernen können.

Claire, noch immer lachend: Welch schlaue Erkenntnis so spät in der Nacht …

Anne: Finde ich auch und zwar wirklich. Es wäre an der Zeit, aus all den blöden Regeln auszubrechen und jeden Tag, nein – jede Situation zum Auseinandersetzungsfeld zu machen.

Steffi: Damit zertrümmern wir auch die Grenzen zwischen den verschiedenen Feldern des Lebens – Alltag, Lernen, Reproduktion, Arbeit, Beziehung und was auch immer noch. Alles findet gleichzeitig statt.

Anne: Das Private politisieren. Das Politische zum Alltag machen. Lernen aus jeder Situation statt in den Lernanstalten. Das wäre genial.

Wo Leben und Lernen zusammenfallen: Bildung unter kooperativ-herrschaftsfreien Verhältnissen

von Espi Twelve

Lernen ist ein zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen wie individuellen Lebens. Lernprozesse erweitern die Handlungsmöglichkeiten der Menschen ständig und sind Grundlage kultureller wie technischer Entwicklungen. Das darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass Lernen nicht im luftleerem Raum statt findet und zur Zeit fest in Herrschaftsverhältnisse eingebettet und auch intern herrschaftsförmig organisiert ist. Neben der Kritik an herrschaftsförmiger Bildung geht es diesem Text vor allem darum, Lernen unter den Vorzeichen von „Autonomie und Kooperation" zu denken. Dazu gehören sowohl Überlegungen zu den Rahmenbedingungen herrschaftsfreier Bildung und konkret-utopische Ausblicke, aber auch Perspektiven, wie die praktischen Schritte für ein selbstbestimmten Lernens aussehen könnten – damit die Emanzipation von Schule und herrschaftsförmiger Bildung sofort anfangen kann.

1 Aspekte herrschaftsförmiger Bildung

„Education sucks!" – Nie mehr zum Objekt machen lassen



Der regelrechte Erziehungswahn vieler Eltern, hat seinen Ursprung in der Annahme, Kinder seien erziehungsbedürftig. So weit verbreitet diese Annahme auch ist: Sie stimmt nicht. Viele Menschen verwechseln Erziehung und Lernen. Erziehung ist eine Veranstaltung des Erziehers. Lernen hingegen ist eine Tätigkeit des Kindes. Es erkundet seine Umwelt, nimmt Informationen auf. Das Kind ist Subjekt seines Lernens. Kinder lernen – und zwar ohne daß man sie dazu zwingen muß. Man kann das Lernen nicht einmal verhindern, höchstens behindern, durch Erziehung zum Beispiel. Kinder sind nicht erziehungsbedürftig, sondern lernbedürftig; und lernen tun sie auch ohne Erziehung.
Kinderrechtszänker Berlin*

Zur Zeit ist Lernen nicht trennbar von pädagogischen Ideologien und Strukturen. Pädagogik meint damit alle Ansätze, die Menschen formen wollen nach einer Zielvorgabe, die nicht sie selbst gesetzt haben. Insbesondere Kinder werden dabei als unmündige Mindermenschen gedacht, die erst noch zu Subjekten geformt werden müssen. Erziehung basiert auf dem Glauben, besser zu wissen was für andere gut ist als diese selbst: „Der Erzieher glaubt, er handele im Interesse des Kindes, so wie die Kolonialherren einst auch

* K.R.Ä.T.Z.Ä., Erziehen ist gemein, www.kraetzae.de

glaubten oder vorgaben, im Interesse der Kolonisierten zu handeln“.[0] Damit werden Menschen zum Objekt gemacht.

Dieses grundsätzliche Muster findet sich in allen pädagogischen Ansätzen wieder. Bevormundung und Manipulation sind kennzeichnend für alle Erziehungsstile inklusive reformpädagogischer oder antiautoritärer Modelle – zwar enthalten letztere immer auch Elemente, die Selbstbestimmung fördern (weniger verregelter Unterricht, kreativere Methoden usw.), aber auch hier gibt es ein Bild, nach dem andere geformt werden sollen. Die Unterschiede liegen eher in den Formen, mit denen die Erziehenden versuchen, ihren Willen durchzusetzen. Während die "klassische" Pädagogik ganz offen äußere Zwangsmittel befürwortet, setzen moderne Erziehungsansätze stärker auf die subtile Beeinflussung oder moralische Appelle, die Erzeugung eines schlechten Gewissens.

Lernen „von unten“ setzt voraus, dass Menschen sich gegenseitig als Subjekte anerkennen. Es gibt niemand mehr, der für andere definiert, was und wie diese lernen sollen oder was diese aus ihrem Leben machen sollen. Was gelernt wird, entscheiden die Menschen selbst – bezogen auf das Individuum als auch die freien Zusammenschlüsse, in denen die Menschen agieren. Auch „heimliche Lehrpläne“, d.h. unterschwellige Formen der Beeinflussung sind unvereinbar mit dieser Grundidee. Damit ist nicht gemeint, dass andere nicht dazu aufgefordert werden dürfen, sich etwas anzueignen oder dass kritiklos hingenommen werden muss, wenn eine Person sich selbst fertig macht (z.B. durch exzessiven Drogenkonsum). Entscheidend dabei ist eine offene Kommunikation auf gleicher Augenhöhe, welche die Autonomie des Gegenübers anerkennt und die eigene Wünsche und Wahrnehmungen immer als solche mitteilt („Ich habe keine Lust, immer den PC zu reparieren – es wäre nett, wenn du das mal lernst.“). Darin inbegriffen ist, dass sich der Umgang mit Kindern radikal ändern muss: „Ein Kind ist von Beginn an ein gesellschaftliches Wesen – es wird nicht als nur biologischer Organismus geboren, dem dann die Gesellschaftlichkeit nach und nach erst anerzogen werden müsste.“[1]

Gleichberechtigung mit Kindern – gedacht als tendenzieller Prozess – ist nur möglich, wenn Erziehung eine klare Absage erteilt wird. Es geht darum, Kinder vom ersten Augenblick an ernst zu nehmen und sie dabei zu unterstützen, die Welt zu entdecken und sich selbst zu entfalten. An die Stelle von Verboten tritt Aufklärung und Diskussion ohne Dominanzanspruch. Wo Ungleichberechtigung erlebt wird oder Menschen kurzzeitig zum Objekt gemacht werden (z.B. wenn wir eine Person festhalten, um sie

0 K.R.Ä.T.Z.Ä., Erziehen ist gemein, www.kraetzae.de

1 Schlemm, Annette (2001): Jeder Mensch ist natürlich gesellschaftlich. Internet: www.thur.de/philo/kp/naturmensch.htm

vor einem Autounfall zu schützen), wird der Grund transparent gemacht kann so selbst wieder hinterfragt werden. Klärende Gespräche können Perspektiven zur Überwindung eröffnen. Vor diesem Hintergrund ist es ein notwendiger Schritt, die Ideen und Debatten der Antipädagogik[2] in die emanzipatorische Theorie mit einzubeziehen. Dabei geht es nicht um eine einfache Übernahme antipädagogischer Ideen, sondern deren kritische Weiterentwicklung. Eine herrschaftskritische Praxis wird deutlich komplexere Veränderungen nötig machen, um sich immer weiter an Gleichberechtigung anzunähern. Es geht nicht nur um einen anderen Umgang mit Kindern, sondern um Rahmenbedingungen, die ein horizontales Zusammenleben ermöglichen (mehr zu dieser Frage im Kapitel „Vom Zauberwort zum konkreten Experiment: Horizontalität" unter „Horizontalität für alle: Kinder und Menschen mit ‚Behinderungen' als Subjekte denken").

Selbstentfaltung braucht keine Zwänge

Schule und aufgezwungene Lerninhalte prägen das Leben fast aller Menschen, die das Pech haben, noch unter herrschaftsförmigen Verhältnissen aufzuwachsen. Selbst besonders offensichtliche Formen der Herrschaftsausübung haben eine hohe Akzeptanz, obwohl Zwang produktives Lernen verhindert und teilweise völlig unmöglich gemacht wird. Was unter Zwang gelernt wird, schafft es meist nicht über das Kurzzeitgedächtnis hinaus – Zwang zum Lernen trainiert das Auswendiglernen mit anschließendem Vergessen.

Die Existenz von Zwang begünstigt zudem, dass kaum über die Formen nachgedacht wird, wie Wissen vermittelt wird – Schulzwang garantiert LehrerInnen volle Klassenräume unabhängig davon, wie langweilig oder unverständlich der Unterricht ist. Bei der Abwesenheit von Durchsetzungsmitteln wäre das anders: Wer findet, dass bestimmte Dinge unbedingt gelernt werden müssen, muss sie so aufbereiten, dass ganz viele Menschen Lust darauf haben. Unter herrschaftsfreien Verhältnissen ist sehr wahrscheinlich, dass viel mehr kooperative, lustbetonte Formen der Wissensvermittlung entwickelt würden und auch komplexe Themen verständlich aufbereitet würden.

Die Ängste, dass ohne Zwangsmechanismen das Lernen aufhören würde, erscheinen unbegründet: Auch ohne Zwang können die meisten Kinder vor der Schule lesen. Bereits vor der ersten Stunde Informatik sind viele

2 Antipädagogik fordert den Verzicht auf erziehungsförmiges Verhalten und tritt für die Gleichberechtigung von Kindern und Erwachsenen ein. Quelle: Ekkehard von Braunmühl (1975): Antipädagogik - Studien zur Abschaffung der Erziehung. Weinheim: Beltz Verlag.

junge Menschen heute ihren ausgebildeten LehrerInnen überlegen, wenn es um den Umgang mit Computern geht. Ein besonders aussagekräftiges Beispiel bietet die Freie Software Bewegung: Ohne jeden Zwang lernen Menschen überall auf der Welt abstrakte Programmiersprachen und entwickeln Freie Software, die denen von hochbezahlten EntwicklerInnenteams in vielerlei Hinsicht schon jetzt überlegen ist.

Der Antrieb, die Welt zu entdecken und sich anzueignen, ist prägendes Kennzeichen neugeborener Menschen, die noch nicht vom autoritären Bildungssystem erfasst wurden. Der Wunsch nach einem guten Leben und das Interesse an der eigenen Entfaltung führen ständig dazu, dass Menschen lernen, erfinden und ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern. Deshalb müssen die Menschen nicht gezwungen werden zu lernen – ganz im Gegenteil: Zwänge verhindern Selbstentfaltung, die Antrieb des Lernens ist. Viele Talente, Interessen oder Neigungen werden dauerhaft verschüttet, weil sie Zwängen unterworfen und in feste Schemata gepresst wurden. Viele Menschen verlieren erst durch Schule jede Lust am Lernen. Die grundsätzlichen Fähigkeiten zur selbstbestimmten Aneignung und zur Selbstorganisierung werden systematisch zerstört. Diese Analyse wird auch durch die PISA-Studien bestätigt, allerdings ohne dass die „richtigen“ Konsequenzen daraus gezogen werden[3].

Lernen „von unten“ braucht keinen Zwang. Es geht darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen das lernen können, was sie interessiert, und weiter geben können, was andere spannend finden. Dazu gehört zum Beispiel, umfassende Transparenz zu schaffen über verfügbares Wissen mit seinen Alltagsbezügen und Anwendungsgebieten, die damit verknüpft sind (mehr dazu im Abschnitt „Der Alltag wird zum Geflecht von Lernmöglichkeiten“).

„So und nicht anders“ – Standards, Vorgaben, Normierung

Die vorgegebene Abfolge des Lernens, Stundenpläne und unzählige ausgesprochene und unausgesprochene Vorgaben wachen darüber, das Lernen in normalen Bahnen abläuft. Häufig wird argumentiert, dass es darum gehe, allen den Zugang zur Allgemeinbildung zu ermöglichen und Chancengleichheit zu gewährleisten. Allerdings unterstützen Standards nicht die Erreichung dieses Ziels. Und es gibt Gründe zu der Annahme, dass Normierung tatsächlich ganz anderen Zwecken dient:

3 Gabriele Sümer: Schule will Kreativität unterrichten. Frankfurter Rundschau, 21.1.2005, S.33

- ★ Gerade dort, wo alle Menschen in ein Korsett gepresst werden sollen, wird Ungleichheit gefördert, weil die Vorgabe des „richtigen“ Weges manche bevorzugt, viele dabei jedoch auf der Strecke bleiben. Standardisierung schafft nicht Gleichberechtigung!
- ★ Nur das Standardisierte, das Quantifizierbare kann bewertet werden. Unter kapitalistischen Rahmendingungen sollen die einzelnen daran gewöhnt werden, sich mit anderen zu messen und in Konkurrenz zu setzen. Daher ist bei der Idee standardisierter Bildung immer auch mitgedacht, dass ein vergleichbares „Humankapital“ entsteht.
- ★ Regelmäßig werden SchülerInnen gerügt oder bestraft, welche das richtige Ergebnis nicht mit den vorgegeben Formeln erreichen oder ihre eigene Wege beschreiten, um sich Wissen anzueignen. Standards werden oft als Disziplinierungsmechanismus verwendet. Es geht um die Anpassung an das Normale, das immer von aktuellen Diskursen und denen geprägt wird, welche privilegierte Möglichkeiten haben, diese zu beeinflussen (politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche Eliten und Medien).

Normiertes Lernen setzt eine Instanz oder Strukturen voraus, welche Normen definieren, die für alle gelten sollen. Sie muss auch über Mittel verfügen, das durchzusetzen – egal, ob Regierung, Elite oder Rätestruktur. Das bedeutet, dass normiertes Leben nur mit Herrschaftsstrukturen umsetzbar ist. In einer Welt ″freier Menschen in freien Vereinbarungen″ gäbe es dagegen keine Möglichkeiten mehr, eine Norm durchzusetzen. Das wäre auch nicht schlimm, da es weder nötig noch sinnvoll ist, dass alle das Gleiche und auf die gleiche Weise lernen. Der konsequente Abbau von Normen ist eine wichtige Voraussetzung für die Selbstentfaltung der Menschen. Dazu gehört der Wegfall aller zeitlichen und räumlichen Begrenzungen. Lernen wird weder auf einen Ort noch eine bestimmte Lebensphase festgelegt. Das Gegenbild zum normierten ist das selbstorganisierte Lernen – das Mit- und Nebeneinander unterschiedlichster Lernwege unter horizontal-kooperativen Rahmenbedingungen. Vielfalt an Ideen, Wissen und Erfindungen entsteht durch die Unterschiedlichkeit der Menschen, die sich das aneignen und erforschen, was ihnen nützlich erscheint und Lust bereitet (mehr dazu im Abschnitt „Rahmenbedingungen, damit Lernen und Leben zusammenfallen“).

Lehrplan „Kapitalismus“: Zurichtung auf Konkurrenz, Leistung und Verwertung

Kapitalismus überlebt, weil die Menschen von Beginn an darin „trainiert“ werden, die Logiken von Konkurrenz, Leistungsdruck und Verwertung zu verinnerlichen. Diese Zurichtung durchzieht alle Lebensbereiche – egal ob Sport, Medien oder Alltagserfahrung (z.B. ist jeder Ein- bzw. Ausstieg in Züge ein knallhartes Konkurrenztraining[4]). Aber auch das Bildungswesen spielt in diesem Prozess eine Rolle: Durch Benotungs- und Belohnungssysteme werden in den gesellschaftlichen Subräumen Schule oder Universität gezielt konkurrierende Ausgangsbedingungen geschaffen, welche vor allem auf das Erlernen kapitalistischer Tugenden abzielen. In der Schule stehen „Klassenarbeiten“ für das genaue Gegenteil dessen, was der Begriff suggeriert – wer die gestellten Aufgaben kooperativ löst, würde dafür bestraft („Abschreiben“). Bildung wird gedacht als Vorbereitung auf die Arbeitswelt. Inzwischen wird sogar offensiv dazu übergegangen, Lerninhalte, die nicht direkt der ökonomischen Verwertbarkeit dienen, zu verdrängen. Aber vor allem ist Lernen so organisiert, das konkurrierendes Verhalten gestärkt und bevorzugt wird – dieser grundsätzliche Rahmen ist der prägendste – wenn auch unausgesprochene – Lernstoff, welcher die „eigentlichen“ schulischen Inhalte in den Hintergrund treten lässt.

★★★★ ★ ★★ ★★ ★ ★ ★★★

Noten führen zur Vereinzelung: Sie lenken unser Interesse auf die eigene Note, den eigenen Vorteil und erzeugen so ein konkurrierendes Verhältnis. Unter diesen Bedingungen ist es „schlau“, Wissen nicht weiter zu geben, da damit der eigene Benotungsstatus gefährdet wird. Das dies doch häufiger passiert spricht dafür, dass Menschen auch heute nie völlig von den Logiken des Systems bestimmt werden. In einer kooperativen Umgebung jenseits von Verwertung wäre es genau umgekehrt – einfach mal visionär gedacht: Allen gehört alles. Gemeinsamer Reichtum ersetzt Eigentum. Wo Wissen nicht mehr dazu eingesetzt werden kann bzw. muss, um sich zu verwerten, Geld zum Überleben zu verdienen, ist es kein Verlust, dieses weiter zu geben. Niemand wäre mehr abhängig von der Unwissenheit anderer. Was Menschen sich aneignen, würde immer auch meine Lebenssituation verbessern. Es entstünde so ein ständiges „Fliessen“ von Wissen, Fähigkeiten und Information als selbstorganisierter Prozess freier Menschen ... vermutlich viel effektiver als wir uns heute vorstellen können!
Schwarze Katze*

* Schwarze Katze: Schule und anderer Unfug, den sich Erwachsene ausdenken, www.free.de/schwarze-katze/texte/schukri1.html.

4 Während vor wenigen Jahren eine sicherlich auf Konventionen basierende Rücksicht spürbar war, erst aussteigen zu lassen, drängen sich die EinsteigerInnen heute vor der Tür, bevor noch die erste Person ausgestiegen ist. Wer nicht schnell genug aussteigt, wird einfach zur Seite gedrängt. Eigentlich nützt das niemandem – es kommt sogar denn eher zu Verzögerungen bei der Abfahrt, die allen ZugfahrerInnen schaden. Diese bewusstlose Ellbogenmentalität ist gleichzeitig „alltäglicher Niederschlag“ der sich verschärfenden, gesamtgesellschaftlichen Konkurrenzverhältnisse.

Die Trends zum „Team-Work“ stehen dadurch nur äußerlich im Widerspruch: Zum einen handelt es sich dabei fast immer um erzwungene Kooperation – die Teamzusammensetzung und insbesondere die Ziele werden von anderen definiert. Zum anderen stellt das Konzept die herrschenden Rahmenbedingungen nicht in Frage, sondern fördert eher die Modernisierung von Herrschaft und Verwertung. Solches „Team-Work“ schafft nicht die Konkurrenz ab – nur die Kontrolle von außen wird überflüssig, da die Menschen sich selbst und auch untereinander kontrollieren. Äußere Beherrschung wird immer stärker durch Selbstbeherrschung abgelöst, die sich als stabiler erwiesen hat, weil die Menschen sich nicht mehr „von oben“ beherrscht fühlen und Reibungsflächen für Widerstand verloren gehen.

Dass Stundenpläne oder zeitlich begrenztes Lernen in der Wirtschaft out sind, ist leider nicht unbedingt ein Hinweis dafür, dass sich die Idee selbstbestimmter Bildung ausbreitet. Das Problematische an Konzepten wie „Lebenslanges Lernen“ ist nicht ihre eigentliche Grundidee, sondern die bislang damit verknüpfte Akzeptanz kapitalistischer Rahmenbedingungen. Es geht darum, das kreative Potential der Menschen verwertbar zu machen – nicht aber darum, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Ungeachtet dieser Kritik bedeutet das keineswegs, dass kreative Methoden wie das „Open Space“[5] zu verteufeln wären, weil sie aus der Wirtschaft stammen. Gerade solche reflexhafte Ablehnung überlässt denen das Feld, welche die Verwertung optimieren wollen. Sinnvoller ist es, sich die Methoden anzueignen und in einen Prozess der kritischen Reflektion und ständigen Weiterentwicklung emanzipatorische Ansprüche einzubeziehen. Lern- und Gruppenmethoden können Ansatzpunkte für eine befreiende Praxis bieten, wenn damit die Herrschaftsfrage verknüpft, d.h. die Rahmenbedingungen hinterfragt werden[6].



In der modernisierten Variante ist diese Fremdbestimmung subtiler: Gruppenarbeit, Team-Work und projektbezogenes Arbeiten bewirken, dass Herrschaft kaum noch spür- und lokalisierbar ist. Erst einmal führen diese Methoden dazu, dass sich Menschen tatsächlich intensiver selbst organisieren und ihre Kreativität einbringen (was gut ist!), verdecken dabei aber, dass es weiter Vorgaben gibt, die von anderen gesetzt werden – Selbstbestimmung bleibt begrenzt: Das Ziel der Gruppenarbeit wird von Lehrplänen vorgegeben und von LehrerInnen bewertet, genau so wie im Betrieb Projektarbeit nicht für ein geiles Leben, sondern für Profite da ist! Hier verlagert sich zudem Kontrolle von LehrerInnen auf die SchülerInnen selbst, die sich in den Gruppen gegenseitig überwachen, da Fehler bzw. „Leistungsverweigerung“ einzelner die Benotung bzw. Belohnung beeinträchtigt usw.
Schwarze Katze*

5 Open Space ist die „systematische Kaffeepause“ - das dynamische Gegenmodell zu starren Konferenzen. Es verknüpft die Produktivität der kleinen Runden mit hoher Transparenz. Eine genauere Beschreibung und Links zu Open Space findet sich unter www.hierarchnie.de.vu

6 Projektgruppe HierarchNIE (2003): HierarchNIE-Reader. Saasen: Selbstverlag. (Pack die Herrschaftsbrille ein, S.18-20)

„Entschulung„ des Lernens: die Trennung der Lebensbereiche beenden, zentrale Institutionen abschaffen

Inzwischen gibt es eine ausdifferenzierte Schulkritik, die sich gegen Schulzwang, Benotung, Leistungsdruck und autoritäre Strukturen richtet. Allerdings greifen diese richtigen Kritiken fast immer nur die konkrete Ausformung der Schule an, die sehr stark von den Rahmenbedingungen abhängt. Jenseits dessen gibt es aus herrschaftskritischer Perspektive einige grundsätzliche Bedenken gegenüber einer Institutionalisierung von Bildung.



Es gibt keinen Grund, aus dem wir die mittelalterliche Tradition fortsetzen sollten, derzufolge die Menschen für das "weltliche Leben" dadurch vorbereitet wurden, daß man sie in einem sakralen Bezirk einsperrte, mochte das nun Kloster, Synagoge oder Schule sein.
Ivan Illich*

Schulen sind Orte außerhalb des sonstigen Lebens. Lernen und Leben werden hier künstlich getrennt – sicher nicht zufällig: Nur wer die Trennung der Lebensbereiche verinnerlicht hat, wird später bereit sein, z.B. jeden Tag zu einem Arbeitsplatz zu fahren. Diese Aufspaltung ist eine deutliche Vorbereitung auf den fremdbestimmten Arbeitsprozess. Schulen waren immer als Zurichtungs-Anstalten konzipiert: Das nachwachsende „Humankapital“ wird von den Einflüssen einer chaotischen Umwelt isoliert, um sie manipulieren zu können. Zentrale Orte sind immer anfällig für Kontrollversuche, wahrscheinlich ist das sogar der Hauptgrund für ihre Existenz.[7] Historisch gesehen ist die Entstehung von Knästen, Psychiatrie und Schulen in Europa nicht voneinander zu trennen – getragen sind alle vom pädagogischen Geist, besser zu wissen, was für andere gut ist ... und das auch entsprechend durchsetzen zu können. Ein Lernen, was beiläufig und überall stattfindet, kann nur schwer und sicher nicht umfassend kontrolliert werden.

Nicht nur herrschafts-, auch lerntheoretisch ist völlig unklar, was Schulen bringen sollen: Jede Situation im Alltag ist so komplex, dass das Lernpotential unendlich ist. Lernen im Alltag ist immer auch interdisziplinär angelegt, weil es nicht in schematische Themengebiete aufgespalten ist. Angesichts dessen ist unbegreiflich, warum Lernen dadurch gefördert werden soll, dass Menschen aus ihren konkreten Lebenswelten gerissen werden und Lerninhalte mühselig voneinander getrennt werden. Nicht zuletzt verursacht diese Auftrennung eine unglaubliche Ressourcenverschwendung – statt neuer Schulbetonklötze könnten Mittel z.B. darauf verwendet

* Ivan Illich (1970): Schulen helfen nicht. Über das mythenbildende Ritual der Industriegesellschaft. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

7 Wolfgang Dreßen (1982): Die pädagogische Maschine. Frankfurt a.M.: Ullstein.

werden, Werkstätten, Fabriken und Häuser zu Lernorten zu machen und Kommunikationsstrukturen zu schaffen, damit Interessierte zueinander finden können (mehr dazu im Abschnitt „Kommunkation und Transparenz"). Der „Mythos Schule"[8] ignoriert zudem, dass Lernwege so vielfältig wie die Individuen sind ... ob autodidaktische Aneignung, „einfaches" Gespräch, selbstorganisierte Gruppen von Interessierten, Mischungen dieser und ganz neue Formen. Die genannten Probleme treten überall dort auf, wo auf Institutionen und Zentralisation gesetzt wird. Die Schaffung neuer Institutionen oder alternativer Schulen lässt diese Probleme unangetastet – unabhängig vom guten Willen oder tatsächlichen Verbesserungen.

Eine der spannendsten Ideen herrschaftsfreier Bildung liegt daher darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Leben und Lernen zusammenfällt. Statt Lernen zu zentralisieren würden Wege gesucht, um offene, frei zirkulierende Lernprozesse möglich zu machen. Statt Lernen auf eine bestimmte Lebensphase zu beschränken, würden all diese Begrenzungen überwunden. Die Umwelt würde so gestaltet, das beiläufige Lern- und Aneignungsprozesse gefördert werden. Damit sind ausdifferenzierte Lernorte und Experimentierstudios, die dem Willen von Menschen entspringen, natürlich nicht ausgeschlossen. Aber auch hier ist wahrscheinlich, dass sehr direkte Anbindungen an den Alltag gesucht werden, gerade weil das gesellschaftliche Leben – das kreative Aufeinandertreffen von Menschen – eine eigenständige Produktivkraft ist.

Unperfekte Utopien

Die Utopie herrschaftsfreien Lernens wird bedroht durch alle Versuche, das perfekte Bildungssystem zu schaffen. Kontrolle garantiert nicht, dass die edlen Ziele erreicht werden – aber es garantiert, das wieder neue Durchsetzungsmittel notwendig sind, um die Menschen zu ihrem Glück zu zwingen. Davon abgesehen spricht einiges für die Annahme, das gesteuerte Bildung und Zwang zum Lernen alles andere als Lust auf Lernen produzieren. Deshalb ist es wichtig, sich von der pädagogischen Mentalität und dem Wunsch nach umfassender Kontrolle zu trennen.

8 Ivan Illich (1970): Schulen helfen nicht. Über das mythenbildende Ritual der Industriegesellschaft. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

2 Lernen und Leben fallen zusammen – Rahmenbedingungen und utopische Andeutungen

Lernen unter dem Vorzeichen „Autonomie und Kooperation“

Kooperation findet immer dann statt, wenn Menschen zusammen eine Sache herstellen, entwickeln oder ein Projekt organisieren. Emanzipatorisch ist sie in Verbindung mit Autonomie, wenn die Beteiligten selbst die Entscheidenden bleiben und nicht einer Zwangsstruktur unterworfen sind. Kooperation beschränkt sich nicht auf die materielle Ebene. Ganz im Gegenteil werden bei dem permanenten Prozess in Richtung herrschaftsfreier Verhältnisse die immateriellen Dinge eine ganz herausragende Rolle spielen. Wissen wäre frei zugänglich. Da alle Menschen mangels Abschottung durch Eigentumsbildung an neuen Erkenntnissen, Erfindungen und Maschinen. teilhaben können, entsteht ein unmittelbares, durchaus eigennütziges Interesse daran, dass auch die anderen Menschen sich weiterentwickeln. Egoismus schafft und sichert Kooperation.



Die Druckerei ist inzwischen mit Faulenz- und Leseecken ausgestattet – manche drucken eine neue Broschüre, andere sitzen und sehen dabei zu, stellen Nachfragen, um vielleicht schon morgen selber an den Maschinen zu werkeln – „Schuften“, Entspannen und Lernen bilden eine interessante Mischung. Und in der Gemeinschaftsküche drei Häuser entfernt entwickelt eine Gruppe beim Gemüse-Schnibbeln neue mathematische Formeln ...
Utopie-Schnippsel

Um selbst Wissen für sich gewinnen zu können und weil mehr Wissen und Können der anderen Menschen das eigene Leben verbessert und vereinfacht, wird viel Kraft dafür entstehen, den Wissensbildungsprozess zu organisieren und voranzubringen. Es bedarf keiner kontrollierenden Metaebene – die Menschen selbst sind aus eigenem Interesse am Austausch von Wissen interessiert. Sie werden dafür die Räume schaffen – vom Internet über Orte des freien Wissenaustausches und Lernens bis zu „Erfindungsstudios“, d.h. experimentellen Räumen.

Im Vordergrund ihres Drängens nach Wissen, neuen Fähigkeiten und neuen Möglichkeiten wird ihr eigenes Leben stehen, weil der Drang nach einem besseren Leben die entscheidende Motivation ist, wenn Zwang und Profit wegfallen. In der Folge werden Erfindungen, Maschinen und neues Wissen vor allem für das Leben der Menschen erfolgen, während heute Technik, Wissen usw. vor allem dem Profit und der Sicherung von Herrschaft dient. Ein ungeheures Potential an Innovation wird in eine menschlich-emanzipatorische Richtung verändert. Aus ganz egoistischen Motiven wird es für einen Menschen in der Regel keinen Sinn ergeben, Wissen

und Können für sich zu behalten.

Es wäre zwar möglich, durch Androhung der Entziehung z.B. eines nur mit Spezialwissen zu handhabenden Geräts eine Machtposition zu erlangen, aber die Nachteile einer solchen Strategie überwiegen deutlich. So wäre eine Maschine durch unsachgemäße Bedienung häufiger kaputt, andere Menschen können sie nicht mit weiterentwickeln und die Vorteile durch den Gebrauch kämen seltener vor. Ähnliches gilt für andere Lebensbereiche.

Der Alltag wird zum Geflecht von Lernmöglichkeiten

Wo Bildung nicht mehr aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen ist, wird der Alltag fast überall durchzogen sein vom Lernen. Dieses Lernen geschieht vor allem für das Leben und den Alltag, dort sind folglich auch die passenden Orte des Lernens. Jedes Haus, jede Werkstatt, jeder Experimentierraum und vieles mehr werden Räume, in denen Wissen ausgetauscht wird. Ein Zwang zu hoher kurzfristiger Produktivität wird nur in Ausnahmefällen vorhanden sein. Es gibt keine Dienstvorschriften, die Menschen auf ihre Arbeitskraft reduzieren und diese ausbeuten. Dadurch entsteht die Freiheit, sich die Zeit zu nehmen, Informationen auszutauschen und sich ständig gegenseitig weiterzubilden. Lernen wird nicht mehr entkoppelt, sondern gezielt in den Alltag integriert. Dabei wird die Trennung der Lebensbereiche aufgehoben – zwischen produktivem Schaffen, Reproduktion und Bildung stehen keine Schranken mehr, was zu „seltsame" Mischungen führen könnte, die wir uns heute nicht auszumalen vermögen. Die Utopie-Schnippsel auf dieser und den folgenden Seiten deuten an, wie diese Zukunft aussehen könnte.

Um Lernen und Leben zu verbinden, bedarf es der intensiven Umgestaltung der Umwelt, die bisher u.a. wegen der Verwertungslogik auf ExpertInnentum und Verknappung von Wissen angelegt war. Ein Rahmen für Selbstorganisierung und Aneignung muss erst noch aktiv geschaffen werden: Räume werden so ausgestattet, dass auch Uneingeweihte sich dort zurecht finden können



Menschen aus zwei benachbarten Häusern haben eine Projekt-Zone mit Computern, Druckern, Kopierern usw. eingerichtet. Es gibt zwar Leute, die den Raum geschaffen haben, aber die sind nur selten auffindbar – und das ist auch nicht schlimm: Überall hängen gut lesbare Zettel, die das jeweilige Gerät erklären und vermitteln, wo es benötigte Verbrauchsmaterialien gibt, wo Handbücher zu finden sind oder wer ansprechbar ist, wenn mensch etwas bestimmtes lernen möchte. Es gibt sogar eine ausführliche „Anleitung", wie der gesamte Raum im einzelnen funktioniert. An bestimmten Tagen gibt es Einführungen, die aber auch spontan verabredet werden können. Alles ist so eingerichtet, dass Aneignung erleichtert wird – und wird ständig verbessert ...

Utopie-Schnippsel

und eine hohe Transparenz darüber besteht, wo Wissen abrufbar ist und wo Menschen zu finden sind, die beim Erlernen neuer Techniken helfen können. Erklärende Schilder, Anlaufpunkte und aufmerksame Menschen werden das Geschehen prägen. Insbesondere bei der Öffnung vormals reiner Werk- und Produktionsstätten wird es wichtig sein, diese Aspekte zu berücksichtigen.

Kommunikation und Transparenz

Gerade in einer freien Gesellschaft werden sich Menschen immer nur einem begrenzten, für sie aktuell interessanten Ausschnitt der Gesellschaft zuwenden – und das ist gut so! Dieses Möglichkeitsfeld immer mehr zu erweitern ist eines der wichtigsten Anliegen emanzipatorischer Politik. Sehr wahrscheinlich ist, dass Lernorte, -gruppen und -möglichkeiten deutlich vielfältiger sein werden als in der jetzigen Gesellschaft. Gerade der Wegfall zentraler Institutionen zugunsten eines bunten Geflechts selbstorganisierter Prozesse macht Kommunikationsstrukturen, die Transparenz herstellen, umso wichtiger. „Wo ist welches Wissen verfügbar?“ und „Welche Lernorte und -möglichkeiten gibt es?“ sind dabei zentrale Fragen. Eines der wichtigsten Ziele ist es, die Möglichkeiten zu erweitern, dass sich die Menschen treffen, welche etwas von- oder miteinander lernen wollen. Wandzeitungen, Open Space als Dauereinrichtung oder Datenbanken sind nur ein paar der möglichen Ideen.

Streit ist eine Produktivkraft

Kooperation ist ein weitreichender Begriff. Auch Streit gehört dazu, denn positiv gedeutet ist Streit ebenfalls ein Vorgang, der die Weiterentwicklung von Menschen, Ideen und Wissen nach sich zieht. Das ist allerdings nur dort der Fall, wo Streit nicht zum Ziel hat, der einen oder anderen vorhandenen Position zum Sieg zu verhelfen, wie es bei Streit mit Entscheidungsvorgang (Abstimmungen, Wahlen ...) regelmäßig der Fall ist. Dort geht es nicht um Erkenntnisgewinn und Weiterentwicklung, sondern um das Durchsetzen gegen andere. Daher verhalten sich die Beteiligten meist taktisch, verschweigen Schwächen ihrer Position und Stärken der anderen. Eigene Unsicherheiten werden überspielt, populistische



Das Haus, in dem ich gerade lebe, verfügt in der Gemeinschaftsküche über eine große Wandzeitung, auf der alle interessierten HausbewohnerInnen notieren können, welches Wissen sie weiter geben können oder was sie gerade unbedingt lernen wollen.
Utopie-Schnippsel

Verkürzungen sollen Stimmen fangen. Eine solche Auseinandersetzung nach Sieg-Niederlage-Orientierung, die bei Entscheidungsgängen immer dominiert,[9] ist Kooperation ohne Autonomie. Die Menschen agieren zwar zusammen und erzeugen auch ein gemeinsames Ergebnis, aber sie verlieren ihre Autonomie, d.h. sie können nicht anschließend individuell entscheiden, was sie aus einer Debatte an neuen Erkenntnisse für sich herausnehmen, was sie umsetzen, wo sie eigene Akzente setzen wollen. Ein Zusammenspiel von Autonomie und Kooperation entsteht im Streit dann, wenn die Diskussionsform des Streites selbst gleichberechtigt organisiert wird (Zugang zu allen Fakten offen gestalten, gleiche Relevanz aller Beiträge, kommunikativer Prozess) und die Autonomie der Einzelnen immer gesichert ist, weil keine kollektive Entscheidung stattfindet. Hierarchische Strukturen, privilegierte Gremien oder entscheidungsbefugte Versammlungen haben in einem System von Autonomie und Kooperation nichts mehr verloren. Streit als dynamische Form der freien Kooperation hat Selbstwert. Er ist eine besondere Form der Auseinandersetzung, des Informationsaustauschs und im günstigen Fall der Weiterentwicklung von Theorie und Praxis. Er tritt auf, wenn unterschiedliche Interessen oder Meinungen aufeinandertreffen, weil sie sich gegenseitig behindern, blokkieren oder berühren. Er kann aber auch offensiv, d.h. ohne konkreten Anlass organisiert werden als Streit-Treffpunkt, weil Streit ohne Herrschaft als kommunikatives und voranbringendes Mittel begriffen wird. Niemals jedoch wird er mit Entscheidung verbunden, die Streitenden sind immer frei darin, was sie aus dem Streit ableiten, ob sie weiter kooperieren oder



Ein Straßenzug in der Nähe hat eine (nach dem Ende des Kapitalismus funktionslos gewordenes Werbeplakatwand in einen Umschlagplatz für ein ständiges Open Space verwandelt. Dort sind grob alle Gebäude und Plätze aufgezeichnet, die der Straßenzug umfasst – dazu ein Chaos an bunten Zetteln. Zudem gibt es eine Anleitung für die Methode und Hinweise, wer ansprechbar ist, falls Unklarheiten bestehen. Immer wieder kommen und gehen Leute, manche hängen Zettel an die Wand, wenn sie in nächster Zeit etwas tun, an dem auch andere teilhaben können sollen – ob Lernmöglichkeit, Gesprächsrunde, Veranstaltung, Aufräum- oder Koch-Aktion. Auf den Zetteln stehen Sätze wie: „Heute Abend trifft sich die FahrradschrauberInnengruppe im Hof vom grünen Haus. Wenn du mit uns üben willst, deinen Drahtesel zu flicken - komm doch vorbei!", „Ab 21h offene Lesung auf der großen Wiese", „Ich nehme heute ein neues Lied auf – wer mir beim Abmischen zusehen will, kann mich ab 15 Uhr im Keller vom roten Haus besuchen." oder „Lesekreis Psychologie in der Hängematte 17-23 fällt heute leider aus." Ständig kommen neue Zettel dazu, werden alte abgehängt oder bei einer Begegnung entwickeln ein paar Menschen wieder eine neue Idee. Außerdem gibt es Rubriken mit Terminübersichten für die nächsten Tage. Das kulturelle Leben entsteht selbstorganisiert und jeden Augenblick neu.

Utopie-Schnippsel

9 Daran ändert sich auch nichts, wenn die Entscheidungsmodalitäten z.B. durch basisdemokratische Regeln, Konsens u.ä. tatsächlich oder scheinbar etwas gleichberechtigter organisiert werden. Der Wille zum Sieg verbleibt und prägt das Kommunikationsverhalten.

wieder getrennte Wege gehen wollen, ob sie Konfliktkurs beibehalten oder z.B. Unterschiedlichkeit strategisch so geschickt organisieren wollen, dass sich alle Formen entfalten können.[10]

„Neue“ Technik: Auf Aneignung orientiert

Kooperativ-herrschaftsfreie Rahmenbedingungen werden auch auf die Technikentwicklung zurück wirken. Ohne Verwertungslogik dürfte das Interesse schwinden, Wissen zu verknappen. Je umfassender Wissen verbreitet wird, desto mehr Menschen können sich an der Weiterentwicklung beteiligen oder am Produktionsprozess teilnehmen. Daher ist wahrscheinlich, dass Technik so gestaltet wird, dass diese einfach zu verstehen ist – denn die Akzeptanz durch die NutzerInnen und ein gutes Leben für alle stehen im Mittelpunkt.

Unter kapitalistischen Rahmenbedingungen ist es funktional, Technik als kompakte Einheit zu konzipieren, bei der Defekte an einem Teil immer gleich den Neukauf vieler anderer Teile mit sich führt – Reparaturen und Neuanschaffungen fördern den Profit. Unter kooperativen Verhältnissen wären andere Entwicklungen zu erwarten: Auch die eifrigsten SchrauberInnen werden ihre Zeit nicht mit Reparaturdiensten ausfüllen wollen, denn sie tun dies ja freiwillig. Da Ressourcen nicht mehr „von oben“ verfügt werden können, wird die Neigung zu schonendem Materialverbrauch zunehmen. Daher ist das Interesse aller am Produkt beteiligten Menschen hoch, dass Geräte nicht nur lange halten, sondern auch möglichst einfach reparier- und modifizierbar sind. Unter kooperativen Verhältnissen ist eine deutliche Hinwendung zu kleinteiligen Technologien zu erwarten, bei der defekte Einzelteile problemlos ersetzt werden können. Selbstbau- oder Reparaturanleitungen sowie Schaltpläne werden frei verfügbar sein, offene Werkstätten das Wissen um Reparatur und Wartung weiter geben.



Später surfe ich noch mal durch das Netz: Ein paar SoftwareprogrammiererInnen haben eine Lerndatenbank ins Internet gesetzt, in der Menschen weltweit eintragen können, was sie anderen beibringen können und was sie lernen möchten. Wer etwas Bestimmtes lernen will, kann dort nach Menschen in der Nähe suchen, die dabei behilflich sein könnten. Und überall gibt es Leute, die Printversionen ausdrucken und in Räumen aufhängen, wo sie unterwegs sind, damit auch die etwas von der Datenbank haben, die keine Lust haben, im Netz zu surfen. Nebenan layoutet eine andere Gruppe die "gelben Lernseiten", die auf der Datenbank aufbauen ...
Utopie-Schnippsel

10 Projektgruppe HierarchNIE (2003): HierarchNIE-Reader. Saasen: Selbstverlag. (Emanzipatorische Streitkultur und der Weg dahin, S.10-13)

3 Selbstbestimmtes Lernen – Umrisse einer konkret-utopischen Praxis

Lernorte „von unten“ schaffen

Der Begriff „Lernorte“ ist selbst irreführend, weil er die Trennung von Leben und Lernen fortschreibt, auch wenn er sich klar von Schulen oder Universitäten abgrenzt. In einer Welt ohne zentralisiertes Bildungssystem sind alle Orte immer auch Lernorte bzw. können so angelegt sein. Der Begriff ist aber sinnvoll als strategisches Konzept unter herrschaftsförmigen Rahmenbedingungen. Ähnlich wie beim Begriff „Freiraum“ geht es bei Lernorten „von unten“ darum, Herrschaft in gesellschaftlichen Subräumen stückweise zurück zu drängen und neue Organisierungsformen auszuprobieren. Unvollkommene Ansätze für solche Lernorte „von unten“ bilden Projektwerkstätten, die Idee „offener Unis“[11] oder „autonomer Institute“, die im Zuge von Uni-Streiks erkämpft wurden. Wie bei vielen Feldern emanzipatorischer Politik stehen die Debatten und praktischen Gehversuche erst am Anfang. Viele der unter Punkt 2 genannten Ideen können als Keimform sofort umgesetzt werden.

Widerstand und Vision verbinden

Es geht aber nicht darum, einfach nur Inseln selbstorganisierten Lernens aufzubauen, welche den Kampf um eine herrschaftsfreie Welt der Einnischung opfern. Lernorte „von unten“ sind nur dann erste Schritte, wenn sie als offensive Gegenentwürfe angelegt sind, d.h. sich als Reibungsfläche zur Normalität begreifen. Dazu gehört der Versuch, in die Gesellschaft hinein zu wirken und deutlich zu machen, dass Herrschaft und Verwertung keine unabänderlichen Konstanten darstellen. Formen dazu könnten eine Mischung aus direkten Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und widerständiger Alltagspraxis sein, die immer wieder zu Diskussionen führern und die Verhältnisse hinterfragen. Auch die individuelle Schulverweigerung kann als Aktionsfläche genutzt werden, um fremdbestimmtes Lernen zu kritisieren und Utopiedebatten anzustoßen.

Selbstbestimmte Bildung ist kein Selbstzweck! Daher braucht selbstbestimmte Bildung die Verbindung von „Widerstand und Vision“, d.h. das offensive und gezielte Hineinwirken in Gesellschaft und laufende Debatten. Um Kritik und Gegenbilder zur totalen Unterwerfung von Mensch und

11 Ein konkretes Beispiel bildet die Offene Uni BerlinS (OUBS): www.offeneuni.tk

Umwelt zu vermitteln und für die konkreten Experimentierfelder einer Welt „von unten" zu werben, bieten sich direkte Aktionen, kreativer Widerstand und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit an. All das sorgt u.a. für die Reibung mit der herrschaftsförmigen Welt, bricht Normalität und schafft damit Raum für die kontroverse Diskussion über Alternativen. Über Aktionen (Sabotage, Störungen, Kommunikationsguerilla, Theater, Performances, Besetzungen usw.) kann dieser hergestellt werden – wo öffentliche Debatten bereits laufen, kann auch direkt eingegriffen werden: Die PISA-Studie war z.B. ein solcher „Erregungskorridor", d.h. eine Situation, wo Wahrnehmung und Interesse vieler auf das Thema Schule und Bildung gerichtet war.[12]

Kreative Gruppenprozesse und Abbau von Hierarchien

Auf dem Weg in eine andere Lernkultur wird es auch Zeit, die gängigen Formen der Wissensvermittlung kritisch zu hinterfragen zu überwinden, die stark von hierarchischen Strukturen geprägt sind. Auch in Zusammenhängen, die über Emanzipation diskutieren, sind Frontalunterricht, Podien oder Seminare und Konferenzen mit starrer Leitung und vorgeplanten Inhalten prägend. All das hat wenig mit selbstbestimmtem Lernen zu tun und kann nicht damit gerechtfertigt werden, dass eine perfekte Umsetzung unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich sei. Auch wenn die Diskussion erst in den Starlöchern steht, fehlt es nicht an Vorschlägen, wie Veranstaltungen und Gruppentreffen horizontal und kreativ gestaltet werden können.[13] „Open Space" könnte starre Konferenzen in Orte der dynamischen, selbstorganisierten Weitergabe von Wissen und der Entwicklung neuer Ideen verwandeln, „Fish Bowl"[14] den Kampf um Sieg-Niederlage zugunsten von produktiven Streits ablösen. Experimente mit kreativen, Gleichberechtigung und Selbstorganisierung fördernden Methoden könnten deutlich breiter angegangen werden. Ob Kongress[15], Sommercamp, Theoriezirkel, Aktionsgruppe oder sonstiges Projekt – jeder soziale Raum kann ein Ort sein, um solche Methoden auszuprobieren.

12 Espi Twelve: Einige Aspekte einer Bildung „von unten", www.projektwerkstatt.de/lernen/bvu_aspekte.html.

13 Viele Methoden für kreative Gruppenprozesse und Dominanzabbau finden sich u.a. im HierarchNIE-Reader (www.hierarchnie.de.vu)

14 Fish Bowl ist eine selbstorganisierte Alternative zur Podiumsdiskussion. Beschreibung: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/fishbowl.html

15 Der Jugendumweltkongress als Beispiel für methodische Experimente: http://de.indymedia.org/2005/01/103335.shtml

Literatur

Herrschaftskritik

Cantzen, Rolf (1995): Weniger Staat – mehr Gesellschaft. Grafenau: Trotzdem.

Gruppe Gegenbilder (2000): Freie Menschen in Freien Vereinbarungen. Saasen: Projektwerkstatt.

Hardt, M. / Negri, A (2002): Empire. Frankfurt: Campus Verlag.

Haug, Wolfgang / Wilk, Michael (1995): Der Malstrom. Aspekte anarchistischer Staatskritik.

Holloway, John (2002): Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Projektgruppe HierarchNIE (2003): HierarchNIE Reader. Saasen: Projektwerkstatt.

Spehr, Christoph (1999): Die Aliens sind unter uns. München: SiedlerVerlag.

Grafenau: Trotzdem.

Spehr, Christoph (Hg.) (2003): Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation. Berlin: Dietz.

Wilk, Michael (1999): Macht, Herrschaft, Emanzipation. Grafenau: Trotzdem Verlag.

Horizontalität und Selbstorganisation

Castells, Manuel (2003):Das Informationszeitalter I. Aufstieg der Netzwerkgesellschaft Opladen: Leske + Budrich

Fuchs, Christian (2001): Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Ort unbekannt: Selbstverlag

Schlemm, Annette (1999): Daß nichts bleibt wie es ist ... Philosophie der selbstorganisierten Entwicklung. Band II: Möglichkeiten menschlicher Zukünfte. Münster: LIT Verlag.

Schlemm, Annette (2001): Surfende Schmetterlinge im politischen Chaos. Osnabrück: Packpapier Verlag.

Knast und Strafe

Focault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt der Gefängnisse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Focault, Michel (1976): Mikrophysik der Macht: Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin. Berlin: Merve.

Ortner, H. (1978): Normalvollzug. Tübingen: Iva.

Unrast, Anares Nord (Hg.) (1995) : Freiheit gestreift – Texte gegen den Knast. Münster: Unrast Verlag.

Valentin, C./Schwarz, R. (1991): Strafanstalt. Stuttgart: Lindemanns Verlag.

Ökologie

Bergstedt, J./Hartje, J./Schmidt, T. (1999): Agenda, Expo, Sponsoring – Band 2: Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit. Frankfurt: IKO-Verlag

Bergstedt, J. (2002): Reich oder rechts? Frankfurt: IKO-Verlag

BSÖ e.V. (2003): Freches Umwelt Info 4/2003. Schwerpunkt: Umweltschutz von unten. Berlin: Selbstverlag.

BSÖ e.V. (2004): Freches Umwelt Info 3/2004. Schwerpunkt: Umweltbildung. Berlin: Selbstverlag.

Institut für Ökologie (2002): Ökostrom von unten. Bad Hersfeld: Materialauswahl Umweltschutz

Netzwerk „Umweltschutz von unten" (1999-2002): Positionspapiere. www.umwelt-und-emanzipation.de.vu

Scheer, H. (2002): Solare Weltwirtschaft. München: Antje Kunstmann

Herrschaftsfrei Wirtschaften, (Anti-)Arbeit

Dipl. Ing. A. Narcho (1993): Stell dir vor es gibt Arbeit für alle und keiner geht hin. Die postindustrielle Anarchie. Berlin: Karin Kramer Verlag.

Bergmann, Frithjof (2004): Neue Arbeit - Neue Kultur. Arbor-Verlag

Meretz, Stefan (2000): Linux & Co. Freie Software – Ideen für eine andere Gesellschaft. Neu-Ulm: AG Spak.

Vester, Frederic (1984): Neuland des Denkens. München: dtv

Freies Wissen, Eigentum und Copyleft

Bödeker, Sebastian/Moldenhauer, Oliver / Rubel, Benedikt (2004): Wissensallmende. Hamburg: VSA Verlag.

Goert, Hans-Jürgen (Hg.) (1984): Alles gehört allen. Das Experiment der Gütergemeinschaft vom 16. Jahrhundert bis heute. München: C.H. Beck.

Grassmuck, Volker (2001): Freie Software – zwischen Privat- und Gemeineigentum. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Schulkritik und Antipädagogik

Von Braunmühl, Ekkehard (1975): Antipädagogik - Studien zur Abschaffung der Erziehung. Weinheim: Beltz Verlag.

Dreßen, Wolfgang (1982): Die pädagogische Maschine. Frankfurt a.M.: Ullstein.

Grüneklee, Gerald/Kern, Gerhard: Lernen in Freiheit. Anti-pädagogische Thesen und Pamphlete. Münster: Unrast Verlag.

Kern, Gerhard (1998): Libertäre Anti-Pädagogik. Ulm: Verlag Klemm und Oelschläger.

Illich, Ivan (1970): Schulen helfen nicht. Über das mythenbildende Ritual der Industriegesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Miller, Alice (1980): Am Anfang war Erziehung. Frankfurt: Suhrkamp.

Die Einstiegsseite für alles: www.projektwerkstatt.de

Noch mehr ... Lesestoff und Handwerkszeug für die Praxis!





Internet:

Utopien und Herrschaftskritik: www.herrschaftsfrei.de.vu
Hierarchieabbau: www.hierarchnie.de.vu
Kreativer Widerstand: www.direct-action.de.vu
Selbstorganisierung: www.alltagsalternative.de.vu
Demokratiekritik: www.demokratie-total.de.vu
Bücher, Hefte, CDs & more: www.aktionsversand.de.vu

Mythos Attac 14,90 €
Das erste kritische Buch mit hunderten von Quellen, vor allem der Führungsgruppe von Attac, und einem Kapitel zu Perspektiven. A5, 200 S.

Mehr Bücher:

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen 10 €
Utopien herrschaftsfreier Gesellschaft, 192 S., A5.
Graue Seiten 2,50 €
Kommentierte Umweltadressenliste, 64 S., A6.



Thematische Reader .... Je 6,- €
„Herrschaftskritik konkret" (Texte zur Definition von Herrschaft und zu herrschaftsfreien Visionen), „Ökonomie von unten" (Alternativen zu Marktwirtschaft und Kapitalismus), „Ökostrom von unten" (kritische Analyse der marktförmigen Ökostrompolitik), „Ökonomie&Ökologie", „Politik von unten" sowie einige weitere.

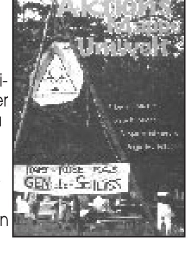
www.aktionsversand.de.vu

Aktionstipps:

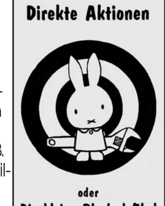
Direct Action ... die Idee, kreativen Protest mit Vermittlung zu verbinden – von Kommunikationsguerilla über bunte Besetzungen, Demos und Aneignung bis zu Blockaden und Sabotage. Wer nach Tipps sucht, kann eine Ausstellung ausleihen, Trainings und Seminare besuchen oder organisieren (ReferentInnen und TrainerInnen gibts ...) im Internet Anregungen und Beispiele angucken.
www.direct-action.de.vu



Für Gruppen:



Praktische Hilfen für Gruppen
Aktiv vor Ort? Ein Projekt, eine Aktion, ein Seminar oder ein Camp organisieren? Zu allem haben wir einige spannende Schriften herausgegeben – zudem finden sich im Internet viele Texte. Und wer den direkten Kontakt sucht oder Hilfe braucht, kann wegen ReferentInnen anfragen
Bücher: „Food-Koop-Handbuch", Reader „HierarchNIE!" (Dominanzabbau und Entscheidungsfindung von unten in Gruppen, Betrieben, auf Veranstaltungen usw.)
Internet: Dominanzabbau (www.hierarchnie.de.vu)
Selbstorganisierung (www.projektwerkstatt.de/von-unten)
Umweltschutz (www.projektwerkstatt.de/uvu)



Schriften: „Aktionsmappe Umwelt" (Tipps für Öko-Basisgruppen) für 15 €, Direct-Action-Fibel (Tipps für Blockaden und mehr ...) für 2 €, Direct-Action-Heftreihe z.B. zu Kommunikationsguerilla, Kreative Antirepression, Subversion, Aktionslieder, Aktionen gegen Knäste usw. für je 1 €.
Außerdem CDs randvoll mit Schriften, Texten, Tipps, Videos, Musik usw. für je 5 €

Direct-Action-Kalender 4,- € (jedes Jahr neu!)
Praktischer Taschenkalender mit übersichtlichem Kalendarium, Tipps zum Planen von Aktionen, Berichte, Texte, Collagen ...

Das kreativeSeminarhaus:

Das Seminarhaus mit „eingebauten" Kreativecken – für Kleingruppen, Workshops, Projektarbeit. Zudem nutzbar: Bunte Archive und Bibliotheken. Offene Aktionsplattformen, Computerräume usw. Ökologisch ausgebaut. Mind. 22 Betten. Unabhängig. Offen. Frech. Anti-hierarchisch.
www.projektwerkstatt.de/seminarhaus

Die Adresse für Bestellungen, Anfragen, ReferentInnen, das Seminarhaus (mit Bahnanbindung) und zum Aktivwerden:

Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen (nahe Gießen) Tel. 06401/90328-3, Fax -5, saasen@projektwerkstatt.de